

"Wir haben gesehen, daß am Ende alles auf die Konkurrenz hinausläuft, solange das Privateigentum besteht. Sie ist die Hauptkategorie des Ökonomen, seine liebste Tochter, die er in einem fort hätschelt und liebkost - und gebt acht, was für ein Medusengesicht da herauskommen wird... Weil das Privateigentum jeden auf seine rohe Einzelheit isoliert und weil jeder dennoch dasselbe Interesse hat wie sein Nachbar, so steht ein Grundbesitzer dem andern, ein Kapitalist dem andern, ein Arbeiter dem andern feindselig gegenüber. In dieser Verfeindung der gleichen Interessen eben um ihrer Gleichheit willen ist die Unsittlichkeit des bisherigen Zustandes der Menschheit vollendet; und diese Vollendung ist die Konkurrenz."

Friedrich Engels, 23, in: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie, 1843/44 - MEW 1, S. 513



Nr. 11, September 1992

Detje
Tarifbewegung '92

Gesellschaftspolitische Herausforderungen:

Deppe/Bischoff/Briefs
Soziale Frage, Postfordismus,
techno-ökonomische Strukturen

Strategie- und Orientierungsdebatte:

Wendl/Bierbaum/Bastian/Steinitz
Teilen teilt, politisches Mandat,
Organisationsdebatte,
linke Wirtschaftspolitik im Osten

Geänderte Realitäten:

Düe/Leisewitz/Pickshaus/
Rager/Stohl/Hautsch
Ökologie, Öko-Diskurs und betriebliche
Realität, Jugendarbeit, Werftenkrise,
Konflikt um Adler-Werk

Bücher für bewegte und bewegende Gewerkschaften



Forum Gewerkschaften
Angst vor dem Individuum
Modernisierung – Demokratisierung – Zeitsouveränität – Herausforderungen einer neuen Epoche
80 Seiten; DM 14,80

Gine Elsner (Hrsg.)
Handbuch Arbeitsmedizin
Ein Leitfaden für Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschafter
238 Seiten; DM 34,80

Prospekt
anfordern!

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
Stresemannstr. 384a
W-2000 Hamburg 50

Franz Steinkühler (Hrsg.)
Europa '92
Industriestandort oder sozialer Lebensraum?
240 Seiten; DM 29,80

Alfred Oppolzer
Handbuch Arbeitsgestaltung
Leitfaden für eine menschengerechte
Arbeitsorganisation
342 Seiten; DM 39,80

Rolf Fritsch (Hrsg.)
Elemente der Erneuerung
Interessenvertretung im öffentlichen Dienst
176 Seiten; DM 24,80

Martin Smentek
Arbeitszeit-Flexibilisierung
Zwischen »kapitalistischer Zeitökonomie«
und »sozialer Zeitstruktur«
220 Seiten; DM 29,80

M. Muster/U. Richter (Hrsg.)
Mit Vollgas in den Stau
Automobilproduktion, Unternehmensstrategien,
ökologisches Verkehrssystem
240 Seiten; DM 29,80

Außerdem bei VSA:

- ★ Regional- und Freizeitführer
- ★ Städte zu Fuß
- ★ StadtReiseBücher
- ★ Reisebücher

Informationen, Hintergrundwissen,
praktische Reisetips in Reiseführern
»neuen Stils« (DER SPIEGEL)

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
3. Jahrgang
Heft 11 (September 1992)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)
und

Harry von Barga, Joachim Bischoff,
Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf
Cless, Monika Domke, Rainer Einenkel,
Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg
Heimbrecht, Johannes Henrich von
Heiseler, Jörg Huffs Schmidt, Stefan
Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg
Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull,
Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky,
Hans-Joachim Müller, Norman Paech,
Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef
Schleifstein †, Ursula Schumm-Garling,
Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra
Wagner, Harald Werner, Dietmar
Wittich

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von
Heiseler, Heinz Jung.

Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik

Richard Detje:

- 10 **Beim Einkommen geht es um Politik**

Thesen am Ende der Tarif-Bewegung '92

- 19 **Gewerkschaftsstatistiken**

I. Gesellschaftspolitische Herausforderungen

Frank Deppe:

- 22 **Gewerkschaften '92 und die Renaissance der sozialen Frage**
Überlegungen

Joachim Bischoff:

- 36 **Jenseits des Fordismus?**

Ulrich Briefs:

- 46 **Gewerkschaftliche Politik im modernen Kapitalismus -
Gewerkschaften unter dem Druck der neuen technisch-
ökonomischen Strukturen**

II. Strategie- und Orientierungsdebatte

Michael Wendt:

- 60 **Teilen teilt - Kritik eines "modernen" Konzepts gewerkschaftlicher
Interessenvertretung**

Heinz Bierbaum:

- 73 **Korporatistische und autonome Gewerkschaftspolitik - Zum
politischen Mandat der Gewerkschaften**

Renate Bastian:

- 82 **Auf dem Weg zur postfordistischen Gewerkschaft?**
Skizze der gewerkschaftlichen Organisationsdebatte

Klaus Steinitz:

- 95 **Marktradikale Vereinnahmung der DDR - Anforderungen an eine
linke Wirtschaftspolitik**

Heidi Knake-Werner/Harald Werner:

- 104 **Nicht nur alte Fragen in den neuen Ländern**
Innenansicht zur Gewerkschaftspolitik der PDS

Werner Petschik:

- 112 **Bemerkungen zur Gewerkschaftspolitik der DKP**

III. Veränderte Realitäten und Gewerkschaftspolitik

Dietmar Düe:

- 123 **Müllberge, Blechlawinen - Und wo bleiben die Gewerkschaften?**

André Leisewitz/Klaus Pickshaus:

- 135 **Öko-Diskurs und betriebliche Realität - Ansatzpunkte für eine
arbeitsökologische Politik der Gewerkschaften**

Alexander Rager:

- 149 **Wege aus der Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit**

Emil Stohl:

- 157 **Werftkrise - Strukturkrise - Systemkrise**

Gert Hautsch:

- 165 **Adler: Zehn Jahre Kampf gegen die Schließung des Werkes**
Der Konflikt um die Adler-Werke in Frankfurt/M. weist über das Feld des
betrieblichen Kampfes hinaus

Holger Artus:

- 174 **Probleme der IG Medien aus betrieblicher Sicht**

Roland Haas:

- 180 **Zur Tarifaueinandersetzung im Bankgewerbe**

Harald Werner:

- 182 **Von der Einförmigkeit des Kollektivs zur Einsamkeit der
Individuen**

Der Wandel subjektiver Vergesellschaftungsformen in politischen Organisationen
und seine aktuellen Probleme

Diskussion, Kritik, Zuschriften

Sabine Kebir:

- 192 **Abkoppelung und Aufklärung**

Karl-Hermann Tjaden:

- 198 **Notiz zu Castro**

Nico Sandfuchs:

- 200 **Wider den Wohlstandschauvinismus einer besseren Welt**
Betrachtung eines Jugendlichen

Berichte

- 203 *Heinz Jung:*
Die Schwierigkeiten mit der linken Wirtschaftspolitik
Symposium der Marx-Engels-Stiftung e.V., Wuppertal
- 208 *Henning Böke:*
Das historische Subjekt im Werk von Marx und Engels
6. Tagung der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V.

- 214 **Buchbesprechungen, Annotationen:**
Maßnahmen für menschliche Zukunft (Jung)
Die Hochzeit der Arbeiterklasse (Grieger)
Richtige Analysen sind oft halbe Antworten (Krüger)
Gewerkschaftliche Konsequenzen des Postfordismus (Jung)
Wider die Erwerbsarbeit (Jung)
35 Stunden und kein Ende (Krause)
Ökologische Spurensuche im Betrieb (Düe)
Gewerkschaftlicher Internationalismus (Deppe)
Weltmacht Deutschland (Krause)
Die Linke nach dem Sieg des Westens (Dietzel)
Antikapitalismus globalistisch (Jung)
Neuer Internationalismus (Jung)
Ein Dokument zur Zeitgeschichte (Bessau)
Bucheingänge

- 8 **In Memoriam Josef Schleifstein**
- 18 **Impressum**
- 153 **Autorinnen und Autoren**
- 154 **Vorschau**

Editorial

Bei keiner anderen Z-Ausgabe haben wir so früh mit Planung und Realisierung begonnen, wie bei der vorliegenden, nämlich Ende 1991. Erstmals gelang es auch, aus interessierten Lesern und Mitherausgebern eine Arbeitsgruppe zustande zu bringen, die die Konzipierung von Z 11 wesentlich beeinflusste. Wir hoffen, daß dies auch für möglichst viele zukünftige Nummern von Z der Fall sein wird.

Um interessierten Leserinnen und Lesern schon jetzt ein Einrasten in die Projektierung und Produktion der 93er Z-Nummern zu ermöglichen, haben wir uns entschlossen, bereits in dieser Ausgabe die anvisierten, aber noch nicht endgültig fixierten Schwerpunkte des kommenden Jahrgangs sowie die Namen der für die Vorbereitung verantwortlichen Redakteure zu veröffentlichen:

Z 13 (März 1993): "Barbarei und Zivilisation" (Hartwig Zander) sowie als zweiten Schwerpunkt "Kultur des Postfordismus" (Klaus D. Fischer);

Z 14 (Juni 1993): "Macht und Herrschaft heute" (Heinz Jung);

Z 15 (September 1993): "Sozialismus - Utopien, Theorien, Perspektiven. Standpunkte der Diskussion" (Heinz Jung);

Z 16 (Dezember 1993): "Die anthropologische Lücke? - Menschenbild im Marxismus" (Johannes Henrich von Heiseler).

Wir bitten schon heute um Vorschläge und Beteiligungsmeldungen.

Freilich möchten wir betonen, daß den Schwerpunkten in der Regel nur etwa die Hälfte der verfügbaren Seiten gewidmet sein soll. Auch andere Themen sollen abgehandelt und vor allem der Diskussionscharakter von Z gewahrt werden. In diesem Sinne sind auch die Rubriken weiter ausbaufähig. Auch dazu die Beteiligungsaufforderung an alle Interessierten.

Als wir Mitte 1991 den Schwerpunkt für Z 11 festlegten, konnten wir uns zwar der Bedeutung der Diskussion und Analyse linker Gewerkschaftspolitik nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und in Anbetracht des Umbruchs zum Postfordismus gewiß sein, aber natürlich nicht voraussehen, daß die Tarifrunde '92 eine Art Renaissance der sozialen Frage auf die Tagesordnung setzen würde. Als dies erkennbar wurde, entschlossen wir uns, Z 11, abgesehen von den Rubriken, komplett dem Schwerpunkt zu widmen und damit singular auch unsere Raumverteilungsregel zu durchbrechen. Nicht zuletzt sollte es damit möglich werden, daß auch Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten von der Basis zu Wort kommen.

Wie auch immer gegenwärtig in der marxistischen Diskussion die Frage nach den historischen Subjekten gestellt und beantwortet wird, am Block

der nun 12 Millionen in DGB-Gewerkschaften organisierten Lohnabhängigen in Deutschland kommt dabei niemand vorbei, wenn auf reale gesellschaftliche Änderungen abgezielt wird. Hieraus ergibt sich der Stellenwert von Gewerkschaftspolitik für die marxistische Linke. Dies gilt wohl auch für die Beteiligung an den Strategie- und Orientierungsdiskussionen der Gewerkschaften. Wir hoffen, daß Z 11 in diesem Sinne als Beitrag aus der marxistischen Linken aufgefaßt werden kann. Im Januar hat der DGB-Bundesvorstand einen Zeitrahmen für die programmatische Erneuerung des DGB vorgelegt. Danach soll 1996 ein neues Programm und 1998 eine neue Satzung beschlossen werden. In dem nun anstehenden Prozeß ist sicher auch das intellektuelle Potential der marxistischen Linken ein nicht unbedeutender Faktor. Z wird sich dessen in der kommenden Zeit bewußt zu sein haben.

Am Beginn von Z 11 stehen eine Einschätzung der Tarifrunde '92 sowie einige Statistiken, damit die Konturen der empirischen Realität ihren Schatten - oder ihr Licht - auch über die folgenden Beiträge werfen können.

Der erste Block "Gewerkschaftspolitische Herausforderungen" versucht in verschiedenen Beiträgen, neue zentrale Momente einer an Autonomie der sozialen Interessen der Lohnarbeit orientierten Gewerkschaftspolitik auszuloten. Dies betrifft u.a. die neuen internationalen Verhältnisse, die Situation in Deutschland nach dem Anschluß der DDR, den Umbruch zu einer neuen postfordistischen Betriebsweise, die Herausbildung neuer techno-ökonomischer Strukturen, neue betriebliche Realitäten mit der Durchsetzung einer "lean production" u.a.

Im zweiten Block "Strategie- und Orientierungsdebatten" geht es um die Auseinandersetzung mit Konzeptionen, die, von der These des Endes der Arbeitsgesellschaft ausgehend, eine klassenindifferente Umstrukturierung der Gewerkschaftspolitik zu kreieren suchen, um die Begründung des politischen Mandats der Gewerkschaften, um die Analyse der Organisationsreformdebatten und um das Konzept einer linken, an der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausgerichteten Wirtschaftspolitik - hier aus der Sicht der PDS und dem früheren DDR-Territorium. Aus dem Spektrum der PDS und der DKP, den beiden derzeit mitgliederstärksten Organisationen, die sich nach ihrem Selbstverständnis als Teil der marxistischen Linken sehen, stammen die folgenden beiden Beiträge, die die Beziehungen bzw. Vorstellungen ihrer Parteien zu und über die Gewerkschaften vorstellen.

"Veränderte Realitäten und Gewerkschaftspolitik" ist der dritte Block überschrieben. Hier geht es um die Umweltpolitik von IGM und ÖTV, um Betrieb und Ökologie, um gewerkschaftliche Jugendarbeit, um die Werftenkrise in Mecklenburg-Vorpommern, um den Kampf für die Erhaltung der Adlerwerke in Frankfurt/M., um eine betriebliche Sicht der Aufgaben der IG Medien und um den Bankerstreik.

Wie immer gab es in letzter Minute noch den Ausfall fest zugesagter Beiträge u.a. zur Sozialpolitik der EG, zur Tarifpolitik in den neuen Bundesländern, zum Konzept der Unternehmenskultur.

Besonders bedauerlich war für uns die Absage des Beitrages zu gewerkschaftlichen Frauenaktivitäten.

Im inhaltlichen Zusammenhang mit dem Schwerpunkt steht der veröffentlichte Beitrag über subjektive Vergesellschaftung, mit dem wir die Beiträge einer entsprechenden Diskussionsrunde des IMSF abschließen (vgl. Z 10, S. 118ff.). Unsere Rubriken gewinnen langsam das von der Redaktion angestrebte Profil. Doch nach wie vor sind Zugaben an streitbarer Debatte zur Verdeutlichung unterschiedlicher Akzentsetzungen und Kreation neuer "Paradigmen" wünschenswert. Ferner sind kürzere, dafür aber mehr Berichte denkbar. Also ebenfalls die Aufforderung an die Z-Leserinnen und -leser! Für den Rezensionsteil einer Vierteljahreszeitschrift wird es immer ein Problem sein, die für die Information des Lesers wichtigen Titel zu berücksichtigen. Wir orientieren uns dabei am Schwerpunktthema, den Veröffentlichungen aus dem Bereich der marxistischen und der Linken generell sowie an aus unserer Sicht zentralen Titeln des geistigen und wissenschaftlichen Lebens. Wir hoffen, daß dem die Rubrik in dieser Ausgabe nahe kommt.

Liebe Leserin! Lieber Leser! Wieder hat die Redaktion, was den Umfang betrifft, über die Stränge gehauen. Die Kosten können nur durch neue Abos usw. - Sie kennen ja unsere Litanei, aber sie ist die Wahrheit unserer Realität - abgefangen werden.

Wenn Sie nach der Lektüre Z 11 als einen gelungenen oder akzeptablen Beitrag zur Diskussion der Gewerkschaftspolitik ansehen können, überlegen Sie doch bitte auch, ob Sie nicht gerade Z 11 Ihrer Kollegin oder Ihrem Kollegen in die Hand drücken bzw. verkaufen sollten. Wir sind gewappnet für Einzel- und Kommissionsbestellungen und liefern sofort.

In Memoriam Josef Schleifstein

Am Freitag, dem 24. Juli 1992, starb im Alter von 77 Jahren nach fast einjähriger, mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit Josef Schleifstein, Mitherausgeber von Z. Mit ihm verliert die marxistische Linke einen ihrer hervorragendsten und erfahrensten Köpfe - für viele Lehrer und intellektuell prägende Gestalt. Mit ihm waren die humanistischen Impulse des Marxismus immer auch ein Stück gelebtes Leben. Seine Menschlichkeit erfüllte die Zusammenhänge, in denen er tätig war. Offenheit für die Realität, für andere Menschen und Meinungen war einer seiner bestimmenden Züge - Ausdruck einer Persönlichkeit mit breiten wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Interessen. Zugleich war er ein Mann von großer persönlicher Bescheidenheit, freilich mit hohen Anforderungen an sich selbst, und ein Vorbild an Zuverlässigkeit und Bereitschaft zur Beteiligung an gemeinsamen Arbeitsprojekten. Ein Leben in der Arbeiterbewegung hatte den Intellektuellen geformt.

Wie kaum ein anderer vermochte Josef Schleifstein bis in die Zeit des jüngsten Zusammenbruchs, die Brücken von der kommunistischen Bewegung der Weimarer Republik, vom antifaschistischen Widerstand, von der Emigration und dem Aufbruch der Nachkriegszeit zu den neu ins politische Leben tretenden Generationen zu schlagen. Sein Leben steht für die moralische Integrität und Anstrengung, aber auch die Illusionen und Selbsttäuschungen vieler Menschen einer Bewegung, die nun ihren tiefsten Sturz zu verarbeiten hat, aber weiterwirkend wohl auch für die Möglichkeit der Erneuerung einer sozialistischen Perspektive zeugt.

Josef Schleifstein wird am 15.3.1915 in Lodz, damals russisch Polen, als Kind jüdischer Eltern aus kleinbürgerlichem Milieu geboren. 1919 kommt er nach Leipzig, zeigt schon als Kind Talent zum Pianisten, besucht ein Realgymnasium und beginnt 1933 das Studium an der Musikhochschule. Schon 1931 wird er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und 1932 der KPD - seine Konsequenz aus dem Blutmai 1929 und der Krisenrealität. 1933 wird er in Leipzig wegen illegaler Tätigkeit für die KPD verhaftet, in Gestapo-Kellern gefoltert, verurteilt und dann bis Ende 1935 Zuchtbaushäftling in Waldheim. Danach folgen Emigration nach Prag, politische Arbeit und im März 1939 in letzter Minute Flugzeugausreise nach London. Dort ist er aktiv in FDJ und KPD, betreibt autodidaktische Fortbildung, wird Fabrikarbeiter und Shop Steward sowie Leitungsmitglied der KPD-Gruppe in Großbritannien.

Erst im Oktober 1946 gestattet die britische Regierung die Rückkehr nach Köln - alle seine Verwandten waren in den faschistischen Vernichtungslagern ums Leben gebracht worden. Er wird stellvertretender Chefredakteur der KPD-"Volksstimme" und übernimmt Funktionen in der KPD-Zentrale. 1951 wird seine Übersiedlung in die DDR veranlaßt: Wegen Westemigration und wohl auch wegen der auf dem Münchner KPD-Parteitag im März

1951 monierten "opportunistischen Haltung" im Kampf gegen den "Titoismus". Er findet dort die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Arbeit, wird Dozent und Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung und Philosophie am Franz-Mehring-Institut und an der Universität in Leipzig sowie Volkskammerabgeordneter für den Kulturbund. 1959/60 erfolgt die Reaktivierung für die Führungsebene der KPD, die Ernennung zum Kandidaten des Politbüros und zum Verantwortlichen für Theorie und Bildung. 1968 wird die Rückkehr in die BRD möglich. Es kommt zur Gründung des IMSF, dessen Leiter er bis 1981 ist. Mitglied im PV der DKP bleibt er bis 1990 und kann als ihr herausragendster und außenwirksamster Theoretiker und wissenschaftlicher Publizist angesehen werden. Seine vermittelnde Position in den Parteikämpfen der Zerfallsperiode bleibt erfolglos.

Josef Schleifstein hatte viele wissenschaftliche Interessen und zeichnete sich auf allen Gebieten durch große Gründlichkeit und im internationalen Rahmen beachtete Leistungen aus. Als seine Schwerpunkte können Geschichte der Arbeiterbewegung, Philosophie, Geschichte der modernen Naturwissenschaften und Politik genannt werden. Franz Mebring und Rosa Luxemburg waren jene geschichtlichen Persönlichkeiten, denen er besondere Zuneigung entgegenbrachte. Durch seine Mebring-Arbeit war er an deren Rehabilitierung in der deutschen kommunistischen Bewegung beteiligt. Bis zu seinem Tode betrachtete er sich als Verfechter eines klassischen Marxismus, der für ihn ohne Lenin nicht denkbar war. Dessen Werk von Entstellungen zu befreien und als Ansatz zur Bewältigung der Gegenwartsaufgaben zu nutzen, galt ihm bis zum Schluß als inneres Anliegen. Als Konsequenz des Zusammenbruchs war für ihn, den seit dem 17. Lebensjahr organisierten Kommunisten, die Organisationsfrage wieder neu zu beantworten. Unbeirrt blieb dabei ein Marx, Engels, Lenin, Mebring, Luxemburg ... verpflichtetes theoretisches und politisches Denken und die Option für eine sozialistische Zukunft.

Leben und Werk Josef Schleifsteins haben Spuren hinterlassen, die für das Projekt der Erneuerung des Marxismus und einer sozialistisch-kommunistischen Bewegung unverzichtbar sind. Vielleicht werden wir ihm, unserem Freunde, Lehrer und Genossen am besten gerecht, wenn wir uns von der Empfehlung in einer seiner letzten Veröffentlichungen leiten lassen: "Der Prozeß marxistischer Erneuerung darf sich selbst keine Grenzen, Schranken und Stoppschilder setzen, die einer gründlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der allseitigen Überprüfung der bisherigen Theorie an den Erfahrungen und an der heutigen Wirklichkeit im Wege stehen würden."

Z-Redaktion

IMSF e.V.

Beim Einkommen geht es um Politik

Thesen am Ende der Tarif-Bewegung '92

1.

1992 war eine der politischsten Tarifbewegungen der letzten Jahre. Nach einem Jahrzehnt neokonservativer Umverteilungs-, Deregulierungs- und Privatisierungspolitik haben Einkommensfragen einen unmittelbar politischen Charakter erhalten.

Der Hintergrund für die Politisierung der sozialen Auseinandersetzungen ist vielschichtig. Dabei lassen sich zwei zentrale Faktoren bestimmen.

Zum einen ist festzustellen, daß die soziale Lage bis weit in die Bereiche mittlerer Einkommensbezieher hinein problematisch geworden ist. Einkommenspolitisch waren die gesamten achtziger Jahre für das Gros der abhängig Beschäftigten eine große Null-Runde; Realeinkommensverluste in Gefolge der Krise 1980-82 konnten erst 1990 durch das einmalige Zusammenwirken von Tariflohnerhöhungen und Steuerentlastungen ausgeglichen werden. Negativ schlägt während dieser ganzen Zeit die Umverteilung von unten nach oben in allen sozialstaatlichen Bereichen zu Buche; die Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialleistungen am Sozialprodukt) ist von 33,7% (1975) auf 29,4% (1990) gedrückt worden. Während die Entlastungseffekte der sog. Steuerreform bereits 1991 verpufften, kletterten die Belastungen in die Höhe. Geradezu symptomatisch ist die Lage auf den Wohnungsmärkten, wo die Deregulierungspolitik der Bundesregierung zu einer derartigen Explosion der Preise geführt hat, daß sie für durchschnittliche Einkommensbezieher nicht mehr auszusteuern ist. Und seitdem offenkundig ist, daß die Bundesregierung mit ihrer wirtschaftspolitisch schon vom Ansatz her falschen Anschlußpolitik gescheitert ist, gehen die steigende Kosten für das Alltagsleben mit einer Inflation von Steuer- und Abgabenerhöhungen einher: SoB-Beitrag, Mehrwertsteuererhöhung, Anhebung der Beiträge und zunehmende Selbstbeteiligung im System der sozialen Sicherung. Gleichzeitig werden die Transfereinkommen gekappt: in der Arbeitslosenversicherung ebenso wie durch Rentenerhöhungen weit unterhalb der Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Zum anderen wirkte die von den Unternehmerverbänden geforderte "Wende in der Tarifpolitik" wie eine Provokation. Eine "produktivitätsorientierte Lohnpolitik" im Korridor von 1,5 bis 2% ist kennzeichnend für die ausgeprägte soziale Asymmetrie während des ganzen letzten Jahrzehnts. In 10 Jahren ist es Unternehmerverbänden und Neokonservativen gelungen, den Anteil der Beschäftigten am gesellschaftlichen Reichtum vom Höchst-

stand 1982 auf einen für die Bundesrepublik historischen Tiefstand zu drücken. "Wegen der seit Anfang der 80er Jahre überdurchschnittlichen Dynamik der Gewinneinkommen sowie der unterdurchschnittlichen Dynamik der Arbeitseinkommen ist die Lohnquote ... kontinuierlich gefallen und die Gewinnquote ebenso gestiegen - und zwar seit 1980 um mehr als 6 Prozentpunkte. Die ... bis vor kurzem noch niedrigste bereinigte Lohnquote von 65% im Jahr 1960 wird zwar in 1990 nicht unterboten; aber mit 65,4% in 1990 ist sie von diesem historischen Tiefstand nur noch wenig entfernt."¹ In Rechnung gestellt, wie Gewinne über erweiterte Möglichkeiten von Abschreibungen, Rücklagen usw. "versteckt" werden, ist der Tiefstand real längst unterschritten.

In dem unmittelbar politischen Charakter der Tarifaueinandersetzungen dieses Jahres kollidierten die lange Zeit kumulierten Dilemmata des Alltags mit dem Versuch, mit einer gleichsam zweiten "Wende" jeglichen Ansatz sozialer Symmetrie in den neunziger Jahren zu eliminieren. Insofern steckte in der Tarifbewegung 92 auch eine Auseinandersetzung mit den praktischen Erfahrungen neokonservativer Politik und ein eher düsterer Ausblick, was die Lösung der zahlreichen Probleme und Herausforderungen im politischen System betrifft.

2.

In der Tarifrunde 1992 wurde deutlich, daß Verteilungskonflikte keineswegs obsolet sind oder nur noch korporativistisch politisierbar wären. Umso mehr erstaunt, mit welcher Akribie versucht wird, in der Einkommenstarifpolitik Gräben zwischen (selbsternannten) Erneuerern und (dazu stigmatisierten) Traditionalisten zu schaufeln. So Jürgen Hoffmann, Mitautor des Gutachtens "Jenseits der Beschlußlage": "Will man .. unter Solidarität mehr verstehen als ein kurzfristiges Zusammenstehen im Kampf um die Durchsetzung mit anderen gemeinsam geteilten Interessen in einem Teil-Arbeitsmarkt ... dann heißt Solidarität 'Teilen'! Und zwar heißt dies Teilen in einer Klasse."²

Das von Fritz Scharpf entworfene Konzept des "Sozialismus in einer Klasse", von Oskar Lafontaine in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auf die politische Bühne gebracht, erlebt im Gefolge der gescheiterten neokonservativen Anschlußpolitik eine Renaissance. Allerdings spielt die ursprüngliche Scharpfsche Begründung, der "Verlust der nationalen Zinsouveränität", mittlerweile keine Rolle mehr; geblieben ist die in den Ohren etlicher durchaus wohlklingende Formel. Nicht mehr wirtschafts- und strukturpolitisch wird argumentiert, obgleich eine kontroverse Debatte auf

¹ Claus Schäfer, Zunehmende Schließlagen in der Einkommensverteilung, in: WSI-Mitteilungen 10/91, S. 594

² Jürgen Hoffmann, "Jenseits der Beschlußlage" - oder: Warum Teilen verbinden und Solidarität spalten kann. Referat auf dem a.o. Bezirkstag des Bezirks Schleswig-Holstein der DPG am 5.5.1992

diesem Terrain angesichts des ökonomischen und sozialen Desasters in den neuen Bundesländern durchaus sinnvoll wäre, zumal wenn sie mit dem Ziel effizienterer Regulationsformen geführt würde. Das neue Lied vom Teilen hat einen anderen Text. Entsprechend den theoretisch-politisch äußerst problematischen Grundannahmen über Struktur- und Wertewandel in den kapitalistischen Metropolen wird argumentiert, daß sich die Arbeitsgesellschaft zunehmend entstrukturiere und an sinnstiftender Kraft verliere; zunehmend korporativ zerklüftete Teil-Arbeitsmarkt-Interessen würden Lohnpolitik zunehmend zu einer auf Spaltung und Ausgrenzung angelegten Veranstaltung verkommen lassen. "Die innergesellschaftlichen Marginalisierungen von zur Zeit immer größeren Arbeitnehmer/innen-gruppen, das Nord-Süd- und das West-Ost-Gefälle werden entweder durch solidarische Umverteilung gelöst oder aber in Form von Armenrevolten, gar nicht zu verhindernden Migrationsströmen und durch das Zusammenbrechen der Arbeitsmarkt-, Gesellschafts- und Politikstrukturen bei uns offenbar werden und eine Umverteilung gewaltsam erzwingen."³

Wenn man die angesprochenen Probleme lösen will, wird man mit einer Politik der Umverteilung in der Klasse jedoch mehr Verbitterung als Solidarität ernten. Ob wir das Stichwort Marginalisierung im Kontext sozialer Sicherungssysteme oder das Stichwort West-Ost-Gefälle im vereinten Deutschland aufgreifen: Das Lied vom Teilen wird längst von der Bundesregierung gesungen. Weil deren Politik partout nicht zukunftsfähig ist und offenkundig in soziale Sackgassen mündet, hatten die Verteilungsauseinandersetzungen in diesem Frühjahr eine politische Zuspitzung weit über den Kreis der gewerkschaftlich Aktiven hinaus. Gerade die Unterstützung der Forderungen in breiten Teilen der Bevölkerung und damit auch in großen Teilen der veröffentlichten Meinung dokumentiert das Unbehagen gegen die soziale Asymmetrie in der Republik. Deshalb ist es umso problematischer, wenn in der Konzeption "Jenseits der Beschlußlage" die Strukturen kapitalistischer Gesellschaft zunehmend verschwimmen, wie wir an anderer Stelle ausführlich kritisiert haben.⁴

3.

Die Unternehmerverbände und das neokonservative Regierungslager haben die Politisierung der Verteilungsauseinandersetzungen unterschätzt. Obgleich die (ver)öffentlichte Meinung frühzeitig mit den zentralen Diskurselementen versehen wurde (Konjunkturrisiken und verschärfte Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt, öffentliche Verschuldung und Inflationsgefahren im vergrößerten Deutschlands), konnte in der Tarifrunde keine antigewerkschaftliche Stimmung erzeugt werden. "Trotz der hervor-

³ ebd.

⁴ Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Modernisierung - Demokratisierung - Zeitsouveränität. Herausforderungen einer neuen Epoche, VSA-Verlag, Hamburg 1992

ragenden Vorbereitung und beneidenswerten Koordination im Arbeitgeberlager haben die Unternehmer das soziale Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt und damit den wohl verhängnisvollsten Fehler auf ihrer Seite begangen. Sie haben die Grenze des Unzumutbaren weit überschritten und wurden damit zeitweise zu unverbodenen 'Bündnispartnern' bei der Organisation des Widerstandes.⁵ Die Unverfrorenheit, mit der Möllemann & Co. mit Lohnleitlinien bantierten, hat keineswegs einschüchternd gewirkt, sondern die in den Auseinandersetzungen Aktiven in der Berechtigung ihres Engagements vielmehr bestärkt. Das Feilschen um Lohnzehntelprozente mußte in der Parallelität zur freizügig-intransparenten Bewilligung von Diäten die Diskreditierung der "politischen Klasse" noch verstärken.

4.

Aus ihren langjährigen verteilungspolitischen Niederlagen, wie sie in der Entwicklung der Lohnquote zum Ausdruck kommen, sollten die Gewerkschaften heute eigentlich argumentative Stärke ziehen. Denn angesichts massiver Umverteilungen zugunsten der Kapitaleinkommen bei gleichzeitig nur schleppender Akkumulation ist der immer wieder propagierte Leitsatz, geringe Lohnabschlüsse würden hohe Investitionen und in der Folge mehr Arbeitsplätze bedeuten, durch die reale Entwicklung ad absurdum geführt worden. Nach 10 Jahren kapitalorientierter Umverteilungen- und Deregulierungspolitik hätte der Westen demnach im Glanz immerwährender Prosperität erstrahlen müssen; stattdessen befindet sich die Wirtschaft in allen kapitalistischen Metropolen in der Talsohle. Die neoklassische bzw. neokonservative "Lohn-Investitions-Beschäftigungs-Spirale" war schon immer als theoretischer Unfug kritisiert worden; seit dem Beginn der 90er Jahre hat die reale Entwicklung auch den definitiven praktischen Nachweis erbracht.

Doch die Abrechnung mit den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Dogmen, die aktiv-offensiv hätte betrieben werden können, stand nicht oben auf der tarifpolitischen Agenda. Auf die doppelte Politisierung - von Seiten der Beschäftigten und der Regierenden - waren die maßgeblichen Gewerkschaften weitgehend unvorbereitet. Auch wenn seit dem ersten großen Versuch von Arbeitgebern und Bundesregierung beim Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984, den Gewerkschaften als einer wirkungsvollen Schutz- und zukunftsorientierten Gestaltungskraft auch in der Bundesrepublik das Rückgrat zu brechen, immer wieder der Grundsatzkonflikt betont wurde, wird doch im konkreten gewerkschaftlichen Tarifkonzept Politik eher auf Sparflamme gehalten. Die Formel von der "breiten sozialen Bewegung", in die Tarifpolitik eingebettet sein soll, ist real nach dem Konflikt um den § 116 AFG nicht mehr gefüllt worden. Von Beginn an - mit

⁵ Sybille Stamm, Ein Remis- und was kommt danach? Die Tarifrunde 92, in SOZIALISMUS 7/8-1992, Hamburg, S. 62

der Präsentation der auf ein einstelliges Volumen heruntergerechneten Forderung waren die beiden größten DGB-Gewerkschaften, IG Metall und ÖTV, auf De-Eskalation bedacht. Und je mehr sich die Auseinandersetzungen in der Metallindustrie zuspitzten und auf Streiks hinauszulaufen schienen, umso lähmender wirkte die Waffe des § 116 AFG. Was der stellvertretende IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche als Perspektive beschreibt, daß "die Streiks auf dem besten Wege (waren), zu einer Volksabstimmung über das Programm des Tarif- und Sozialabbaus zu werden" (IG Medien Forum 12/92), wird in anderen Gewerkschaften eher als Bedrohung angesehen.

5.

De-Politisierung prägt auch das Verhältnis zwischen den Einzelgewerkschaften.

Eine erkennbare Abstimmung zwischen HBV, ÖTV, IGM und IG Medien als den 1992 maßgeblichen Gewerkschaften hat es nicht gegeben - weder im Vorfeld der Tarifrunde über Forderungsvolumina und Strategien, noch in ihrem Verlauf. Wenn es eine Synchronisierung gab, kam sie vom Arbeitsgeberlager, so z.B. im Zusammenhang mit dem Abschluß bei Banken oder bei den Abschlüssen der IG Medien.

Auch im Ergebnis zeigt sich kein Ansatz einer politischen Verständigung zwischen den Einzelgewerkschaften. Es scheint nur ein Datum zu geben: die Rückgewinnung der Verhandlungsführerschaft der IG Metall vor der ÖTV in 1994. Daß damit nicht nur das Problem längerer Laufzeiten (die es nach den negativen Erfahrungen nach 1987 nicht mehr geben sollte), sondern insbesondere in Kauf genommen wurde, eine Tarifbewegung - vor dem Hintergrund massiver Reallohnverluste 1993 - in einem Jahr führen zu müssen, das durch die Ausscheidungsrennen für die Bundestagswahl komplett geprägt sein wird, ist Ausdruck einer Praxis, die einheitsgewerkschaftlich nur schwer nachvollziehbar ist. Denn das entscheidende Argument für die IG Metall, die Sicherung der nächsten Etappe der Arbeitszeitverkürzung und Garantie, daß sie nicht hinausgezögert oder durchlöchert wird, gilt eben nur für diese Gewerkschaft.⁶

6.

Die bisherigen Ausführungen laufen nicht darauf hinaus, daß eine politisch offensive Strategie sich durch ein möglichst hohes Forderungsvolumen ausweisen müsse. Das wäre in der Tat ein schlechter - zudem ahistorischer - Traditionalismus in radikalerem Gewand. Es geht um die Verknüpfung von Einkommenstarifpolitik, die das soziale Lebensniveau und die Partizi-

⁶ Zur Kritik des Metall-Abschlusses siehe: Alexander Holmnig, "Sieg der Vernunft" - oder: Angst vor der Streikbereitschaft der MetallerInnen, in: SOZIALISMUS 6-1992, Hamburg, S. 29ff.

pation am gesellschaftlichen Reichtum sichert, mit einer fortschrittlich-solidarischen Gestaltung der Arbeits- und Sozialstrukturen in den Betrieben und Verwaltungen, damit letztlich um eine Neuanlage der Lohnpolitik insgesamt.

Die Tarifaussensetzungen 92 haben vor allem in zwei Problemkomplexen die Notwendigkeit weitergehender Reformen aktualisiert.

- Das betrifft zum einen das Konzept der "aktiven Tarifpolitik". Die an den zentralen ökonomischen Parametern (Preissteigerung + Produktivität + Umverteilung) orientierte Festlegung des Forderungsvolumens war Grundlage der Politik insbesondere der IG Metall. Von der vielzitierten forderungspolitischen "Trinität" war die Umverteilungskomponente lange nicht nur nicht durchsetzbar, sondern wurde auch kaum noch erhoben; das änderte sich erst bei der Aufstellung der Forderungen 1991 und 1992. Doch selbst die Zielsetzung Reallohnsicherung und Beteiligung am ökonomisch-gesellschaftlichen Fortschritt ließ sich nicht umsetzen, selbst wenn man die Erfolge bei der Verkürzung der Arbeitszeit berücksichtigt.

- Dies betrifft zum anderen die Differenzierung der Einkommen im gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörper. Das Auseinanderlaufen der verschiedenen Pole hat sich weiter beschleunigt. Das gilt hinsichtlich des längst überfälligen Status: Während der Unterschied zwischen einem durchschnittlichen Arbeiter- und Angestellteinkommen 1980 noch bei 36,7% lag, erhöhte sich die Differenz bis 1990 auf 42,8%. Das gilt in noch stärkerem Maße bei der Abkoppelung sog. prekärer und ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse. Das gilt weiterhin im Verhältnis zwischen den Geschlechtern und - was z.T. deckungsgleich ist - im sektoralen Vergleich.

Bei der ÖTV wird die sektorale Differenzierung deutlich in der spürbaren Abkoppelung der Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst von der Entwicklung der Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft; der Rückstand beläuft sich mittlerweile auf einen zweistelligen Prozentsatz. In der ÖTV sorgen ebenso die überkommenen Berufsstrukturen für erheblichen Unmut, wie sie im BAT zementiert zu sein scheinen. Mit Veränderungen im Detail ist es hier nicht getan. Es bedarf einer Neuordnung der Eingruppierungen von hochqualifiziertem Personal, das für den ÖD nur noch schwer zu rekrutieren ist. Und es bedarf - wie die Lage in den Pflegeberufen dramatisch unterstreicht - einer Neubewertung des ganzen Bereichs humaner Dienstleistungsberufe, was wiederum ohne Verständigung über die Eckpunkte eines modernen Sozialstaats und entsprechende Reformpolitik kaum möglich sein dürfte.

Monika Wulf-Matthies hat auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag offensiv dafür plädiert, daß künftig "die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt" werden müßten. Doch genau dies ist nicht das Problem. Entsprechend den wirtschaftlichen Eckdaten der Preis-, Produktivitäts- und Verteilungsentwicklung lagen Forderungen um die 10% durchaus richtig. Welche Eckdaten sollen künftig in der ÖTV gelten? Oder meinte die Vor-

sitzende "nur" eine Politik der Anpassung an schwierigere öffentliche Haushalts- und private Renditebedingungen? Wenn dem so wäre, blieben zwei Fragen mit erheblicher Sprengkraft: Wie die Bedürfnisse der Mitglieder in ein solches Konzept überhaupt eingepaßt werden können, und wie eine "pragmatische" Einkommenspolitik auf Sparflamme sich noch im Grundsatz von dem unterscheiden soll, was die öffentlichen und privaten Arbeitgeber fordern. Wenn man den politischen Gehalt der Tarifauseinandersetzung dieses Jahres ernst nimmt, kann man die Antwort nicht schuldig bleiben.

Umgekehrt macht es auch wenig Sinn, zu Beginn einer Tarifbewegung die Richtigkeit der Ausgangsforderung zu begründen, um schließlich mit zwin- gender Logik Abschlüsse von der Hälfte des ursprünglichen Volumens ebenso vehement zu verteidigen. Einkommenstarifpolitik muß gerade auch in dieser Hinsicht für die 90er Jahre neu fundiert werden. Und sie muß die qualitativen Gestaltungsansätze deutlicher machen. Angesichts der Heraus- bildung von Elementen einer neuen industriellen Betriebsweise (lean production), der Umwälzungen in der Arbeitsorganisation und damit in den Qualifikations- und Leistungsbedingungen (und der hierin einge- schlossenen Aufhebung der alten Lohn- und Gehaltsdifferenzierung) sowie des übergreifenden sozio-ökonomischen Strukturwandels (Tertiarisierung) spricht für das Konzept "Tarifreform 2000" der IG Metall erheblich mehr, als das, was die ÖTV-Vorsitzende an eigenen Vorgaben für den tarifpoliti- schen Kongreß spätestens in 1994 angekündigt hat.

7.

Das Konzeptionsdefizit gilt nicht für Ostdeutschland: Zur Politik der ras- chen Angleichung gibt es einkommenspolitisch keine Alternative.

Dies gilt für Überlegungen aus der NGG, für eine Übergangszeit tariflich Arbeitslosenzahlungen zu vereinbaren, um Arbeitsplätze durch Produktion für die GUS zu sichern. Hier erfolgt die Alimentierung/Subventionierung einseitig durch die abhängig Beschäftigten - die Arbeitslosen durch Finan- zierung aus Nürnberg und die Aktiven durch Minilöhne -, statt die Nach- frage der GUS durch entsprechende Unterstützungsprogramme zu si- chern. Daß die Bundesregierung die Hermes-Bürgschaften herunterfährt und gleichzeitig den NGG-Vorstoß aufgreift, ist bezeichnend für diese gewerkschaftliche Fehlkalkulation.

Dies gilt aber auch für Investivlohnmodelle, wie sie der stellvertretende DGB-Vorsitzende Ulf Fink in Form direkter Unternehmensbeteiligung (die dann in Fall des Konkurses futsch wäre) oder die IG Chemie (mit Branchenfonds) vertreten. Denn bei 670 Mrd. DM Liquidität mangelt es den Unternehmen nicht an Investitionsmitteln. Die mangelnde Investi- onsbereitschaft hat vielmehr mit unzureichender Nachfrage aufgrund des Zusammenbruchs der Wirtschaft in Osteuropa zu tun, und damit, daß laut BDI-Chef Heinrich Weiss "die ostdeutsche Industrie an der gesamten In-

dustrieproduktion in Deutschland nur noch mit 3 bis 4% beteiligt ist", was bei entsprechender Kapazitätsauslastung auch aus dem Westen abgedeckt werden kann.

Verunklart wird in dieser Debatte zudem, daß die abhängig Beschäftigten bereits jetzt nahezu komplett für die Kosten der gescheiterten Einheitspoli- tik aufzukommen haben, durch Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie durch die Mobilisierung aller Systeme der sozialen Sicherung: nicht nur der Bundesanstalt für Arbeit, sondern auch der Rentenversicherung und der Gesundheitsversicherung, die das Gros der Transfers darstellen, denn auch bei den sog. Arbeitgeber-Beiträgen handelt es sich um Lohnfonds.

Problematisch ist für den Osten Deutschlands nicht die Anlage der Ein- kommenspolitik: Abstriche hieran minimieren nur die gesellschaftliche Nachfrage und haben deflatorische Wirkung. Die Probleme liegen darin, daß es keine Verknüpfung mit Arbeitsmarkt- und regionaler Strukturpoli- tik gibt.

8.

Von einer Entschärfung der Verteilungsauseinandersetzungen kann nach Abschluß der Tarifrunde '92 keine Rede sein. Der Beschluß zur Aufhe- bung des Günstigkeits-Prinzips ist nur die Einleitung einer neuen Deregu- liierungsrunde, die alle Bereiche des Sozialstaates umfassen dürfte. Mitte Januar 1993 sollen die Ressortvorschläge im Bundeskabinett vorgelegt und entschieden werden. Hintergrund ist die desaströse Lage der öffentlichen Haushalte: Allein bei Fortschreibung der Entwicklungslinien verdoppelt sich die Schuld von 1 Billion (1990) auf 1,9 Billionen (1995) und steigt die Zinslastquote von 10,5 auf 16,5%.

Eine Gewerkschaftspolitik, die versucht, durch Anpassung an die schlech- teren Rahmendaten sich durch die Klippen hindurchzumanövrieren und dafür die Solidarität der Beschäftigten zur "Umverteilung in der Klasse" einfordert, würde erstens naiv handeln; das, was Kohl und Waigel ange- richtet haben, ist mit lohnpolitischer Zurückhaltung schlechterdings auch nicht ansatzweise auszubügeln. Zweitens droht dabei die soziale Asymme- trie nur verfestigt und die Reformimpulse der Gewerkschaften drohen verflüchtigt zu werden: eine sozial gerechtere Einkommensverteilung durch entsprechende Belastung der nicht produktiv-investiv wirksamen Besi- tzung- und Vermögenseinkommen und entsprechende Initiativen aktiver Struktur- und Regionalpolitik. Nachschlagen könnte man bei Altmeister Keynes: "Falls es die kapitalistische Gesellschaft versäumt, eine gleichmä- ßige Verteilung der Einkommen zu erreichen und Banken und Finanz- sektor weiterhin die Zinsen hoch zu halten vermögen..., dann wird eine chronische Tendenz zur Unterbeschäftigung schließlich die gegenwärtige Form der Gesellschaft zerstören." Oder in der Prosa der FAZ: "Der Ver- teilungskampf wird härteste Formen annehmen; schwere politische Er-

schütterungen sind vorauszusehen. (...) Die Demokratie im neuen Deutschland geht einer schweren Belastungsprobe entgegen." (23.6.92)

Gewerkschaften sind keine Ersatzparteien und sie können nicht ausbügeln, was Regierung und ineffektive Opposition anrichten. Aber sie müssen ihren Druck in den politischen Raum durch eigenes und autonomes Handeln verstärken. Die innergewerkschaftlichen Probleme und politischen Widerstände sind hohe Bollwerke auf diesem Weg. Doch gelingt dies nicht, droht die sehr viel größere Gefahr, daß die Gewerkschaften in den Strudel der Krise der Parteien hineingerissen werden. So viel ist klar: Parteien- und Politikerverdrossenheit läßt sich nicht mit Diäten-Überprüfungs-Kommissionen zu Leibe rücken; dahinter stehen vielmehr handfeste soziale Probleme, zu deren Lösung sich die "politische Klasse" als unfähig erweist. Gewerkschaften haben für diese Probleme ein politisches Mandat. Wer es nicht aktiv wahrnimmt, braucht sich später nicht zu wundern, wenn das Fundament der Zivilgesellschaft zu bröckeln beginnt.

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Harry von Bergen, Joachim Bischoff, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Monika Domke, Rainer Einkenel, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffscheidt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky, HansJoachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef Schleifstein, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra Wagner, Harald Werner, Dietmar Wittich.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und Pampe PC.

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 30.06.1992

Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilagen der InterRed cooperación, des Argument-Verlages und des VSA-Verlages.

Deutscher Gewerkschaftsbund

(vorläufiger) Mitgliederstand in Deutschland (in 1 000)¹

Alt-BRD 31.12.90² - Ex-DDR (einschl. Berlin-West) 30.6.91³

Gewerkschaft	Alt-BRD (weibl.)	Ex-DDR	Gesamt	v.H. Ex-DDR
IG Bau-Steine-Erden	463 (37)	346	809	43
IG Bergbau und Energie	323 (7)	278	601	46
IG Papier-Chemie-Keramik	676 (132)	191	867	22
Gew. der Eisenbahner Deutschlands	312 (31)	222	534	41
Gew. Erziehung und Wissenschaft	189 (104)	177	366	48
Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	44 (8)	95	139	68
Gew. Handel, Banken und Versicherungen	405 (246)	356	761	47
Gew. Holz und Kunststoff	153 (22)	92	245	38
Gew. Leder	43 (17)	19	62	31
IG Medien	185 (50)	53	238	22
IG Metall	2727 (433)	990	3717	27
Gew. Nahrung-Genuß-Gaststätten	275 (97)	168	443	38
Gew. Öffentl. Dienste, Transport, Verkehr	1253 (431)	876	2129	41
Gew. der Polizei	163 (17)	60	223	27
Deutsche Postgew.	479 (164)	145	624	23
Gew. Textil-Bekleidung	250 (144)	138	388	36
DGB-Gesamt	7938 (1940)	4206 ⁴	12144 ⁴	35

¹ Zusammengestellt von Werner Petschik.

² DGB-Nachrichten-Dienst, Nr. 145 v. 23.5.91.

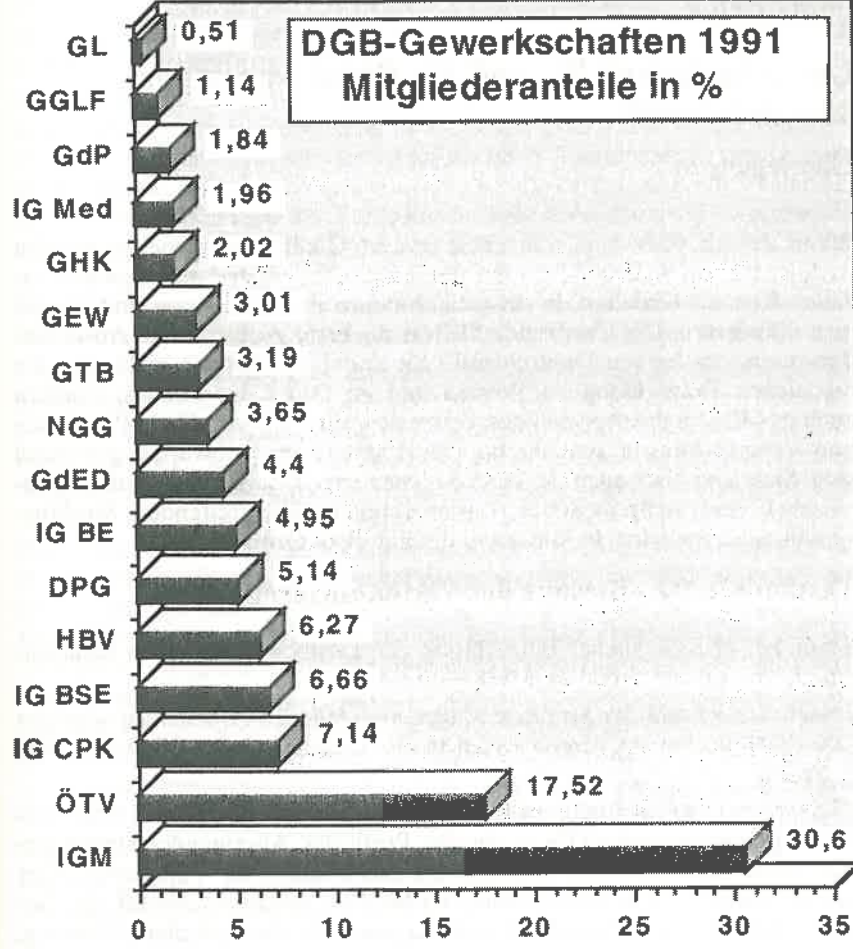
³ Das Parlament, Bonn, 13.3.92, Beilage 12//92, S. 18.

⁴ Diese Zahl vermindert sich um die rund 240 000 Mitglieder in Westberlin.

DGB: Mitgliederstand der Gewerkschaften am 31. Dezember 1991

Gewerkschaft	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Frauen absolut	Gesamt*/ in Prozent	Veränderung zum Vorjahr absolut/in Prozent
IG Bau-Steine-Erden (IGBSE)	670035	106746	-	95215	776781/ 6,6	+ 314030/+ 67,9
IG Bergbau und Energie (IGBE)	402957	103465	218	47590	506640/ 4,3	+ 183820/+ 56,9
IG Chemie-Papier-Keramik (IGCPK)	728505	148169	-	226551	876674/ 7,4	+ 200725/+ 29,7
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)	301071	76128	150279	107075	527478/ 4,5	+ 215125/+ 68,9
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)	-	43227	129722	244524	359852/ 3,0	+ 170697/+ 90,2
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF)	102798	29566	2616	44578	134980/ 1,1	+ 90926/+ 206,4
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV)	67430	669645	-	508082	737075/ 6,2	+ 332380/+ 82,1
Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK)	216470	23002	-	58858	239472/ 2,0	+ 86741/+ 56,8
Gewerkschaft Leder (GL)	36975	4743	-	21870	41718/ 0,4	- 897/- 2,1
IG Medien - Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien)	123099	63935	-	83949	244774/ 2,1	+ 60054/+ 32,5
IG Metall (IGM)	3005853	618527	-	756023	3624380/30,7	+ 897675/+ 32,9
Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten (NGG)	326064	105147	-	183659	431211/ 3,7	+ 156008/+ 56,7
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)	554563	557068	76321	1008731	2138316/18,1	+ 885717/+ 70,7
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	11331	20688	168978	23101	200997/ 1,7	+ 38217/+ 23,5
Deutsche Postgewerkschaft (DPG)	156296	174258	281415	259711	611969/ 5,2	+ 133056/+ 27,8
Gewerkschaft Textil - Bekleidung (GTB)	302250	45845	-	220634	348095/ 2,9	+ 98215/+ 39,3
DGB	7005697 59,4	2790159 23,6	809549 6,9	3890151 33,0	11800412/100	+ 3862489/+ 48,7

* Die Summen Arbeiter + Angestellte + Beamte ergeben nicht die Gesamtsummen. In Ostdeutschland ist noch keine vollständige Differenzierung der Personengruppen möglich.



Frank Deppe

Gewerkschaften '92 und die Renaissance der sozialen Frage

Überlegungen*

Wenn derzeit überhaupt von einer "neuen Qualität" gesprochen werden darf, so kann sich diese allein auf den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext beziehen, in dem die Akteure ihre Positionen und Strategien definierten. Die Tarifrunde '92 war die erste große soziale Auseinandersetzung im "neuen Deutschland". Sie stand im Zeichen nicht nur der ungleichen Entwicklung im Westen und im Osten des Landes, sondern auch der Politik des Anschlusses, deren primitive marktradikale Prämissen und Versprechungen zunehmend widerlegt und unglaubwürdig geworden sind. Sie stand aber auch im Zeichen jener über Deutschland in den europäischen und weltpolitischen Zusammenhang übergreifenden Strukturwandlungen von wirtschaftlichen und politischen Ordnungen.

Tarifrunde '92 - Brisanz der Verteilungsfrage

Schon bei oberflächlicher Betrachtung der Tarifbewegung '92 in Deutschland fallen einige besondere Merkmale auf:

- Nach der Anzahl der Streiks und der ausgefallenen Arbeitstage wird das Jahr 1992 zu den streikintensivsten in der Geschichte der BRD seit 1949 gehören.

- Es waren nicht allein die großen Gewerkschaften - und hier in erster Linie die Gewerkschaft ÖTV -, die das Profil der Auseinandersetzung bestimmten. Zahlreiche der sog. kleinen Gewerkschaften - und zwar nicht nur die traditionell konfliktfreundige IG Medien, sondern auch z.B. die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) sowie die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) - traten in Streiks, um Lohnerhöhungen (z.T. weit über der 5,4%-Grenze) durchzusetzen. Dazu kam, daß die Gewerkschaft HBV zum ersten Mal in ihrer Geschichte (zusammen mit der DAG) ihre Mitglieder bei den Banken zu breiteren Arbeitskämpfen zu mobilisieren vermochte.

- Die IG Metall, die traditionell die Rolle einer "Lokomotive" einer aktiven Tarifpolitik beansprucht, geriet diesmal eher an den Rand des Geschehens. Sie überließ nicht allein der Gewerkschaft ÖTV die "Tarifführerschaft" und profitierte damit von der "Eisbrecher"-Funktion der Streiks im öffentlichen Dienst. Sie akzeptierte auch ein Verhandlungsergebnis, das zumindest für

die letzten 9 Monate (bei einer Laufzeit von 21 Monaten, die die IG Metall für das kommende Jahr ebenfalls von der lohnpolitischen Tarifführerschaft entlastet) ein deutliches Signal für Lohnverzicht setzte.

Die Angst vor dem "AFG 116" scheint für die Führung der IG Metall eine immer größere Rolle zu spielen. Obwohl seit 1985 (z.B. beim "Göppinger Forum") und im Vorfeld der nachfolgenden Tarifaufeinandersetzungen immer wieder strategische und taktische Konzepte zur möglichen Neutralisierung der Wirkungen der legalisierten "kalten Aussperrung" ausgearbeitet wurden, setzt sich offensichtlich immer mehr die Auffassung durch, daß die Risiken eines großen Arbeitskampfes für die Durchsetzungsmacht der IG Metall eher noch zugenommen haben und daß deshalb die Suche nach Kompromissen Vorrang hat. Ist die IG Metall erpreßbar geworden?

- In allen Urabstimmungen, aber auch bei den Warnstreiks, zeichnete sich ein enormer Druck von unten ab, vor allem bei den unteren Einkommensgruppen. Während früher baupt- und ehrenamtliche FunktionärInnen oftmals darüber klagten, daß sie ihre Mitglieder in die Aktionen "hineintreiben" müssen, hatte es in diesem Jahr gelegentlich den Anschein, als werde die Führung des Apparats "von unten" getrieben. Mehr noch, die Basis übte massive Kritik an der Politik der Führung (was besonders für die Mehrheit gilt, die das Verhandlungsergebnis der ÖTV-Führung ablehnte und die damit die Organisation in eine Krise stürzte). In diesem Druck von unten artikulierte sich die Empörung eines großen Teils der "einfachen" Mitglieder über Reallohnsenkungen (durch Miet- und Preissteigerungen, Erhöhung staatlicher Abgaben und Steuern, Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung), aber auch die Empörung über eine Regierungspolitik, die die Kosten der Einheit "nach unten" abwälzt und dies mit absolut unglaubwürdigen Appellen an die nationale Solidarität verbindet.

Wesentlich schwieriger ist die Frage nach der politischen Qualität dieses Drucks, genauer: nach der politischen Qualität dieser Basis-Führungs-Beziehung, zu beantworten. Die populistischen Affekte, die notwendig bei jeder Zuspitzung der Tarifaufeinandersetzung bis zum Streik mobilisiert werden (von unten: "unsere Monika"; "unser Franz" - von oben: "Jetzt gebt's nicht mehr um Prozente, sondern um die Ehre!" - oder: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten!"), sind natürlich äußerst labil. Deshalb fühlt sich die Basis, die einen längeren Streik geführt hat, auch oftmals zum Schluß, wenn das Ergebnis vorliegt, von der Führung verschaukelt, manipuliert oder - noch schlimmer - verraten.

Dennoch steht der labile Populismus in der Beziehung von Basis und Führung heute in einem anderen Kontext. Schon seit einiger Zeit wird in einigen Gewerkschaften offen über eine Organisationskrise gesprochen. Dabei geht es zum einen um den zurückbleibenden, oftmals sogar absinkenden Organisationsgrad bei Jugendlichen, Frauen und den sog. "neuen Gruppen der ArbeitnehmerInnen" (vor allem bei den Angestellten). Zum anderen

* Auszüge aus einem längeren Manuskript.

aber - und hier greift die Organisationskrise tiefer - geht die Tendenz zu einer Verbetrieblichung der Gewerkschaftspolitik mit einer - oftmals geradezu dramatischen - Erosion des sog. mittleren Elements der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur einher. Die Erosion des "mittleren" Elements stebt letztlich für den Verlust, gewerkschaftliche Interessenvertretung kontinuierlich und stabil um einen möglichst breiten - und moralisch-politisch hoch motivierten - Kern von ehren- und hauptamtlichen AktivistInnen auf den unteren und mittleren Ebenen der Organisation zu bauen. Verfällt dieses Element der Vermittlung, dann gewinnen die Beziehungen von Basis und Führung eine neue politische Qualität, die sowohl durch eine passive Dienstleistungs- bzw. Versicherungsmentalität, aber auch durch den wachsenden Einfluß populistischer Stimmungen charakterisiert ist.

Wenn die Lohnerhöhungen noch vor dem Ende der Laufzeit längst wieder "aufgefressen" sind, dann könnte sich für viele Mitglieder die Frage nach dem Sinn und Zweck des Gewerkschaftsbeitrages stellen.

Die Militanz der Lohnkämpfe (das ist zugleich eine Erfahrung, die sich besonders am Beispiel des Niedergangs der britischen und der US-amerikanischen Gewerkschaften in den 80er Jahren illustrieren läßt) ist also überhaupt keine Garantie für die Stabilität und einen Machtzuwachs der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Die "Lohnmaschinen" geraten stets an ihre Grenzen, wo sich durch Wirtschaftskrisen und den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, durch die Internationalisierung der Kapitalinvestitionen und der Produktion sowie durch Staatseingriffe in die Defensive gedrängt werden. Die politische Qualität von Lohnkämpfen stets in einem engen Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und politischen Macht, die die Gewerkschaften zu entwickeln vermögen. Diese Macht hängt nicht allein von der Mitglieder- und Finanzstärke ab, sondern auch von der Pähigkeit, unterschiedliche Interessen von Lohnabhängigen in einem weiten Spektrum der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingunge programatisch und politisch zu vertreten.

Obwohl darauf aufmerksam gemacht werden muß, daß die Lohnkämpfe aufgrund ihrer Partikularität mit enormen Risiken behaftet sind, so drängt sich doch schon bei einer ersten Bilanzierung der besonderen Merkmale der Tarifrunde '92 der Sachverhalt auf, daß zusammen mit der "Lohnfrage" nachgerade "klassische" Themen der Verteilungspolitik und der damit verbundenen Problematik der sozialen Ungleichheit (national und international) wieder in den Vordergrund der sozialen und politischen Auseinandersetzungen getreten sind. Gerhard Bäcker vom WSI des DGB faßt diesen Wandel der Problemlagen - auch im Blick auf die Debatten der späten 80er Jahre - wie folgt zusammen: "Noch im November 1990, auf dem Hattinger Forum der Hans-Böckler-Stiftung 'Jenseits der Beschlußlage', auf dem das gleichnamige Gutachten vorgestellt wurde und zur Diskussion stand, galt es als unwidersprochen, daß in den 90er Jahren die neuen, eher

'postmateriellen' Themen die politische Tagesordnung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik bestimmen werden ... Meine These ist hingegen, daß im Prozeß sowohl der deutschen Vereinigung als auch der politischen und ökonomischen Umbrüche in den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas nachholende und expandierende Modernisierung aufeinanderprallen und die 'klassischen' sozialen Konflikte wieder an Gewicht gewinnen werden. Das Wiederaufflammen der sozialen Frage wird zwar nicht dazu führen, daß die 'neuen' Themen und Probleme verdrängt werden. Aber sie dürften überlagert und modifiziert werden."¹

Die klassischen gewerkschaftlichen Schutzfunktionen haben angesichts der Erfahrung von Kaufkraft- und Reallohnverlusten, von alten und neuen Strukturen der sozialen Ungleichheit in und zwischen Ost- und Westdeutschland an Bedeutung gewonnen. Dennoch wäre es ein höchst gefährlicher Trugschluß, von diesem Sachverhalt auf eine Renaissance der klassischen Muster des sozialökonomischen Konfliktes oder gar des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit schließen zu wollen. Beschränken wir uns zunächst auf die eher vorsichtige Schlußfolgerung, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung - auch in einem umfassenden Sinne - nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie an der "Lohnfront" nicht versagt und die Loyalität ihrer "einfachen" Mitglieder nicht verspielt.

Rahmenbedingungen der Verteilungsfrage heute

Um die Borniertheit einer rein verteilungspolitischen Debatte in den Gewerkschaften zu überwinden, muß die Frage beantwortet werden, *warum* der Verteilungskonflikt im Jahre 1992 in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen getreten ist. Die Antwort auf diese Frage läßt sich nur im Zusammenhang der weltpolitischen Umbrüche seit 1989 (und darin eingeschlossen: der Veränderung der politischen Landkarte Europas durch die machtpolitische Aufwertung des "neuen Deutschland" in der Mitte Europas) sowie der nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung und der darauf beruhenden strategischen Neuorientierung des herrschenden neokonservativen Blocks erarbeiten. Diese neuen Konstellationen haben nicht allein die äußeren Handlungsbedingungen der Gewerkschaften verändert. Sie berühren unmittelbar die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und das für die "alte BRD" charakteristische (und bislang außerordentlich stabile) Modell der Regulation der Klassenbeziehungen, oder - im engeren Sinne - der industriellen Beziehungen. Damit greifen sie unmittelbar in die Kernstruktur der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ein.

Die Erinnerung an die geschichtlichen Erfahrungen der Kämpfe in der Nachkriegszeit um Mitbestimmung (1951) und Betriebsverfassungsgesetz

¹ Gerhard Bäcker, *Gespaltene Gewerkschaften in einem gespaltenen Land*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/1992, S. 605.

(1952) macht zum einen darauf aufmerksam, daß der Verlust historischen Bewußtseins, der im vergangenen Jahrzehnt - auch unter dem Einfluß der gewiß wichtigen "Zukunftsdebatten" - um sich gegriffen hat, zugleich ein Ausdruck strategischer Schwäche ist. Zum anderen wird im Vergleich zur ersten Gründungsphase der Republik besonders deutlich, daß die DGB-Gewerkschaften in der zweiten Gründungsphase - seit 1989 - eben nicht Träger eines Neuordnungsprojektes (einschließlich eines Verfassungsprojektes), sondern eher die Verwalter eines defensiven Pragmatismus geworden sind, die aufgrund eines fehlenden Alternativprogramms zur Politik und Ideologie des herrschenden Blocks eher zu einer subalternen gesellschaftspolitischen Rolle verurteilt sind.

Politik bewegt sich stets im Schnittpunkt verschiedener Realitäten, die sich ihrerseits nach eigenen, nicht-kongruenten Funktionslogiken entwickeln. Politik als ein Prozeß der "Blockbildung" vollbringt daher stets eine (abstrahierende) Vermittlungs- und Aggregationsleistung. Bezogen auf eine je konkret historische Situation verdichtet sie diese verschiedenen Realitäten insofern, als sie Handlungs- und Entscheidungsprioritäten setzt. In demokratischen Systemen ist sie zudem darauf angewiesen, daß in der Öffentlichkeit, vor allem aber bei Wahlen Mehrheiten im "Volk" für solche Entscheidungen mobilisiert werden. Dabei spielen die Medien eine immer wichtigere Rolle.

Diese Prioritätensetzung ist sowohl international (hier sind die Nationalstaaten die wichtigsten Akteure) als auch national (hier sind die politischen Organisationen und die nichtstaatlichen Verbände die wichtigsten Akteure) heftig umkämpft. Sie vollzieht sich stets in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessenblöcken, die in letzter Instanz die sozialökonomische Grundverfassung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung - im politischen Raum - artikulieren.

Krisen in der Funktionsweise politischer Systeme treten dann ein, wenn die relativ eigenständig wirkenden Logiken der Teilrealitäten sich so weit gegeneinander verselbständigen, daß sie auf der Ebene der politischen Problemwahrnehmung und -verarbeitung nicht mehr gebündelt werden können und sich gegenseitig blockieren. Mit anderen Worten - während in Perioden politischer Stabilität die zentripetalen Tendenzen dominieren, setzen sich in der Krise die zentrifugalen (auseinanderstrebenden) Tendenzen durch und erschweren die Aggregationsleistung politischen Handelns. Solche Widersprüche erscheinen dann auf der Oberfläche als Handlungsinkompetenz oder als Führungsschwäche der politischen Institutionen, Organisationen sowie ihrer Führungsgruppen und -persönlichkeiten.

Zwei Widerspruchsbeziehungen zwischen asymmetrischen Funktionslogiken, die die Politik - in ihrer berkömmlichen Form - "überfordern", sollten im folgenden etwas ausführlicher diskutiert werden.

Weltmarkt und Nationalstaat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden - unter US-amerikanischer Hegemonie - Wachstum und Stabilität der kapi-

talistischen Weltwirtschaft wesentlich durch die Komplementarität zwischen den Normen einer liberalen Weltwirtschaft und dem System des nationalen Keynesianismus gewährleistet. "Die Regierungen konnten die Forderungen ihrer einheimischen Wähler erfüllen und Vollbeschäftigung durch eine Politik der Nachfragestimulierung sowie durch Wohlfahrtsprogramme fördern, ohne daß dadurch ihre Bindung an eine stabile, übernationale Wirtschaft geopfert werden mußte"². Diese Beziehung ist seit den 70er Jahren - beginnend mit dem Verfall des Währungssystems von Bretton-Woods, das die monetäre Hegemonie der USA über die regulierte Weltgeldfunktion des Dollar gestützt hatte, - zunehmend aufgebrochen.

Der - nach den Weltwirtschaftskrisen 1974/76 und 1980/82 einsetzende - neue Schub der Internationalisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft konzentrierte sich mehr und mehr auf die entwickelten Zentren der "Triade" (Nordamerika, Westeuropa, Ostasien) und auf die Sektoren der Hochtechnologie (vor allem im Kommunikationssektor). Er wurde von einer Liberalisierung der Finanzmärkte begleitet, die ein Karussell von (nationalen und internationalen) Krediten, Zins- und Währungsspekulationen auslöste und die Verschuldung nicht allein der Entwicklungsländer, sondern vor allem der USA vorantrieb. "Unternehmerische Aktivitäten verlagern sich - im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren - von der Produktion von Waren und Dienstleistungen auf Finanzanlagen. Die 'fordistischen' Unternehmenskonzepte sind ja höchst anfällig für Kapazitätsauslastung und Kapitalkosten (Zinsen), die die 'Regulationsweise' unterminieren können, die auf korporativem Konsens zwischen Lohnarbeit und 'produktivem' Kapital beruht. Dieser aber wird aufgelöst, wenn die Kapitalkosten gegenüber den Arbeitskosten an Bedeutung erlangen. Durch steigende Zinsen wird folglich ein soziales Modell in Frage gestellt. Dabei verändert sich die 'Unternehmenskultur' "³.

Auf der anderen Seite bewirkt der "Sachzwang Weltmarkt" die Auflösung von sozialökonomischen Strukturen und politischen Regulationsformen, die die "fordistische" Periode des Kapitalismus ausgezeichnet hatten. Weltmarktorientierte Modernisierung verlangt von der Politik, daß sie ein Umfeld schafft, in dem private Unternehmen sich frei entfalten können, um im globalen Wettbewerb dynamisch, flexibel und innovationsfähig zu sein. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, unternehmerfreundliche Fiskal- und Sozialpolitik, Deregulierung und Flexibilisierung waren in den 80er Jahren Bestandteile jener neokonservativen Politik, die den Druck der Globalisierung in die Innenpolitik mit dem Abbau des Sozialstaates, dem Angriff auf die Rechte von Gewerkschaften und Lohnabhängigen sowie mit der Akzeptanz neuer sozialer Spaltung und Segmentierungen übersetzte.

² Robert Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton 1987, S. 335).

³ Elmar Altwater, *Die Zukunft des Marktes*, Münster 1991, S. 159.

Der zweite Widerspruchskomplex, in den die Renaissance der "sozialen Frage" eingebettet ist, speist sich aus der *Spannung zwischen weltmarktorientierter Modernisierung und gesellschaftlicher Desintegration*. Auf einer sehr abstrakten Ebene könnte die Krise der Politik darin verortet werden, daß sich die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft "enthierarchisiert" hat, daß der Versuch der politisch-staatlichen Regulation, die Entwicklungslogiken gesellschaftlicher Teilsysteme politisch "einzubinden", immer weniger erfolgreich funktioniert.⁴ Vor dem Hintergrund der Globalisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft läßt sich dieser Gedanke so konkretisieren: Im Ellenbogenkampf der Konzerne und Nationen um Marktanteile, Direktinvestitionen und Produktivitätsvorteile treten nach innen die "Schattenseiten" dieses Modernisierungsprozesse immer deutlicher zutage. Je mehr die staatliche Politik sich den Imperativen der Weltmarktkonkurrenz unterwirft, um so größer werden die Restriktionen, denen diese Politik im Hinblick auf die Bearbeitung der ökonomischen, sozialen und regionalen Fragmentierungen und Spaltungen unterliegt.

In Deutschland wird diese Problematik noch durch die tiefgreifende soziale Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland verschärft. Gerade hier zeigt sich seit 1990, daß der naive Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes, die durch den "Angebotsschock" der Öffnung zum Weltmarkt ausgelöst werden sollte, soziale Katastrophen erzeugt. Diese sind nicht allein durch die Sozialpolitik, sondern nur durch eine aktive Struktur-, Industrie- und Beschäftigungspolitik sowie durch eine Finanz- und Geldpolitik zu überwinden, die darauf verzichtet, durch Steuersenkungen für die Unternehmen, Druck auf die Lohnkosten, Erhöhung der Massenverbrauchssteuern usw. die Kosten der Einheit auf die Lohnabhängigen abzuwälzen und ideologisch die Gewerkschaften (im Westen wie im Osten) zum "Sündenbock" einer gescheiterten Regierungspolitik (die natürlich von sehr harten politischen und wirtschaftlichen Machtinteressen diktiert war und ist) zu stempeln.⁵

Subordination oder Autonomie

Wir waren der Frage nachgegangen, *warum* die Verteilungsfrage aufgewertet ist und warum es für die Politik - sowohl für die staatliche als auch für die Gewerkschaftspolitik - offenbar immer schwieriger wird, entweder nach dem Muster traditioneller wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen (Keynesianismus plus Sozialstaat) bzw. nach dem Muster einer traditionellen gewerkschaftlichen Interessenvertretung erfolgreich auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

⁴ Vgl. dazu Josef Esser, *Transnationale Unternehmen und politische Regulierung. Die kapitalistische Durchdringung der Welt*, in: *Perspektiven* (Frankfurt), Nr. 13, Juli 1992, S. 30-32.

⁵ Vgl. dazu u.a. Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik*, *Memorandum '92*, Gegen den ökonomischen Niedergang - Industriepolitik in Ostdeutschland, KStn 1992.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen vor allem in den Strukturveränderungen, die die neue Stufe der Internationalisierung des kapitalistischen Weltmarktes unter der Dominanz der transnationalen Konzerne und des Finanzkapitals auf den Handlungsspielraum des Nationalstaates bzw. auf die Imperative des nationalstaatlichen Handelns ausüben ("Sachzwang Weltmarkt"). Die staatliche Souveränität wird nicht allein ausgehöhlt, sondern mit Anforderungen - von innen und außen - konfrontiert, die nicht auf einen Nenner zu bringen sind und die die staatlichen Steuerungsressourcen - Recht und vor allem Geld - strukturell überfordern. Die Grenzen des Staatshandelns hefordern aber zugleich die Prozesse gesellschaftlicher Desintegration, die dabei umso freier den Wirkungen der Profitproduktion und der Marktgesetze unterliegen. Zugleich formieren sich die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure (Bauern, Fernfahrer, Automobillclubs, Industrielobbys, Kommunen, Naturschutzverbände, Gewerkschaften u.v.a.m.), um ihre Ansprüche geltend zu machen.

Die Erosion eines einheitlichen politischen Gestaltungswillens in einer welthistorischen Umbruchkonstellation (seit 1989) schreitet so unaufhörlich voran.

Alle Verteilungsfragen lassen sich letztlich in Geld ausdrücken. Überall fehlt Geld, um Politik zu finanzieren und die Ansprüche sozialer Gruppen zu befriedigen. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen westlichen Metropolen hat im vergangenen Jahrzehnt die öffentliche und private Verschuldung beträchtlich zugenommen. Der Gegensatz von privatem Reichtum und öffentlicher Armut, von dem einst John Kenneth Galbraith in den 60er Jahren gesprochen hatte (um von hier aus die Notwendigkeit staatlicher Umverteilungspolitik zugunsten von Reformprogrammen wie der "Great Society" zu begründen), verschärft sich in der Gegenwart unter den spezifischen Bedingungen der Modernisierung und Transnationalisierung. Privater Reichtum wird heute insbesondere von den transnationalen Konzernen und Dienstleistungsunternehmen angeeignet (abgesehen davon, daß heute in allen Ländern, in denen die Zahl der Obdachlosen und Armen zunimmt, zugleich die Zahl der Millionäre und Milliardäre wächst!). Er manifestiert sich in den Glitzerfassaden der Bank- und Versicherungspaläste in den metropolitanen Zentren ebenso wie in den gewaltigen Kreditmassen, die auf den internationalen Finanzmärkten zirkulieren.

Auf der anderen Seite ist die zunehmende soziale Desintegration und Spaltung nicht allein Folge der neokonservativen Politik, die sozialstaatliche Leistungen abgebaut hat. Die Blockade staatlicher Steuerungskapazität wird auch dadurch verstärkt, daß nach dem Ende des Kalten Krieges in allen kapitalistischen Metropolen die Militärbudgets nach wie vor sehr hoch sind.⁶ Dazu aber kommt als wesentlicher Faktor, daß die "Gemein-

⁶ Schon der Golf-Krieg mußte - vor allem aus US-amerikanischer Sicht - als eine Aktion begriffen werden, in der - nach dem Ende des Kalten Krieges - die Funktion des Militärs und der neuen flexiblen Waffensysteme unter Beweis gestellt werden mußte. Derzeit

kosten" immer stärker steigen, die über den Staat von der Gesellschaft aufgebracht werden müssen, um die Kosten bzw. Risiken jener Transnationalisierungsprozesse aufzufangen, die von den privaten Profiteuren dieser Prozesse, den transnationalen Konzernen, nicht getragen werden. Dazu gehören z.B. die "Kohäsionskosten", die von der Bundesregierung in der EG als Preis für die Vorteile erbracht werden müssen, die die deutschen Konzerne aus dem Binnenmarkt '92 ziehen werden. In gewisser Weise gehören dazu auch die "Gemeinkosten" des Anschlusses der ehemaligen DDR; denn ihr Zweck besteht ja darin, eine Infrastruktur für die private Kapitalakkumulation und Profitproduktion zu schaffen und die sozialen Kosten des "Crasb Kurses" über staatliche Fonds abzufedern.

Schließlich resultieren die Restriktionen politischer Gestaltungsfähigkeit auch aus den stetig steigenden Kosten, die durch das Zivilisationsmodell der westlichen Industriegesellschaften auf der globalen wie der nationalen und lokalen Ebene verursacht werden. Die UNO-Umweltkonferenz von Rio (Juni 92) hat auf geradezu dramatische Weise verdeutlicht, daß zwischen der Verelendung und ökologischen Zerstörung weiter Teile der "Dritten Welt" und dem Ressourcenverbrauch sowie den Schadstoffemissionen im Norden ein unmittelbarer Zusammenhang besteht⁷, und: daß - neben dem Schuldenerlaß - gewaltige Kredittransfers von Nord nach Süd notwendig sind, um dieser globalen Bedrohung zu begegnen. Der Münchner G-7-Gipfel vom Juli '92 hat freilich ebenso brutal klargestellt, daß die reichsten kapitalistischen Staaten - allen voran die USA - dazu nicht bereit sind.

Die Kosten und Risiken der industriellen Zivilisation stellen allerdings auch die nationalen, regionalen und lokalen Körperschaften vor immer schwieriger lösbare Probleme. Verkehr, Abfallbeseitigung, Reinhaltung (bzw. Entsorgung) von Wasser, Luft und Böden, Energieversorgung u.a.m. erzeugen eine Kostenspirale, die bei ebenfalls zunehmenden Sozial-, Gesundheits- und Bildungskosten letztlich strukturelle Handlungsunfähigkeit vorprogrammieren. Das Dilemma der Politik besteht dann darin, daß unter dem Primat der weltmarktorientierten Modernisierung - also der Konzerninteressen und der Marktliberalisierung - zugleich Handlungsprioritäten gesetzt werden, die die Zivilisationsrisiken sowie soziale Desintegration und deren Kosten erhöhen. Dabei wird in der Regel von relativ günstigen Wachstumsbedingungen der Weltwirtschaft in den 90er Jahren ausgegangen. Jede Abschwächung der Konjunktur oder gar eine erneute Rezession der Weltwirtschaft müßte dieses Dilemma noch zuspitzen.

entwickelt sich in der Folge des Krieges im ehemaligen Jugoslawien eine Konstellation, bei der insbesondere die EG-Staaten (die - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven - die Perspektive einer EG-Militärmacht im Rahmen der WEU verfolgen) die Funktion ihrer militärischen Apparate neu definieren.

⁷ Vgl. dazu u.a. Elmar Altvater, Universalismus, Unipolarität, Polarisierung, Widersprüchliche Strukturprinzipien einer "neuen Weltordnung", in: Prokla, 84 (1991), S. 342 ff., bes. S. 354 ff.

Diese Skizze von Problemfeldern ist keineswegs vollständig.⁸ Jedoch sollte diese Problemskizze erkennen lassen: Der geläuterte gewerkschaftliche Pragmatismus, der unter Hinweis auf die Objektivität der "knappen Kassen" und des "Sachzwanges Weltmarkt" für tarif- und gesellschaftspolitische Vernunft (und das heißt: sozialpartnerschaftliche Kooperation) plädiert, wird solchen Anforderungen ebenso wenig gerecht wie die illusionäre Vorstellung, als ob nunmehr über die Lohnkämpfe eine Reaktivierung eines gewerkschaftlichen Radikalismus oder gar des Klassenkampfes hervorstehe. Auch jene Positionen, die - als Ersatz für die verloren gegangene sozialistische Perspektive - nunmehr auf eine zivilgesellschaftlich-ökologische Ausgestaltung des Binnenraumes entwickelter kapitalistischer Gesellschaften blicken, müssen sich fragen lassen, ob dieser neue, "sanfte Reformismus" den Realitäten überhaupt gerecht werden kann und ob er nicht mit seiner Fixierung auf angeblich postmaterielle Bedürfnisse der "neuen Arbeitnehmergruppen" zugleich einer Abkoppelung der gewerkschaftlichen Politik von den Interessen der sog. "einfachen" Mitglieder zuarbeitet.

Radikalität bei der Problemwahrnehmung und beim Nachdenken über Handlungsalternativen findet sich heute eher bei Wissenschaftlern, die im Blick auf die globalen Entwicklungstendenzen schon seit den frühen 70er Jahren vor den Gefahren und Risiken jener Zerstörungspotentiale gewarnt haben, die durch die Wachstumsdynamik der industriekapitalistischen Zivilisation freigesetzt werden. In seinem neuesten Bericht spricht der Club of Rome daher von der Notwendigkeit einer "globalen Revolution". Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes beschleunigt sich die Entwicklung zu einem antagonistisch verfaßten "Zwei-Welten-System".

Bei der Diskussion der Lösungsstrategien erteilt der Club of Rome der Marktwirtschaft und dem einzelwirtschaftlichen Profitstreben eine eindeutige Absage: "Das System der marktwirtschaftlich orientierten Länder beruht auf dem Prinzip des Wettbewerbs und fördert den Eigennutz und letztlich die Hahgier. Gähe es keinerlei Beschränkungen, würde das brutale Wirken der Marktkräfte zu Ausbeutung, Vernachlässigung sozialer Aufgaben, Zerstörung der Umwelt und Verschwendung von Ressourcen führen, die lebenswichtig für die Zukunft sind"⁹.

Wo liegen heute die Bezugspunkte für einen Diskurs, der für die Gewerkschaften von strategischer Relevanz ist? Eine erste Antwort würde lauten, daß die Tarifbewegung '92 wie die Tarifpolitik im allgemeinen letztlich nicht "aus sich selbst", sondern nur im Zusammenhang von tiefgreifenden sozialökonomischen und politischen Veränderungen bewertet werden

⁸ Eine systematische Behandlung dieser "Krise der Politik" müßte natürlich auch ausführlicher auf die Verselbständigung der Funktionslogiken Produktion von Reichtum/Kapitalakkumulation auf der einen und globale Natur- und Umwelzerstörung auf der anderen Seite eingehen.

⁹ Alexander King/Bertrand Schneider, Die globale Revolution. Ein Bericht des Club of Rome, Spiegel-Report, Hamburg 1991, S. 110.

kann. Diese Erkenntnis ist trivial; sie gewinnt ihre konkrete Aussagekraft erst vor dem Hintergrund jenes Wandels, in den die Strategien und Ziele der Akteure eingebettet sind. Ingrid Kurz-Scherf z.B. sieht es als "eine Überlebensfrage der Gewerkschaften als gesamtgesellschaftlicher Interessenvertretung der arbeitenden Menschen" an, "ob es ihnen gelingt, die alte soziale Frage des Anspruchs der Arbeitnehmerschaft auf die Früchte ihrer Arbeit zu vermitteln mit den neuen sozialen Fragen eines solidarischen Interessenausgleichs innerhalb der Klasse der arbeitenden oder zumindest arbeitswilligen und -bedürftigen Menschen". Eine Voraussetzung, dieses Ziel zu erreichen, wäre derzeit ein "Pakt der sozialen Vernunft, in dem sich Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft verständigen über den jeweiligen Beitrag zur Lösung der anstehenden Fragen (insbesondere bezüglich der neuen Bundesländer), statt sich weiter gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben".¹⁰

"Vernunft" kann die Suche nach Kompromissen bedeuten, die soziale und politische Konfliktpotentiale entschärfen, die dann, wenn sie sich - z.B. in Streiks entladen - übermäßige Kosten für die Beteiligten verursachen und dazu noch die Fronten in der verteilungspolitischen Auseinandersetzung verhärten. Dennoch darf dabei nun einmal nicht von der Objektivität der Interessen, die die beteiligten Akteure leiten, abstrahiert werden. Es ist eben nicht allein eine Frage des guten Willens, ob die gegensätzlichen Interessen (hier Profite, dort Löhne und soziale Sicherungen; hier weltmarktorientierte Modernisierung, dort soziale Spaltung und Deklassierung) auf eine gemeinschaftliche Linie der Vernunft gebracht werden können. Es gibt herrschende und abhängige Interessen; es gibt dominante und subalterne Logiken gesellschaftlicher Entwicklung. Darauf beruht nicht allein die soziale Grundverfassung der Gesellschaft, sondern auch das jeweilige System der Macht- und Gegenmachtbeziehungen. Mit anderen Worten: die "Subalternen" (so nannte Gramsci die unteren gesellschaftlichen Klassen) müssen Macht entwickeln und organisieren, um die "herrschenden Gruppen" in einer bestimmten historischen Situation zeitweilig zur Vernunft zu zwingen. Diese - zugegeben nicht besonders originelle - Erkenntnis resultiert nicht allein aus geschichtlicher Erfahrung; sie drängt sich in der gegenwärtigen Situation, in der allenthalben der welthistorische Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus gefeiert wird, geradezu auf. Gewerkschaften, die im Pakt der Vernunft eine subalterne Rolle spielen (und dabei darauf verzichten, z.B. die Interessen ihrer Mitglieder gegen Reallohnsenkungen und den Abbau sozialer Rechte im Kampf zu vertreten), haben nur zu oft ihr Mandat als "gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen" verspielt.¹¹

¹⁰ Ingrid Kurz-Scherf, Was gärt da in der breiten Mitgliedschaft der Gewerkschaften? a.a.O.

¹¹ In diesem Zusammenhang wäre auch ein offener Diskurs über die Frage zu führen, wie sich dieser Prozeß der Entmachtung als Teil der Krise der Gewerkschaften in anderen europäischen Staaten seit den späten 70er Jahren vollzogen hat. Gerade am Beispiel des

Die vorangehenden Überlegungen zu einem schwierigen Thema könnten auf zwei Gedanken zugespitzt werden:

- Es ist schon ein gewaltiger Unterschied, ob die Veränderungen unserer Zeit als ein Modernisierungsprozeß begriffen werden, in dem die Gewerkschaften keine andere Wahl haben, als sich den obwaltenden "Sachzwängen" zu unterwerfen und innerhalb der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse nach Gestaltungsspielräumen (die vielleicht das eigene Überleben sichern) zu suchen - oder, ob die Politik der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Kontext eines gesellschaftlichen und politischen Umbruchs bestimmt wird.

Der erste Weg führt zur Subordination der Gewerkschaften, zum Verzicht auf Autonomie. Er weist ihnen letztlich die Rolle eines Modernisierungsoffiziers zu. Der zweite Weg ist keineswegs einfach und klar zu bestimmen; aber er beginnt dort, wo die Gewerkschaften als gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen der herrschenden Logik, die von der weltmarktorientierten Modernisierung und der gesellschaftlichen Desintegration bestimmt wird, Widerstand entgegenzusetzen - von der Verteidigung der unmittelbaren, materiellen Interessen der abhängig Beschäftigten bis hin zur Verteidigung des sozialen und demokratischen Besitzstandes, den die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte sich erkämpft hat. Dieser Weg ist aber nicht durch die bloße Reaktivierung geschichtlicher Erfahrungen zu öffnen; denn es zeichnet ja die Spezifik der heutigen Widerspruchskomplexe kapitalistischer Entwicklung aus, daß sie nicht nach dem Muster einer Polarisierung der Blöcke von antagonistischen Klasseninteressen verlaufen, sondern daß sie sich nach Interessenkonflikten ausdifferenzieren, die gleichsam quer zu den alten "Klassenfronten" verlaufen bzw. diese überlagern. Hier also liegt die große und schwierige Aufgabe der "Blockbildung", der Aggregation von Interessen, die gewerkschaftliche Strategie und Programmatik zu bewältigen bat.

- Bei der Analyse der Umfeldbedingungen gewerkschaftlichen Handelns wurden besonders die "Krise der Politik", die strukturellen Restriktionen staatlichen Handelns im Kontext der neuen Stufe der Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, behandelt. Die dabei erwähnte Ohnmacht der politischen Akteure, die sich der Allgewalt von

linken Flügels der italienischen Gewerkschaften, der CGIL und der Schriften ihres Vorsitzenden, Bruno Trentin, ließe sich der Machtverlust auch als eine Folge des Abkoppelns strategischer Diskurse (verbunden mit einer Politik der Vernunft gegenüber Staat und Kapital) von den Interessen der "einfachen" Mitglieder nachvollziehen. Da es sich um die Interessen der englischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill als die Personifikation eines gescheiterten Arbeiterradikalismus zu verdämmen, sollte ein offener Diskurs auch die These aushalten, daß die Personifikation eines linken "Modernisierers" in der europäischen Gewerkschaftsbewegung, Bruno Trentin, ebenfalls im Kabinett der "Bankrotteure" einen Ehrenplatz eingenommen hat (über die Tränen des Achille Occhetto und den von der CSU verliehenen Gamsbart für Michail Gorbatschow wollen wir erst gar nicht reden!).

"Sachzwängen" ausgesetzt sehen, darf dabei allerdings nicht als ein Naturgesetz mißverstanden werden. Richtig ist, daß die Unterwerfung unter die Imperative der weltmarktorientierten Modernisierung die Krise der politischen Regulation sowie die soziale Desintegration als quasi-naturgesetzlich erscheinen läßt. Das ist exakt das Dilemma der neokonservativen Politik, die immer größere Schwierigkeiten bekommt, die kontraproduktiven Wirkungen der Modernisierungs- und Deregulierungspolitik im Sinne der Sicherung ihrer Mehrheitsverhältnisse zu bewältigen. Die Antwort auf diese Krise des herrschenden Blocks müßte lauten, daß eine neue, eine andere Politik notwendig und möglich ist, die überzeugend zu vermitteln vermag, daß es alternative Wege der ökonomischen und ökologischen Gestaltung gibt, daß eine Veränderung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse möglich ist, die der Dominanz der transnationalen Konzerne unterliegen, daß eine reformorientierte Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse sich keineswegs auf jene Binnenräume zu beschränken braucht, die das Management der transnationalen Konzerne zuläßt.

Schon der programmatische Entwurf einer beschäftigungspolitischen Neubewertung der Dienstleistungsgesellschaft, in der qualitativ hochwertige Dienstleistungstätigkeiten an die Stelle der "bad jobs" und der "ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse" treten und zugleich gravierende Defizite des gesellschaftlichen Bedarfs (im Gesundheits- und Bildungssektor sowie im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes) ausgleichen, könnte in diesem Sinne als ein Ansatz des Ausbruchs aus dem stählernen Gehäuse der Sachzwänge und der vermeintlichen Alternativlosigkeit wirken. Da die Arbeitsverhältnisse nach wie vor auch für die Reproduktionsbedingungen der Gattung die entscheidenden Verhältnisse sind, wäre es vor allem Aufgabe der Gewerkschaften, auf diesem Felde als Träger einer alternativen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsperspektive zu agieren.¹²

Ich wage natürlich nicht zu behaupten, daß damit die Lohnkämpfe oder die Auseinandersetzung um das soziale Elend im Osten Deutschlands einfacher durchzustehen sind. Ich wage jedoch zu behaupten, daß die Kraft dieser Kämpfe zunehmen wird, wenn deren Subjekte von der Notwendigkeit einer solchen Alternative überzeugt werden.

¹² Vgl. dazu als Ansatz: Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Hamburg 1992.

Gewerkschaften

Macht und Ohnmacht von Gewerkschaftstheorien in der Gewerkschaftspolitik

Herausgegeben von

Prof. Hans Porschlegel

256 S. 1987. DM 98,- (ISBN 3-428-06263-9)

Die Gewerkschaften in der Krise? Krise der Gewerkschaften? Die Krise und die Gewerkschaften? Die Antworten auf diese Fragen fallen unterschiedlich aus. Beobachter unterschiedlicher Positionen sind sich darüber einig, daß vor allem in der letzten Dekade eine deutliche Veränderung von Stellung und Stellenwert der Gewerkschaften in den westlichen Ländern zu verzeichnen ist. Nachhaltige politische Wandlungen, vielfach in Richtung eines politischen Konservatismus und Liberalismus, veränderte Einstellungen in der jüngeren Generation, insbesondere gegenüber sozialen Organisationen, sowie innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen haben die sozialökonomische Stellung und den Stellenwert der Gewerkschaften in vielen Punkten verändert, wenngleich ihre grundlegende Rolle als zentrale Arbeitnehmerorganisation geblieben ist. Es scheint immer aktuell, zugleich aber über den Tag hinausweisend, einmal die Frage zu stellen, inwieweit Theorien der Gewerkschaften über sich selbst, aber auch Theorien anderer über die Gewerkschaften die Gewerkschaftspolitik geprägt haben und prägen werden. Die Frage nach Macht und Ohnmacht solcher Gewerkschaftstheorien war daher, in verschiedenen Facetten, Gegenstand der 18. Internationalen Tagung der Sozialakademie Dortmund.

Aus dem Vorwort des Herausgebers

Duncker & Humblot · Berlin

Postfach 41 03 29 · D-1000 Berlin 41 · Telefax (030) 79 00 06 31

Jenseits des Fordismus?

Neue Herausforderungen für die Gewerkschaften

Nicht mehr bei der sozialistischen Linken, sondern in den Unternehmensetagen wird intensiv über Revolutionsstrategien diskutiert. So findet sich in einem Strategiepapier des größten bundesrepublikanischen Unternehmens, Mercedes-Benz, der Satz:

"Wenn wir siegen wollen, müssen wir die 'Revolution' in den Fabriken wagen." Was vielen Beobachtern außerhalb der Betriebe als aufgeplustertes Fitness-Programm für die deutsche Industrie unter den verschärften Konkurrenzbedingungen auf den Weltmärkten erscheint, wird innerhalb der Unternehmen als gravierende Umwälzung verstanden, von der längst noch nicht abzusehen ist, daß sie vom Management gemeistert wird.

Gewiß, in den hochentwickelten westlichen Ländern gehören Strukturveränderungen in Industrie und Dienstleistungsbereichen zum Alltag. Doch zur Zeit kann festgestellt werden, daß sich die industrielle Produktion in den Metropolen des Kapitals in einer verdichteten Umbruchsituation befindet. Der Alltag ist nicht mehr nur durch die permanente Revolutionierung des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses gekennzeichnet; auf der Tagesordnung steht die Umwälzung. In diesem Knotenpunkt der geschichtlichen Entwicklung entscheidet sich in sozialen Auseinandersetzungen, ob die kapitalistische Gesellschaftsformation in ein weiteres Entwicklungsstadium eintritt.¹

Gegenüber geläufigen Mißverständnissen muß betont werden, daß die Umhütung der gesamtgesellschaftlichen Betriebsweise in der kapitalistischen Gesellschaftsformation keineswegs eine automatische Folge technologischer Veränderungen ist; denn noch ist nicht entschieden, ob die für die Nutzung produktiverer Technologie unabdingbaren gesellschaftlichen Veränderungen durchgesetzt werden können. Daher die Strategiedebatten in den Unternehmensetagen. Die Manager wissen, daß der neue qualitative Sprung in der Produktivität zwei Bedingungen hat: zum einen müssen die Lohnabhängigen für die Revolutionierung in der Produktion gewonnen werden, zum anderen ist aber auch gesellschaftliche Akzeptanz erforderlich, weil nur so die unverzichtbaren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert werden können.

¹ Zu den Herausforderungen, den Chancen und Gefahren einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise für gewerkschaftliche Politik siehe Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Modernisierung - Demokratisierung - Zeitsouveränität. Herausforderungen einer neuen Epoche, Hamburg 1992

Es handelt sich bei der Debatte um eine neue Entwicklungsetappe des Kapitalismus also nicht um eine larmoyante Anpassungspolitik an japanische Verhältnisse, sondern wir sind generell in den kapitalistischen Metropolen mit einer Umbruchsituation konfrontiert, wie dies zurecht in einem Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung umrissen wurde: "Die 'zweite industrielle Revolution' verändert das Arbeitsleben. 'Lean production' (die schlanke Produktion) ist mehr als ein rasch vergängliches Modewort. Selbst wenn vieles übertrieben und das Vorbild Japan überschätzt würde: Die Umstrukturierung der industriellen Fertigung zwingt dazu, Arbeit und Leistung neu zu definieren. Gezwungen werden dadurch aber auch die Tarifpartner, ihre Rahmenverträge, in denen Anforderungen und Standards beschrieben werden, neu zu formulieren."²

Die in den USA in den 20er Jahren entwickelte, in Europa z.T. erst in der Nachkriegsprosperität der späten 50er Jahre verallgemeinerte fordistische Betriebsweise ist an immanente Schranken gestossen. Sie wird tendenziell zu teuer, insbesondere aufgrund langer Kapitalumschlagzeiten; sie erbringt nicht mehr die geforderte Qualität in der Produktion, was zu einer teureren Ausweitung der nachgelagerten Bereiche der Qualitätssicherung führte; sie erweist sich zunehmend als unflexibel gegenüber differenzierten Kundenwünschen; und: sie leistet sich einen höchst verschwenderischen Umgang mit der entscheidenden Produktivkraft - der lebendigen Arbeit, deren Qualifikation und Kreativität im Kontext tayloristischer Arbeitsorganisation höchst unvollkommen genutzt wird.³

Durchbruch einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise

Ausgehend von einigen erfolgreichen Unternehmenskonzeptionen in Japan ist bei uns die Bezeichnung "schlanke Produktion" zum populärsten Schlagwort für diesen Umwälzungsprozeß avanciert, der weit mehr ist als ein neues Produktionskonzept. Die Umwälzungen erstrecken sich auf alle Komponenten des Produktionsprozesses, die Organisation von Betrieb und Unternehmung, berühren aber auch die Beziehungen zu allen Zulieferern, verändern die Absatzorganisation und erstrecken sich über die Personalführung und betriebliche Weiterbildung auf alle Aspekte der modernen Unternehmenskultur. "Schlanke Produktion setzt auf Motivation und die verantwortliche Beteiligung jedes Mitarbeiters am Arbeitsprozeß. Während fast ein Jahrhundert lang die industrielle Massenfertigung den Arbeitsprozeß in kleinste Einheiten zerlegte ('Taylorismus' oder 'Fordismus'), der dem einzelnen nur die Beherrschung weniger, sich ständig wiederholender Tätigkeiten am Band abverlangte, soll in der neuen Fabrik vorwiegend in Gruppen gearbeitet werden... Unternehmensinterne

² Rainer Hank, Tarifpolitik am Ende des Taylorismus, in FAZ vom 7.7.1992

³ Die Schranken der fordistischen Betriebsweise sind beschrieben in: Joachim Bischoff/Richard Detje, Massengesellschaft und Individualität. Krise des Fordismus und die Strategie der Linken, Hamburg 1989

Bürokratien und Hierarchien werden abgebaut. Die Inhalte der Arbeit werden angereichert und aufgewertet.⁴

Umwälzungen von dieser Qualität verallgemeinern sich über den scharfen Wettbewerb der Kapitale auf den Weltmärkten, der von einem größeren Produktivitätsgefälle ausgeht.⁵ Daher die häufigen Vergleiche bei der Anwendung moderner Technologien zwischen Japan, den USA und Europa: Industrieroboter, elektronisch gesteuerte flexible Maschinen- und Lagersysteme, umfassende Erfassung und Vernetzung der betrieblichen Daten, moderne Logistiksysteme usw. Und angesichts der steigenden Kapitalintensität und der erheblich verbesserten Information über Kapitalbindung und -umschlag, sind die Unternehmen intensiv bestrebt, Maschinenlaufzeiten und Dauer der Betriebsnutzung auszuweiten. Die "schlanke Produktion" braucht den gesamten Set neuer Technologien, aber das ist nicht das Entscheidende. Was die "schlanke Produktion" auszeichnet, soll sie funktionieren, ist die umfassende Nutzung der Qualifikation und Motivation der Belegschaften. Unternehmer wie Gewerkschafter stimmen daher bei der Einschätzung der neuen gesellschaftlichen Betriebsweise auch im Grundsatz überein: "Nicht die höchste und flächendeckende Automatisierung, sondern die Flexibilität und Kompetenz der Menschen im Betrieb sichern Produktivität und Auslastung der Anlagen; nicht die Senkung der Fertigungstiefe, das 'Out-sourcing' anhand von Quotenvorgaben und die wechselseitige Erpressung von Zulieferern und eigenen Betrieben, sondern stabile und enge Zuliefererverbindungen und exzellente Materialwirtschaft sind Erfolgsfaktoren des Produktions- und Lieferverbundes."⁶

Die Produktivitätsfortschritte einer solchen neuen Betriebsweise sind beeindruckend. Sie sind aber nicht einfach vom Management zu dekretieren. Die neue Arbeitsorganisation setzt zwar moderne Technologie voraus, basiert aber auf einer neuen Qualität von Arbeitsbeziehungen und ist folglich nur in Zusammenarbeit mit den Belegschaften und den Gewerkschaften zu haben. Sicherlich wird sich in dem einen oder anderen konkreten Unternehmen ein solcher Modernisierungsprozeß auch ohne aktives Engagement und größere Beteiligung der Beschäftigten durchsetzen lassen, aber eine gesellschaftlich relevante oder verallgemeinerte moderne Betriebsweise setzt eine neue Qualität von innerbetrieblicher Demokratie und gesellschaftlich gestaltetem Strukturwandel voraus.

Die Schwierigkeiten beim Übergang zu der neuen Produktions- und Unternehmenskonzeption werden auch auf Seiten der Unternehmensführungen nicht mehr bei vermeintlich hedonistisch angelegten oder freizeitorientierten Mentalitäten der Belegschaften lokalisiert. Die gesellschaftliche Produktivität in der fordistischen Entwicklungsetappe erlaubte die Aus-

⁴ Rainer Hank, a.a.O.

⁵ Vgl. Joachim Bischoff/Michael Menard, *Weltmacht Deutschland?*, Hamburg 1992

⁶ Gewerkschafter 5/92

differenzierung eines gesellschaftlichen Dienstleistungssektors sowie einer pluralistischen Lebensweise. Der hiervon angestoßene gesellschaftliche Wertewandel mit veränderten Berufs- und Erwerbsorientierungen ist beim Übergang in eine neue Arbeitsorganisation in Rechnung zu stellen.

Qualifizierte Arbeitnehmer, gleich ob Facharbeiter oder Angestellte, wollen sowohl von Unternehmensführung wie Gewerkschaften davon überzeugt werden, daß die produktivere Arbeitsorganisation Chancen für die Verwirklichung ihrer entwickelteren Ansprüche an die Lebensführung bietet. Vor dem Hintergrund der Anhebung der Masseneinkommen, der Erweiterung der Systeme sozialer Sicherheit, der Ausweitung von Bildungs- und Fortbildungsangeboten etc. hat sich in den kapitalistischen Hauptländern ein Prozeß der Individualisierung und Differenzierung von Lebensstilen durchgesetzt. "Auf dem Hintergrund eines vergleichsweise hoben materiellen Lebensstandards und weit vorangetriebenen sozialen Sicherheiten wurden die Menschen in einem historischen Kontinuitätsbruch aus traditionellen Klassenbedingungen und Versorgungsbezügen der Familien herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen."⁷ Trotz der unzweifelhaft positiven Aspekte dieser Individualisierung, wie die Erweiterung individueller Kompetenzen, die Zurückdrängung traditioneller Milieus und die Problematisierung von Geschlechtsrollen, kann nicht übersehen werden, daß der Individualisierungsschub mit einer wachsenden sozialen Ungleichheit einhergeht. Die Gesellschaften erweisen sich bislang nicht in der Lage, durch soziale Regulierungen die Abhängigkeit vom kapitalistischen Arbeitsmarkt und dementsprechender Verteilung von Einkommen und Lebenschancen sozial verträglich zu gestalten. Die Probleme dieses Individualisierungsschubes gilt es ernst zu nehmen: "Die freigesetzten Individuen werden arbeitsmarktabhängig und damit bildungsabhängig, konsumabhängig, abhängig von sozialrechtlichen Regelungen und Versorgungsangeboten, von Verkehrsplanungen, Konsumangeboten, Möglichkeiten und Moden in der medizinischen, psychologischen und pädagogischen Beratung und Betreuung."⁸

Gestaltungsmöglichkeiten

Bislang sind die entwickelten kapitalistischen Länder nicht in der Lage, jene Stabilität auf den Arbeitsmärkten sicherzustellen, die einen eigenverantwortlichen Umgang mit den gewachsenen Ansprüchen und Möglichkeiten gestattet. So führt die Inflation der Bildungstitel nicht zu einer Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, sondern zu einem verschärften Wettbewerb und zur Aktivierung von längst überwunden ge-

⁷ Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/Main 1986, S. 116

⁸ ebd., S. 119

glaubten Selektionsmechanismen. Die Fortschritte in der Produktivitäts- und Reichtumsentwicklung können bislang nicht so umgesetzt werden, daß allen Gesellschaftsmitgliedern eine Gestaltung des Individualisierungsspielraumes ermöglicht wird. Die zunehmende soziale Ungleichheit verstärkt die in diesem Modernisierungsprozeß angelegte Verunsicherung der Subjekte: Die Individualisierung wird als ein Zwang zur Gestaltung erfahren, wobei die subjektive Kompetenz höchst unzulänglich bleibt. Die Entscheidungen zur Lebensgestaltung müssen zudem "in eine langfristige Lebensführung eingebettet sein. Denn es ist höchst unwahrscheinlich, daß Menschen es auf Dauer ertragen, sich allein von Augenblicksimpulsen leiten zu lassen. Die Menschen sind dazu genötigt, ihr Leben zu 'führen'; und diese Lebensführung wird umso anspruchsvoller, je weniger machtgestützte, sanktionsbewährte Normen und Institutionen ihnen die Gestaltung ihrer Existenz abnehmen."⁹

Es wird also zum einen schwieriger, innerhalb einer von wachsender sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaft zu einer befriedigenden Lebensgestaltung zu kommen; zum anderen geht die Leitfunktion von Ritualen, Konventionen, Symbolen und gesellschaftlichen Wertorientierungen zurück. In einer solchen Grundsituation der Verunsicherung schlägt die Bereitschaft, an einer grundlegenden Umwälzung der Arbeits- und Betriebsorganisation mitzuwirken, schnell in eine Blockierung vermeintlicher oder faktischer Modernisierungsverlierer um. In bloßer Fortführung der bisherigen programmatischen wie symbolischen Tradition werden die Barrieren gegenüber einem gewerkschaftlichen Engagement seitens der qualifizierten Arbeitnehmer nicht aufgelöst werden können. Die Verständigung auf eine umfassende - d.h. betriebliche wie gesamtgesellschaftliche - Gestaltungskonzeption ist die Bedingung für die Ausweitung des gewerkschaftlichen Einflusses unter dem sog. "modernen Arbeitnehmertyp".

Die erleichterten Zugänge zu einer qualifizierteren Ausbildung haben dazu geführt, daß sich gleichsam parallel zu der technologischen Modernisierung eine tiefgreifende Veränderung im Berufs- und Leistungsbewußtsein verallgemeinert hat. Die längere Diskussion über einen sich auf die Einstellung zur Arbeit erstreckenden Wertewandel ist in der politischen Öffentlichkeit meist sehr einseitig verlaufen.¹⁰ Es hat sich keine Abwendung von der Arbeit durchgesetzt, sondern infolge der höheren Qualifikation und der ausgeweiteten Ansprüche an den Lebensprozeß haben sich die Bewertungsmaßstäbe an die Arbeitsplätze verschoben. Eine instrumentelle Arbeitseinstellung gilt nicht mehr als optimale Orientierung; stattdessen werden befriedigende Arbeitsinhalte, Berücksichtigung arbeitsökologischer Aspekte, genügende Entscheidungsspielräume und Mitsprache eingefor-

⁹ A. Kuhlmann, Selbstverwirklichung in der Risikogesellschaft, in: Frankfurter Rundschau vom 11.4.1992

¹⁰ Zur Diskussion um Wertewandel siehe: Bischoff/Detje, Massengesellschaft und Individualität, a.a.O.

dert; auch über den engeren Arbeitsplatz hinaus werden Partizipationsansprüche geltend gemacht und auf eine umfassende Information Wert gelegt. Die fachlichen und sozialkommunikativen Ansprüche an den Arbeitsplatz sollen bei allen unverrückbaren technologischen und wirtschaftlichen Zwängen durch das Handeln eines eigenverantwortlichen Subjektes eingelöst werden. Die 'schlanke Produktion' setzt nicht nur einen kompetenten, entscheidungsfähigen und kreativen Mitarbeiter voraus; dank des gesellschaftlichen Strukturwandels und des ihn begleitenden Wandels in den Wertorientierungen sind auch die gesellschaftlichen und subjektiven Bedingungen für einen solchen Qualitätssprung vorhanden. Allerdings fragt sich, ob die neuen Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume mit dem Regime des kapitalistischen Aneignungs- und Entscheidungsprozesses vereinbar sind.

Dieser Wandel in Wertorientierungen und Mentalitäten, wie er sich unter den fordistischen Bedingungen herausgebildet hat, erfordert allein schon eine umfassende Veränderung der Produktions- und Unternehmenskonzeption. Dies geht einher mit dem Zwang, den raschen Übergang zu einer produktiveren und effizienteren Betriebsweise zu vollziehen. Bedingt durch die entwickeltere Qualifikation fordern die modernen Arbeitnehmer - gleich ob Facharbeiter oder Angestellte - die Berücksichtigung und Entwicklung ihrer fachlichen und sozialen Kompetenz. Im verschärften Wettbewerb werden nur die Unternehmen eine Zukunft haben, die in einer veränderten Arbeitsorganisation die Belegschaften zu höheren Leistungen motivieren können; gefragt sind Flexibilität, Kreativität, Engagement und die Bereitschaft, neue Lösungen auszuprobieren. Betriebliche Akzeptanz ist nur zu erreichen, wenn die Unternehmensführungen mit dem bisherigen Verfahren Schluß machen, technologische und arbeitsorganisatorische Veränderungen dekretieren zu wollen. Gefordert ist die Bereitschaft, betriebliche Entscheidungen rechtzeitig und begründet zur Diskussion zu stellen und gegebenenfalls andere Lösungsvorschläge zu akzeptieren. Die Gewerkschaften müssen darüberhinaus die berechtigten Ansprüche und Rechte der Beschäftigten sichern und ausweiten.

Nur aus einer sehr oberflächlichen Sichtweise ergibt sich eine einfache Addition des veränderten Berufs- und Leistungsbewußtseins von qualifizierten Mitarbeitern und den Anforderungen aus einer produktiveren Arbeits- und Betriebsorganisation. Der soziale Konflikt liegt auf der Hand. Es kann nicht nur um eine Intensivierung der Arbeit gehen, sondern Kompetenz, Qualifikation und Initiative der Beschäftigten erfordern eine Neuordnung der innerbetrieblicher Mitbestimmung und Demokratisierung. Für die Beschäftigten geht es darum,

* daß die neue Arbeitsorganisation nicht einfach vermeintlichen Sachzwängen folgt, sondern die weiter zu entwickelnde Kompetenz der Belegschaften einbezieht;

* daß die Kapitalintensität nicht automatisch in verlängerte Betriebsnutzungszeiten umgesetzt wird, sondern daß sowohl auf die individuellen Zeithorizonte wie auf den gesellschaftlichen Zeitrhythmus im Sinne von mehr Zeitsouveränität Rücksicht genommen wird;

* daß über die Frage der Leistungskontrolle und Leistungshonorierung nicht einseitig die Unternehmensführung entscheidet, sondern daß dies unter eindeutig erweiterten Mitbestimmungsrechten der Belegschaften erfolgt;

* daß in der Konsequenz von vergrößerten Dispositionsspielräumen und autonomer Verantwortung in der Gruppe die Reklamations- und Kontrollrechte erweitert werden;

* daß die Entwicklung der Qualifikation nicht Privatsache bleibt, sondern im Rahmen der Unternehmung Zeit und Gelegenheit für kontinuierliche Weiterbildung geschaffen werden;

* und daß bei der Rückwirkung des beschleunigten Strukturwandels auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung sowohl von Seiten der Unternehmensführung wie der Belegschaften Einfluß genommen wird.¹¹

Die Hauptstichworte der anzustrebenden Reform der Arbeits- und Unternehmensorganisation sind also: Auflösung überlebter hierarchischer Entscheidungsverhältnisse, Erweiterung des Arbeitsumfanges, Vergrößerung der Dispositionsspielräume und ein größerer Stellenwert für Gruppenarbeit.

Der Übergang zu einer neuen Betriebsweise ist aus Sicht der Unternehmen notwendig, weil nur unter diesen Bedingungen produktiver und qualitätsorientierter, aber auch kostengünstiger als unter der herkömmlichen Arbeitsteilung gewirtschaftet werden kann.

Konfliktpotentiale

Der gesellschaftliche Konflikt tritt immer klarer zutage: Die Unternehmen sind bei Strafe des eigenen Untergangs gezwungen, eine rasche Umwälzung der gesamten Unternehmensorganisationen zusammen mit den Belegschaften durchzuführen. Sie wissen zudem, daß eine solche Umwälzung auch gesamtgesellschaftliche Veränderungen nach sich zieht, vor allem im Ausbildungs- und Fortbildungsbereich, aber auch im Hinblick auf eine Modernisierung eines bezahlbaren Dienstleistungsangebotes. Ohne Zweifel ist ein Ziel der Strategiedebatten in den Unternehmensleitungen, nach Wegen und Methoden zu suchen, wie die neue Produktivität durchzusetzen ist, ohne dabei Einschränkungen in den Herrschafts- und Machtstrukturen des Kapitals hinnehmen zu müssen. Daß eine solche Haltung das Mißtrauen von Belegschaften und Gewerkschaften hervorruft, ist ein-

¹¹ Vgl. Klaus Lang, Toyotismus ist eine Rationalisierungs- und keine Humanisierungsstrategie, in: Die Mitbestimmung, April 1992, S. 53ff.

sichtig. Ein Fitness-Programm für das deutsche Kapital mit Unterstützung der Gewerkschaften, das ist selbst für solche Positionen zuviel, die sich innerhalb des gewerkschaftlichen Spektrums ausdrücklich als "sozialpartnerschaftlich" definieren.

Die Kapitalvertreter wissen um das Mißtrauen: "Die Traditionalisten reagieren defensiv. Sie unterstellen, die schlanke Produktion sei nur eine neue, besonders raffinierte Rationalisierungsstrategie, bei der der eine Teil der Mitarbeiter entlassen, der andere Teil aber unter verschärften Leistungsdruck gestellt werde. Eine Tarifreform besteht für diese Gewerkschaftsvertreter im Ruf nach neuen Regulierungen: Von den Erholzeiten bis zur Personalbesetzung der Arbeitsgruppen würden sie am liebsten alles in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen festschreiben. Das Schlagwort heißt Mitbestimmung und Demokratisierung, worunter vor allem viele neu einzurichtende innerbetriebliche Kommissionen zu verstehen sind, ohne deren Zustimmung nichts geregelt werden dürfte. Eine solche Tarifpolitik steht dem Geist der Lean production entgegen. Die Traditionalisten wollen nicht wahrhaben, daß die Aufwertung der Kompetenzen von Arbeitnehmern vor Ort notwendig mit dem Verlust von Macht und Einfluß der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte verbunden ist."¹²

Der Widerspruch ist deutlich: Die neue gesellschaftliche Betriebsweise setzt den kompetenten und hochmotivierten Mitarbeiter voraus; ohne Zustimmung von Belegschaften und ihren Gewerkschaften wird es aber keine betriebliche Akzeptanz geben. Zudem ist eine solche neue industrielle Revolution nur möglich, wenn einschneidende gesellschaftliche Reformen durchgesetzt werden: es bedarf einer Um- und Neuverteilung gesellschaftlicher Arbeit; erforderlich ist die Ausweitung bezahlbarer Dienstleistungen; all dies unterstellt eine weitgehende Neuordnung der gesellschaftlichen Verteilungsstrukturen. Es bleibt eine nicht ungefährliche Illusion, wenn die Protagonisten des Kapitals davon ausgehen, daß Lean production mit Massenarbeitslosigkeit, Einschränkung der Gewerkschaftsrechte und radikaler Deregulierungspolitik von sozialstaatlichen Transfers und Dienstleistungen vereinbar ist.

Auch die Unternehmensführungen wissen, daß die in Gang gesetzte Reform der Arbeitsorganisation scheitern kann. Die umfassende Neugestaltung der Betriebsweise unterstellt zum einen, daß es gelingt, die Belegschaften für den notwendigen Wandel zu gewinnen und zusammen mit ihnen die neue Struktur zu entwickeln. Die bloße Übertragung eines vorgeordneten Konzeptes könnte nicht das gewünschte Ergebnis von selbstbewußten und entscheidungsfreudigen Belegschaften haben. Beim Übergang zu einer neuen Betriebsweise müßten zum anderen aber auch die überbetrieblich virulenten Konflikte eine Bewegungsform erhalten: z.B. kann es nicht darum gehen, die Kosten in den Unternehmen nach unten zu drück-

¹² Rainer Hank, a.a.O.

ken, während gleichzeitig die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit expandieren. Gleichmaßen kann es nicht eine Ausrichtung auf olympiareife Leistungen überwiegend junger Belegschaften geben, während die Kosten für den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft und die Entwertung des beruflichen Wissens dann der Gesellschaft auferlegt werden. Mit der neuen Konzeption soll die Arbeit für die Beschäftigten anspruchsvoller werden und die Produktivitätssteigerung wird durch die Freisetzung des bislang unausgeschöpften Leistungspotentials erreicht. Es muß daher eine angemessene Beteiligung der Beschäftigten an der Leistungssteigerung gesichert sowie langfristig die Leistungssteigerung selbst der Kontrolle und Gestaltung durch die Belegschaft unterworfen werden.

Die Gewerkschaften stehen vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen sollen alle Beschäftigten an der geplanten Umwälzung beteiligt werden; es wird nicht leicht sein, die Gesamtinteressen der in sich stark differenzierten Belegschaften auszumachen und zu vertreten.

Zum anderen ist es schwierig, neben diesem betrieblichen Mandat zugleich ein gesamtpolitisches Mandat wahrnehmen. Ein zukunftssträchtiges Unternehmens- und Produktionskonzept des 21. Jahrhunderts wird es nur bei Mitgestaltung durch die Gewerkschaften geben, indem sowohl die berechtigten Ansprüche der Beschäftigten innerbetrieblich ihren Platz haben, der gesamtgesellschaftliche Strukturwandel sozial ausbalanciert und die ökologische Umgestaltung der Lebensweise eingelöst wird.

Ohne grundlegende betriebliche und gesellschaftliche Reformen werden auch die Elemente einer neuen Betriebsweise allenfalls Insellösungen bleiben:

* die Intellektualisierung der Arbeit erfordert eine neue Qualität des gesamten Bildungssystems: der Allgemeinbildung, der betrieblichen und Hochschulausbildung, der betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildung. Soll sich die neue Betriebsweise nicht nur in diesen Inseln, sondern gesellschaftlich etablieren, sind entsprechende Reformen erheischt.

* Um die produktiven Potenzen des Individualisierungsprozesses nicht nur in den für den Einzelnen sicheren oberen Unternehmensrängen sondern in künftig sehr viel breiteren Teilen der Belegschaft nutzen zu können, bedarf es eines neuen Zusammenhangs von Individualisierung und gesellschaftlich organisierter Sicherheit. "Wenn man unter Individualisierung ... das Ergebnis der gestiegenen Anforderungen an Initiative, Selbstverantwortung und Problemlösungskapazität der Bürger in den überschaubaren Sozialgruppen der Familie und Haushalte versteht, löst sich die scheinbar paradoxe Beziehung von Individualisierung und Sicherheit auf und gibt den Blick frei auf Lebensarrangements, auch auf soziale Probleme, die in den kommenden Jahren noch deutlicher hervortreten werden."¹³

¹³ Wolfgang Zapf u.a., Individualisierung und Sicherheit, Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland, München 1987, S. 3

Es geht um eine den Industrie- und Dienstleistungssektor übergreifende Reformperspektive:

* Die neue Betriebsweise einer flexibel automatisierten Massenproduktion ist - ganz im Gegensatz zur neokonservativen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik - an hochwertige gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Was für die Bildung gilt, läßt sich für das Gros der gesellschaftlichen Infrastruktur durchbuchstabieren: Selbst in Japan ist Just-in-Time beim alltäglichen Verkehrsinfarkt zum Scheitern verurteilt. Letztlich geht es hier um eine neue Qualität von Strukturpolitik: nicht mehr zur Abfederung von negativen Modernisierungsfolgen, sondern zur Verstetigung der Akkumulationsbewegung selbst angesichts der immens steigenden Kapitalintensität.

* Der Zusammenhang von Individualisierung und Sicherheit weist weit über den Rahmen herkömmlicher Sozialstaatspolitik hinaus. Es geht - und dies hat die Zukunftsdiskussion der Gewerkschaften deutlich gemacht - um gesellschaftliche Rahmenbedingungen für individuell gewollte Flexibilität; weniger um neue in erster Linie staatliche Arrangements als um einen zivilgesellschaftlichen Reformansatz. Das beginnt bei der mit der Feminisierung der Arbeit und der Problematisierung der Geschlechterrollen auf die Tagesordnung gesetzten unhaltbaren Situation im Bereich der Kindererziehung, erheischt Perspektiven gegen die Wohnungsnot, ohne die Mobilität auch für qualifizierte Arbeitskräfte zum Fremdwort wird, und reicht bis hin zur Pflege im Alter.

* Angesichts der Produktivitätsfortschritte einer sich verallgemeinernden neuen Betriebsweise kann es eine Vollbeschäftigung garantierende Industriepolitik weniger denn je geben. Auch qualifizierte Lohnabhängige bleiben auf den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft angewiesen: "Der Rationalisierungsoptimismus wird vor allem dort brüchig, wo es um die Frage geht, ob der technisch-organisatorische Wandel allen Industriearbeitern eine gute Zukunft verheißt. Hier berrscht, insbesondere in der Frage der Arbeitsplatzsicherheit, eine skeptische Grundhaltung vor."¹⁴ Hier hängt alles von einer zukunftsweisenden Gestaltung des sektoralen Strukturwandels, der Gestaltung der diversen Dienstleistungsbereiche ab - ganz im Gegensatz zum neokonservativen Ansatz mit hoher, gleichwohl flexibler Regulierungsqualität.

* In der Gestaltung des Dienstleistungssektors entscheidet sich somit letztlich auch, ob die Gewerkschaften den Spagat zwischen den verschiedenen Bereichen ihrer (z.T. erst potentiellen) Kompetenz für die Modernisierung von Arbeit und Leben attestiert bekommen.

¹⁴ Michael Schumann u.a., Reprofessionalisierung der Industriearbeit: ein Selbstläufer?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/1990, S. 424

Ulrich Briefs

Gewerkschaftliche Politik im modernen Kapitalismus - Gewerkschaften unter dem Druck der neuen technisch-ökonomischen Strukturen

Nicht nur der Umbruch der Jahre 1989 und folgende hat die Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften verändert. Auch der seit langem im Gang befindliche technisch-ökonomische Umbau des Kapitalismus verändert sie. Er verschärft bestehende Herausforderungen und fügt neue hinzu.

1. Die Grundlage: neue Technologien

Die Strukturen des modernen Kapitalismus sind vor allem gekennzeichnet durch einen hohen und weiter steigenden Technisierungsgrad. Arbeit im Betrieb bedeutet heute in der Regel Arbeit mit in der Regel komplexen technischen Systemen. Auch in den Verwaltungs- und Dienstleistungssektoren hat mit den Informations- und Kommunikationstechniken die Technisierung inzwischen eingesetzt. "Realtechnologien", d.h. Technologien, die den jeweiligen stofflichen Bedingungen des Betriebes bzw. der Branche entsprechend Bearbeitungsvorgänge, Transportakte usw. an Werkstoffen, Werkstücken u.a. vornehmen, und Steuerungs- und Organisationsstechnologien, die die Bearbeitungsschritte, die Werkstoff und Informationsflüsse steuern, werden zunehmend integriert.¹ Die Technisierung hat auch die innerbetrieblichen und zwischenbetrieblichen Kommunikationsprozesse erfaßt. Dies führt zum Aufbau eines komplexen, hochgradig mechanisierten und informatisierten, in Teilbereichen bereits voll automatisierten Produktionsapparates, der nicht nur arbeitsplatzbezogene, sondern auch betriebsübergreifende Funktionen umfaßt.

Die traditionelle Sichtweise vom Zusammenwirken von Arbeit und Maschinenteknik - das einzelbetriebliche "punktuelle" Maschinenmodell - muß daher in Frage gestellt werden. An seine Stelle muß ein sehr viel komplexeres Maschinenmodell treten, das erst durch über- und zwischenbetrieblich wirksame integrative technische Funktionen funktionsfähig wird.²

Der Produktionsapparat, der diesem Maschinenmodell entspricht, kann mit drei nicht zufällig aus dem Amerikanischen entlehnten Begriffen, die die zentralen Merkmale schlagwortartig beschreiben, als "High Tech - High Speed - High Performance-Produktionskomplex" oder als "moderner Produktionskomplex" beschrieben werden.

Zahlreiche innovatorische Durchbrüche bei den verschiedenen industriellen Verfahrenstechnologien haben die Komponenten für derartige komplexe Mechanisierungs- bzw. Automationsmaßnahmen bereitgestellt.

Weitere Durchbrüche kündigen sich mit der industriellen Verwertung der Ergebnisse der Molekularbiologie, in Form der Bio- und Gentechniken an. Ebenfalls von einer einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren übergreifenden Querschnittsbedeutung wird die Mikrosystemtechnik sein, die durch Miniaturisierung von Funktionen analog zur Computertechnik stoffliche Prozesse effektiveren wird.

Die technischen Strukturen des modernen Kapitalismus sind vor allem durch die auf breiter Front wirkende industrielle Anwendung von High-Tech-Entwicklungen gekennzeichnet. Der Kapitalismus, befreit von der Last des Systemwettlaufs, schickt sich an, die Fortschritte von Wissenschaft und Technik, die die Menschheit in die Lage versetzt haben, in die feinsten Strukturen der toten Materie (Atomtechnik), der lebendigen Materie (Bio- und Gentechnik) und der menschlichen Kommunikationsbeziehungen (Informations- und Kommunikationstechniken) kontrollierend und manipulierend einzugreifen, noch dynamischer für ökonomische Expansion zu nutzen.

Doch so faszinierend diese Entwicklungen sind, der Ausbau des modernen Produktionsapparates lief und läuft nicht ohne Friktionen und zum Teil tiefe Widersprüche ab. Insbesondere ist der moderne Produktionskomplex, der in Wechselwirkung mit den ökonomischen Grundgesetzen des Kapitalismus entsteht, offensichtlich nicht in der Lage, zur Lösung der traditionellen ökonomischen und sozialen, schon gar nicht der neuen globalen ökologischen Probleme wesentlich beizutragen. Für die Arbeitenden in den Betrieben, so ihre Erfahrung, nimmt trotz gewaltig gesteigerter Reichumsproduktion und moderner Betriebsbedingungen der Druck am Arbeitsplatz nicht ab, sondern zu. Auch auf dem Arbeitsmarkt oder in den Sozialsystemen hat der Druck mit der Modernisierung des Kapitalismus nicht nachgelassen, sondern zugenommen.

2. Die Ergänzung: neue umfassende Rationalisierungskonzepte

Begleitet wird der technische Modernisierungsprozeß von organisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten ebenfalls gründlich geändert haben. An die Stelle punktueller Rationalisierungsmaßnahmen sind generalstabsmäßig gestaltete Konzepte

¹ Vgl. Ulrich Briefs, Politische und ökologische Aspekte der Informations- und Kommunikationstechniken. in: Dr.-Karl-Renner-Institut (Hrsg.), On line to paradise - Der Computer als gesellschaftliche Herausforderung, Graz 1991.

² Vgl. dazu die Analysen von Kubicek und Steinmüller und die Diskussion im Arbeitskreis "Theorie der Informatik" der Gesellschaft für Informatik.

der "systemischen Rationalisierung" getreten. Sie erfassen inzwischen auch die Angestellten-tätigkeiten, die Rationalisierungsdruck bis noch in die 70er Jahre kaum spürten.

Vor allem mit den Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien als universell einsetzbaren Rationalisierungstechniken zur Maschinisierung der Kopfarbeit - das allerdings auch im gewerblichen Bereich! - werden "flächendeckende" Konzepte der Durchrationalisierung von Arbeitsplätzen und Organisationsstrukturen realisiert.³

Verschärfte Rationalisierung ist Begleitung und Element der komplexen Automation. Zugleich ist sie Folge und Kompensation der gestiegenen Kosten und der dramatisch veränderten Kostenstrukturen: Neue Technologien führen nämlich nicht nur zum Ausbau bestimmter Gemeinkostenbereiche, sondern auch zu stark ansteigenden kapitaleinsatzbedingten Fixkosten - Ergebnis der mit der komplexen Automation rasant steigenden Kapitalintensität.⁴

Aus gewerkschaftlicher Sicht müssen jedoch neben diesen Problemen bestimmte prozessuale Aspekte der komplexen Automation und der sie ergänzenden Rationalisierungskonzepte als Chancen erkannt und in entsprechende Handlungskonzepte umgesetzt werden. Wegen der Komplexität der aufzubauenden Systeme sind längere Zeiträume erforderlich, muß intensiv auf die betrieblichen Strukturen und damit auch auf das Wissen und die Einsatzbereitschaft der Beschäftigten zurückgegriffen werden, müssen ausreichend störungsfreie Bedingungen im Betrieb bzw. in seinen jeweiligen Teilbereichen bestehen. Vor allem aber: Gerade wegen der Komplexität der Entwicklung müssen im Systementwicklungsprozeß immer wieder Alternativen (Optionen u.a.) entwickelt werden. Gerade die komplexe Mechanisierung und Automation und die systemische Rationalisierung, die auf lange Sicht grundlegend die Bedingungen für die menschliche Arbeit und die Entfaltung der Arbeitenden verändern, bieten im Prinzip daher zahlreiche Interventionsmöglichkeiten.⁵ Zentrale gewerkschaftliche Frage

³ Die ältere Gemeinkostenwertanalyse der US-Unternehmensberatungsfirma McKinsey oder die neuere "lean production" aus Japan sehen gerade in den Gemeinkostenbereichen, den "Wasserköpfen", die hauptsächlich Ziele für derartige systematische Rationalisierungsmaßnahmen. Ein Großteil dieser "Wasserköpfe" verdankt jedoch seine Existenz der Modernisierung des Kapitalismus. Die technische Revolution frißt also - wieder einmal - ihre Kinder.

⁴ Von 1970 bis 1989 ist die Kapitalintensität bei neu zu schaffenden Arbeitsplätzen von 51 000 DM auf fast 200 000 DM im Durchschnitt gestiegen. 1992 lag diese Größe bereits bei über 230 000 DM. Bei Investitionskosten von z.T. weit über einer Million DM für den einzelnen Arbeitsplatz ergeben sich kostenrechnerisch Gemeinkostenverrechnungssätze, die, bezogen auf den Lohnsatz, bei 1200/1300 % insgesamt liegen. In Zeitgrößen ausgedrückt heißt das: Der Arbeiter an einem solchen hochmodernen Arbeitsplatz arbeitet ganze vier Minuten in der Stunde, um den Wert zu schaffen, der seinem Lohn und seinen Lohnnebenkosten entspricht. Die restlichen 56 Minuten arbeitet er, um insbesondere Wert zu schaffen, der kalkulatorisch als Zinsen, Abschreibungen, Wagnisse u.ä. auf das in der Maschine verkörperte Kapital angesetzt wird.

⁵ Vgl. Ulrich Briefs, Informationstechnologien und Zukunft der Arbeit - Ein politisches Handbuch zu Computertechnik und Mikroelektronik, Köln, 3. Auflage 1986.

ist, wie diese Interventionsmöglichkeiten im Interesse der Beschäftigten wirksam genutzt werden können.

3. Die Triebkraft: Kapitalintensität und Fixkostendruck

Veränderungen der stofflichen und informationellen Strukturen im Betrieb ergeben sich wie die Veränderungen der personellen oder organisatorischen Strukturen in der Regel aus wirtschaftlichen Anstößen; andererseits haben Entwicklung und Anwendung neuer Technologien - das ist ihr Ziel - natürlich vielfältige Auswirkungen auf die Kosten und Leistungsverhältnisse im Unternehmen. Produktivitätssteigerungen (mit entsprechenden Kostensenkungen) werden vor allem erreicht durch Beschleunigung und Flexibilisierung von Betriebsprozessen, durch Einsparungen von Verbräuchen und durch bessere Planung und Organisation.

Dabei kommt das altekannte Gesetz der Massenproduktion bzw. der Fixkosten- oder Größendegression zum Tragen. Es besagt, daß mit weiterer technischer Entwicklung die Fixkosten anteilig immer stärker zunehmen, die variablen Kosten dagegen anteilig zurückgehen. Das wiederum bedeutet, daß von einer bestimmten kritischen Beschäftigungsgröße an eben der Einsatz des modernen fixkostenintensiveren Verfahrens günstiger ist. Voraussetzung ist allerdings das Erreichen bzw. Überschreiten dieser kritischen Beschäftigung bzw. Produktionsmenge. In diesem Zusammenhang bedeutet die immer weitere technische Modernisierung einen zunehmenden Druck auch zu hohen Produktionsmengen bzw. hohen Beschäftigungsgraden und hoher Kapazitätsauslastung. Modernisierung ist heute eine entscheidende Kraft des Wirtschaftswachstums. Bei Nichterreichen allerdings der kritischen Auslastung z.B. wegen der durch Überkapazitäten angeheizten Konkurrenz auf den Märkten, verschärft sich der Rationalisierungsdruck.

Einige neuere Grundzüge der ökonomischen Durchdringung von Rationalisierungsmaßnahmen sind:

- die verstärkte wirtschaftliche Zielorientierung, das heißt die Gemeinkostenwertanalyse hat z.B. als erklärtes Ziel, die Personalkosten um 15 % zu senken;
- die verschärfte Ausrichtung, mittels Umorganisations- und Rationalisierungsmaßnahmen der Betriebsprozesse auf die Unterstützung des Markterfolges des Betriebs, z.B. die Durchrationalisierung des Betriebes und den Aufbau entsprechender I- und K-technischer Systeme mit dem Ziel, "flexibler am Markt reagieren zu können";
- die Ökonomisierung auch der technischen Entwicklungs- und Anwendungstätigkeiten im Unternehmen durch entsprechendes Projektmanagement und Ausgestaltung des Rechnungswesens (z.B. Projektcontrolling).

Damit soll im Betrieb "porenlos" gesichert werden, daß den Markterfordernissen möglichst wirksam zugearbeitet wird und daß dabei Produktivi-

tät, Wirtschaftlichkeit und Kapitalrentabilität als planmäßig vorgegebenes oberstes Unternehmensziel gesichert werden. Zugleich wird damit der Leistungsdruck, z.B. durch bessere Kostentransparenz und schnelleres Reagieren von oben erhöht.⁶

4. Krisenentwicklung im Zusammenhang mit Modernisierung

Die BRD befindet sich seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in einer bis heute anhaltenden Modernisierungsentwicklung.

Die Verbindung von Modernisierung und Krisenentwicklung wird aus dem Szenario der Modernisierung deutlich: Die Wirtschaft in der BRD nutzte die erste größere Krise nach dem Auslaufen der Nachkriegsexpansion 1967 zur Einleitung eines Prozesses der grundlegenden Neugestaltung und Modernisierung ihres Produktionsapparates. Rationalisierung, Betriebsstillegungen und eine "verantwortungsvolle Lohnpolitik", d.h. Lohnverzicht der Gewerkschaften ließen die Wirtschaft zunächst mit deutlich verbesserten Kosten-Leistungs-Verhältnissen und gut gefüllten Kassen aus der Krise herauskommen. Im anschließenden größten Nachkriegsboom der Investitionstätigkeit überhaupt in der BRD, in den Jahren 1968-71, begann in der BRD der Aufbau eines grundlegend erneuerten und modernisierten Produktionsapparates, der allerdings einen Schönheitsfehler aufwies: nämlich eine die Nachfrage bei weitem übersteigende Produktionskapazität.⁷

Trotz starker Ausweitung des Exports zeichneten sich ab 1972 deshalb dann auch erhebliche Überkapazitäten ab. Nun kam die Lawine der Anpassung ins Rollen: Die Rationalisierungsinvestitionen nahmen stark zu, die Erweiterungsinvestitionen gingen stark zurück. Die jährlichen Auslandsinvestitionen als Ausdruck des Aufbaus weltweiter moderner Produktionsstrukturen verdoppelten sich. Jährliche Konzentrationsvorgänge und Insolvenzen als Ausdruck des Ausscheidens unmoderner Betriebe vervielfachten sich. Die Anpassung verschärfte insgesamt jedoch die Krisenbedingungen. Ab 1974 schließlich fand bei weiter forcierter Modernisierung und Rationalisierung ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen statt: Allein im Industriebereich ging in nicht ganz zwei Jahren jeder siebte Arbeitsplatz verloren. Mit dem Aufkommen der "arbeitsplatzorientierten" bzw. "dezentralen" EDV (Bildschirmnetzwerke) - Indiz der weiteren

verschärften systemischen Rationalisierung - begann zugleich die Informatisierung der Arbeitsplätze und Betriebe auf breiter Front.

Die Entwicklung mündete 1974/5 in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und die Dauermassenarbeitslosigkeit, nach etwa 15 Jahren fast ununterbrochener Vollbeschäftigung. Mit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit hat sich die BRD im Vergleich zu ihren kapitalistischen Nachbarländern regelrecht "normalisiert". Die in dieser Zeit entstandenen Strukturen eines hochmodernen Produktionsapparates, allerdings mit erheblichen Überkapazitäten, mit weiterhin hohem Modernisierungstempo und Rationalisierungsdruck, hochgradig weltmarktintegriert, charakterisieren seither das kapitalistische System in der BRD.

Da in anderen konkurrierenden Ländern ein ähnlicher Modernisierungs- und Kapazitätsausbauprozess stattfand, verschärften sich die Marktkämpfe. Es kam zur verschärften Abwälzung der Folgen dieser Marktkämpfe insbesondere auf die Belegschaften: Wachstum, das entsprechend der gestiegenen Kapazität des modernen Produktionskomplexes nicht mehr ausreichend "draußen" auf den nationalen und internationalen Märkten berausgeholt werden konnte, mußte nun "drinnen" aus den Betrieben und Belegschaften berausgepreßt werden.

Massenarbeitslosigkeit und andere Krisenentwicklungen des modernen Kapitalismus in der BRD waren also nicht durch unterlassene Modernisierung bedingt, sondern eher durch forcierte Modernisierung, insbesondere dadurch, daß sich die BRD-Wirtschaft in ihrer eigenen Sprache einen hochmodernen, aber viel zu weiten "Maßanzug" geschaffen hatte. Überakkumulation vor allem in Form von Überkapazitäten und expandierenden vagabundierenden Kapitalien, aus den in steigenden Beträgen zurückfließenden Fixkosten vor allem, wurde zur Dauererscheinung in der Wirtschaft der BRD.

Das bat zwangsläufig auch die Handlungsbedingungen für die Gewerkschaften verändert: Massenarbeitslosigkeit, Branchenstrukturkrisen, Betriebsstillegungen, verschärfte Rationalisierung, Auseinandersetzungen um Maschinenlaufzeiten, Sozialabbau, Reallohnverluste, Auszehrung von Mitbestimmungsrechten, verschärfter Kosten- und Leistungsdruck u.a. kennzeichnen seither viel stärker als zuvor den Handlungsrahmen für die Gewerkschaften.

Der moderne Kapitalismus in der BRD hat sich zugleich in diesem Modernisierungsprozeß in eine international und in der Metropole Europa führende Position bineinentwickelt, die er auch in Zukunft als technologische Spitzenmacht haben wird. Um so bedeutsamer wird sein, ob und wie sich die Gewerkschaften als soziale und politische Gegenkraft, die sich im Zentrum des Systems, sozusagen im Auge des Taifuns, im modernen hochleistungsfähigen Produktionskomplex mit den neuen technisch-ökonomischen Strukturen und ihrem Druck auseinandersetzen muß, auf diese Handlungsbedingungen einstellen.

⁶ Die Dezentralisierung von operativen Entscheidungen z.B. im Rahmen von Profit-Center-Strukturen ermöglicht z.B. derartige schnellere und wirksamere Interventionen von oben. Gleichzeitig werden strategische Entscheidungen jedoch zentralisiert.

⁷ 1967: Rückgang des realen Bruttosozialprodukts um 0,1 %, Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um - 6,6 %. Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen nach dem Krisenjahr 1967: 1968 5,0 %, 1969 24,2 %, 1970 22,9 %, 1971 11,8 %, 1972 -1,25 %. Zum Vergleich: Die nächsthöchste Wachstumsrate seit 1965 überhaupt hatte das Jahr 1990 mit 14,5 % Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen (zu erklären durch den Nachfragesog aus dem Osten Deutschlands mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion).

5. Gewerkschaftliche Politik vor alten und neuen Herausforderungen

5.1 Schlußfolgerungen aus den bisherigen Erfahrungen

Die in der technikkritischen Diskussion der 70er und 80er Jahre in den Gewerkschaften immer wieder geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der Folgen neuer Technologien sind insgesamt bestätigt worden. Die Dauer-massenarbeitslosigkeit ist durch die Modernisierung nicht beseitigt worden. Sie hat vielmehr im Westen einen Umfang erreicht, der Ende der 70er Jahre nicht ansatzweise für möglich gehalten worden war. Daß zur Massenarbeitslosigkeit im Westen die noch viel höhere im Osten hinzukommt, hat ebenfalls mit der Modernisierung im Westen zu tun.⁸ So wie die Modernisierung der Volkswirtschaft im Westen nicht die Massenarbeitslosigkeit beseitigt hat, wird sie das übrigens auch nicht im Osten tun, ... wenn es überhaupt zur Modernisierung kommt. Die Befürchtungen hinsichtlich der Belastungen an den verbleibenden Arbeitsplätzen, hinsichtlich der weiteren Sinnentleerung der Arbeit, hinsichtlich auch der Entwertung von zahlreichen Berufsqualifikationen sind insgesamt ebenfalls bestätigt worden. Was in der kritischen Diskussion unterschätzt wurde, ist der zusätzliche Qualifikationsbedarf für bestimmte Schlüsselgruppen von Beschäftigten mit der beginnenden komplexen Automation in einer Reihe von Wirtschaftszweigen.

Auch die Gefahr der gläsernen Arbeit und des mit neuen Technologien hochgerüsteten Überwachungsstaates ist nach wie vor gegeben.⁹

Nur ein Thema aus der technikkritischen Diskussion in den Gewerkschaften ist bisher von der realen Entwicklung völlig widerlegt worden: Die Gefahr einer ausufernden Teleheimarbeit.¹⁰

Diese Erfahrungen und ebenso die Einsicht in die Wirkungsweise der modernen technisch-ökonomischen Strukturen des Kapitalismus müssen die Gewerkschaften dazu hringen, sich aktiv, engagiert, druckvoller, umfassender als bisher gegen den mit ihnen verbundenen Druck und seine Ursachen zur Wehr zu setzen.

Die Diskussion über mitwirkende, mitverantwortliche "Gestaltung" des technischen Wandels hat dagegen wenig konkrete Ergebnisse gebracht. Gestärkt worden sind dadurch sozialpartnerschaftliche Kräfte. Nicht gestärkt worden ist die gewerkschaftliche Position bei der Kontrolle und Be-

⁸ Die Entstehung der Massenarbeitslosigkeit im Osten ist im wesentlichen ebenfalls auf den Verdrängungswettbewerb der bestehenden hochmodernen Kapazitäten im Westen zurückzuführen.

⁹ Vgl. Ulrich Briefs, Politische und ökonomische Aspekte..., a.a.O. S. 22 ff.

¹⁰ Die Fehleinschätzungen in der gewerkschaftlichen Diskussion ergaben sich aus der Vernachlässigung der betrieblichen Anwendungsbedingungen der Informations- und Kommunikationstechniken.

einflussung der technischen Entwicklung auf betrieblicher und staatlicher Ebene oder im Dialog mit der Welt der Techniker.¹¹

5.2 Vordringlich: Weitere Arbeitszeitverkürzung

Eine absolute Hauptaufgabe müssen weitere Arbeitszeitverkürzungen sein. Die neuen technisch-ökonomischen Strukturen bringen unaufhaltsam den weiteren Abbau des Volumens an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit im Zuge von Produktivitätssteigerungen mit sich. Anders ausgedrückt: Noch in diesem Jahrzehnt wird durch weitere Produktivitätssteigerungen in Deutschland - trotz der Industriewüste im Osten - die 100 000 DM-Schwelle (Wertschöpfung je Arbeitsplatz im Jahr) überschritten werden, bei weiter zurückgehender Zahl der dafür im Jahr zu erbringenden Arbeitsstunden. Wichtig für die effektive Beeinflussung der Entwicklung und Anwendung neuer technischer Systeme in den Betrieben wird dabei die Kombination von traditionellen Arbeitszeitverkürzungen mit neuen Formen der Arbeitszeitverkürzung, z.B. in der Form der "Arbeitszeitverkürzung in der Arbeitszeit": Nutzung von freigemachter Zeit im betrieblichen Prozeß für den Abbau von Leistungsdruck (Entintensivierung), verstärkte Qualifizierungsmaßnahmen für alle und insbesondere für demokratische Diskussion und Mitbestimmung am Arbeitsplatz über den Einsatz neuer Technologien und über Alternativen. Derartige Arbeitszeitverkürzungen führen in den Betriebsprozeß wichtige Elemente für eine konstruktive und in die Poren der technischen Entwicklung eindringende Auseinandersetzung ein.¹²

5.3 Solidarisierung gegen Ausdifferenzierung und Ausgrenzung

Ebenso zentrale Aufgabe, die über die weitere Existenz- und Funktionsfähigkeit der Gewerkschaften vielleicht überhaupt entscheidet, ist die Gewährleistung einer ausreichenden Solidarität gegen die zunehmende Individualisierung, Ausdifferenzierung, Polarisierung und geradezu "Metropoli-sierung" mit den neuen technisch-ökonomischen Strukturen.

¹¹ Die Gestaltungspolitik in einigen Gewerkschaften hat keine nennenswerten Beispiele der wirklichen Gestaltung gebracht, sie hat wohl sehr bald den Zuspruch der Unternehmenseite gefunden. Vgl. Beiträge in: G. Trautwein-Kalms, (Hrsg.) "Kontrast-Programm Mensch-Maschine" Köln 1992; vgl. U. Briefs, Tendenzen der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung und Interessen der abhängig Beschäftigten, in: WSI-Mitteilungen Juli 1991 S. 379-387; in erweiterter Form abgedruckt in: IRS Institut für Wirtschafts- und Technologieforschung und -beratung (Hrsg.): Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik und die Gewerkschaften - Herausforderungen, Defizite, Tendenzen, Posterholt 1991 S. 35-56.

¹² Vgl. Ulrich Briefs, Zukünftige Wirtschaftsentwicklung, Einsatz neuer Technologien und Arbeitszeitverkürzungen - Elemente eines Szenarios für linke Politik, in: Utopie kreativ - Diskussion sozialistischer Alternativen, Oktober 1991, S. 20-30.

Mit "Me-tropolisierung" ist gemeint die Polarisierung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in begünstigte "Metropolen" und benachteiligte "Randbereiche". Derartige Ausdifferenzierungsprozesse finden im Zusammenhang mit den neuen technisch-ökonomischen Strukturen statt:

- in den Betrieben: Die Belegschaften werden in Stamm- und Randbelegschaften auseinanderdividiert; weitere Differenzierungen finden innerhalb der Stamm- und Randbelegschaften statt; gehätschelten Funktionseliten stehen aufgrund der neuen Technologien austauschbare Arbeitskräfte gegenüber;

- in der Wirtschaft: High-Tech-Sektoren, räumlich konzentriert, einerseits und notleidende traditionelle Industrie- und Dienstleistungssektoren und -gebiete andererseits, stehen sich gegenüber;

- im Land: Der westliche Westen Deutschlands hat Teil an der von London bis Mailand reichenden modernen Euromegalopolis, der die zurückbleibende Peripherie insbesondere im Osten gegenübersteht;

- in der Gesellschaft: Dem Wohlstandskern einerseits steht die zunehmende Zahl von sozial Ausgegrenzten (Langzeitarbeitslosen, Minirentnerinnen, Ohdachlosen, Sozialhilfebeziehern usw.) gegenüber;

- auf dem europäischen Kontinent: Der erwähnten Euromegalopolis und einigen sonstigen High-Tech-Zentren steht die Peripherie am Atlantik, am Mittelmeer, in Irland, im Osten Deutschlands gegenüber;

- in der Welt: Der Metropolen-Triade USA, Europa, Japan steht die Peripherie der "Dritten Welt" in Afrika, Mittel- und Südamerika und Asien gegenüber.

Die Ausdifferenzierung scheint im übrigen andere Subsysteme der Gesellschaft ebenso zu erfassen, also z.B. die Hochschulen, die Wohnraumversorgung usw. Ausschlaggebend für die Zuordnung zu dem jeweils begünstigten Pol ist die Teilhabe am zentralen, zunehmend vom modernen Produktionskomplex geprägten Teil der Gesellschaft, und umgekehrt.

Ohne druckvolle solidarische Politik zur Bekämpfung dieser gerade durch die technisch-ökonomischen Strukturen des modernen Kapitalismus bedingten Polarisierung, Ausdifferenzierung, "Metropolisierung" droht die Entartung der Gewerkschaften zu dem unpolitischen Versicherungsverein, dem man wegen der Gegenleistungen für den Mitgliedsbeitrag heitritt. Die Konzentration auf gesicherte Beschäftigungsgruppen, eine Art Wagenhurgmentalität zur Verteidigung sozialer Vorzugspositionen, die "Amerikanisierung" der Gewerkschaften bedeutet keine adäquate Antwort, weil sie nicht für die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Ausdifferenzierung in den technisch-ökonomischen Strukturen des modernen Produktionskomplexes zu mobilisieren vermag.

5.4 Demokratische Intervention in technische und ökonomische Strukturen

Konsequente Demokratisierung der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen in den Betrieben schafft einerseits Gegenmacht gegenüber der unternehmerischen Übermacht und ihren Technostrukturen, setzt aber zugleich solidarische Öffnung der Interessenvertretung für Randgruppen, für die Frauen, für Ausländer und Ausländerinnen, für Beschäftigte in ungeschützten Arbeitsverhältnissen und ihre Einbeziehung in Mitbestimmungsprozesse voraus. Umfassende Demokratisierung und Solidarisierung ist das entscheidende Gegenmittel gegen die neuen Technostrukturen, die Individualisierung, Ausgrenzung und Ausdifferenzierung zu ihrer Selbsterhaltung und als Mittel der gesellschaftlichen Hierarchisierung benötigen. Um die ökonomischen Widersprüche der komplexen Automation und der systemischen Rationalisierung zu meistern, werden individualisierte, gespaltene, kampfunfähige Belegschaften geschaffen, denn sie erlauben, die Personalkosten zu senken, was angesichts des mit neuen Technologien steigenden Drucks der (Kapital-) Fixkosten aus unternehmerischer Sicht auch notwendig wird, obwohl die Personalkosten inzwischen nur einen geringen und weiter geringer werdenden Teil der Wertschöpfung aufzehren (vgl. Fußnote 4). Erst Solidarisierung schafft das Umfeld, in dem mit Fug und Recht wirksame Informations-, Beratungs- und Interventionsrechte zur demokratischen Kontrolle der Technostrukturen gefordert werden können.

Der Kampf um volle soziale, technologische und ökologische, vor allem aber um wirtschaftliche Mitbestimmung in offenen und lebendigen Mitbestimmungsorganen, Gewerkschaftsgremien, Dialogprozessen in den Belegschaften muß deshalb gewerkschaftliche Praxis werden.¹³

Nur demokratisch verfaßte und arbeitende Gewerkschaften können die Demokratisierung der Betriebe, der Wirtschaft, der zugehörigen Rechtsstrukturen und auch der korporativen Strukturen (z.B. in der Forschungs- und Technologiepolitik) erreichen. Phantasievolle Praktiken der Gegenwehr, angemessene betriebliche und öffentliche Unruhe sind wegen ihrer Mobilisierungswirkungen gegenüber den technisch-ökonomischen Strukturen wirksame Mittel der Belegschaften, der betrieblichen Interessenvertretungen und der Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die Verwundbarkeit der Gesellschaft ist unter Informatikern inzwischen Thema, da mit zunehmender Informatisierung diese Gesellschaft anfälliger wird gegen Funktionsdefekte und gegen Interventionen in die technisch-ökonomischen Strukturen. Die Streikwaffe vor allem wird mit zunehmen-

¹³ Es ist an der Zeit, nachdem die letzte Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes genau 20 Jahre zurückliegt, die durch den Modernisierungsprozeß des westdeutschen Kapitalismus veränderten Bedingungen durch eine erneute Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes mit den hier angesprochenen Erweiterungen der betrieblichen Mitbestimmung endlich zu berücksichtigen.

der Modernisierung wegen der ökonomischen Hebelwirkung wirksamer: Schwerpunktstreiks z.B. können große ökonomische Schäden, vor allem durch nicht gedeckte Fixkosten, verursachen.

Transparenz gewerkschaftlicher Strukturen, Beteiligung der Mitglieder, Ausbau der Vertrauensleitarbeit, eine aktive und engagierte Politik der Schaffung und Verbreiterung von Solidarität ist somit auch Grundlage der Auseinandersetzung mit den Technostrukturen des modernen Kapitalismus. Die Erfahrung zeigt, daß bürokratische Verhältnisse und Verfahren in den Gewerkschaften zur Erstarrung und Anpassung an die Technostrukturen führen und für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen im Interesse der abhängig Beschäftigten nicht geeignet sind.

5.5 Einige Rahmenbedingungen für demokratische Interventionen

Hier können nur einige Punkte, die für ein umfassendes Handlungskonzept der Gewerkschaften gegenüber den Technostrukturen von Bedeutung sind, angesprochen werden.

- die Auseinandersetzung mit dem ökonomisch bedingten Druck macht gläserne Taschen der Unternehmen erforderlich; der heutigen Praxis des "Es gibt Lügen, infame Lügen und Bilanzen", d.h. der systematischen Manipulation ökonomischer Informationen in den Betrieben muß durch gesetzgeberische Maßnahmen ein Ende gesetzt werden - eine Jahrhundertaufgabe für linke Politik;
- der gewerkschaftliche Widerstand muß sich auch gegen die weitere technologische Durchkapitalisierung der Welt richten, wie z.B. bei den Bio- und Gentechniken gegen die Patentierung der Erbmasse von Lebewesen, und damit neue Dimensionen für privatwirtschaftliche Verwertung; hierzu zählt u.a. der Kampf gegen Privatisierung z.B. der Post- und Bahnorganisationen, die technologische Schlüsselentwicklungen betreiben;
- der Staat muß unter Druck gesetzt werden, endlich die Voraussetzungen für eine umfassende Technologiefolgenabschätzung zu schaffen: Es ist ein technologiepolitischer Skandal, daß die derzeitige Bundesregierung der Technologiefolgenabschätzung für das Parlament eine Beerdigung 2. Klasse bereitet hat;
- auf Hochschulen, öffentliche Forschungseinrichtungen und die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Betriebe muß Druck ausgeübt werden, damit Wissenschaftler gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein in der Lehre und Forschung praktizieren können;
- ausreichende Mittel müssen aus der weiter steigenden Reichtumsproduktion der Gesellschaft abgezweigt werden für eine soziale Grundversorgung als Voraussetzung für selbstbestimmte Experimente mit alternativen Technologien und einer alternativen Produktionslogik, die die Zwangswachstumodynamik des Kapitalismus zumindest einzudämmen erlaubt.

5.6 Ökokrise und "Dritte Welt" als weitere Herausforderungen für die Gewerkschaften

Zwei weitere Aufgaben für die Gewerkschaften stellen sich: Die globale ökologische Krise und die Ausbeutung der "Dritten Welt". Antworten darauf sind nicht nur aus einer Verantwortungsethik für den Kolonialismus, sondern auch aus Gründen der Sicherung des Überlebens erforderlich. Den Gewerkschaften als Gegenkräfte gegen die sbrankenlose Eigendynamik der kapitalistischen Produktionsweise, die im Zentrum dieser Produktionsweise selbst kämpfen, kommt bei der Bekämpfung der ökonomisch-technischen Strukturen des modernen Kapitalismus, die diese beiden Krisenentwicklungen mitbedingen, ebenfalls eine zentrale Rolle zu.

Die Technostrukturen des modernen Kapitalismus sind nicht, wie oft und naiv behauptet wird, generell für die Lösung der ökologischen Probleme geeignet. Bei allen punktuellen Fortschritten, die neue Technologien z.B. bei der Einsparung von Energieverbräuchen, bei der Ökonomisierung des Ressourceneinsatzes, beim Abbau von bestehenden Umweltbelastungen bieten - die kapitalistische Produktionsweise und der ihr zugrundeliegende moderne Produktionskomplex führen mit der weiteren Expansion der Produktion im Rahmen der Zwangswachstumodynamik des Kapitalismus zu insgesamt weiter steigenden Umweltbelastungen und -zerstörungen. Der moderne Produktionskomplex mit seinen wegen der steigenden Kapitalintensität ebenfalls zunehmenden Kapitalrückflüssen drängt immer wieder zu neuen Expansionsschüben. Kapitalismus ohne Wachstum ist eben nicht denkbar und nicht betreibbar.

Gewerkschaftliche Politik muß daher auch eine Politik gegen die blindwütige Zwangswachstumodynamik des Kapitalismus sein - Eindämmung, Veränderung, Bremsung von Produktion und Produktivität und deren Wachstum muß z.B. durch wirtschaftliche Mitbestimmung und durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz angestrebt werden.

Andererseits gibt es keinen konfliktfreien Königsweg: Den Beschäftigten muß gesagt werden, daß es ohne Beschränkungen und ohne Verzichte, ohne einen z.T. einschneidenden Umbau auch der Lebens- und Konsumtionsweise, keine Lösungen der ökologischen Problematik geben kann. Die notwendige offene und öffentliche Debatte über ökologische Erfordernisse des solidarischen Umbaus der Produktions- und der Konsumtionsweise von innen, durch die Menschen, die die Produktionsleistung erbringen, muß in den Gewerkschaften beginnen. Daneben sollten konkret sofort bei allen technisch-ökonomischen Veränderungsprozessen rechtzeitige und umfassende ökologische Informationen, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Produktlinienanalysen, ökologische Interventionsrechte der Betriebsräte, Arbeitsverweigerungsrechte bei Gesundheits- und Umweltbelastungen u.a. gefordert werden. Übrigens spielen diese Forderungen bereits in der gewerkschaftlichen Tarif- und Mitbestimmungspolitik eine gewisse Rolle. Eine Öffnung der betrieblichen Interessenvertretung für die von unter-

nehmerischen Technologie- und Investitionsentscheidungen ebenfalls betroffenen Anwohner und Anwohnerinnen, die Gemeinden und auch die organisierten Konsumenteninteressen ist ebenfalls unerlässlich.

Noch komplizierter sind die Probleme in den Beziehungen zwischen der Technologie- und Industriemetropole Deutschland und der "Dritten Welt". Durch die weitere Modernisierung des Produktionsapparates müssen die Länder der "Dritten Welt" immer mehr von ihrem natürlichen Reichtum und ihrer Arbeitsproduktivität für die in den Metropolen hergestellten High-Tech-Produkte abliefern. Das gilt selbst, wenn die terms of trade verbessert und der ungleiche Tausch zwischen "Erster" und "Dritter Welt" beseitigt werden. Die Ärmsten der Armen in der Welt zahlen über die Preise und die in den Preisen verrechneten Gemeinkosten für unsere hochkapitalintensive Produktion die Zinsen, Abschreibungen, Wagnisse, die hier in Deutschland für den mit der Modernisierung rasant wachsenden Kapitaleinsatz berechnet werden.

Nach einer Schuldenstreichung, die als einer der ersten Schritte zur Lösung der Probleme der "Dritten Welt" notwendig ist, würden über diese unmerklichen Zinszahlungen für das industrielle Anlagevermögen der Metropolen diese Länder wieder in eine neue Verschuldung getrieben.

Für die "Dritte Welt" müssen angepaßte Technologien mit geringer oder mittlerer Kapitalintensität entwickelt, produziert und geliefert werden. Eine Konversion von Technostrukturen des modernen Kapitalismus auch daraufhin ist unerlässlich. Auch das muß aber im Zentrum der kapitalistischen Produktionsweise gegen die neuen Technostrukturen durchgesetzt werden. Wirkliche Hilfe für die "Dritte Welt" ist also durch Durchbrechung der Produktionslogik der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer über die steigende Kapitalintensität vermittelten Zwangswachstumsgewalt in den Metropolen selbst zu erbringen. Das ist ohne gewerkschaftlichen Druck und Gegenmacht nicht möglich.

Verzicht auf die volle Bedienung des hier investierten Kapitals, also das Liefern von Industriegütern an die "Dritte Welt" ohne volle Kostendeckung, z.B. im Rahmen einer "Mischkalkulation", d.h. durch entsprechend stärkere Belastung der Produkte, die in den Metropolenländern verkauft werden, was aber mit Wohlstandswachstumsverzicht in diesen Ländern verbunden ist, wird ebenfalls unvermeidlich.

Ob und wie die Gewerkschaften sich mit Aufgaben, die nicht zu ihrem traditionellen zentralen Aufgabenspektrum gehören, auseinandersetzen, wird mitentscheiden, ob die Gewerkschaften eine fortschrittliche vorwärtsweisende Rolle in der Auseinandersetzung mit dem modernen Kapitalismus spielen können. Die Alternative scheint nur Strukturkonservatismus und ein dementsprechender weiterer Bedeutungsverlust für die Gewerkschaften zu sein.

Neuerscheinungen

Thorsten Schulten

Internationalismus von unten Europäische Betriebsräte in Transnationalen Konzernen

201 S., brosch., DM 25,00/ISBN 3-89419-023-X

Mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1993 geht eine grundlegende Neuordnung der europäischen Unternehmenlandschaft einher. Transnationale Konzerne schließen sich zu europäischen Fertigungsverbänden zusammen, in denen der gesamte Produktionsablauf über die nationalen Grenzen hinweg organisiert wird.

Demgegenüber bleiben die Handlungsmöglichkeiten betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung nach wie vor durch den nationalstaatlichen Rahmen begrenzt. Die Durchsetzung Europäischer Betriebsräte in Transnationalen Konzernen hat sich deshalb zu einem erstrangigen politischen Ziel der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung entwickelt. Dieses Buch analysiert die mit der westeuropäischen Integration einhergehenden neuen Probleme internationaler Gewerkschaftsarbeit und dokumentiert bereits vorhandene Ansätze grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Transnationalen Konzernen.

Friedhelm Kröll/Monika Wammert

Angebetet und Verworfen

Streitfrage »Arbeiterklasse«

Sozialstruktur und Lebensweisen in Österreich/Segmentierungen der
Lohnarbeit

ca. 578 S., Juli 1992, brosch., DM 62,00/ISBN 3-89419-024-8

Hegel zufolge hat sich Neues, wenn es seine Hülle abwirft und sichtbar wird, längst ausgebildet. Zur Zeit der Marx-schen Analyse aber ist das Neue, Zukunftsweisende des Kapitals erst in Keimform ausgebildet und weithin verhüllt gewesen. Marxens Lüften des Schleiers schien dem späteren Marxismus genug Enthüllung. Das hat sich bekanntlich gerächt.

Während aber Kommuniqés, Lehrbücher, Studienleitfäden und die marxistische Verlautbarungswissenschaft inständig die Polarisierung und Zuspitzung der Klassenverhältnisse verkündeten, schwanden in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften zusehends die Anzeichen hierfür. Die rituelle Art, in der lautstark die Polarisierung der Klassengesellschaft verkündigt worden ist, stand in krassem Mißverhältnis zu den wirklichen Vorgängen.

va&g • Verlag Arbeit & Gesellschaft • va&g

Postf. 2340 • 3550 Marburg

Teilen teilt - Kritik eines "modernen" Konzepts gewerkschaftlicher Interessenvertretung

Zu dem Konzept von "Jenseits der Beschlußlage"¹

Als Fritz Scharpf 1986 die Formel vom "Sozialismus in einer Klasse" in die sozialdemokratische Programmdiskussion einbrachte, führte das zunächst zu heftigen und eher empörten Reaktionen. Zuerst in der SPD, dann vermittelt über eine inhaltlich gleiche Intervention von Oskar Lafontaine auch in den Gewerkschaften. Scharpf hatte mit diesem Begriff verdeutlichen wollen, daß mit der Flexibilisierung und Deregulierung der internationalen Geldmärkte der politische Spielraum für eine Belastung der Kapitaleinkommen bzw. eine nationale Beschäftigungspolitik gegen Null geht und Reformen zugunsten der Arbeitslosen bzw. der sozial schlechter gestellten abhängig Beschäftigten nur durch Einkommenstransfers von den besser verdienenden abhängig Beschäftigten zu finanzieren seien.²

Eigentlich war dieser Vorschlag alles andere als neu, da die sozialliberale Regierungspolitik seit dem Machtwechsel und der gleichzeitig einsetzenden Massenarbeitslosigkeit 1974 im Kern auf diesem Muster der Umverteilung innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten basierte, auch wenn diese Politik eher inkonsistent und pragmatisch durchgesetzt wurde. Scharpfs provokante Formel hatte der sozialliberalen Regierungspraxis nur die höheren theoretischen Weihen eines strategischen Konzepts entgegengestellt. Peinlich an diesem Vorschlag war allerdings der Umstand, daß mit dieser Formel nicht die begriffliche Klassifizierung der politisch gescheiterten Vergangenheit, sondern eine Strategie für die Zukunft anvisiert wurde.

Während Scharpfs Vorschlag lediglich in der innersozialdemokratischen Debatte diskutiert wurde, machte Oskar Lafontaine die in der Substanz identische These zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema, weil er während der Tarifverhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst einen Tausch von Arbeitszeitverkürzung und Reallohnverzicht - der besserverdienenden Arbeitnehmer - vorschlug. Zunächst argumentierte Lafontaine hier mit der Sichtweise der neoklassischen Lohn- und Beschäftigungstheorie, nach der mit steigenden Löhnen die Beschäftigung sinkt und umgekehrt bei sinkenden Löhnen der Beschäftigungsgrad steigen soll. Diese nicht nur primitive und empirisch widerlegbare Be-

hauptung wurde etwas später durch die Übernahme der hier sehr viel differenzierteren Begründung von Scharpf revidiert. Ursprünglich wurde Lafontaines Vorschlag in den Gewerkschaften eindeutig abgelehnt, zumal er als politischer Eingriff in die Tarifautonomie verstanden werden konnte.

Inhaltlich konnte sich diese Position, also die Philosophie des Teilens in der eigenen Klasse, Schritt für Schritt Terrain erobern. Dieser Prozeß einer schrittweisen Durchsetzung einer zunächst strikt abgelehnten Sichtweise verdient sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit, weil sich in ihm sowohl sozio-ökonomische Faktoren, wie die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die dadurch verstärkte politische Defensive der Gewerkschaften ebenso ausdrücken, wie der starke politische Einfluß der SPD. Hinzu kommt aber hier, und das soll im folgenden näher dargestellt werden, die Beeinflussung durch eine gewerkschaftsnahe Strömung in den Sozialwissenschaften selber, die sich vermittelt über die Hans-Böckler-Stiftung faktisch eine Monopolstellung bei der sozialwissenschaftlichen Gewerkschaftsberatung verschaffen konnte. Damit meine ich die Autorengruppe, die mit dem von der HBS in Auftrag gegebenen Gutachten "Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaften als Zukunftswerkstatt" eine politisch-programmatische Initiative unternahm, die sich trotz geringer Abgrenzungen im wesentlichen auf der theoretischen Basis der Vorschläge von Scharpf und Lafontaine bewegt.

Im Kern mischen sich hier eine angebotstheoretisch interpretierte Wahrnehmung der ökonomischen Handlungsmöglichkeiten staatlicher Konjunktur- und Finanzpolitik mit der seit Anfang der achtziger Jahre heftiger diskutierten These von der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen, wie sie sich in der Forderung nach einem arbeitsunabhängigen Grundeinkommen ausgedrückt hatte. Damals war dies eine Debatte, die innerhalb des grün-alternativen bzw. ökosozialistischen Diskurses aufkam und gemeinsame Schnittstellen mit liberalen und neokonservativen Auffassungen hatte. Bekanntlich stammt die Forderung nach einem arbeitsunabhängigen staatlichen Grundeinkommen - in der Form einer negativen Einkommenssteuer - von Milton Friedmann.³ Bei Friedmann selbst und seinen Anhängern zielt dieser Vorschlag auf die radikale Demontage des in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften historisch durchgesetzten Sozialstaates. Innerhalb der sich selbst als progressiv einschätzenden politischen und sozialwissenschaftlichen Befürworter eines garantierten Grundeinkommens zielt diese Position gegen eine arbeitsgesellschaftlich begründete und lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik, d.h. gegen einen Sozialstaat, der als bürokratisch, die Individuen entmündigend und weil auf dem männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis basierend, als patriarchalisch interpretiert wurde.

¹ J. Hoffmann, R. Hoffmann, U. Mückenberger, D. Lange (Hrsg.), *Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt*, Bund-Verlag, Köln 1990.

² Fritz W. Scharpf, *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt/M./New York 1987.

³ Milton Friedmann, *Kapitalismus und Freiheit*, Wien 1984, S. 246.

Die politische Botschaft von "Jenseits der Beschlußlage" konnte sich aus mehreren Gründen innerhalb der Gewerkschaften rasch durchsetzen. Einmal hing dies ganz eng mit der Personalpolitik des früheren DGB-Vorstandsmitglieds Ilse Brusis zusammen, die gezielt wichtige Schlüsselpositionen in der HBS und im DGB-Bundesvorstand mit Personen besetzte, die aus dem politischen Spektrum kamen, das mit dem Hinweis auf die DGB-Bundesschule in Oberursel umrissen werden kann, ein Prozeß, der sich auch nach dem Weggang von Brusis in die SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen weiter multipliziert hat und in eine Reihe von Einzelgewerkschaften hineinreicht. Zum zweiten hat der DGB-Bundesvorsitzende Meyer selbst die Position des Gutachtens übernommen, und redet seit dem Herbst 1990 permanent "jenseits der Beschlußlage". Auch der Hauptvorstand der zweitgrößten Einzelgewerkschaft des DGB, also der ÖTV, stützt sein Konzept "Zukunft durch öffentliche Dienstleistungen" auf einige Leitgedanken und einige Mitautoren dieses Textes. Drittens repräsentieren die Autoren den main-stream kritischer - d.h. den GRÜNEN oder der SPD nahestehenden - Sozialwissenschaftler in der Bundesrepublik. Das hat zur Folge, daß die sozialwissenschaftliche Reflexion der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion nicht als kritische Resonanz sondern als distanzlose Verstärkung wirkt.

Die in "Jenseits der Beschlußlage" vertretenen Grundannahmen, z.B. vom Ende des Keynesianismus oder von der notwendigen Entkoppelung von Arbeit und Einkommen sind politischer Ausdruck der sozio-ökonomischen und politischen Konstellation der achtziger Jahre, sie haben jedoch durch den Auflösungs- und Zerstörungsprozeß der Gesellschaften des "realen Sozialismus" und durch die enormen Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit eine massive Aufwertung erfahren. Diese Aufwertung wird durch die enorm gestiegenen Disparitäten zwischen den entwickelten Industriegesellschaften einerseits und den armen Ländern andererseits, also durch den Nord-Süd-Gegensatz ebenso verstärkt, wie durch die bekannten ökologischen Probleme und akuten Risiken. Wachstumskritik und Konsumverzicht fungieren als die ideologischen Parameter, innerhalb derer durch Reallohnverluste und -tausch hervorgerufene Einschränkungen des Konsums auch die höheren ökologischen Weihen erfahren können.

Realitäten bestehender Umverteilung

1992 hat der DGB die Parole des "Teilen verbindet" zum zentralen Motto des 1. Mai erklärt, eine Entscheidung, auf die innerhalb der Gewerkschaften mit Überraschung und zum Teil mit heftiger Kritik reagiert wurde. Die Überraschung resultiert daraus, daß innerhalb der Gewerkschaften der Prozeß der allmählichen Besetzung der ideologischen Kommandohöhen durch eine bestimmte Strömung der gewerkschaftsnahen Sozialwissenschaften noch nicht in seiner ganzen Tragweite registriert wurde.

Jürgen Hoffmann, einer der Autoren von "Jenseits der Beschlußlage" bat aktuell versucht, das DGB-Motto nicht nur moralisch, sondern theoretisch zu begründen: "Das Dilemma einer solidarischen Gewerkschaftspolitik besteht heute darin, daß eine solidarische Politik nicht nur angesichts der vielfältigen Formen der Marginalisierung dringend notwendig ist, sondern zugleich deren Durchsetzungsbedingungen angesichts der Komplexität der Mitgliederinteressen ungleich schwieriger geworden sind. Es scheint so, daß Gewerkschaften, besonders große Industriegewerkschaften und solche des öffentlichen Dienstes, zum permanenten Spagat verurteilt sind: zwischen Rationalisierungsgewinnern und -verlierern, zwischen unterschiedlichen Branchenteilen und Regionen, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Männern und immer noch unterprivilegierten Frauen, zwischen Arbeitsmärkten in Ost und West, Nord und Süd, zwischen Ökonomie und Ökologie. Und dieser permanente Spagat heißt eben permanentes Teilen, das dann verbindet."⁴ Mit diesem Zitat wird zugleich zu begründen versucht, warum höhere Lohnforderungen nicht nur nicht durchsetzbar, sondern im Grunde politisch auch nicht wünschenswert sind. "Es heißt zugleich, das Risiko einzugeben, daß sich die Mitglieder nicht mehr vertreten fühlen, die für sich mehr hätten herausholen können, wenn (...) nicht mit anderen Gruppen geteilt worden wäre." Es ist nur konsequent, wenn die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies exakt den ersten Teil dieser Passage zitiert, um auf dem 13. Gewerkschaftstag der ÖTV im Juni 1992 zu begründen, warum der von den Mitgliedern in der Urabstimmung nach dem Arbeitskampf mehrheitlich abgelehnte Abschluß von 5,4% mehr Lohn zugleich das "Ende der Fabnenstange" markierte. In diesem Zitat wird ein generelles Mißverständnis dieser Variante von Sozialwissenschaft deutlich. Obwohl die Umverteilung innerhalb der abhängig Beschäftigten durch Sozialversicherungsbeitrag und Steuern, mit der im Kern die Erwerbstätigen den Unterhalt der Nichterwerbstätigen finanzieren, ebenso bekannt wie banal ist, und es sich zumindest in der kritischen Sozialwissenschaft herumgesprochen haben sollte, daß der Anteil der Steuern und Sozialbeiträge an der Bruttolohn- und Gehaltssumme in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen ist, während die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen gleichzeitig steuerlich erheblich entlastet wurden, anders gesagt, daß die abhängig Beschäftigten immer schon kräftig geteilt haben und dies weiter tun werden, wird diese Form der Umverteilung der Primäreinkommen Lohn und Profit in der theoretischen Begründung der Philosophie des Teilens hartnäckig ignoriert. Würde sie nämlich zu Kenntnis genommen, wäre die Aufforderung zum erneuten Teilen sehr schnell als bloß ideologisch verbrämte zusätzliche Belastung der Einkommen aus abhängiger Arbeit erkannt.

⁴ Jürgen Hoffmann, Jenseits der Beschlußlage oder: Warum Teilen verbindet und Solidarität spalten kann (Manuskript).

Nun kann zumindest Jürgen Hoffmann nicht vorgeworfen werden, daß er dieses Teilungsverhältnis nicht kennt: "Wird unter dem Teilen nämlich das Teilen zwischen Lohnarbeit, Kapital und Staat allein verstanden, dann ist es in der Tat ein Zynismus ohnegleichen, diejenigen zum Teilen aufzurufen, die in den 80er Jahren eine enorme Umverteilung von den Lohn- zu den Gewinneinkommen und die Senkung der Lohnquote auf das Niveau der frühen 60er Jahre erleben mußten."⁵ Hinter der Philosophie des Teilens steht bei dieser Variante sozialwissenschaftlicher Gewerkschaftsberatung ein komplizierteres Argument: Einmal wird in der Tat die von Scharpf betonte Sichtweise der Flexibilisierung der internationalen Geldmärkte und die damit verbundene Unmöglichkeit der Umverteilung der Kapitaleinkommen zugunsten der Arbeitseinkommen übernommen, zum anderen wird das bestehende Teilungsverhältnis zwischen Lohn und Sozialeinkommen - vermittelt durch das System der Sozialversicherung - zwar gesehen, aber negativ beurteilt. "Die vorherrschende Form der Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherheit schützt angesichts der (...) Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft immer weniger vor den negativen Resultaten der kapitalistisch-einzelwirtschaftlichen Ökonomie. Sie erschwert die Durchsetzung präventiver Formen der sozialen Sicherheit und verlängert die Strukturen des Arbeitsmarktes in die Institutionen der sozialen Sicherheit hinein."⁶ Deshalb ist es nur konsequent, anstelle der Sozialversicherung eine angemessene Grundversicherung in Verbindung mit dem Ausbau von "Institutionen des sozialen Konsums (...) in Gestalt öffentlicher Dienste" zu fordern. "In beiden Formen kann gesellschaftliche Solidarität eher umgesetzt werden als im Ausbau von Versicherungsinstitutionen und deren tarifpolitischer Stützung, die die Spaltung des Arbeitsmarktes nicht aufheben kann." In dieser abschätzigen Beurteilung des auf dem System der Lohnarbeit aufbauenden Schutzes der Sozialversicherung, die in der Tat lohnarbeitszentriert ist, weil die Leistungen der Sozialversicherung in der Regel am vorher erhaltenen Lohn anknüpfen - mit Ausnahme des Sachleistungsprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung -, mischen sich begründete Kritik am System der Sozialversicherung und eine naive Staatsgläubigkeit.

Konsequenzen einer Auflösung des SV-Systems

Werden die lohnbezogenen Sozialversicherungsleistungen durch unmittelbar staatliche Transfers zu ersetzen versucht, so verschwindet nicht nur das gesamte System der gegliederten Sozialversicherung (Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Unfallversicherung) einschließlich der Selbstverwaltung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Moloch eines allzuständigen Staates, sondern die bisherige Orientierung der Sozialeinkommen an der

⁵ Jürgen Hoffmann u.a. (Hrsg.), *Jenseits der Beschlußlage; Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt*, Köln 1990.

⁶ Ebd., S. 149f.

vorübergehenden Entwicklung der Arbeitseinkommen wird aufgegeben. Damit sind wir bei einem Kernproblem der Herstellung gesellschaftlicher Solidarität: Die lohnbezogene Form des Teilens des Arbeitseinkommens über Sozialversicherungsbeiträge wird von den abhängig Beschäftigten akzeptiert, weil sie ihnen im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter eine an der Höhe ihres Arbeitseinkommens orientierte Unterstützung bzw. Lohnersatzleistung garantiert - auch wenn diese durch diverse Verschlechterungen in den 80er Jahren demontiert wurde. Vollkommen offen ist jedoch, ob eine entsprechende Steuerzahlung, deren rückwirkende Leistungen arbeits- und einkommensunabhängig erfolgen sollen, von den abhängig Beschäftigten als Solidarleistung akzeptiert wird. Da die Verwendung von Steuermitteln anders als bei Sozialbeiträgen nicht zweckgebunden, sondern politisch beliebig steuerbar ist, ist das Mißtrauen der abhängig Beschäftigten gegen ein steuerfinanziertes Sozialleistungssystem auch verständlich.

Es ist kennzeichnend für die von der ÖTV gestartete Initiative "Zukunft durch öffentliche Dienste" (ZÖD), daß bei der dadurch intendierten Reform öffentlicher Dienstleistungen der Bereich der Sozialversicherungsträger ausgeblendet bleibt.

Im wesentlichen konzentrieren sich die programmatischen Anstrengungen der ÖTV auf den Dienstleistungsbereich, der von den kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden, Landkreis) angeboten wird. Dabei wird das zentrale Problem, daß sich der öffentliche Dienst vermittelt über Steuern und Sozialbeiträge aus abgeleiteten Einkommen finanziert, deren Entwicklung wiederum abhängig ist vom Verhältnis der zentralen Primäreinkommen Lohn (Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten des industriellen und kommerziellen Kapitals) und Profit, vollkommen ausgeblendet. Die ÖTV diskutiert sozusagen im luftleeren Raum, weil die ökonomischen Voraussetzungen für die Existenz öffentlicher Dienste und sozialer Transfers entweder nicht gewußt oder bewußt ignoriert werden. Schon ein erster Blick auf die Verteilung der Basiseinkommen Lohn und Profit zeigt kraß unterschiedliche Teilungsverhältnisse.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden zunächst alle Arbeitseinkommen, also neben den Löhnen der Beschäftigten des industriellen und kommerziellen Kapitals auch die Löhne der Staatsbeschäftigten und der Beschäftigten des privaten Dienstleistungssektors als eine zusammengefaßte Größe, nämlich als Bruttolohn- und Gehaltssumme ausgewiesen. 1990 betrug die Differenz zwischen der Brutto- und der Nettosumme dieses Aggregats 43,5%, während bei den Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen die Differenz zwischen der Brutto- und der Nettosumme lediglich 15,5% ausmachte. Der Anteil der Abzüge von der Bruttolohn- und Gehaltssumme enthält auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, da diese in der Konvention der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Teil der Bruttoarbeitskosten gerechnet werden. Über

die Entwicklung der Bruttoarbeitskosten ist es daher möglich, auch die Unternehmen zur Finanzierung des sozialen Konsums heranzuziehen, während dies über die Unternehmenssteuern angesichts der in den 70er und 80er Jahren von über 30 bis heute auf 15% sinkenden Steuerquote nur sehr eingeschränkt möglich war. Durch die politisch gewollte Steuerentlastung der Unternehmen - hier unterscheiden sich Unionsparteien und SPD nicht wesentlich - werden die Arbeitseinkommen zur quantitativ mit Abstand größten Finanzbasis für öffentliche Dienste und soziale Transfers. Was die letzteren betrifft, wird der größte Teil über die Institution der Sozialversicherung vermittelt.

Die unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen einzige Möglichkeit, die Unternehmen stärker an der Finanzierung öffentlicher Dienste und sozialer Aufgaben zu beteiligen, liegt in der Durchsetzung höherer Lohnsteigerungen und darüber vermittelt höherer Sozialbeiträge. Dagegen wird von Seiten der Unternehmen und der ihnen nahestehenden Wirtschaftswissenschaften immer wieder das Argument einer damit verbundenen Bedrohung der internationalen Wettbewerbsposition angeführt, eine Argumentation, die bis in die Gewerkschaften hinein populär ist. Diese Behauptung unterschlägt jedoch drei wichtige Faktoren: Zum einen liegt die Bundesrepublik, was die Entwicklung der Lohnstückkosten in den letzten Jahren angeht, unter den Werten der meisten vergleichbaren Industrieländer.⁷ Hohe Arbeitskosten werden durch eine entsprechend hohe Arbeitsproduktivität mehr als ausgeglichen. Zum zweiten werden beim Vergleich nationaler Arbeitskosten die Währungsrelationen in der Regel nicht berücksichtigt. Wechselkursbereinigt hat sich die Konkurrenzposition der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren zwar kurzfristig verschlechtert, aber dies hat nichts mit den Arbeitskosten, sondern mit der Entwicklung der Währungsrelationen zu tun und kann auf dieser Ebene, d.h. durch Abwertungsprozesse ausgeglichen werden. Drittens sind es gerade die Hochlohnländer, die beständig Leistungsbilanzüberschüsse realisieren können, d.h. daß hohe Arbeitskosten durch ihre innovative und rationalisierungsfördernde Funktion die Wettbewerbsbedingungen nicht verschlechterten, sondern verbessern.⁸

Kapitulation vor den Angebotsdoktrinen und dem internationalen Kapital

Die für die Gesamtgesellschaft zentrale Rolle einer aktiven Einkommens- tarifpolitik, gerade angesichts des Verfalls der Lohnquote, die den Lohn als Finanzbasis nahezu sämtlicher sozialer Transfers hrüchig gemacht hat, ist in der gewerkschaftlichen Diskussion über Tarifpolitik vernachlässigt

⁷ Siehe DIW-Wochenbericht 11/1992.

⁸ Karl-Georg Zinn, Lohnzurückhaltung, Investitionen und Produktivitätswachstum, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/1990.

worden. Einmal stand mit der Arbeitszeitverkürzung in den 80er Jahren eine tarifpolitische Aufgabe auf der Tagesordnung, die andere Schwerpunktsetzungen unmöglich machte, andererseits hat sich gerade in lohnpolitischen Fragen eine angebotsorientierte Interpretation der ökonomischen Rahmenbedingungen durchgesetzt. Dies gilt nicht nur für den Sachverständigenrat und mindestens 4 der 5 etablierten Wirtschaftsforschungsinstitute (einzig das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung - DIW - macht hier teilweise eine Ausnahme), sondern mit wenigen Ausnahmen auch für die sozialwissenschaftliche Gewerkschaftsberatung.

Auch hier hat Scharpf die Bresche geschlagen. "Bei hohen Realzinsen führt also, so meine ich, an den Thesen der Angebotstheoretiker kein Weg vorbei: Zusätzliche arbeitsplatzschaffende Investitionen werden nur unternommen, wenn die nachhaltig zu erwartenden Gewinne mit den international gebotenen Kapitalzinsen konkurrieren können."⁹ Aus dieser Behauptung wird folgende politische Schlussfolgerung gezogen: "Wichtig bleibt jedoch die strategische Einsicht, daß vorderhand die Vollbeschäftigung weder kostenlos durch eine keynesianische Wachstumspolitik, noch auf fremde Rechnung durch Umverteilung zu Lasten des Kapitals zurückgewonnen werden kann - sondern allenfalls durch die Umverteilung von Arbeitseinkommen und Arbeitsmöglichkeiten zu Lasten der großen Mehrheit der abhängig Beschäftigten selbst."

Diese Sichtweise wird von den Autoren von "Jenseits der Beschlußlage" und von der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies im Kern übernommen und zur theoretischen Grundlage nicht nur der Initiative "Zukunft durch öffentliche Dienste", sondern zugleich auch einer moderaten Einkommenstarifpolitik. Wulf-Mathies schließt sich der Scharpfschen Argumentation explizit an: "Weil sich die ökonomische Theorie von Keynes und die daraus entwickelten Strategien angesichts der Internationalisierung und Globalisierung der Kapital- und Gütermärkte (überlebte), erlebte der Neoliberalismus eine neue Blüte, und das nicht nur in der Wirtschaftspolitik."¹⁰ Unredlich an dieser Argumentation ist zunächst, daß hier mit der Keyneschen Theorie nicht diese selbst, sondern das Konstrukt der sog. antizyklischen Globalsteuerung des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes gemeint ist. Das oberflächlich als "keynesianisch" klassifizierte Politikmodell einer Steuerung der Konjunktur durch eine antizyklisch angelegte Geld- und Fiskalpolitik basierte theoretisch-konzeptionell jedoch nicht auf der Keyneschen Theorie, sondern orientierte sich an einem Mix zwischen den ordoliberalen Vorstellungen der sog. Freiburger Schule (Eucken, Müller-Armack) und der "neoklassischen Synthese", d.h. einer Kombination von, mikroökono-

⁹ Fritz W. Scharpf, Weltweite, europäische oder nationale Optionen der Vollbeschäftigungspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1988, S. 24.

¹⁰ Monika Wulf-Mathies, Zukunft durch öffentliche Dienste, in: Monika Wulf-Mathies (Hrsg.), Im Wettstreit der Ideen: Reform des Sozialstaates, Köln 1991.

misch gesehen, eher wirtschaftsliberalen Dogmen mit einem makroökonomisch angelegten Konzept einer indirekten und bloß globalen Beeinflussung des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses. Kennzeichnend für den bloß indirekten Charakter dieser Konjunktursteuerung ist der dem damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller zugeschriebene Satz: "Man kann die Pferde nur zur Tränke führen, saufen müssen sie schon selber." Auch Jürgen Hoffmann u.a. unterläuft die gleiche Ineinssetzung von Keynescher Theorie und antizyklischer Globalsteuerung. Sie konstatieren "systemische Grenzen" der antizyklischen Globalsteuerung auf drei Ebenen:

Einmal sei eine nationale Wirtschaftspolitik gegenüber dem international mobilen Kapital nationalstaatlich beschränkt. Zum zweiten würde durch die Gewerkschaften die im Wirtschaftsaufschwung steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zu so hohen Lohnerhöhungen genutzt, daß die Kapitaleigner auf die disziplinierende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit setzen und daher ihre Investitionen reduzieren. Drittens sei die Globalsteuerung aufgrund des Privateigentums an den Produktionsmitteln zwangsläufig auf eine lediglich "indirekte Regulierung des Nachfrageniveaus" verwiesen. "Damit ist sie aber grundsätzlich an die privat-einzelwirtschaftliche Rationalität gebunden."¹¹ Interessant ist der dieser Kritik zugrundeliegende fundamentalistische - früher hätten wir gesagt - vulgärmarxistische Blick. Im Kern besteht er aus der Behauptung, daß gegen das international agierende Kapital im Grunde politisch nichts gemacht werden kann. In den siebziger Jahren war das der klassische Topos linker Reformismuskritik, mit der damals die Aktualität der revolutionären Gesellschaftsveränderung belegt werden sollte. Heute wird daraus ein ganz anderer Schluß, nämlich von der Notwendigkeit einer kooperativen Gewerkschaftspolitik gezogen. Dabei ergeben sich größere Spielräume für eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie in der von Hoffmann u.a. unterstellten zu engen Verknüpfung zwischen ökonomischen Prozessen und politischer Reaktion angenommen wird. Auf allen drei Ebenen lassen sich die "systemischen Grenzen" weiter ziehen als angenommen.

1. Die These von der Ohnmacht einer nationalen Beschäftigungspolitik unterstellt, daß eine internationale Koordination der verschiedenen nationalen wirtschafts- und geldpolitischen Konzepte nicht realisierbar sei bzw. die isolierte Beschäftigungspolitik eines Landes durch die restriktive Fiskal- und Geldpolitik der wichtigsten Handelsnationen konterkariert werde, wie dies 1981/82 mit Frankreich geschehen sei. Dabei wird unterschlagen, daß eine international abgestimmte expansive Politik von den übrigen OECD-Staaten durchaus gewünscht wird und lediglich die BRD aus stabi-

¹¹ Jürgen Hoffmann u.a. (Hrsg.), a.a.O., S. 157.

litätspolitischen Gründen den "weltwirtschaftlichen Störenfried" gespielt hat.

2. Die These von den zu hohen Löhnen als auslösendem Moment von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit ist weder theoretisch noch empirisch überzeugend. Sowohl systematisch wie im zeitlichen Ablauf folgt die Entwicklung der Arbeitseinkommen der Bewegung der Investitionen, und nicht umgekehrt, wie es diese krisentheoretische Sichtweise (Theorie des "profit-squeeze") behauptet. Im übrigen stimmt die Behauptung hoher Lohnsteigerungen für den Investitionsrückgang in der Rezession 1981/82 mit der Realität nicht überein. Für den Rückgang der Realkapitalinvestitionen sind erheblich kompliziertere ökonomische und politische Abläufe verantwortlich.

3. Der bloß indirekte äußerliche Charakter der Globalsteuerung, der das Prinzip der einzelwirtschaftlichen Rationalität nicht antastet, ist nicht zwangsläufig. Bekanntlich hat Keynes eine "sozial geleitete Investitionsrate", also eine politische Steuerung privater Investitionen gefordert.

Gestaltung als Sanitätskolonne?

Nach Hoffmann u.a. liegt der Unterschied ihrer Konzeption zu den Vorschlägen von Scharpf und Lafontaine darin, daß sie sich deren angebotsorientierter Sichtweise zwar grundsätzlich anschließen, aber die Angebotsbedingungen selbst politisch gestaltet werden sollen. Aber diese Gestaltungspolitik ist nicht makroökonomisch, sondern nur mikroökonomisch, d.h. auf der Ebene der einzelnen Unternehmen möglich. Dahinter steht die in der aktuellen industriesoziologischen Debatte bekannte These, die technologischen und arbeitsorganisatorischen Umstrukturierungsprozesse würden Chancen zu einer stärkeren Partizipation der abhängig Beschäftigten bieten. "Erste Ergebnisse von Analysen der technischen Umsetzung der neuen Technologien zeigen, daß diese in Planung und Fertigung oft erst dann effizient eingesetzt werden können, wenn sie mit sozialer Innovation, mit Alternativen zu tayloristischer Arbeitsteilung und höherer produkt- und prozeßbezogener Autonomie in der Arbeit verbunden werden."¹² Es wird nicht berücksichtigt, daß die soziale Reichweite und der konflikthafte Durchsetzungsprozeß einer Requalifizierung der Arbeit bzw. einer Rücknahme der Arbeitsteilung in der industriesoziologischen Fachdebatte durchaus kontrovers verhandelt werden, hier schließen sich die Autoren schlicht einer optimistischen Prognose an. Auffallend ist jedoch, daß hier der gegenüber einer keynesianischen Beschäftigungspolitik kritisch vorgebrachte Hinweis auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln ebenso fehlt wie der kritische Hinweis auf die internationale Mobilität des Kapitals. Die von Hoffmann u.a. auf der mikroökonomischen Ebene vermuteten "Schnittpunkte zwischen unternehmerischen Interessen

¹² Ebd., S. 110.

und einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik, die Gestaltungsoptionen ermöglichen", bezeichnen, sofern ihre Annahmen überhaupt empirisch gesichert sind, nichts anderes als die Möglichkeit eines neuen Modernisierungspakts zwischen Unternehmen und Stammebelegschaften derjenigen Industriebranchen, die den Übergang in eine neue postfordistische Phase der flexiblen Massenproduktion einleiten. Dabei verzichten sie jedoch darauf, diesen von der Industrie ausgehenden Umbruch in der Organisation der Arbeit, der ähnlich wie die Durchsetzung des fordistischen Systems zu erheblichen Veränderungen zwischen Politik und Ökonomie, wie auch in den sozialen Beziehungen selbst führen wird, makroökonomisch gestalten zu wollen. Im Kern wird die Anpassung der Politik an die ökonomischen Prozesse gefordert, deren gesamtgesellschaftliche Steuerungsfunktion - nämlich über die Güter- und Geldmärkte - als ausreichend empfunden wird.

Wenn die Rolle des Staates in diesem ökonomischen und technologischen Strukturwandel und seinen enormen sozialen Folgen so reduziert und skeptisch gesehen wird, so bat dies in der Tat erhebliche Folgen für die gewerkschaftspolitische Strategie. Die Gewerkschaften selbst müssen von den sozial- und beschäftigungspolitischen Aufgaben entlastet werden, die ihnen die wirtschafts- und sozialpolitische Abstinenz des Staates aufbürdet. Arbeitslosigkeit und Armut derjenigen abhängig Beschäftigten, die im anstehenden ökonomischen Umbruch aus dem Beschäftigungssystem ausgegrenzt werden - einschließlich der heute schon bestehenden massiven industriellen Reservearmee -, können nicht mehr durch ein lohnarbeitzen-triertes Sozialversicherungssystem, sondern nur noch durch ein staatlich garantiertes Grundeinkommen halbwegs sozial reguliert werden. Faktisch handelt es sich um ein Gesellschaftsszenario, in dem hochqualifizierte Stammebelegschaften mit hohem Arbeitseinkommen und interessanter Arbeit einer immer größer werdenden Zahl von Beschäftigten in unsicheren, nicht attraktiven und schlecht entlohnenden Arbeitsverhältnissen in den industriellen Zulieferbetrieben und im wachsenden privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor und einer wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen gegenüberstehen. Solidarische Lohnpolitik würde unter diesen Bedingungen - die im übrigen in den meisten kapitalistischen Gesellschaften bereits Realität sind - bedeuten, daß im Rahmen eines von den Tarifparteien festzusetzenden Verteilungsvolumens unsere Einkommen stärker angehoben würden als die höheren Einkommen. Das ist eine vollkommen unrealistische Annahme. Mit steigender Arbeitslosigkeit werden zunächst die niedrigen Tarifeinkommen aufgrund der zurückgehenden Nachfrage nach weniger qualifizierten Arbeitskräften weiter unter Druck geraten, während die anhaltende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften deren Tarifeinkommen hochhält bzw. zur Ausweitung der übertariflichen Bezahlung führt. Die in den vergangenen 18 Jahren der Massenarbeitslosigkeit bereits gemachte empirische Erfahrung einer steigenden Schere zwischen den

niedrigsten und den höchsten Arbeitseinkommen würde forciert fortgesetzt.

Es ist eine ähnlich unrealistische Annahme, zu meinen, mit einer verstärkten Lohnsteuerprogression, die Bezieher höherer Arbeitseinkommen zur Solidarität durch Teilen zu zwingen. Einmal unterstellt dies einen entsprechend gestimmten Gesetzgeber, der mit der vorherrschenden Leistungsideologie strikt brechen müsste, zum anderen kann eine hohe Steuerquote erheblich gemindert werden. Eine Ungerechtigkeit des bestehenden Steuersystems liegt gerade darin, daß gerade die hohen Steuern - legal wie illegal - stark verkürzt werden können. Wenn so weitgehende Reformvorschläge nicht erwogen werden, dann bleibt von der ganzen Philosophie des Teilens ein matter Rest. Es geht dann immer um Lohnverzicht bestimmter Gruppen der Tarifeinkommen - alles andere steht bei Tarifverhandlungen nicht zur Disposition.

Werden aber bei Tarifverhandlungen bestimmte - gemeint sind sicher die höherverdienenden - Arbeitnehmergruppen geringer angehoben als die anderen, so kann das nur funktionieren, wenn diese damit einverstanden sind. Ansonsten werden sie aus der Gewerkschaft, die eine solche Tarifpolitik mitträgt, austreten und möglicherweise Mitglied einer anderen "radikaleren" oder korporativistischen Interessenvertretung. Das heißt, um Konsens unter den Gewerkschaftsmitgliedern in dieser Frage zu organisieren, muß eine breite Debatte darüber geführt werden, wem denn ein Reallohnverlust zugemutet werden kann. Eine solche Diskussion impliziert jedoch, daß es ein fixes Verteilungsvolumen für den in Frage kommenden Tarifbereich gibt, das dann nach sozialen Gesichtspunkten innerhalb des Geltungsbereiches des Tarifvertrags umverteilt wird. Ökonomische Verteilungsprozesse und die daraus resultierenden Verteilungsverhältnisse sind jedoch stets politisch und sozial gestaltete Größen. Marx hat das mit dem historischen und moralischen Element des Werts der Ware Arbeitskraft zu umreißen versucht. Reallohnverzicht bedeutet in dieser Interpretation, daß der Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert gedrückt wird, weil ein einmal erreichtes Reproduktionsniveau unterschritten werden muß. Das kann durchaus unproblematisch sein, wenn es sich dabei um die Reduktion von Luxuskonsum o.ä. handelt, das eigentliche Problem bei diesem Konzept der Umverteilung in der Klasse besteht darin, daß innergewerkschaftlich darüber gestritten wird, welche Einkommensgruppe in den Tarifverträgen verzichten kann, während die anderen gesellschaftlichen Einkommen und ihre Verteilung tabuisiert werden müssen. Da dies nicht gelingt - und auch politisch nicht sinnvoll ist - werden große Teile der betreffenden Einkommensgruppen den Reallohnverzicht nicht von vornherein akzeptieren wollen. Ihnen dann einreden zu wollen, sie würden sich egoistisch oder korporativistisch verhalten, wie dies Hoffmann tut, provoziert die Zuspitzung des Streits.

Insofern ist es naiv zu hoffen, Teilen würde verbinden, das Gegenteil ist richtig, Teilen teilt und führt zur weiteren Schwächung der Gewerkschaften. Eine Gewerkschaft, die auf Umverteilung zwischen den beiden zentralen Klassen der Gesellschaft von vornherein verzichtet und sich auf die Umverteilung innerhalb der Klasse konzentriert, degeneriert zu einer Art politischer Sanitätskolonne. Im übrigen geht es angesichts der Entwicklung der Lohnquote und der politischen Umverteilung zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen und angesichts der moderaten Entwicklung der Lohnstückkosten auch keine plausiblen ökonomischen oder politischen Gründe für einen auch nur partiellen Reallohnverzicht. In der gewerkschaftsinternen Debatte um "Teilen verbindet" oder "Teilen teilt" drücken sich die anhaltende politische Schwäche und tiefe theoretische Defizite der bundesdeutschen Gewerkschaften aus. In der Tat sind die wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte der Ära Brandt ökonomisch gescheitert und politisch überholt.

Während es 1977 bis 1985 noch erhebliche programmatische Anstrengungen gab, politische Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit zu finden, ist sie heute als im wesentlichen nicht veränderbar akzeptiert. Die ideologische Hegemonie der angebotsorientierten Wirtschaftsdoktrin hat keynesianische und postkeynesianische Politikkonzepte nicht nur im Wissenschaftsbetrieb vollkommen an den Rand gedrängt, ihre extreme Außen-seiterrolle gilt inzwischen auch für das politische Feld in SPD und Gewerkschaften, im übrigen auch bei den GRÜNEN. Im Grunde ist es ein ganzes Bündel von flachen Alltagsanschauungen - Wachstums- und Konsumkritik einerseits, Bürokratie- und Staatsverdrossenheit andererseits, als Kritik an bestimmten Phänomenen spätkapitalistischer Gesellschaften ohne Zweifel herechtigt - in dem hier kritisierten Text von Hoffmann u.a. werden diese Phänomene aber nicht wissenschaftlich analysiert, sondern sie werden mit sozialwissenschaftlicher Politur übergossen, so daß die Leser ihre eigenen Anschauungen wissenschaftlich herausgeputzt wiederfinden. Das erklärt die hohe Zustimmung in bestimmten Gewerkschaftsetagen. Damit ist auch die traditionelle Intellektuellenfeindlichkeit in denselben Etagen hinfällig geworden. Denn mit Intellektuellen, die den Gewerkschaften im Kern die gesellschaftspolitische Enthaltsamkeit predigen, können gerade die Pragmatiker besonders gut lehren.

Heinz Bierbaum

Korporatistische und autonome Gewerkschaftspolitik - zum politischen Mandat der Gewerkschaften

Die diesjährige Tarifrunde hat gezeigt, daß entgegen den Behauptungen auch vieler interner Gewerkschaftskritiker die Lohnfrage längst nicht ad acta gelegt werden kann, sondern die Sicherung der Einkommen der abhängig Beschäftigten nach wie vor eine zentrale gewerkschaftliche Aufgabe ist. Und sie hat darüber hinaus deutlich gemacht, wie stark gewerkschaftliche Tarifpolitik von politischen Bedingungen und Entwicklungen hestimmt und mit politischer Gestaltung verwoben ist. Zwar herrscht die Überzeugung vor, daß mittels Tarifpolitik nur Einfluß auf die Brutto- und nicht auf die Nettoeinkommen genommen werden kann, gewerkschaftliche Tarifpolitik von der staatlichen Steuer- und Abgabepolitik zu trennen sei, doch die Beschäftigten selbst rechnen mit dem, was ihnen schließlich übrig bleibt. Dennoch ist es Auffassung vieler Gewerkschaftsfunktionäre, daß Gewerkschaften sich um die Tarifverträge zu kümmern hätten, Steuern und Abgaben jedoch in den Bereich der Politik und damit der Parteien gehörten und man eben dafür sorgen müsse, daß die "richtige" Partei ans Ruder komme. Eine solche "Arbeitsteilung" zwischen Gewerkschaften und Parteien ist aber immer weniger durchzuhalten, ganz abgesehen davon, daß auch schon in der gewerkschaftlichen Begründung für die aufgestellten Forderungen diese Trennung häufig durchbrochen wird. Dies muß nun keinesfalls heißen, daß Maßstab für gewerkschaftliche Tarifpolitik künftig die Nettoeinkommen sein müßten - dies würde gewerkschaftliche Tarifpolitik ganz sicherlich überfrachten -, dies heißt vielmehr, daß Gewerkschaften sich der Gesamtheit der Einkommenspolitik annehmen müssen, konkret also den Tarifkampf mit dem Kampf gegen Sozialabbau verhindern müßten. Genau dies ist aber in dieser Tarifrunde trotz der günstigen Bedingungen mit dem Streik im öffentlichen Dienst, den Warnstreiks in der Metallindustrie und der insgesamt vorhandenen Mobilisierungs- und Kampfbereitschaft nicht erfolgt.

Auch wenn die beabsichtigte tarifpolitische Wende zulasten der Arbeitnehmer abgewehrt werden konnte, was die Tarifrunde trotz der hreiten Kritik am materiellen Gehalt der Abschlüsse und der zu Tage getretenen Demokratiedefizite und internen Organisationsprobleme für die Gewerkschaften zu einem politischen Erfolg werden ließ, so haben sie sich doch letztlich in einen nationalen Konsens zur Lastenverteilung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit einhinden lassen, wie ihn schon das - allerdings auch heftig kritisierte - DGB-Motto "Teilen verhindert" signalisierte.

Die abgelaufene Tarifeinmündersetzung offenharte nicht nur den engen Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Interessenvertretung und der Notwendigkeit auch politischer Gestaltung, sondern machte auch unterschiedliche Politikkonzeptionen in den Gewerkschaften selbst deutlich. So kritisierte heispielweise Wendl in Zusammenhang mit dem Tarifabschluß der ÖTV nicht nur das Fehlen einer übergreifenden politischen Strategie der Gewerkschaften zur Zusammenführung des Tarifikampfs in den einzelnen Branchen mit der Stoßrichtung des Protestes gegen die unsoziale Umverteilungspolitik der Bundesregierung, sondern beklagte zugleich auch das Fehlen einer wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption für eine offensive gewerkschaftliche Einkommenspolitik.

Tarifpolitik und gewerkschaftliches Selbstverständnis

Und in der Tat lassen sich gerade an der Tarifpolitik Selbstverständnis und Reichweite gewerkschaftlichen politischen Handelns und die dabei auftretenden Unterschiede verdeutlichen. Im Rahmen der vorherrschenden neoklassisch bestimmten Wirtschaftskonzepte soll sich tarifliche Einkommenspolitik am Produktivitätsfortschritt orientieren. Damit aber würde die gewerkschaftliche Einkommenspolitik nicht nur ein gegebenes Verteilungsverhältnis akzeptieren, sondern sich grundsätzlich in Abhängigkeit von dem jeweiligen Wirtschaftsverlauf hegeben, den sie selbst nicht zu bestimmen vermag. Dies hieße weiter, daß grundsätzlich akzeptiert wird, daß die Versorgung der Arbeitnehmer über den Markt erfolgt und seine bestimmenden Akteure die Unternehmen hleihen, aber nicht in den wirtschaftlichen Kreislauf ausgehend von den Interessen der Arbeitnehmer eingegriffen wird.

Der Versuch der Integration gewerkschaftlicher Politik in die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist jedoch nicht nur für konservative, neoliberale politische Konzepte charakteristisch, sondern gilt durchaus auch für eine bestimmte sozialdemokratische Politik. So verwies der seiner Zeit zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften führende Vorschlag Lafontaines, Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verkürzen, auf ein Krisenkonzept, bei dem Lösungen nicht durch eine grundsätzliche Veränderung herrschender wirtschaftlicher Strukturen und Politik, sondern durch Umverteilung innerhalb der Arbeitnehmer selbst angestrebt werden. Theoretisch fundiert wurde dieses Konzept von Scharpf, der wegen der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, infolge derer nationale Wirtschaftspolitik zur Ohnmacht verurteilt sei, ganz offensiv eine Umverteilung zugunsten des Kapitals propagiert, weil dies die einzige Möglichkeit sei, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, die wiederum Voraussetzung für Beschäftigung und mehr Einkommen sei. Verteilungsgerechtigkeit sei unter solchen Bedingungen nur noch durch Umverteilung in der Klasse selbst herstellbar ("Sozialismus in einer Klasse"). Die Lohnpolitik wird in einer solchen Konzeption - nicht nur in

Zeiten der Krise, sondern auch im wirtschaftlichen Aufschwung - in den Dienst der Wirtschaftspolitik gestellt.

Dem entpricht eine "korporatistische" Gewerkschaftskonzeption, wonach Gewerkschaften ihre Politik nicht autonom bestimmen, sondern in politische Strategien, in staatliche Zielsetzungen in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eingebunden werden. Sie sind damit auf das Ausnutzen der Spielräume verwiesen, die ihnen die Politik zuweist. Mag dies bei insgesamt prosperierender Ökonomie mit großem Verteilungsspielraum eine noch teilweise erfolgreiche Gewerkschaftspolitik sein, so muß eine derartige Konzeption in Krisenzeiten mit enger werdenden Verteilungsspielräumen oder aber bei Umstrukturierungsprozessen, wie sie gegenwärtig in der ehemaligen DDR erfolgen, versagen. Gewerkschaften begäben sich damit in Abhängigkeit einer ökonomischen Entwicklung, die sie nicht selbst beeinflussen können. Da eine Politik der Umverteilung in einer derartigen Konzeption von vornherein ausgeschlossen ist, sind sie auf das Ausnutzen der Spielräume verwiesen, die ihnen die ökonomische Entwicklung und die Politik läßt. Damit werden sie letztlich als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten handlungsunfähig. Allenfalls können sie versuchen, zusammen mit dem Kapital, mit den Unternehmern also, die Wettbewerbssituation "ihrer Branche" zu verbessern. Und es ist genau diese Politik, die auch von Teilen der Gewerkschaftsbewegung in der BRD wie beispielsweise der IG Chemie, Papier, Keramik verfochten wird. Eine solche Politik führt nicht nur zu einer nur partiellen Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, nämlich der Stammebelegschaften, während die im kapitalistischen Wirtschaftsprozess Ausgegrenzten keine gewerkschaftliche Interessenvertretung mehr haben. Weil unfähig zur autonomen Politikgestaltung, droht ihnen bei rückläufiger wirtschaftlicher Entwicklung und insbesondere bei einschneidenden ökonomischen wie gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozessen der Funktionsverlust.

Das IG Metall-Konzept der "aktiven Tarifpolitik", wonach der Produktivitätsfortschritt eben nicht die Grenze markiert und damit das gegebene Verteilungsverhältnis bewußt in Frage gestellt wird, beinhaltet zugleich ein Verständnis von den Gewerkschaften als autonomen, solidarischen Klassenvertretungen mit eigenem Gestaltungsanspruch. Wie gerade aber auch die jüngste Tarifrunde zeigte, ist das Konzept der aktiven Tarifpolitik, einschließlich der Umverteilung der Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer, stark brüchig geworden und findet Eingang allenfalls noch in die Forderungsbegründung, weniger aber in die Praxis des Tarifikampfes oder gar in den Abschluß.

Es ist nicht zufällig, daß die gewerkschaftliche Autonomie und ihr allgemeiner reformpolitischer Anspruch besonders in einer Zeit betont wurden, in der sich die Grenzen kapitalistischer Entwicklung zeigten - in den 70er und 80er Jahren, insbesondere charakterisiert durch die Weltwirtschaftskrise 1974/75 und durch die Krise 1981/82. In dieser Zeit war zugleich ins-

gesamt eine Veränderung gewerkschaftlicher Politik spürbar. Gegen die einzelwirtschaftliche, d.h. kapitalistische Logik wurde das gesamtgesellschaftliche Interesse gesetzt. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch in der Mitbestimmungsfrage, wo Konzepte gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung bis hin zur Vergesellschaftung wieder an Aktualität gewannen. Natürlich waren die Auffassungen zwischen und auch innerhalb der Gewerkschaften höchst verschieden. Angesichts einer Sozialdemokratie, die in der Wirtschafts- und Sozialpolitik immer mehr auf konservative Positionen einschwenkte, ergah sich ein reformpolitisches Vakuum, das die Gewerkschaften füllen wollten - zumindest sollten von ihnen, so das Selbstverständnis der IG Metall, Initialzündungen für gesellschaftliche Reformpolitik ausgehen.

Strukturpolitik und gesellschaftliche Eingriffe

Eine durchaus vergleichbare Situation haben wir gegenwärtig in den neuen Bundesländern, wo den Gewerkschaften schon durch die Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten notwendigerweise eine Initiativrolle auch in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zufällt. Dies gilt etwa für die Einkommenspolitik, wo der eingeschlagene Weg der Anbindung an die im Westen gültigen Tarifverträge und damit der Angleichung der Lebensstandards nur durchzuhalten sein wird, wenn dieser in eine gesellschaftliche Strukturpolitik eingebettet wird. Die Notwendigkeit einer aktiven Industrie- und Strukturpolitik ergibt sich freilich in erster Linie aus dem Zusammenbruch der industriellen Strukturen und dem Versagen marktwirtschaftlicher Konzepte. Zurecht wurde daher gegen die destruktive Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt von der IG Metall eine in erster Linie auf Sanierung bestehender Betriebe abzielende industriepolitische Alternative entwickelt. Das Konzept der "Beschäftigungsgesellschaften" stellt eine unmittelbare Antwort auf die drängendsten Arbeitsmarktprobleme dar und ist zugleich Element einer zu entwickelnden strukturpolitischen Alternative. Der Streit um den Stellenwert der "Beschäftigungsgesellschaften", ob wesentlich arbeitsmarktpolitische Maßnahme oder aber eben Verbindung von betrieblichem Ansatz mit regionaler Strukturpolitik, offenbart den gleichen Konflikt zwischen einer autonomen und einer korporatistisch in herrschende Politikkonzepte eingebundenen Politik wie bei der Tarifpolitik. Auch wenn man sich das gewerkschaftliche Engagement für Industrie- und regionale Strukturpolitik stärker wünschte, so liegt es doch gerade in den neuen Bundesländern auf der Hand, daß Gewerkschaften sich eigenständig in die Politik einmischen müssen und sich nicht in das Schlepptau der vorherrschenden Politik eines marktradikalen Anpassungskurses hegeben dürfen.

Die Notwendigkeit aktiver Industrie- bzw. Strukturpolitik ist allerdings nicht auf die neuen Bundesländer beschränkt, sondern gilt auch für die alten Bundesländer. Die sozialen Aufspaltungen und strukturellen Verwer-

fungen, wie sie sowohl in den Montanregionen als auch in den sog. Dienstleistungsmetropolen festzustellen sind, erfordern eine gesellschaftliche Steuerung der vor sich gehenden Umstrukturierungsprozesse und ein entsprechendes Engagement der Gewerkschaften.

Das Konzept einer autonomen, auf aktive Interessenvertretung gerichteten Gewerkschaftspolitik, die bewußt über die Grenzen des kapitalistischen Entwicklungsmodells hinausgeht, in dem der einzelwirtschaftlichen die gesamtwirtschaftliche Logik entgegengestellt wird, wird nun vor allem mit Verweis auf die politischen Umwälzungen in Ost-Europa und den Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in Frage gestellt. Nur noch die kapitalistische Gesellschaft, so wird behauptet, sei der Rahmen, innerhalb dessen sich Gewerkschaften bewegen könnten. Dies ist sowohl angesichts der sich inzwischen überdeutlich zeigenden Probleme in der Transformation der ehemals staatssozialistischen Wirtschaften, die allerdings mehr die Züge einer autoritären Kommando- als einer sozialistischen Wirtschaft hatten, in Marktwirtschaften als auch angesichts der auch hierzulande ungelösten Probleme wie der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der Marginalisierung und Verarmung großer Bevölkerungsteile, der ökologischen Fragen usw. kaum begründbar und wohl eher Ausdruck eines Schockzustandes als einer ernsthaften Analyse. Die zu führende Auseinandersetzung muß sich vielmehr um die Anlage und Struktur der einzuschlagenden Politik demokratischer gesellschaftlicher Einflußnahme und Kontrolle drehen.

Freilich lassen sich derartige gesellschaftliche Ansätze nicht auf den nationalen Rahmen beschränken, sondern erfordern internationale Strategien. Dies gilt beispielweise für die Ökologieproblematik, wo der weltweite Zusammenhang offensichtlich ist. Die Gewerkschaften hierzulande sind Bestandteil des westlich-kapitalistischen Entwicklungsmodells und haben ihre Erfolge eben auch auf der Basis der damit verbundenen Vernutzung, ja Verschwendung von Ressourcen und ihrer weltweiten Ungleichverteilung erzielt. Ernsthaft in Frage gestellt wurde diese Orientierung bislang kaum, auch wenn mit den internationalen Zukunftsforen der IG Metall erste Ansätze zur Bewußtmachung dieser Zusammenhänge unternommen worden sind. Soll allerdings die Losung "Global denken - lokal handeln" ernst genommen werden, dann bedarf es auch einer Gewerkschaftspolitik, die sowohl die internationale Dimension in der praktischen Gewerkschaftsarbeit ernst nimmt, als sich auch um weltweite alternative Entwicklungsmodelle müht.

Neue Anforderungen

Sicherlich erfordern die politischen Umbrüche auch eine Überprüfung gewerkschaftlicher Programmatik und Politik. Entscheidender als diese selbst jedoch sind die materiellen und sozialen Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung. Es ist inzwischen fast schon eine Binsenweis-

heit, daß sich die Produktionsstrukturen und die Formen der Arbeit selbst in Richtung stärkerer Betonung planender und überwachender Tätigkeiten verändert haben, daß sich damit auch die Klassen- und Sozialstrukturen ausdifferenziert haben, die Lebensstile und Ansprüche von Arbeitnehmern vielfältiger geworden sind, proletarische Milieus aufgebrochen und im Verschwinden begriffen sind. Oft wird allerdings vergessen, daß die Kehrseite dieser Entwicklung in der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und von Marginalisierungs- und Deklassierungsprozessen besteht. All dies stellt die Gewerkschaften vor erhebliche Probleme. Deutlichstes Zeichen dafür ist, daß die gewerkschaftliche Mitgliedsstruktur längst nicht mehr der realen Sozialstruktur entspricht.

Nahezu alle Gewerkschaften sprechen inzwischen von der Notwendigkeit der Veränderung der Gewerkschaftsarbeit und der eigenen Organisationsstrukturen. Die Defizite sind allzu offensichtlich; dies gilt insbesondere für den Bereich der Umwelt, um den sich gewerkschaftliche Programmatik und Politik erweitern sollte. Der DGB hat sogar ein eigenes Gutachten ("Jenseits der Beschlußlage") in Auftrag gegeben, um sich der Kritik zu stellen und neue Bereiche aufzugreifen. Die IG Metall will mit der Zukunftsdebatte nicht nur zur Entwicklung gesellschaftlicher Reformpolitik beitragen, sondern verbindet damit auch den Anspruch nach Reform der eigenen Strukturen und der eigenen Politik. Schlußfolgerung davon ist, daß nicht weniger, sondern mehr politisches Handeln durch die Gewerkschaften gefordert wird. Begründet wird dies damit, daß angesichts der engen Verknüpfung von Arbeits- und Lebensinteressen die politische Gestaltungsmacht zur betrieblichen und tarifpolitischen Gestaltungsmacht ergänzend hinzutreten muß.

Die größte Herausforderung stellt die Neubestimmung der gewerkschaftlichen Politik auf der Ebene des Betriebes dar, nach wie vor die Basis auch für das politische Handeln von Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Betriebspolitik - dies ist unbestritten - muß vor allem gestaltende Politik sein. Schon die Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Schutzfunktion zwingt zur Entwicklung eigener Gestaltungskonzepte auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeitregelungen, der Qualifizierung usw. Die Veränderungen in den Produktionsprozessen und sich daraus ableitend in den Management-Strategien mit ihrer teilweisen Enthierarchisierung und einer begrenzten Wiederaufwertung der Rolle der Arbeit im betrieblichen Prozeß eröffnet für die Gewerkschaft neue Chancen, bedroht sie aber auch zugleich. Die unter dem Titel "Unternehmenskultur" zusammengefaßten Konzepte sehen das Unternehmen als ein soziales System mit eigenen Wertorientierungen. Über die Organisation von Betriebs- und Freizeitaktivitäten und die Bereitstellung von Beteiligungsmöglichkeiten werden eigene soziale Zusammenhänge gesetzt und damit auch das gewerkschaftliche Monopol der kollektiven Organisation der Beschäftigten nachdrücklich in Frage gestellt.

Das Kapitalverhältnis und damit die prinzipielle Unterordnung der Interessen von Arbeitern und Angestellten unter das Erfordernis der Kapitalverwertung wird damit freilich nicht infragegestellt. Es stellt die strukturelle Schranke für alle emanzipatorischen Möglichkeiten dar, die sich aus einer veränderten Unternehmenspolitik auch für die Beschäftigten und die Gewerkschaften ergeben. In der Logik der Kapitalverwertung steht das Unternehmen im Zentrum. Will gewerkschaftliche Politik an einer umfassenden und nicht nur partiellen Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten festhalten, so muß sie über den Betrieb und das Unternehmen hinausreichen. Lassen sich schon die Probleme für die Beschäftigten nicht allein auf betrieblicher Ebene lösen, so gilt dies um so mehr für all diejenigen, die wie die Arbeitslosen bereits aus dem betrieblichen Zusammenhang herausgefallen sind. Gewerkschaftliche Betriebspolitik muß daher mit betriebsübergreifenden Konzepten verbunden werden, verlangt mithin politische Konzepte. Und es reicht auch nicht, die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb in Konsequenz der veränderten betrieblichen Prozesse und unternehmerischen Strategien zu "professionalisieren" und für eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten an der Unternehmenspolitik einzutreten. Dies kann nicht an die Stelle von gewerkschaftlichen Gegenmachtkonzepten treten, sondern muß vielmehr mit gewerkschaftlicher Gegenmacht verbunden werden, um im Interesse der Beschäftigten wirksam zu werden. Die umfassende Interessenvertretung von Arbeitern und Angestellten ist in der einzelwirtschaftlichen, kapitalistisch bestimmten Perspektive nicht möglich, sondern verlangt gesellschaftliche Lösungen.

Erfordert somit schon gewerkschaftliche Betriebspolitik ein stärkeres politisches Engagement von Gewerkschaften, so macht die zunehmende Bedeutung des Nichtarbeitsbereichs erst recht eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Aktivitäten nötig. So rücken etwa zunehmend die Folgen der Produktion für die Umwelt und die Lebensbedingungen in den Blickpunkt gewerkschaftlicher Politik. Beispielhaft dafür ist die von der IG Metall zusammen mit dem Naturschutzbund durchgeführte Tagung zum Auto, wo nicht nur die Folgen des Autobooms für Natur und Lebensbedingungen aufgezeigt, sondern zugleich betriebliche wie gesellschaftliche Alternativen mit gesellschaftlichen Kräften diskutiert wurden, zu denen die Gewerkschaften ansonsten kaum einen Zugang haben.

Eine Beschränkung der Gewerkschaften auf den Betrieb und die Tarifpolitik ist immer weniger in der Lage, die Interessen von Arbeitnehmern umfassend zu vertreten. So ist z.B. die Wohnungsfrage zu einer zentralen, zu einer lebenswichtigen Frage für Arbeitnehmer geworden. Dies gilt insbesondere für großstädtische Ballungsgebiete. Die Gewerkschaften sind hier gefordert, auch wenn durch ihr politisches Versagen bei der "Neuen Heimat" ihre Legitimation in Zweifel gezogen wird. Ähnlich verhält es sich mit den Verkehrsproblemen, die nicht nur entscheidenden Einfluß auf die Lebensbedingungen haben, sondern zum Teil erkämpfte gewerkschaftliche Erfolge etwa in der Arbeitszeit wieder zunichte zu machen drohen.

Die wachsende Bedeutung der Lebensbereiche außerhalb der Arbeit und vor allen Dingen die Verknüpfung von Arbeits- und Lebensbereichen erfordern von den Gewerkschaften umfassende gesellschaftliche Gestaltungskonzepte. Dies hat die IG Metall mit ihren Zukunftskongressen zu Recht herausgestellt. Umfragen unter Angestellten zeigen auch, daß von Gewerkschaften gesellschaftliches Engagement verlangt und erwartet wird. Ein gutes Beispiel für die Verbindung von traditioneller gewerkschaftlicher Politik und dem Anspruch nach gesellschaftlicher Gestaltung ist die Politik der IG Metall in der Arbeitszeitfrage. So wurde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zum einen mit unmittelbaren Verbesserungen für die Arbeitnehmer selbst begründet, zum anderen aber auch mit gesellschaftspolitischen Argumenten. So sollten durch die Umverteilung von Arbeit mehr Arbeitsplätze geschaffen und damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet werden. Gegen das Konzept eines möglichst flexiblen Arbeitseinsatzes im Interesse der Profitsteigerung wurde das Konzept der Zeitsouveränität der Arbeitnehmer gesetzt. Zwar in der Diskussion oft etwas unterbelichtet, war es genau dieses sozio-kulturelle Element der Arbeitszeitverkürzung, das gesellschaftspolitisch am weitesten reichte.

Ganzheitliche Vertretung

Der Anspruch von gesellschaftlicher Gestaltungsmacht, wie ihn insbesondere die IG Metall erhoben hat, und das sich daraus ableitende umfassende politische Mandat muß allerdings auch in der praktischen Gewerkschaftspolitik wirksam werden. Und genau hier liegt die Schwachstelle. So bat die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion zwar zu einem weitreichenden Forderungskatalog auch für die Gewerkschaften selbst geführt, doch verblieb sie weitestgehend auf der Ebene von Postulaten. Es reicht auch nicht, wenn die IG Metall oder andere Gewerkschaften sich durch ihre Vorsitzenden öffentlich zu Wort melden und politische Forderungen stellen. Die Gewerkschaft muß vielmehr zum politischen Akteur vor Ort werden. Dies bedingt, daß Gewerkschaften sich in kommunale und regionale Politik einmischen. Ansatzpunkte sind dazu zweifellos vorhanden. So war das Konzept der "Beschäftigungsgesellschaft" von vornherein mit der Forderung nach regionaler Entwicklungsplanung verbunden und wies den Gewerkschaften eine aktive Rolle in der regionalen Entwicklungspolitik zu. In der Praxis wurde diese Rolle selbst jedoch oft nur zögerlich wahrgenommen, und man zog sich wieder zurück, wenn sich der betriebliche Problemdruck verringerte.

Eine wirksame Interessenvertretung verlangt, daß der Zusammenhang zwischen Arbeit, Wohnen und Leben aktiv aufgegriffen und in der Gewerkschaftspolitik vor Ort umgesetzt wird. Dazu ist freilich Bedingung, daß sich die gewerkschaftliche Organisation in Richtung einer Stärkung der dezentralen Strukturen verändert. Vor diesem Hintergrund ist die

DGB-Organisationsreform mit der Verringerung und Schwächung der DGB-Kreisorganisationen mehr als fatal. Es stellt sich generell die Frage, ob angesichts der notwendigen umfassenden Gestaltungskonzepte, die ihre praktische Wirksamkeit vor Ort entfalten müssen, nicht die territoriale gewerkschaftliche Organisation wieder stärker in der Vordergrund treten muß.

Verändern muß sich aber auch das gewerkschaftliche Politikverständnis und dabei auch das Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien. Gewerkschaften sind gesellschaftliche Organisationen, die ihre Legitimation aus der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten ziehen. Als solche müssen sie sich in die Politik einmischen und sich mit anderen gesellschaftlichen Kräften auseinandersetzen. Dies bedingt eigenes politisches Engagement und kann nicht auf Forderungen an die Politik reduziert werden. Ausdruck eines überholten Politikverständnisses sind die immer wiederkehrenden, jedoch immer weniger interessierenden Wahlprüfsteine, wie sie auf DGB-Ebene aufgestellt werden.

Halten Gewerkschaften an einer umfassenden Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten fest, so sind sie darauf verwiesen, in der praktischen Politik gesellschaftlichen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen, können also gerade nicht auf alternative Entwicklungskonzepte verzichten oder sich mit der sozialen Korrektur kapitalistischer Entwicklung bescheiden. Die Entwicklung gesellschaftlicher Konzepte ist durch die vielfältigen Diskussionen um die Reform von gewerkschaftlicher Politik und Organisation bestenfalls angestoßen, nicht jedoch schon erledigt. Es ist deshalb wichtig, daß die Diskussion um die Entwicklung gesellschaftlicher Lösungen intensiviert wird. Denn diese stellen auch die Grundlage dar, auf der sich dann individuelle Bedürfnisse und eine Vielfalt von Lebensformen entfalten können.

Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokratinnen

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Parteiunabhängig
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Jahresabo 28,00 DM
- ★ Einzelheft 5,00 DM

Heft 1/92 - Februar/März

u.a.: SPD-Reform • Modell Japan • Beschäftigungsgesellschaften • Treuhand

Heft 2/92 - April/Mai

u.a.: Neuer Aufbruch zu Reformen • Israel und die deutsche Linke • Ökonomischer Umbau in Ostdeutschland • Gewerkschaften

Kostenloses Probeheft bei

Sozialist

Im Körbchen 10 • 3400 Göttingen

Ich möchte ein kostenloses Probeheft:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Renate Bastian

Auf dem Weg zur postfordistischen Gewerkschaft?

Skizze der gewerkschaftlichen Organisationsdebatte

"Unser die Zukunft" - diese Gewißheit, auf der richtigen Seite des gesellschaftlichen Fortschritts zu stehen, gehörte zu den unerschütterlichen Grundsätzen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses. Die Gegenmachtpositionen, die Durchsetzungskraft der gewerkschaftlichen Organisationen maßen sich häufig an der Fähigkeit, Nein zu sagen zu gesellschaftlichen Entwicklungen, die man als gegenläufig zur Interessenlage der abhängig Beschäftigten erkannte. In den gegenwärtigen Zukunftsdebatten scheint zunächst einmal nur eins sicher, nämlich, daß diese alten Gewißheiten nicht mehr Bestand haben. In den vergangenen Jahren gerieten die Gewerkschaften zunehmend in die Rolle von Apologeten überholter Strukturen, von "Neinsagern, Nörglern und Starrköpfen".¹

Erst nach langem Zögern konnten sie sich entschließen, die Anstöße von außerbetrieblichen sozialen Bewegungen aufzugreifen. Nur widerwillig nahmen sie Abstand von einem Fortschrittsmodell, das ökologische Anforderungen an die Produktion weitgehend unbeachtet ließ. Und auch ihre ursprüngliche Stärke, Rationalisierungskonzeptionen der Unternehmer als verschärfte Ausbeutung zu blockieren, bröckelte. Denn nunmehr rückte der von den Gewerkschaften immer erhobene Anspruch, Gestaltungsfunktion wahrzunehmen, Einfluß auszuüben auf eine humane Entwicklung der Gesellschaft und auf die individuelle Entfaltung der Arbeitskraft in den Vordergrund.

Auf dem Prüfstand stehen somit das gesellschaftspolitische Mandat und die Gestaltungsfähigkeit der Organisation. Auf dem Prüfstand steht aber auch die innere Verfassung der Organisationen, ihre Bereitschaft, die herkömmlichen zentralistischen Strukturen zu demokratisieren und durch ein beteiligungsorientiertes Politikmodell das Gewicht der Basis bei der Entscheidungsfindung zu stärken. Denn gegenwärtig sehen sich die Gewerkschaften in einem eigenartigen Widerspruch. Es ist ihnen zwar gelungen - auch unabhängig von dem Zuwachs aus dem Erbe des FDGB - die Mitgliederzahlen wieder zu steigern. Gleichzeitig geht aber die Bereitschaft der Mitglieder zurück, sich aktiv und auf Dauer in die Gewerkschaftspolitik einzumischen, - ein Umstand, der häufig als Krise der Ehrenamtlichen umschrieben wird, de facto aber ebenso eine Krise der Hauptamtlichen, ja der gesamten Organisation markiert.

¹ Dagmar Deckstein, Gewerkschaften - Neinsager, Nörgler, Starrköpfe?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/92.

Zudem bieten sie ein wenig attraktives Äußeres. "Der Struktur der Mitgliedschaft nach sind die Gewerkschaften alt, männlich und resistent gegenüber neuen Arbeiterschichten z.B. aus der technischen und kaufmännischen Intelligenz."²

Dagegen haben Umfragen ergeben, daß die Beschäftigten, auch diejenigen, die als Angestellte oder Jugendliche als schwer zu organisieren gelten, keineswegs die Bedeutung der Gewerkschaften gering schätzen. Sie sprechen ihnen in der Regel jedoch - noch - die umfassende Kompetenz sowohl für die Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen als auch für weiterreichende gesellschaftliche Entwicklungen ab. So korrespondiert eine abnehmende Bereitschaft zur Aktivität im Inneren mit einem Einflußverlust der Gewerkschaften auf der betrieblichen Ebene, ihrem ureigensten Betätigungsfeld. Mittlerweile finden in der Mehrzahl der Einzelgewerkschaften Vertrauensleutewahlen nur noch in Ausnahmefällen statt. Das System der Vertrauensleute wird als "Lebenslüge der Organisationen" bezeichnet.³ Bei diesen Tendenzen handelt es sich keineswegs um Einzelercheinungen, sondern um gewerkschaftsübergreifende Probleme, die nicht in Teilbereichen angesiedelt sind, sondern das Selbstverständnis der Organisationen betreffen.

Anlaufende Organisationsdebatte

Die seit Jahrzehnten spürbare "Ohnmacht des DGB" hat unter den verschiedensten Vorzeichen immer wieder zu Reformvorhaben geführt, die in der Regel bereits im Ansatz steckenblieben und in erster Linie Instrument der verschiedenen gewerkschaftspolitischen Strömungen waren. Auch der jüngste Ansatz einer Organisationsreform hat bislang nicht mehr zutage gebracht als ein Sparkonzept, das mit dem weiteren Rückzug aus der Fläche eher eine politische Schwächung des DGB bewirkte. Nun wurde zu Beginn dieses Jahres in einer Klausurtagung erneut beschlossen, daß bis 1994 Eckpunkte einer Organisationsreform entwickelt und bis 1998 verwirklicht werden sollen. In Zusammenhang mit dieser Organisationsreform wird bis 1996 ein neues Grundsatzprogramm zur Diskussion gestellt.

Somit werden die 90er Jahre auch für den DGB über dessen gesellschaftspolitische Kompetenz und über seine Fähigkeit, die überkommenen Strukturen zu erneuern, entscheiden. Dabei scheint aber klar zu sein, daß die Entwicklungsmöglichkeiten des DGB sehr stark davon abhängen, inwieweit in den Einzelgewerkschaften die Zukunftsdiskussion vorangetrieben wird und auch in der Realität Spuren hinterläßt. Hinweise auf zentrale Betätigungsfelder für den DGB gibt es genug. Sie reichen von Strukturpo-

² So gut wie alles im Argen? Diskussion mit Christian Götz, in: Sozialismus 4/92.

³ Christian Götz, a.a.O.

litik über Umweltprobleme bis hin zu Fragen des europäischen Binnenmarktes.⁴

Im Vorfeld dieser Debatten über die zukünftige Rolle des DGB finden bereits zum Teil heftige Auseinandersetzungen über die Abstimmung der Organisationsbereiche in den Einzelgewerkschaften statt. Zwischen ÖTV und IG Bergbau und Energie schwelt ein Konflikt über die Beschäftigten des Energiesektors, IG Medien und HBV bemühen sich um eine Einigung im Bereich der Verlage. In vielen anderen Sektoren zeigen sich Überschneidungen und Unstimmigkeiten, die mit dem veränderten, modernen Produktionstypus zusammenhängen. "Die Vernetzung von Produktionen bei just-in-time macht den Betrieb des einen Organisationsbereiches (Reifen, Kunststoffteile - IG CPK) fast vollständig abhängig von den Produktions-, Planungs- und Steuerungssystemen eines anderen Unternehmens (Auto, IGM); die damit einhergehende Lagerhaltung auf der Straße fällt wiederum an die ÖTV."⁵

Die historisch gewachsenen Organisationsgrenzen der Einzelgewerkschaften erhalten ebenso wie das bislang erfolgreiche Industriegewerkschaftsprinzip aufgrund dieser Entwicklung ein hohes Maß an Zufälligkeit und Willkürlichkeit. In der HBV sinnt man daher über ein Modell einer Dienstleistungsgewerkschaft nach, die sowohl die bisherigen Bereiche der HBV, die DAG, aber auch Sparkassen und Pflegebereiche der ÖTV sowie Postbank und das Hotel- und Gaststättengewerbe umfassen könnte.⁶ Diese Dienstleistungsgewerkschaft könnte Zentralität und Dezentralisierung verknüpfen als "eine Gewerkschaft für den Einzelhandel, eine, die die Finanzleistungen, Banken und Versicherungen, umfaßt und weitere Gewerkschaften für Bereiche wie die Wohnungswirtschaft, für EDV-Unternehmen usw."⁷ Ein Schritt zu Dezentralisierung und Mitgliedernähe könnte mit der Einrichtung von Fachgruppen und Betriebsgruppen getan werden. Zentralität müßte die Zusammenführung der Einzelorganisationen des privaten Dienstleistungssektors zu einer Holding als Multibranchengewerkschaft gewährleisten. Nach Vorstellungen der HBV könnten fünf bis acht derartige Holding-Gewerkschaften die derzeit 16 Einzelgewerkschaften ersetzen.

Solche Reformvorschläge haben sicherlich nur dann eine Realisierungschance, wenn sie den Mitgliedern der Einzelgewerkschaften zu einer breiten Diskussion vorgelegt werden und zugleich auch die historisch gewachsenen Bindungen und Identifikationen berücksichtigen. Wie schwierig und diskontinuierlich derartige Prozesse ablaufen können, zeigt in jüngster Zeit die Bildung der IG Medien. Auf alle Fälle wird es nicht damit getan

⁴ Heinrich Epskamp u.a., "Schafft den DGB ab!", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/92.

⁵ Bernhard Sander, Fusion oder Kernschmelze? Zur Organisationsdebatte im DGB, in: Sozialismus 2/92.

⁶ Ebenda.

⁷ Christian Götz, a.a.O.

sein, nach dem Vorbild des geplanten Zusammenschlusses von IG CPK und IG Bergbau und Energie neue Großorganisationen per Beschluß der Vorstände ins Leben zu rufen. In etwas kleinerem Maßstab war bereits in den 70er Jahren die weitaus unverbindlichere Kooperation zwischen den Gewerkschaften NGG und Textil und Bekleidung geplant und wieder zu den Akten gelegt worden. "Der Streit um die Organisationsgrenzen ist ein Streit um die gewerkschaftlichen Aufgaben angesichts der ungeheuren Mobilität des Kapitals, die zweifellos zu erheblichen Defiziten in der Repräsentation von Beschäftigten geführt hat."⁸ Eine bloße Veränderung der Organisationsbereiche läßt die drängenden essentiellen Fragen unbeantwortet, vor denen die Gewerkschaften stehen.

Problemdruck: Individualisierung, Wertewandel, Freizeit

Die Veränderung der Beschäftigtenstruktur findet ihre Entsprechung in der tiefgreifenden Veränderung der Lebensverhältnisse, besonders im westlichen Teil der Bundesrepublik. Hier "hat sich der Lebensstandard auch der unteren Gruppen der sozialen Hierarchie 'spektakulär', umfassend und sozialgeschichtlich revolutionär verbessert, auch wenn in dem letzten Jahrzehnt durch hohe Arbeitslosigkeit schwere Einbrüche zu verzeichnen sind. Wo frühere Generationen oft nichts anderes kannten als den täglichen Kampf ums Überleben, einen monotonen Kreislauf von Armut und Hunger, wird nun für breite gesellschaftliche Gruppen ein materielles Niveau erreicht, das Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet (bei fortbestehender oder sich sogar verschärfenden Abständen auf der Einkommensskala).⁹ Diese Entwicklung ist mit einem "Fahrstuhl-Effekt" verglichen worden: "die 'Klassengesellschaft' wird insgesamt eine Etage höher gefahren". Die Folge dieser Entwicklung ist eine radikale Veränderung der Lebensbedingungen, der Lebensstile, der sozialen Beziehungen und der Denkweisen, verbunden mit einer Auflösung ehemals relativ stabiler Wohn- und Lebensmilieus; der traditionelle Familienverband und die patriarchalischen Geschlechterrollen werden brüchig.

Individualisierung ist somit das Stichwort für einen größeren Entscheidungsspielraum der Individuen im Hinblick auf Ausbildung, Beruf, Engagement in der Arbeit, in der Fortbildung oder im freizeitskulturellen Bereich. Dabei verlagert sich allerdings häufig auch die Verantwortung für die sozialen Risiken des Lebens, für die Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot auf das einzelne Individuum. Wer als Rationalisierungsverlierer aus der Zwei-Drittel-Gesellschaft ausgestoßen wird, findet sich auf einsamer Fahrt nach unten.

⁸ Bernhard Sander, a.a.O.

⁹ Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim, Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt 1990, S. 17.

Für die Gewerkschaften ergibt sich aus dieser Entwicklung eine widersprüchliche Lage. Einerseits ist es unzweifelhaft, daß die große Steigerung des Lebensstandards als Grundlage der Individualisierung Ergebnis der traditionellen Schutz- und Gestaltungspolitik ist, die zu einer kollektiven Absicherung dieses Standards geführt hat. "Individualisierung" bedeutet also weder automatisch 'Vereinzelung' oder 'Privatisierung', noch Reichhaltigkeit autonomer Entwicklungsmöglichkeiten. Die Existenz und Ausgestaltung der kollektiven Regulierungen - im Sinne der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der Qualität sozialer Rechte und der Reichweite demokratischer Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten - sind entscheidend dafür, ob 'Individualisierung' das Lebenselixier einer luxurierenden Minderheit wird oder mehr Lebensqualität für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet.¹⁰

Nach dieser Definition bliebe also auch gegenwärtig die Schutzfunktion der Gewerkschaften im Sinne einer kollektiven Absicherung von individuellen Entwicklungschancen von grundlegender Bedeutung. Zumal für die Mehrheit der Menschen gerade unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Abfederung der großen Lebensrisiken durch sozialstaatliche Regulierungen die Ausbildung von Individualität erst möglich macht.¹¹

Zum Trend der Individualisierung gehört aber ein zweites Stichwort: der Wertewandel. Damit verbunden steht die Frage: Welchen Stellenwert besitzt die Erwerbsarbeit im Lebensentwurf der Menschen? Leben, um zu arbeiten, - diese aus der Not geborene Maxime dürfte heute kaum noch viele Anhänger finden. Wenn aber der Stellenwert der Erwerbsarbeit an Gewicht verlieren sollte, welche Auswirkungen hat das auf das spezifische gesellschaftliche Gewicht von Gewerkschaften, auf ihre Zukunftsfähigkeit?

Schon allein im Zuge der Arbeitszeitverkürzung und den damit verbundenen größeren Spielräumen für Freizeit, Familie, persönliche Gestaltung ergibt sich ein relativer Bedeutungsverlust der Arbeit - "der Absolutheitsanspruch der Berufsethik hat sich überlebt".¹² Zugleich wirken Ansprüche auf Selbstverwirklichung aus dem Freizeitbereich in die Erwerbsarbeit zurück. Der konservative Slogan "Leistung muß sich wieder lohnen" knüpft an diesem Interesse an sinnvoller Arbeit an. Auf diesem Terrain fühlen sich gewerkschaftliche Interessenvertretungen häufig noch außerordentlich unsicher, bestand doch bislang ein Eckpfeiler der schutzorientierten Interessenvertretung gerade in dem Druckmittel, Leistung, Fähigkeiten und know-how zurückzuhalten, um den Ausbeutungsdruck zu mildern. "Wir haben es mit einer Verschiebung infolge der Intellektualisierung der Arbeit und der Pluralisierung der Lebensstile zu tun, nicht mit einer Ab-

kehr, sondern eher mit einer Nekonturierung der Zentralität der Arbeit."¹³

Unabhängig davon, wie sich der Stellenwert der Erwerbsarbeit in der individuellen Biographie der Beschäftigten verschoben hat, wehren sich die Gewerkschaften in den Zukunftsdiskussionen gegen die Thesen vom Ende der Arbeitsgesellschaft. Andernfalls bestünde auch für veränderte, erneuerte Gewerkschaften kaum ein genuiner Existenzanspruch. "Die Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens wird in allen Industrieländern auch in absehbarer Zukunft auf Erwerbsarbeit beruhen."¹⁴ Lorenz Schwegler, der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, formulierte: "Wir werden niemanden dazu bewegen, Mitgliedsbeiträge zu zahlen, wenn wir so tun, als seien wir so etwas wie Greenpeace. Es dreht sich nach wie vor um die abhängige Arbeit und deren Gestaltung."¹⁵ Die "arbeitsgesellschaftliche Utopie", die soziale und ökologische Gestaltung der modernen Erwerbsarbeit - auf der Basis der neuen Technologien - könnte somit neuen Glanz gewinnen. Hier müßten allerdings die Gewerkschaften sich erst noch Kompetenz aneignen. Bei wachsender Aufgeschlossenheit für neue Themen bleibt nach dieser Position der Betrieb als originäres Handlungsfeld der Gewerkschaften im Zentrum von Programmatik und Praxis.

Genau dort vollziehen sich aber Veränderungen, denen die Gewerkschaften bislang noch relativ hilflos gegenüberstehen und die in den Zukunftsdiskussionen noch nicht die gebührende Berücksichtigung finden. Mit der Durchsetzung der elektronischen Technologien vollzieht sich der Typ der systematischen Rationalisierung, der alle Bereiche der Kapitalverwertung umfaßt. Eine "neue gesellschaftliche Betriebsweise" wird sichtbar, zu der die Stichworte Just-in-Time-Pertigung, schlanke Produktion, flexible Fertigung gehören.

Merkmal dieser Produktionsweise ist weiterhin eine starke Kunden- und Marktorientierung mit jeweils geringen Losgrößen bei gleichzeitiger Kosteneinsparung nach innen. Dreh- und Angelpunkt ist der optimale Einsatz der menschlichen Arbeitskraft. Nicht mehr nur bestimmte Fertigkeiten, sondern der ganze Mensch mit all seiner Phantasie ist gefragt. Schlanke Produktion bedeutet aber immer auch "schlanke Belegschaft", das heißt, derartige Produktionsmethoden sind verbunden mit der massenhaften Gefährdung von Arbeitsplätzen. Grundsatz dabei ist, daß Rentabilitätsdenken und Kostenverantwortlichkeit auf die Beschäftigten verlagert wird, allerdings ohne den entsprechenden Einfluß auf die Grundsätze der Unternehmensleitung.

¹³ Ebenda, S. 97.

¹⁴ Manfred Balder, Gewerkschaften der Zukunft - Zukunft der Gewerkschaften, Referat auf der außerordentlichen Bezirksjugendkonferenz der DPG, 21.2.1992.

¹⁵ Lorenz Schwegler, Streckenwärter am Nebengleis? Zur Zukunft der Gewerkschaften, in: Sozialismus 1/92.

¹⁰ Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Modernisierung, Demokratisierung, Zeitsouveränität - Herausforderungen einer neuen Epoche, Hamburg 1992, S. 8.

¹¹ Ebenda, S. 43.

¹² Forum Gewerkschaften, a.a.O., S. 96.

Neukonditionierung von Schutz- und Gestaltungsfunktion

Der Zugriff auf den ganzen Menschen ist jedoch mit den herkömmlichen Methoden der Fertigung nicht zu erreichen. Das zentrale Problem besteht darin, "daß die bisherigen Formen betrieblicher Herrschaftsstruktur mit ihrer extremen Arbeitsteilung und ausgeprägten Hierarchie den Verwertungshedingungen des Kapitals zunehmend weniger entsprechen."¹⁶

Die neue Fertigungsweise, die häufig auch als Postfordismus beschrieben wird, verlangt eine Rücknahme der extremen Arbeitsteilung. Wenn es zutrifft - worüber unter Soziologen Einigkeit besteht -, daß systemische Rationalisierung einen offenen, nicht kalkulierbaren und in Einzelheiten planbaren Prozeß beschreibt, dann sind an die Kreativität der Beschäftigten völlig neue Anforderungen gestellt. Die neuen Techniken sind nur dann optimal einsetzbar, wenn die Akzeptanz durch die Beschäftigten gegeben ist. Der Übergang vom "tayloristischen zum evolutionären Management" verlangt daher gleichzeitig die Verlagerung von Kompetenz und Entfaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Unternehmensziele auf den Kreis der entsprechend qualifizierten Beschäftigten. Die Stichworte lauten: Qualitätszirkel, teilautonome Arbeitsgruppen usw. "Die Hierarchien werden flacher zu Lasten des mittleren Managements. Ein Bild zeichnet sich für die Zukunft ab: das eines Orchesters mit vielen gleichberechtigten Spielern, die ein gemeinsames Ziel anstreben unter einem Dirigenten, der ihre individuellen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringt ... Die Zukunft wird dem historischen, von der militärischen Tradition abgeleiteten tiefen Hierarchiegefüge oder dem Taylorismus vergangener Tage immer weniger entsprechen."¹⁷

Wie nun sollen sich Gewerkschaften gegenüber einem solchen System verhalten, das zumindest den qualifizierten Kernbelegschaften einen bisher ungewöhnlichen Bewegungsspielraum zugesteht? Wenngleich die Bewertung derartiger Managementstrategien weit auseinandergeht, so herrscht in den gewerkschaftlichen Diskussionen doch Einigkeit darüber, daß man sich diesem Prozeß kaum entziehen kann. Dies um so weniger, als Gruppenkonzepte auf die tatsächlichen Bedürfnisse von Beschäftigten treffen.

Wie differenziert und gefächert die Formen und die Zielsetzungen der Beteiligungskonzepte sich auch darstellen, nach allgemeiner Auffassung handelt es sich nicht um einen kurzlehnigen Modetrend. Sie sind weiter auf dem Vormarsch, wenngleich nach wie vor herkömmliche tayloristische Führungsstrategien und Betriebsweisen dominieren. Und für die Gewerkschaften besteht keine Alternative, sich herauszuhalten oder sich zu verweigern, es sei denn um den Preis der Bedeutungslosigkeit und Inkompe-

tenz von Organisationen, "die als Streckenwächter an den stillgelegten Nebengleisen wirken und sich auf die Warnung beschränken, dort könnte immer noch einmal ein Zug kommen, und dann würde es schrecklich".¹⁸

Doch mit dieser Erkenntnis beginnen die Schwierigkeiten sowohl der betrieblichen Interessenvertretungen wie der Gewerkschaften erst. Denn auch soviel ist absehbar: Wo sich die Gruppenkonzepte durchsetzen, verändern sich die Kommunikationswege im Betrieb. Den neuen Anforderungen scheinen jedoch "die ewigen Bahnen der Betriebsverfassung", die auch das Leben der überwiegenden Mehrzahl der Gewerkschaftsfunktionäre bestimmen, entgegenzustehen. Sie beinhalten ein Handlungs-, Denk- und Arbeitsmuster, das vorsieht, "zu einigen Dingen etwas sagen zu dürfen, zu anderen Dingen nichts sagen zu dürfen und im wesentlichen dürfen sie eigentlich nur 'nein' sagen. Sie dürfen aber nicht sagen, wir wollen das so und so machen."¹⁹

Sicher karikiert diese Feststellung die vielfältigen Anforderungen im betrieblichen Alltag der Funktionäre. Sie macht aber auf ein Kernproblem der Interessenvertretung aufmerksam. Trotz des gewerkschaftlichen Anspruches, Schutz- und Gestaltungsfunktion auszuüben, stand in der bisherigen Praxis sicherlich nicht unberechtigt der Schutzgedanke im Vordergrund. Darauf sind auch die Handlungsstrukturen ausgerichtet. Und die Machtpositionen betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretungen maßen sich an der Fähigkeit, kollektiv Arbeitsleistung zu mindern (Dienst nach Vorschrift, Überstundenverweigerung) oder ganz zu verweigern (Streik). Diese bisherigen Reaktionsformen auf Unternehmensentscheidungen, diese erprobten Wege, Konflikte im Betrieb auszutragen, scheinen nicht mehr ausreichend.

Dennoch werden an die Interessenvertretungen völlig neue Anforderungen herangetragen. Schutzpolitik verlangt heute in den Betrieben auch Gestaltungskompetenz. Wo die Beschäftigten den Gewerkschaften und Betriebsräten die Zuständigkeit für arbeitsinhaltliche Fragen absprechen, werden sie ihnen nicht die Lösung ihrer individuellen Arbeitsplatzprobleme anvertrauen. Auf einem Diskussionsforum der hessischen IG Medien im Juni 1992 wurde dabei von einer Schutzpolitik auf einem neuen Niveau gesprochen, - ein Begriff, der sicherlich noch näher ausgeformt werden müßte. Der Boden, auf dem man sich bewegt, ist schwankend. Kein Wunder, daß häufig Abwehrreaktionen auf neue Anforderungen, die zudem als zusätzliche Belastungen empfunden werden, dominieren. Wird durch die Förderung von Individualität eine kollektive Interessenwahrnehmung unterlaufen? Ein Modernisierungspakt zwischen Management und Beschäftigten abseits der Widersprüche von Kapital und Arbeit? Solche Fragen wecken zunächst Mißtrauen.

¹⁶ Thomas Greven, Der Betriebsrat als Co-Manager, Erfahrungen mit neuer Managementstrategie, in: express 11/90.

¹⁷ Georg Deh/Gerd Hurrle, Vom tayloristischen zum evolutionären Management, Brüche im Management-Denken und Management-Handeln, in: Kommune 3/1992.

¹⁸ Schwegler, a.a.O.

¹⁹ Ebenda.

Zu fragen bleibt aber dennoch, inwieweit sich Gewerkschaften - ebenso wie der Betriebsräte - nicht nur neue Themen öffnen müssen. In den Zukunftsdiskussionen ist bereits viel an erweiterter Programmatik erarbeitet. Müssen sie nicht ebenso intensiv über ihre eigenen inneren Strukturen nachdenken?

Bei der Kritik an den gewerkschaftlichen Strukturen verstellt eine unhistorische Herangehensweise den Blick dafür, daß Gewerkschaften keine zeitlosen Geschöpfe und auch nicht Selbstzweck sind. Bislang gingen die Gewerkschaften davon aus, daß sich die Interessen der einzelnen Beschäftigtengruppen so vereinheitlichen lassen, daß sie auch zu einheitlichen Forderungen gebündelt werden können. Die Schattierungen in den Interessen der einzelnen Beschäftigtengruppen ließen sich nach diesem Verständnis auf objektive Eckpunkte zurückführen. Dies entsprang den Erfahrungen der Mehrheit bei der Herausbildung der großen Industrie und der tayloristisch organisierten Arbeit mit dem Haupttrend - Einebnung von Unterschiedlichkeiten. Dem entsprach auch die subjektive Wahrnehmung im "Heer der Sklaven" und folgerichtig auch das Politikverständnis der Gewerkschaften. Einheitlichkeit und Geschlossenheit garantierten nicht nur Schlagkraft und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem hochzentralisierten Gegner. Sie gewährleisteten auch eine effektive Interessenvertretung für die wichtigste Klientel: die männlichen Facharbeiter.

Heute stellt sich die Frage, inwieweit die überkommenen Strukturen "nicht vielleicht Zwangsjacken sind zur Behinderung strategischer Erneuerung".²⁰ Zu den grundlegenden Aufgaben der Organisationsreform wird gehören: das Verhältnis von Zentralität und Dezentralität, von hauptamtlichem Apparat und ehrenamtlich Tätigen, von basisdemokratischer Interessenfindung und zentraler Durchsetzungsfähigkeit, von kollektiver Solidarität und selbstbestimmter Individualität, von Eigeninitiativen und Stellvertretung neu zu definieren. Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als das gesamte Innenleben einer demokratischen Inventur zu unterwerfen.

HBV und IG Medien - zwei Wege der Organisationsreform

Zwei Wege, wie dies zu bewerkstelligen sein könnte, sollen kurz benannt werden. Seit Juni 1991 läuft in der Gewerkschaft HBV ein Strategieprozeß mit einigen spezifischen Merkmalen. Möglichst breite Kreise von Mitgliedern, aber auch Nichtorganisierten, sollen in einen offenen Diskussionsprozeß über Inhalte, Strategie, Zielsetzungen der Gewerkschaft einbezogen werden. Als Moderatoren, in Zukunftswerkstätten und Arbeitskreisen nahmen bisher rund 5000 Mitglieder an diesem Diskussionsprozeß auf allen Ebenen der Organisation teil. Ungewöhnliches Merkmal dieses Strategieprozesses ist zum einen die Einbeziehung einer externen Beratungsfirma, - ein Schritt, der zunächst in der Organisation auf heftigen Wider-

²⁰ Ebenda.

stand gestoßen ist. Wie immer wieder betont wird, nimmt diese externe Fachkompetenz, ComTeam, keinen Einfluß auf die inhaltlichen Diskussionsprozesse, sondern organisiert lediglich Methoden der gemeinsamen Arbeit und Diskussion, soll Offenheit und tabufreies Gespräch vermitteln. Zweites ungewöhnliches Merkmal dieses Strategieprozesses ist, daß neben den satzungsgemäßen Strukturen der HBV parallele Diskursstrukturen aufgebaut wurden. Ergebnis dieses Prozesses sind - als quantifizierbare Größe - bislang 42 "strategierelevante Fragen", z.B.: "Wie können wir neue Mitglieder ansprechen? Wie kann die Begeisterung der Mitglieder zum Mitmachen geweckt werden? Warum haben so viele Angst zu sagen, was sie denken? Wie können basisdemokratische Elemente in der Satzung verankert werden? Kommunikation zwischen den HBV-Ebenen verbessern!"²¹

Einen etwas anderen Ansatz wählte die IG Medien. Ähnlich wie die HBV ist die Mediengewerkschaft schon aufgrund ihrer außerordentlich heterogenen Mitgliedschaft mit den sozialen und politischen Auswirkungen der Umbruchperiode unmittelbar konfrontiert. Der Handlungsdruck ist dabei groß. Im Zentrum einer neuen Betriebspolitik steht das Betriebsgruppenmodell, dem ein neues Rollenverständnis der Betriebsräte und ein neues Verhältnis zwischen Betriebsräten und der Gewerkschaft zugrunde liegt. Der Landesvorstand der IG Medien Hessen legte zum 1. Diskussionsforum im April 1990 in Springen Thesen zu einer neuen Betriebspolitik vor. Dort heißt es unter anderem:

1. Gewerkschaften müssen transparent und offen werden.
2. Gewerkschaften müssen die Möglichkeit der Beteiligung und Einflußnahme für ihre Mitglieder erweitern.
3. Gewerkschaften müssen 'Engagement auf Zeit' ermöglichen.
4. Gewerkschaften müssen politischer werden und sich neben den klassischen auch neuen Themen zuwenden.
5. Gewerkschaften müssen sich Unorganisierten gegenüber öffnen.
6. Gewerkschaften müssen Gegenmacht in den Betrieben entwickeln.
7. Gewerkschaften müssen die spezifischen Interessen einzelner Personengruppen berücksichtigen und in ihre Politik einbeziehen.
8. Gewerkschaften brauchen einen stabilen dezentralen Unterbau in den Betrieben.²²

Das Betriebsgruppenmodell stellt ein Modell dar, "das nicht auf dem stellvertretenden Handeln einiger Weniger für die Vielen beruht, sondern offen ist für eine Interessenselbstvertretung - das Betroffenen besser als bisher ermöglicht, Beteiligte zu werden. Die Konsequenz ist, daß sich damit Gewerkschaft, zwar nicht satzungsmäßig, aber faktisch, bereits auf betrieblicher und nicht erst auf örtlicher Ebene konstituiert ... Das Modell der Betriebsgruppenarbeit geht davon aus, daß wir es mit einer Aufwertung der lebendigen Arbeit zu tun haben. Und das hat zur Folge, daß wir

²¹ Sozialismus, 4/92.

²² Die Debatte, Forum der IG Medien in Hessen, 2/90.

es mit einer Aufwertung der strategischen Bedeutung der betrieblichen Ebene im Rahmen der gewerkschaftlichen Schutz- und Gestaltungspolitik zu tun haben ... Es wächst die Bedeutung der gewerkschaftlichen Basis als Subjekt - und nicht als Objekt - der Interessenvertretung ... Die Struktur der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe besteht aus einem relativ festen und einem mehr variablen Teil. Ohne Betriebsgruppenleitungen werden wir nicht auskommen können, wenn eine gewisse Dauerhaftigkeit gesichert werden soll. Die Betriebsgruppenleitung wird auf die Unterstützung aktiver Gewerkschaftsmitglieder angewiesen sein. Der politischen Qualifizierung der Leitung werden wir eine große Bedeutung zumessen müssen. Sie darf keine ständig wechselnde Veranstaltung von Ein- und Aussteigern sein ... Entscheidend ist die veränderte Rolle der Leitungen: Sie haben in erster Linie eine Initiativfunktion und eine Moderatorenrolle zu übernehmen. Sie müssen befähigt werden, Interessen aufzuspüren, Anstöße zu geben, Betroffene zu Beteiligten machen. Sie müssen etwas zusammenbringen, um es gewerkschaftlich produktiv werden zu lassen. Soziale Kompetenzen sind hier gefragt. Das bezieht sich nicht zuletzt auf die Arbeitskreise als den variablen Teil unseres Betriebsgruppenmodells. Arbeitskreise können je nach Bedarf unter dem Dach der Betriebsgruppe gebildet werden. Arbeitskreise sind weitgehend basisdemokratische Initiativen. Sie sind eine Form der Selbstorganisation und der Interessenselbstvertretung.²³ Diese Arbeitskreise, in denen auch Nichtorganisierte mitarbeiten können, gelten als das Herzstück der neuen Betriebspolitik. Sie sollen auf breiter Ebene ein themenbezogenes und zeitlich begrenztes Mitmachen ermöglichen und somit Gewerkschaften unmittelbar erfahrbar machen.

Der Entwurf einer neuen Betriebspolitik ist ein Versuch, auf die veränderten Handlungsbedingungen für Gewerkschaften zu reagieren. Sie wird ergänzt durch Vorschläge, die Verfassung der Organisationen zu demokratisieren. Satzungsdebatten gehören in der Regel nicht zu den Sternstunden der Organisationen, sind sie doch Ausdruck für innere Machtverhältnisse und Machtverschiebungen. Zugleich geben sie aber auch Auskunft über ihre Lebensweise, über den Umgang der Mitglieder miteinander, über die Art und Weise, wie sich Willensbildung und politische Aktivitäten entwickeln. Mit den Satzungsvorschlägen, die im Landesbezirk Hessen der IG Medien ausgearbeitet worden sind, soll der Prozeß der Selbstverständigung vorangetrieben werden. Die neu zu entwickelnden Strukturen sollen Freiräume schaffen für eine neue Organisationskultur, "für einen Diskurs, um Inhalte für die neue historische Situation zu entwickeln, in der die Gewerkschaften im Übergang zum nächsten Jahrhundert stehen".²⁴

²³ Manfred Balder, Neue Wege, Ansätze einer neuen gewerkschaftlichen Betriebspolitik, in: Sozialismus 6/90.

²⁴ Manfred Balder, Gewerkschaften der Zukunft - Zukunft der Gewerkschaften, a.a.O.

Die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Basis und Zentrale dürfte eines der kompliziertesten Organisationsprobleme sein. Der starke, hochprofessionalisierte, streng arbeitsteilig tätige Apparat sicherte bislang die Handlungsfähigkeit der Organisation. Er galt gleichzeitig als ausgleichender Faktor für die immer schon existierenden "betriebsegoistischen" Tendenzen.

Unter den heutigen Bedingungen, wo sich Solidarität und Überzeugung in einem ausführlichen Diskussionsprozeß zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen herstellen, sind basisdemokratische Elemente für das Leben der Organisation unerlässlich. Das Repräsentativprinzip muß ergänzt werden durch Formen der direkten Demokratie. Aber: "Allein auf Basisdemokratie zu setzen, würde die Bedeutung und Notwendigkeit institutioneller Strukturen in den Gewerkschaften unterschätzen. Basisdemokratie ignoriert die Notwendigkeit des Interessenausgleichs und der Konsensbildung in einer Gewerkschaft."²⁵ Aber auch das Repräsentativsystem selbst muß verbessert werden: Die Gremien müssen Ausdruck der Mitgliederstruktur und der unterschiedlichen Interessenlagen sein; ihre Verfügungsmacht muß begrenzt sein. (ebenda) Von daher hält der Satzungsvorschlag der hessischen IG Medien fest: "Die Organisationspolitik der IG Medien beruht auf dem Grundsatz, daß Entscheidungen auf der Organisationsebene getroffen werden, auf der sie anfallen. Von den Landesbezirken oder dem Hauptvorstand dürfen nur die Arbeiten und Aufgaben übernommen werden, die nicht im Zuständigkeitsbereich der Ortsvereine und Bezirke liegen."²⁶ Zur Stärkung der ehrenamtlichen Basis gehörte dann auch die Einführung von Mitgliederentscheiden und Mitgliederbefragungen. Außerdem sollten sich beispielsweise zentrale Entscheidungsgremien wie der Hauptvorstand im Grundsatz aus Vertreter/innen zusammensetzen, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zur IG Medien stehen.

In dem Bestreben, Engagement auf Zeit und die Abkehr von Multifunktionen zu ermöglichen, läßt der Satzungsvorschlag auch für die ehrenamtlichen Aufgaben die Rotation zu. Für die Hauptamtlichen wird angeregt, die Wiederwahl in derselben Funktion zu beschränken.

Ein wesentliches Merkmal für eine demokratische und solidarische Verfassung einer Organisation ist der Umgang mit Minderheiten. Hier haben zunächst einmal Frauen einen enormen Aufholbedarf. So sind konsequent auf allen Ebenen der Organisation Quotierungsregelungen vorgesehen. Ebenso wichtig wäre aber eine Bestimmung nach der hessischen Absicht: "Erachtet die Mehrheit der Beisitzerinnen/Vertreterinnen einen Beschluß (z.B. des Landesbezirksvorstandes) als eine erhebliche Beeinträchtigung wichtiger Interessen der weiblichen Mitglieder, so ist auf ihren Antrag der

²⁵ Manfred Balder, Diskussionsbeitrag auf dem 2. Forum der IG Medien Hessen, April 1991.

²⁶ Satzungsantrag des Landesvorstands der IG Medien Hessen.

Beschluß mit einem Minderheitenvotum zu versehen und bis zur darauf folgenden Sitzung (z.B. des Landesbezirksvorstandes) auszusetzen, damit in dieser Zeit eine Verständigung versucht werden kann.²⁷

Dieser Vorschlag dürfte weit über die Frauengleichstellung hinausreichen und zu Formen führen, die den Respekt vor Meinungen und Interessen von Minderheiten institutionell festhalten, was dem Grundgedanken der Einheitsgewerkschaft entspricht. Dabei dürfte es sich nicht um eine instrumentelle Herangehensweise handeln nach dem Motto: die Minderheiten von heute können die Mehrheiten von morgen sein. Die Artikulationsmöglichkeit von Mitgliedergruppen, die niemals die Chance haben, mehrheitsfähig zu werden, ist Bedingung für den Grundsatz "Vielfalt in der Einheit" und für eine lebendige solidarische Organisationskultur, die Ausstrahlungskraft auch über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus besitzt.

Wenn nun die Frage steht, welche Relevanz für die gewerkschaftliche Praxis die vorgestellten Modelle haben, so ist festzustellen, daß trotz enormem Problemdruck und trotz relativ ausführlich formulierter Einsicht in die Notwendigkeiten der gewerkschaftlichen Erneuerung die alten Politikstrukturen im Betrieb und in der Organisation eine erstaunliche Resistenz gegenüber Veränderungen aufweisen. Überall gibt es zarte Pflänzchen für neue Ansätze. Es gibt aber auch - angesichts der Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten des Prozesses - nostalgische Rückblicke und Abschottungstendenzen. Dennoch: Die Zukunft kann nur über demokratisch entwickelte und legitimierte Inhalte gewonnen werden. Diese Inhalte definieren sich in einem Diskurs über gemeinsame soziale, ökologische und kulturelle Grundwerte als dem Herzstück einer Verständigungskultur. Das sollte der Grundkonsens sein, der eine Gewerkschaft mit heterogener Mitgliedschaft zusammenhält und handlungsfähig macht.

Klaus Steinitz

Marktradikale Vereinnahmung der DDR - Anforderungen an eine linke Wirtschaftspolitik

Linke Wirtschaftspolitik - ist dies angesichts des Scheiterns des Staatssozialismus sowie der rechten neokonservativen Angriffe auf demokratische Rechte und sozialstaatliche Leistungen in der Bundesrepublik sowie in anderen kapitalistischen Metropolen heute überhaupt eine aktuelle Frage? Stehen gegenwärtig nicht andere Probleme und Aufgaben im Vordergrund, wie die Abwehr der in der letzten Zeit forcierten Angriffe des Kapitals und der Bonner Koalitionsparteien auf demokratische Rechte, auf die tarifpolitische Autonomie der Gewerkschaften sowie auf sozialstaatliche Leistungen überhaupt, die sich die Lohnabhängigen vor allem mit Hilfe der Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben?

Die Abwehr von Angriffen ist meines Erachtens jedoch nicht zu trennen von den Auseinandersetzungen und Kämpfen um mehr demokratische Rechte, um reale Mitbestimmung und die Mitgestaltung in den Betrieben und Unternehmen, um größere soziale Sicherheit und um echte Alternativen in der Wirtschaftspolitik.

Unter einem nicht geringen Teil der Linken besteht eine recht skeptische oder gar negative Meinung zu Wirtschaftsproblemen und speziell zur Wirtschaftspolitik. Hierfür gibt es mannigfache Gründe. Der Ökonomismus sowie die Verselbständigung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik in den staatssozialistischen Ländern hat die bei vielen Linken vorhandene Tendenz einer generellen Abkehr von der Wirtschaft und ihren Problemen noch verstärkt. Hinzu kommt, daß unter den gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen wirtschaftliche Dynamik und Effizienz als Ziele der offiziellen Wirtschaftspolitik in der Regel dazu führen, daß die Ausbeutung vertieft und die Profite erhöht werden. Die geringe Bereitschaft unter den Linken, sich mit wirtschaftspolitischen Fragen und eigenen Konzepten zur Wirtschaftsentwicklung zu beschäftigen, hängt auch damit zusammen, daß die realen Möglichkeiten, auf die Wirtschaftspolitik der Regierungen Einfluß zu nehmen, meist nur gering sind.

Warum bin ich ungeachtet dessen der Meinung, daß die linke Opposition unbedingt auch eigene wirtschaftspolitische Alternativen und Konzepte benötigt?

Die Frage nach einer linken Wirtschaftspolitik beim Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft in Ostdeutschland, nach ihren Zielen, Möglichkeiten und Grenzen verlangt Überlegungen zumindest in folgende drei Richtungen:

²⁷ Siegfried Bleicher/Andreas Drinkuth, Eigene Arbeitsutopien sind der Prüfstein für Unternehmenskonzepte, in: Mitbestimmung 9/90.

1. Wie sind die generellen Bedingungen für eine linke Wirtschaftspolitik in einer kapitalistischen Marktwirtschaft?
2. Worin bestehen die spezifischen Probleme, Schranken, aber auch Chancen linker Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen des Anschlusses Ostdeutschlands an die bisherige Bundesrepublik und der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft? Diese Transformation wird vor allem vom Bestreben der Bonner Regierungskoalition bestimmt, alles zu liquidieren, was irgendwie mit der DDR-Vergangenheit zu tun hat oder Assoziationen zu sozialistischen Vorstellungen hervorrufen kann, von staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum bis zu den Grundrechten auf Arbeit und Wohnen.
3. Welche besonderen Anforderungen ergeben sich an die Wirtschaftspolitik aus den katastrophalen ökonomischen und sozialen Resultaten nach zwei Jahren Wirtschafts- und Währungsunion und Bonner Regierungspolitik, nach der Vernichtung jedes zweiten Arbeitsplatzes im produzierenden Bereich, einer Deindustrialisierung ganzer Regionen sowie einer Zerstörung eigenständiger Wirtschafts- und Finanzkreisläufe?

Zur 1. Frage:

Die Wirtschaftspolitik übt einen wesentlichen, in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Einfluß auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in jedem Land und auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen aus. Wenn die Wirtschaftspolitik einen solchen Stellenwert hat, dürfen die Linken dann dieses Feld der neokonservativen Regierungskoalition mit ihren marktradikalen Konzepten überlassen? Müssen sie dann nicht vielmehr einen erheblichen Teil ihrer Anstrengungen auf dieses Politikfeld konzentrieren?

Kritik an der und Widerstand gegen die Regierungspolitik sowie überhaupt Oppositionspolitik werden um so überzeugender und wirksamer sein, je besser und verständlicher nachgewiesen wird: Es gibt auch gegenüber der vorherrschenden Wirtschaftspolitik andere Alternativen und Möglichkeiten, die den Interessen der Lohnabhängigen und der Mehrheit der gesamten Bevölkerung besser entsprechen. Die Wirtschaftspolitik wird aber nur soweit geändert werden, wie es gelingt, für solche Alternativen gesellschaftliche Kräfte, Mehrheiten zu gewinnen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Gewerkschaften zu.

Die Chancen hierfür hängen wiederum wesentlich davon ab, daß eigene fundierte und substantielle Ideen und Vorschläge für solche wirtschaftspolitische Alternativen ausgearbeitet werden. Die schwache Resonanz, die die Linken in der Bevölkerung trotz starker Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik haben, ist in nicht geringem Grade darauf zurückzuführen, daß wenig Vertrauen in ihre wirtschaftliche Kompetenz existiert. Der

Handlungsspielraum, um Veränderungen in der offiziellen Wirtschaftspolitik durchzusetzen, ist nicht ein für allemal festgeschrieben. Er hängt weitgehend von der Tragfähigkeit und Überzeugungskraft alternativer wirtschaftspolitischer Ideen und Vorstellungen sowie von der Fähigkeit ab, hierfür auch Konsens unter den Betroffenen zu erreichen und entsprechende Initiativen, politische und soziale Aktionen gemeinsam mit anderen politischen Parteien und sozialen Bewegungen, vor allem mit den Gewerkschaften, zu organisieren und zu unterstützen.

Daraus folgt: Die Frage ist *nicht*, ob die Linken eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen brauchen - die politische Verantwortung, die sie haben, verlangt dies dringend -, *sondern welchen Inhalt sie haben, worin ihr alternativer Charakter gegenüber der offiziellen Wirtschaftspolitik besteht, auf welche Instrumentarien und Regulierungsmethoden orientiert wird und wie ihre Öffentlichkeitswirksamkeit erhöht werden kann.*

Insgesamt geht es somit um die Auffassung linker Wirtschaftspolitik als gesellschaftliche Gestaltungspolitik, die ausgehend von einer Kritik an den grundlegenden Mängeln und Deformationen einer kapitalistischen Marktwirtschaft darauf gerichtet ist, die Möglichkeiten dieser Wirtschaftsordnung maximal im Interesse der Menschen zu nutzen und zugleich auf dem Wege radikaler gesellschaftlicher Reformen das Profitprinzip als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen einzuschränken und schließlich zu überwinden. Hier liegt meines Erachtens die eigentliche Problematik und Widersprüchlichkeit linker Wirtschaftspolitik heute. Sie ist notwendig, aber ihre realen Möglichkeiten sind stark eingeschränkt. Ihr kommt eine wichtige Funktion zu für die Transformation der profitdominierten kapitalistischen Gesellschaft in ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem dann die Schranken für linke Wirtschaftspolitik aufgehoben sind. Wie eine solche Transformation speziell auch auf ökonomischem Gebiet erreicht werden kann, darüber gibt es wohl noch die größten Unsicherheiten, offenen Probleme und Meinungsunterschiede unter den Linken, die nach wie vor überzeugt sind, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht das Ende der Geschichte sein darf.

Zur 2. Frage:

Die spezifische Problematik linker wirtschaftspolitischer Konzepte und Vorschläge im Transformationsprozeß von einem zentralistischen, staatssozialistischen Wirtschaftssystem zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft hängt mit einem tiefen Widerspruch zusammen. Einerseits besteht bei einem großen Teil der Bevölkerung ein ablehnendes oder zumindest sehr ambivalentes Verhältnis zu linken, sozialistischen Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig verlangen immer mehr Menschen in Ostdeutschland nach Alternativen, nach einer Änderung der marktradikalen Abwicklungs- und Plattwalzpolitik der Bonner Regierungsparteien, haben

aber wenig Vertrauen in die linken politischen Kräfte, die für solche Alternativen stehen. Andererseits ist aber gerade in dieser konfliktreichen Zeit, in der das westdeutsche Kapital und die Bonner Koalitionsparteien in den neuen Bundesländern ihre ökonomischen Interessen und politischen Ziele rigoros und rücksichtslos durchsetzen, ein linkes alternatives Gegenkonzept von besonderer Bedeutung. Wenn solche Konzepte fehlen, in der Öffentlichkeit keine Rolle spielen oder kaum wahrgenommen werden oder die gesellschaftlichen Kräfte, die sich für sie einsetzen, zu schwach sind, dann setzen sich, wie die Erfahrungen in den letzten zwei Jahren gezeigt haben, besonders unsoziale, ökologieschädliche und undemokratische Spielarten der Marktwirtschaft, der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch. Das heißt, linke wirtschaftspolitische Konzepte gewinnen gerade in dieser Zeit, in der ihre Realisierungsbedingungen problematisch sind, einen erhöhten politischen, gesellschaftlichen Stellenwert, um den Widerstand gegen die offizielle Politik zu verstärken. Dabei gilt es auch, den Umstand zu nutzen, daß die unmittelbar vor und nach der Währungsunion verbreitete Markteuphorie bei großen Bevölkerungskreisen einer starken Ernüchterung Platz gemacht hat.

Für den Widerstand der Lohnabhängigen in Ostdeutschland gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungskoalition spielen die Gewerkschaften eine herausragende Rolle, der sie aber bisher noch zu wenig gerecht werden. Das zeigte sich auch bei der Vorbereitung und Durchführung der 1. Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte gegen Massenarbeitslosigkeit und Abbau sozialer Rechte. Diese Konferenz fand von den meisten Gewerkschaftsvorständen keine Unterstützung. Sie wurde sogar von einigen Gewerkschaftsfunktionären mit Mißtrauen und Argwohn beobachtet. Bisherige Aktionen gegen Betriebsschließungen und den Abbau von Arbeitsplätzen trugen, wie bei Betriebsbesetzungen, Straßensperren oder anderen Aktionen, meist spontanen Charakter und wurden nicht oder nur in Ausnahmefällen von vornherein von den Gewerkschaften organisiert und unterstützt. Gerade in der Veränderung dieser Verhältnisse, der Unterstützung und Förderung von Initiativen und Aktionen der Basis durch die Gewerkschaften, besteht eine der grundlegenden Herausforderungen, um den Widerstand gegen die katastrophale ökonomische und soziale Entwicklung Ostdeutschland zu verstärken.

Zur 3. Frage:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland wird im Zusammenhang mit der Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik und weltwirtschaftlicher Tendenzen u.a. dadurch bestimmt, daß

- die Bestrebungen der ökonomisch und politisch herrschenden Kräfte der Bundesrepublik nach Dominanz in der EG und in ganz Europa sowie auch eine größere Rolle in der Welt zu spielen, weiter zugenommen haben;

- die wirtschaftliche und soziale Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland größer geworden ist. Während 1989 der Anteil der DDR am Bruttosozialprodukt der beiden deutschen Staaten noch bei 11 - 12 % lag, ist er 1991 auf 7 % zurückgegangen. Die Produktivitätsschere hat sich weiter geöffnet: Das Vergleichsniveau Ostdeutschlands zur alten Bundesrepublik ist im Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von ca. 60 % 1989 auf ca. 35 % 1991 zurückgegangen. Die oft zitierte "schöpferische Zerstörung" überholter Strukturen im Sinne innovativer Prozesse nach Schumpeter erwies sich weitgehend als reine Zerstörung mit sehr wenigen Ansätzen für neue perspektivische Strukturen.

Die Deindustrialisierung in den ostdeutschen Ländern ist weit fortgeschritten. Einige Regionen haben sich teilweise in entindustrialisierte Wüsten verwandelt. Dies wird sich in vielen Fällen als irreversibel erweisen.

Schon heute sind von den 9,7 Millionen Arbeitsplätzen des Jahres 1989 ca. 4 Millionen liquidiert worden. Von den etwa 3 Millionen Arbeitsplätzen in der Industrie und 900 000 in der Landwirtschaft werden Ende 1992 nur etwa 1 Million bzw. 200 000 übrig bleiben. Die reale Arbeitslosenquote liegt bei über 30 %, in einigen Regionen bei über 50 - 60 % und damit auch höher als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929 - 1934.

- Die schwache wirtschaftliche Dynamik, die steigenden finanziellen Belastungen infolge der bisherigen ökonomischen Abwärtsspirale in Ostdeutschland, die weitgehende Zerstörung ökonomischer und finanzieller Kreisläufe sowie damit auch der eigenen Reproduktions- und Akkumulationsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft erschweren zunehmend oder verhindern sogar einen ökonomischen Aufschwung und die Revitalisierung der Wirtschaft mit ihrem Kernbereich Industrie.

Die ökonomischen und finanziellen Belastungen sind gewaltig angestiegen. Die öffentliche Verschuldung der Bundesrepublik liegt gegenwärtig bei ca. 1,2 Billionen DM und wird bis 1995 auf über 2 Billionen DM ansteigen. Die notwendigen Transferzahlungen von West nach Ost zur Finanzierung u.a. der wachsenden Arbeitslosigkeit, der Renten sowie der Haushalte der Länder und Kommunen werden bei Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung nicht zurückgehen, sondern weiter zunehmen. Nach einer Modellrechnung würden bei Annahme einer Angleichung der konsumtiven Nachfrage der ostdeutschen Bevölkerung an das Niveau Westdeutschlands bis zum Jahre 2000 und einer jährlichen Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts Ostdeutschlands von 9% die Transferzahlungen Ende der 90er Jahre auf 300 Milliarden DM ansteigen. Das Problem besteht darin, daß durch die Art und Weise dieser Transferleistungen nicht die produktive Basis gestärkt wird, kaum Arbeitsplätze geschaffen werden, d.h. die Zukunftsprobleme nicht gelöst werden. Sie werden überwiegend - zu mehr als 75 % - nichtproduktiv verwendet. Weniger als 25 % sind Investitionen oder Investitionszuschüsse. Sie werden auch nur zu einem geringen Teil für ostdeutsche Unternehmen wirksam. Der Hauptteil fließt über

die Nachfrage nach westdeutschen Konsumgütern, Investitionsgütern und Zulieferungen in die alten Bundesländer zurück. Damit verwandeln sie sich, durch die Art und Weise der Kreditfinanzierung noch verstärkt, in höhere Profite westdeutscher Banken, Handelsketten und Produktionsunternehmen. Das bedeutet, die Transferzahlungen führen zur Verschärfung sozialer und psychischer Probleme, der Unzufriedenheit in der ostdeutschen Bevölkerung, ständig von Alimenten abhängig zu sein, und in der westdeutschen Bevölkerung, ständig hohen finanziellen Belastungen ausgesetzt zu sein.

Diese finanziellen Kreisläufe West - Ost - West zugunsten der Kapitalverwertung werden durch eine historisch einmalige Vermögensübertragung, vor allem von Immobilien von Ost nach West, einer Umverteilung von Eigentum und Besitz an Westdeutsche ergänzt. Damit wird die sehr ungleiche Vermögensstruktur zwischen West- und Ostdeutschland noch um ein Vielfaches ungleicher und ungerechter.

Aus dieser Situation ergeben sich wichtige Konsequenzen für eine linke Wirtschaftspolitik.

Es besteht ein akuter wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf. Je mehr Wirtschafts- und Industriepotential in Ostdeutschland zerstört wird, je länger Stabilisierung und Aufschwung der Wirtschaft verzögert werden, desto schwieriger und problematischer wird die Erhaltung und Wiederherstellung Ostdeutschlands als leistungsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort. Je mehr Zeit verstreicht, desto geringer wird der tatsächliche Spielraum für eine perspektivische, den Lebensinteressen der Menschen entsprechende wirtschaftliche Entwicklung. Hieraus ergibt sich die Dringlichkeit einer Wende in der Wirtschaftspolitik und die Aufgabe für die Linken, eigene Vorstellungen und Vorschläge hierfür auszuarbeiten und der Öffentlichkeit vorzulegen. Angesichts der Tiefe des wirtschaftlichen Einbruchs und der Größe der zu lösenden Probleme werden kurzfristige Wirtschaftskonzepte für ein oder zwei Jahre wenig Sinn haben. Allein um den Rückgang der wirtschaftlichen Leistungen aufzuholen, sind auch bei zweistelligen jährlichen Zuwachsraten ca. 4 Jahre für das Bruttoinlandsprodukt und 8 - 10 Jahre für die Industrieproduktion erforderlich.

Notwendig ist ein Wirtschaftsprogramm für 10 - 12 Jahre, das auch den Rahmen abgibt für erforderliche kurzfristige Konzepte und Maßnahmen. Ein wirtschaftspolitisches Programm für Ostdeutschland sollte seinem Inhalt nach von vornherein eine gesamtdeutsche Dimension tragen und mit der europäischen Entwicklung, besonders der EG und Osteuropas, verflochten sein. Die Probleme in Ostdeutschland sind nur lösbar bei einer Integration seiner Wirtschaft in die der gesamten Bundesrepublik und der EG sowie bei Fortführung der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa. Ein wichtiges Anliegen eines solchen Wirtschaftskonzepts müßte darin bestehen, differenzierte Vorstellungen zur Angleichung der Lebensbedingungen auszuarbeiten, die gegen eine einfache Übernahme

und Nachentwicklung der westdeutschen Konsumtionsverhältnisse, gegen eine nur nachvollziehende Modernisierung nach dem Modell der alten Bundesländer gerichtet sind. Das Wirtschaftskonzept müßte Vorstellungen für eine neue Art sozialer und ökologischer Modernisierung enthalten sowie überhaupt Vorstellungen für ein Wirtschaftswachstum unter den Bedingungen der sich zuspitzenden globalen Umweltprobleme.

Die notwendige Wende in der bisherigen Wirtschaftspolitik hin zu einer aktiven Struktur- und Beschäftigungspolitik, die auch tiefgreifende Veränderungen in der Finanzierung verlangt, erfordert Initiativen und Aktionen, Widerstand gegen die bisher praktizierte Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik. Diese Wende muß gegen diejenigen durchgesetzt werden, die nach wie vor auf eine vorwiegend marktradikale Wirtschaftspolitik oder rein betriebswirtschaftliche Entscheidungskriterien, unabhängig von den sozialen Perspektiven und Problemen der Bevölkerung Ostdeutschlands und ihrer Regionen, setzen.

Aus all dem folgt: Die krisenhafte Situation und die unsicheren Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft, vor allem die Notwendigkeit, die widersprüchlichen, konfliktreichen und in vielen Beziehungen offenen Transformationsprozesse gesellschaftlich zu gestalten, verlangen heute nach linken Wirtschaftskonzepten. Die Bedingungen hierfür sind infolge der Größe und Kompliziertheit der Probleme und der bestehenden politischen Kräfteverhältnisse recht schwierig. Die Einmaligkeit dieser Umbruchsituation in Ostdeutschland, in der von Westdeutschland aus eine Art sanfter Kolonialisierungspolitik betrieben wird, führt jedoch auch dazu, daß sich mehr als unter "normalen" Bedingungen gemeinsame ökonomische und soziale Interessen, unabhängig von politischen Auffassungen und der Parteizugehörigkeit, herausbilden, die die notwendigen Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik begünstigen können.

In der letzten Zeit hat sich die Diskussion dazu verstärkt, wie die Interessen der Menschen Ostdeutschlands auf der Grundlage eigenständiger Bewegungen oder Organisationen, speziell auch mit Hilfe der Gewerkschaften, besser berücksichtigt und durchgesetzt werden können. Dem liegen wichtige Zusammenhänge zugrunde, u.a.:

1. Bestehen wesentliche gemeinsame ökonomische Interessen der Menschen in Ostdeutschland, die alle sozialen Gruppen, vom Arbeitslosen bis zum Angehörigen des Mittelstandes, Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Bürger, gleichermaßen betreffen. Das Neue in der Entwicklung der letzten Zeit besteht darin, daß diese objektiv gemeinsamen Interessen zunehmend auch subjektiv als solche wahrgenommen werden.
2. Wird die Durchsetzung dieser spezifischen ökonomischen Interessen der ostdeutschen Bevölkerung vor allem infolge zweier Umstände gehemmt: Sie werden von den westdominierten Bonner Parteien, auch von den meisten Gewerkschaften, völlig unzureichend als solche artikuliert und zu

konkreten Forderungen, Vorschlägen und Konzepten geführt. Soweit Vorschläge existieren, z.B. von Politikern der ostdeutschen Länderregierungen, sind sie meist halbherzig und inkonsequent - wie hinsichtlich der Änderung des Treuhandauftrages zur vorrangigen Sanierung, der Ausarbeitung struktur- und beschäftigungspolitischer Konzepte -, von Wahltaktik der Parteien geprägt und fördern nicht eigene Initiativen und Aktionen der Betroffenen. Das entscheidende Hemmnis ergibt sich daraus, daß die Bonner Wirtschaftspolitik von den Interessen des westdeutschen Kapitals dominiert wird, den Anschluß der DDR auszunutzen, um die Verwertungsbedingungen der Kapitale zu verbessern und unliebsame ostdeutsche Konkurrenten auszuschalten, wie das z.B. auf dem Gebiet des Maschinenbaus, der Feinmechanik/Optik und der Elektrotechnik schon geschehen ist. Dabei wird der marktradikale Kurs der offiziellen Wirtschaftspolitik brutal und rücksichtslos gegen die Interessen großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung durchgesetzt.

3. Bedeutet das starke Aufgreifen gemeinsamer ökonomischer Interessen der Menschen Ostdeutschlands und das Einsetzen für deren Realisierung nicht, daß damit das Zusammenwachsen von Ost und West gestört oder verzögert wird. Das Gegenteil ist wahr. Nur wenn diese spezifischen ökonomischen Interessen stärker berücksichtigt werden, kann auch dazu beigetragen werden, die soziale und ökonomische Spaltung zwischen alten und neuen Bundesländern abzubauen und schließlich zu überwinden. Dies entspricht auch den Interessen der Lohnabhängigen in Ost- und Westdeutschland, die die Hauptlasten, die sich aus dem ökonomischen Niedergang in den neuen Bundesländern ergeben, zu tragen haben und die vor allem von der systematischen Aushöhlung sozialstaatlicher Leistungen betroffen sind.

Die vorhandenen Gemeinsamkeiten in den ökonomischen Interessen der Menschen in den neuen Bundesländern schließt ein, daß es sich hierbei um eine widersprüchliche, nicht konfliktlose Interessenübereinstimmung handelt. Linke alternative Vorstellungen dürfen nicht bei diesen Gemeinsamkeiten stehen bleiben und darin aufgehen. Es ist vielmehr erforderlich, auf die Konzepte von Bewegungen oder Organisationen zur besseren Vertretung ostdeutscher Interessen mit linken, demokratischen Vorstellungen Einfluß zu nehmen.

Ob diese gemeinsamen Interessen wirksam werden, hängt in starkem Maße von den Gewerkschaften ab, inwieweit sie fähig und willens sind, die spezifischen Bedingungen und Interessen der Lohnabhängigen Ostdeutschlands sowie die engen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Interessen der Lohnabhängigen in Ost- und Westdeutschland stärker zu berücksichtigen. Das bedeutet insbesondere, den Widerstand gegen das Plattmachen von Wirtschaftspotentialen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten Ostdeutschlands mit der Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen

und gegen die Diskriminierung ostdeutscher Wissenschaftler, Künstler, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes als Bürger zweiter Klasse durch die Gewerkschaften wirksamer zu unterstützen.

Im Unterschied zu den Unternehmen und Betrieben der alten Bundesländer bestehen in den Betrieben und Unternehmen der Treuhandanstalt andere Bedingungen für die Mitbestimmung der Beschäftigten. Sie ergeben sich vor allem daraus, daß die Treuhandanstalt mit ihren wenig transparenten, undemokratischen Privatisierungsentscheidungen über Arbeitsplätze bestimmt, die die Lebensperspektiven der Beschäftigten der Unternehmen und auch in vielen Fällen die Lebensbedingungen ganzer Regionen wesentlich beeinflussen. Es ist notwendig, daß die Betroffenen an den Entscheidungsprozessen von Beginn an teilnehmen und auf den Inhalt der Entscheidungen Einfluß nehmen können. Hierzu gehört u.a. auch, daß zu den Gewerkschaftsvertretern im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt auch ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder gehören. Eine weitere Frage: Wie werden die Gewerkschaften die Initiative der Betriebs- und Personalräte mehrerer Unternehmen, z.B. von NARVA Berlin, Motorradwerk Zschopau, unterstützen, daß keine Entscheidung über die Perspektive ihres Betriebes ohne ihre Mitwirkung beschlossen werden darf?

Ein wichtiges Problem für die tarifpolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre hestcht darin, ob und inwieweit es gelingt, die Fragen der Arbeitszeitverkürzung, besonders auch als Mittel zur gerechten Verteilung der Arbeit und zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, als vorrangige Aufgabe zu behandeln und dazu entsprechende Konzepte auszuarbeiten. Diese müßten auch entsprechende Vorschläge und Regelungen zum Lohnausgleich einschließen.

Eine bisher nur unbefriedigend gelöste Grundfrage ist die wirksame Interessenvertretung der Arbeitslosen, besonders auch der Interessen der arbeitslosen Frauen mit ihrem Anteil von 62 % an den Arbeitslosen Ostdeutschlands, und die Solidarität zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Heidi Knake-Werner/Harald Werner

Nicht nur alte Fragen in den neuen Ländern

Innenansicht zur Gewerkschaftspolitik der PDS

Die Gewerkschaftspolitik der PDS bietet ein Bild voller Gegensätze und Zeitverschiebungen. Für jede nur denkbare Tendenz lassen sich Belege finden und welche davon die bestimmende für die künftige Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sein wird, ist kaum auszumachen. Dies liegt zum einen an der PDS selbst, die die unterschiedlichsten Tendenzen in sich vereinigt, zum anderen aber ist es eine Folge subjektiver Faktoren, die eine Entwicklung autonomer, linker Positionen in Gewerkschaften und Betrieben der neuen Länder noch auf längere Zeit erschweren werden.

Die empirische Basis für eine Analyse der PDS-Gewerkschaftsarbeit ist äußerst schmal. Zwar mangelt es nicht an Dokumenten, aber sie spiegeln die parteiinterne Diskussion wider, weniger die reale Lage ihrer Mitglieder in Betrieben und Gewerkschaften. Die Situation und ihre mögliche Veränderungsrichtung läßt sich nur fassen, wenn man sie mosaikhalt zusammensetzt, aus der allgemeinen Lage der PDS, ihrer Sozialstruktur, aus Meinungsumfragen und aus den Erfahrungen alltäglicher Arbeit. Im folgenden soll deshalb versucht werden, eine eher phänomenologische Betrachtung, eine Innenansicht aus teilnehmender Beobachtung anzustellen: Eine Sicht auf die subjektiven Voraussetzungen, die Frage der Organisation und die widersprüchliche Aneignung des im Westen entwickelten gewerkschaftlichen Problemhorizonts.

Von der Macht in die Isolation

Das weitaus größte Problem der PDS dürfte sein, daß sie gerade in der Betriebspolitik daran erinnert wird, was es heißt, von einer Partei an der Macht zu einer ohnmächtigen Partei zu werden. Nirgendwo erfährt sie das schmerzlicher, als in den Betrieben, weil die Arbeiterschaft am tiefsten mit dem Sozialismus gebrochen hat und bei den Bundestagswahlen 1990 mehr als jede andere soziale Gruppe für die CDU votierte. Inzwischen ist diese Parteipräferenz vermutlich geschwunden und kann sich bei den nächsten Wahlen in einem ebenso überdurchschnittlichen Nichtwähleranteil niederschlagen. Daß die reale Erfahrung mit dem Kapitalismus zunächst nicht in Sympathie für die PDS umgeschlagen ist, läßt sich vielfältig belegen. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß die Distanz zu linker Politik im gleichen Maße kontinuierlich abnimmt, wie einzelne Belegschaften aktive Widerstandserfahrungen machen und dabei, wenn schon nicht politische Verbündete, so doch ihre politischen Kontrahenten erkennen. So tut die Arroganz der Westparteien unter den abhängig Beschäftigten mehr für die

PDS, als sie es in dieser Zeit allein vermocht hätte. Vielleicht signalisiert das Berliner Wahlergebnis diesbezüglich sogar eine Trendwende.

Die PDS hat unmittelbar nach der Wende in den Betrieben weniger ehemalige SED-Mitglieder für sich gewinnen können, als in irgend einem anderen Sektor. Erschwerend wirkte sich auch aus, daß die Betriebsparteiorganisationen die ersten Gliederungen waren, die aufgelöst wurden und damit fast flächendeckend verschwanden. Als die einstmals mächtigsten Instanzen im Betrieb, als verlängerter Arm des Staates auch, wurde ihre Auflösung als ein Akt der Entmachtung betrieben. Was den Betriebsarbeitern der PDS blieb, waren die Wohngebietsorganisationen, ehemals Hochburgen der RentnerInnen, ebenso betuliche wie zumeist schwerfällige Traditionsbewahrer, aber kein Ort des Widerstands. Viele Mitglieder sind vom Weg aus der Betriebsparteiorganisation in die Basisgruppe ihres Wohnviertels nie angekommen. Wenn die PDS viele Arbeiter nach der Wende verlor, dann auch deshalb, weil sie politisch-organisatorisch heimatlos geworden waren und in den neuen Gruppen nicht zurechtkamen.

Am Arbeitsplatz aber war meistens weder Organisation noch Diskussion möglich. Was auch immer die PDS zur Situation in den Betrieben oder zur wirtschaftlichen Lage veröffentlichte, das Mißtrauen gegenüber den "Roten Socken" im Betrieb war so groß, daß sich von den wenigen, die geblieben waren, noch weniger zu ihrer Partei bekennen konnten.

Vermutlich ist die psychische Situation der meisten PDS-Mitglieder in den Betrieben kritischer, als sie es für DKP-Mitglieder im Westen jemals war. Und dies nicht nur wegen der hautnah erfahrbaren Feindschaft, sondern aus subjektiv völlig unausgebildeter Fähigkeit zur täglichen Auseinandersetzung mit KollegInnen, die die herrschende Meinung, und mehr noch die Meinung der Herrschenden auf ihrer Seite haben. Eine gänzlich andere Situation als in der alten BRD, wo der Weg zur Linken mit einem bewußt vollzogenen Bruch zur herrschenden Ideologie und damit auch zu FreundInnen, KollegInnen und Verwandten verbunden war, aber aus eigenem Antrieb erfolgte. Für PDS-Mitglieder stellt sich die Situation gänzlich anders dar. Nicht sie brechen Brücken ab, um neue Wege zu gehen, sondern ihre soziale Umwelt tut es. Daß dann die Einzelnen auch noch ihre eigenen Brüche mit der Vergangenheit zu bewältigen haben, verstärkt die partielle Handlungsunfähigkeit.

Damit sind die subjektiven Probleme jedoch noch nicht erschöpft. Die Mitglieder der PDS haben es in den Betrieben überwiegend mit KollegInnen zu tun, mit denen sie einen großen Teil ihres Lebens in der gleichen Partei und den gleichen Massenorganisationen verbrachten. Man hat an den gleichen politischen Ritualen teilgenommen - und dies nicht nur im Widerstand. Es wird häufig unterschätzt, wie groß die Identifikation der ehemals 2,3 Millionen SED-Mitglieder mit "ihrem" Staat, auf jeden Fall aber mit dem Sozialismus war und wie stark dementsprechend die Ver-

geblichkeitserfahrung auf dem projektiven Denken lastet. Ein großer Teil der ehemaligen SED-Mitglieder bat sich nicht nur von linker Politik passiv abgesetzt, sondern vollzieht diesen Prozeß aus zwei unterschiedlichen Gründen mit mehr oder minder offen demonstriertem Engagement: Die einen aus Opportunismus, die anderen aus Selbstkränkung.

Der inzwischen sprichwörtliche Wendehals erarbeitet sich seine Identität nicht nur durch positive Besetzung des Neuen, sondern notwendigerweise auch durch strikte Abgrenzung. Das distanzierte oder gar offen feindliche Verhalten gegenüber den PDS-Mitgliedern wird für sie zu einem ebensolchen Treueritual, wie einst das Bekenntnis zur Partei- und Staatsführung.

Der zweite Grund aktiver Distanzierung entspringt weniger opportunistischen Motiven, als vielmehr einem Verhaltenstypus, der annähernd mit dem von der Psychoanalyse entwickelten Begriff der Selbstkränkung umschrieben werden kann. Je offensichtlicher es wurde, daß die Chancen auf ein erneuertes sozialistisches Modell bereits von der SED-Pübrung verspielt waren, desto mehr fühlten sich die ebemaligen Bejager der DDR getäuscht und um ihr eigenes Leben betrogen. Bei autoritär strukturierten Charakteren sublimiert sich dies zu einer Kränkung ihres Selbst und einer Verdrängung der einstmaligen positiven Bezüge. Im Alltagsleben sind solche Prozesse mit der eifersüchtigen Vernichtung aller Erinnerungsgegenstände verbunden, in der Politik mit der strikten Meidung der Menschen, die die Niederlage teilen. Eine Mischung aus wütender Ernüchterung und Scham vor den eigenen Träumen.

Nie mehr angeleitet werden...

Die PDS wird in all ihren politischen Aktivitäten noch auf absehbare Zeit unter dem Vakuum zu leiden haben, das nicht nur der ideologische, sondern auch der politisch-organisatorische Niedergang der DDR und ihrer Staatspartei zurückgelassen hat. Die Entscheidungsfindung, die Kommunikation und die Organisation von Politik sind in der PDS ausgesprochen ineffektiv. In der Außensicht stellt sich dies häufig als Unfähigkeit zur Erneuerung oder als Konservierung eines alten, bürokratischen Politikstils dar - das Gegenteil ist der Fall. Die Abneigung gegen die alten Politikformen war nach der Wende so groß, daß im Zweifelsfall das ganze Gegenteil getan wurde. Überall, wo sich neue Aktivitäten entwickelten, traten sie zuerst als abstrakte Negation altbekannter Erfahrungen ins Leben. Für die Entwicklung neuer Politikansätze, wie eben auch für die Erarbeitung einer eigenen Gewerkschaftsstrategie führt dies zu ausgesprochen komplizierten Prozessen.

So ist das Bedürfnis nach Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit zwar ebenso groß wie die Abneigung gegen Anleitungsstrukturen, aber gleichzeitig sind die Erwartungshaltungen gegenüber den Apparaten ebenso hoch wie in der vormundschaftlichen DDR. Mensch will sich nicht

mehr anleiten lassen. An die Stelle der alten Rituale sind neue getreten, aber sie sind nicht unbedingt effektiver. Der Bezug auf die Basis nimmt nicht selten die Funktion des Jokers ein, der immer dann gespielt wird, wenn Entscheidungen ausgesetzt, Klärungsprozesse verhindert oder Handlungsunfähigkeit kaschiert werden soll. Erst langsam hilden sich jene Formen ehrenamtlicher Professionalität und hauptamtlicher Allroundkompetenz heraus, die auch in der Westlinken nicht von heute auf morgen entstanden.

Die Basisorientierung fand in der der PDS ihren Niederschlag in zahlreichen relativ autonomen Arbeits- und Interessengemeinschaften. So bildeten sich schon bald nach der Wende auch Interessengemeinschaften (IG) für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Sie versuchten diejenigen zusammenzubinden, die noch in den Betrieben waren und dort teilweise sogar Positionen in den neuen Interessenvertretungsorganen erringen konnten. Gleichzeitig entstand im Parteivorstand die Idee, eine Arbeitsgemeinschaft (AG) Gewerkschaftspolitik einzurichten, damit an zentraler Stelle Informationen gebündelt, der Stand der Strategie- und Zukunftsdebatten der Gewerkschaften im Westen vermittelt und gewerkschaftspolitische Vorstellungen der PDS entwickelt werden. Die Parallelität geriet sofort zur Kontroverse. Hinter dem Fetisch Basisorientierung und Praxis versus Zentralismus und Theorie wurde ein Kampf um Claims ausgefochten. Bernd Henn, Bundestagsabgeordneter und ehemaliger IGM-Bevollmächtigter von Salzgitter, suchte sich eine eigene betriebsnahe Basis zu organisieren und focht gegen die vermeintlichen "intellektuellen Gewerkschaftsstrategen".

Die Auseinandersetzung endete mit der Verkündung eines Kompromisses, der keiner war, weil es nie eine Alternative gegeben hatte: Die IGen sollten die Arbeit vor Ort organisieren, die AG Gewerkschaftspolitik die Perspektivdiskussion koordinieren sowie Betriebs- und Gewerkschaftslinken aus dem Westen für die Kooperation gewinnen. Das Gerangel um die organisatorischen Formen wurde nur hilfsweise mit inhaltlichen Argumenten geführt, bei dem der eigentliche Konflikt zwischen gewerkschaftlicher Verteilungs- und Gestaltungspolitik nur unzureichend sichtbar wurde. Während der Parteivorstand aus dieser Diskussion zumindest einige interessante Einblicke in die Westdiskussion gewann, hatte die Partei davon nur wenig. Als die Sache entschieden war, verloren einige der Basisprotagonisten ihr Interesse an der betrieblichen Basis und Bernd Henn sein Interesse an der PDS, er schied aus der Bundestagsgruppe samt Mandat aus. Was aber noch schwerer wog, war, daß diese Basis inzwischen durch das Auslaufen der Warteschleife und weitere Massenentlassungen noch mehr dezimiert worden war.

Die Debatte war symptomatisch für die Politikentwicklung der PDS, die sich viele neue Politikansätze über Konflikte aneignet, die häufig andere Anlässe als Gegenstände haben. Die Beteiligten merken häufig erst im

Nachhinein, um welche Fragen es eigentlich gegangen ist, und die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Inhalten muß sich durch Kompetenzgerangel und lähmende Mißverständnisse hindurchquälen, bevor sie zu Ergebnissen führt.

Stabilisierung auf niedrigem Niveau

Im Mai 1991 zählte die PDS unter ihren erwerbsfähigen Mitgliedern 19 Prozent Arbeiter, 51,9 Prozent Angestellte und 18,6 Prozent Akademiker, wobei davon ausgegangen werden kann, daß der überwiegende Teil arbeitslos oder ohne Aussicht auf ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis war. Berücksichtigt man zudem, daß zu diesem Zeitpunkt obendrein 41,3 Prozent der Mitglieder RenterInnen waren, dann wird auch verständlich, daß nur rund ein Viertel der Mitglieder Angaben, gewerkschaftlich aktiv zu sein.¹ Immerhin zeigt ein Vergleich mit dem Vorjahr, daß die Arbeiter- und Angestelltengruppen der PDS wesentlich resistenter sind, als etwa die Akademiker. Bei einer annähernden Halbierung der Mitgliedschaft von Mai/Juni 90 auf Mai 91 erhöhte sich der Arbeiteranteil von 14 auf 19 Prozent, der der Angestellten von 40 auf 51,9 Prozent und der Akademikeranteil sank von 42 auf 18,6 Prozent.²

Inzwischen haben sich an verschiedenen Orten IGen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit etabliert, viele PDS-Mitglieder engagieren sich in betrieblichen Auseinandersetzungen, beziehungsweise über betriebliche Widerstandsaktionen und die AG Gewerkschaftspolitik arbeitet regelmäßig an aktuellen Fragen gewerkschaftlicher Politik, so zum Beispiel zum Verhältnis von Tarif- und Sozialpolitik, zu Ökologiefragen und zu wirtschaftsdemokratischen Konzepten. Ein wichtiges Problem bleibt jedoch bisher ungelöst, nämlich die Koordinierung unterschiedlicher Aktivitäten.

Erschwert wird diese Koordinierung dadurch, daß diejenigen, die in Gewerkschaften oder betrieblichen Interessenvertretungen Fuß gefaßt haben, dies nicht durch eine allzu offensichtliche Nähe zur PDS gefährden wollen. Aber in dem Maße, wie es normal wird, gemeinsam mit PDS-Mitgliedern gegen die Deindustrialisierungs- und Kahlschlagpolitik ebenso wie gegen Sozialabbau und Mieterhöhung aufzubegehren, wird die Schere im Kopf abgebaut. Auch die Beteiligung der PDS an Aktionen, die zwar von der Gewerkschaftsführung eher mit Skepsis denn mit Wohlwollen bedacht wurden, jedoch auf breite Zustimmung bei den Betroffenen und den örtlichen FunktionärInnen stießen, half Voreingenommenheiten zu beseitigen. Dies verdeutlichten u.a. die diesjährigen alternativen Mai-Aktionen in Berlin, mit eindeutiger Stoßrichtung gegen das vom DGD verordnete Motto "teilen verbindet" und die erste Konferenz von Betriebs- und Perso-

¹ ISDA, Mitgliederbefragung der PDS 1991, Strukturen, politische Aktivitäten und Motivationen in der PDS, in: Arbeitsmaterialien 6, Forschungsbericht, Berlin 1991.

² ebenda

nalräten Ostdeutschlands gegen die weitere Arbeitsplatzvernichtung und das Plattmachen in den neuen Ländern. Durch kontinuierliche und engagierte Arbeit haben sich hier ausgewiesene PDS-Mitglieder Akzeptanz erworben.

Nicht, daß damit die Ausgrenzungspolitik passé ist und der betriebliche und gewerkschaftliche Druck auf PDS-Mitglieder aufgehoben wäre, nur scheint inzwischen eine gewisse Rationalität das Verhältnis der Gewerkschaften zur PDS zu bestimmen. Dafür spricht zumindest, daß die PDS zu den in diesem Jahr stattfindenden Gewerkschaftstagen der Einzelgewerkschaften wie ÖTV, HBV und IG Medien eingeladen worden ist. Normalität ist dabei allerdings noch nicht eingezogen. Erfahrungen am Rande des ÖTV-Gewerkschaftstages machen dies deutlich. Es ist eben immer noch nicht normal, daß jemand trotz entsprechender Qualifikation und langjähriger Erfahrung in der Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit für den geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV kandidieren will und es wegen der Aussichtslosigkeit des Unternehmens doch nicht tut, weil ihm gleichzeitig der "Makel" der PDS-Mitgliedschaft anhaftet.

Und auch die Tatsache, daß die PDS erstmals die Tradition des Parteienabends im Rahmen des Gewerkschaftstages aufgreifen wollte, wurde von den Verantwortlichen nicht als "ganz normal" abgebucht. Ein Abend mit Gregor Gysi schien in der straffen Regie des Gewerkschaftstages ein unkalkulierbarer Faktor zu sein. Also wurde ein neues Konzept erdacht, das dem befürchteten Sympathievergleich entgegenwirken sollte. Unter dem Motto "Parteien zu Gast bei der ÖTV" wurden alle ParteienvertreterInnen zu einem gemeinsamen gemütlichen Beisammensein bei kaltem Buffet und heißen Rhythmen geheten und die Aussprache mit den einzelnen Parteien zu einer Art Auftaktrunde im kleinen Kreis heruntergestuft. Der Auftakt der PDS zog dennoch rund 300 Delegierte an und in der Gemeinschaftsveranstaltung war Gregor Gysi an den Delegiertentischen die unstrittig begehrteste Parteienprominenz.

Zeitverschiebungen

Der Spagat, das geläufige Schrittmaß der PDS, bestimmt auch das Verhältnis der PDS zur gewerkschaftlichen Strategiediskussion. Einerseits haben es die wenigen im Betrieb verliebten PDS-Mitglieder mit einer Realität zu tun, die noch die platteste Kapitalismuskritik des Parteilehrjahres überbietet, andererseits beschäftigt sich die Partei mit den möglichen Entwicklungspotentialen des modernen Kapitalismus. Auf der einen Seite arbeitet die Partei Vorschläge für den Erhalt der Industriestandorte aus und auf der anderen Seite diskutiert die Grundsatzkommission über die ökologischen Grenzen des Wachstums. Zwar wird immer wieder die Klammer eines anderen Entwicklungsweges für das ganze Deutschland formuliert, aber die Realität der Produktionsvermeidung findet im Osten und nicht im Westen statt, und dies nicht aus ökologischen Gründen.

Die einen beschwören mit der Erinnerung an die staatssozialistische Vergeudungswirtschaft den Aufbau einer "effizienten Ökonomie", die anderen kritisieren den Effizienzbegriff. Auch die Gewerkschaften haben es mit einer gespaltenen Realität zu tun, aber sie ist ihnen nicht prinzipiell neu. Betriebsräte, die für den Bau von Kernkraftwerken demonstrieren und Gewerkschaftstage, die den Ausstieg aus ihnen beschließen, erregen niemanden mehr. Der große Magen der Einheitsgewerkschaft verkraftet das und anderes mehr. Aber die PDS ist bei aller häufig beschworenen und auch praktizierten Pluralität nicht zuletzt eine sinnstiftende Organisation, deren Mitglieder eine "Linie" haben möchten. Daß die Widersprüche nicht ein gespaltenes Denken, sondern eine gesplante Realität widerspiegeln, ist für wenige vorstellbar.

So holt die PDS einerseits mit verschobener Zeit all die Diskussionen nach, die die Linke im Westen nach der Wahrnehmung der Krise marxistischen Denkens durchgestanden hat und andererseits erlebt sie in Realzeit einen Kapitalismus, der diesen Diskussionen scheinbar Hohn spricht. Und in der Tat, die Erörterungen über das neue Gesicht des Kapitalismus erscheinen wie eine Zumutung, wenn er sich im Alltag von seiner ältesten Seite zeigt. Daß dies nicht ohne Verwerfungen abgeht, ist offensichtlich.

Ein heilsamer Zwang

Es mag paradox erscheinen, aber die geschilderten Dilemmata sind die einzige Hoffnung, daß die PDS nicht bleibt, was sie ist, nämlich Regionalpartei. Was sich in den DGB-Gewerkschaften längst als lebensweltliche Parzellierung eingeschrieben hat, ist in der PDS mit ziemlicher Sicherheit ausgeschlossen. Der äußere Druck ist viel zu groß, als daß sich wer auch immer mit seinen Deutungsmustern ins Konkrete oder in den abstrakten Diskurs zurückziehen könnte. Es besteht ein heilsamer Zwang zum ernsthaftem Nachdenken und Austragen von Widersprüchen.

Die Entgegensetzung von ökonomistischer Interessenvertretungspolitik und intellektueller Gesellschaftskritik, die viele linke Parteien des Westens beherrscht und auch zerrieben hat, ist auf die geistig-politische Situation der neuen Länder nicht ohne weiteres übertragbar. Zum einen nicht, weil es keine gewachsenen, ihren Besitzstand verteidigenden Gruppen der traditionellen Arbeiterklasse gibt, zum anderen nicht, weil die reale Bedrängnis und insbesondere die Demütigungen und Kränkungen, für die sozialen Gruppen tendenziell die gleichen sind. Letzteres aber, die Erfahrung der Demütigungen und Enteignungen, das Gefühl innerlich und äußerlich kolonialisiert zu werden, dürfte das stärkste Motiv des gegenwärtigen Widerstandes sein. Es eint die ArbeiterInnen von Robotron ebenso wie die Ärzte der Charité und die abgewickelten Philosophen der Humboldt-Universität.

Die Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ist nicht eindimensional ökonomisch und sie ist eine recht tragfähige Brücke zur Auseinandersetzung mit den politisch-kulturellen Deformationen, mit der

Konsumorientierung dieser Gesellschaft und eben auch ihrem Ökonomismus. Die DDR war als politisch verfaßte Gesellschaft eine moralische Gesellschaft und sie ist auch über ihre Doppelmoral zugrunde gegangen. Eine Gesellschaft, die sich so sehr auf den "im Mittelpunkt stehenden Menschen" bezieht und diesem Menschen gleichzeitig die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse verweigert, produziert ihren eigenen Widerspruch. Daß dieser Anspruch von der BRD nicht eingelöst, sondern auf eine entgegengesetzte Weise mit Füßen getreten wird, bleibt nicht der sensiblen Wahrnehmungsfähigkeit von Intellektuellen vorbehalten, weil diese Wahrnehmungsfähigkeit eben bei allen politisch angelegt wurde.

Diese subjektive Seite der betrieblichen und gesellschaftlichen Konflikte, die DDR-spezifische Wahrnehmung von Gerechtigkeit, wird in vielen Konflikten sichtbar: Im Protest gegen die schlechtere Einstufung qualifizierter Fachkräfte, im Unverständnis für die Vernichtung international anerkannter Produktionsstätten und in der Forderung nach Angleichung der Tarife. Wer die Transparente liest, dem fällt auf, wie häufig dort das Wort Würde steht - es ist ernst gemeint und keineswegs eine Reminiszenz an die patetische Wortgewalt von gestern.

Unmittelbar nach der vollzogenen Wende, als die DGB-Gewerkschaften jenseits der Elbe ihre Verwaltungsstellen etablierten - und dies nicht gerade mit ausgewiesenen Linken -, konnte man in der FR von einem der Aufbauhelfer die befriedigte Feststellung lesen, daß es da drüben nun um die ureigensten Aufgaben der Gewerkschaft ginge und nicht um die westlicherseits eingerissenen neuen Fragen. Er könnte sich getäuscht haben.

Z auch für die Zukunft sichern!

Redaktion und Vertrieb danken allen, die durch ihr Abonnement, durch Spenden und andere Formen der Unterstützung die Herausgabe der Zeitschrift ermöglichen.

Z braucht auch in Zukunft Ihr Engagement! Sichern Sie durch Spenden, Abo-Werbung und Geschenkabonnements auch weiterhin unser Projekt.

Unsere Bankverbindung:

Forum Marxistische Erneuerung e.V.; Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02), Konto-Nr. 34 595

Z-Redaktion und Vertrieb - Kölner Str. 66 - 6000 Frankfurt/M. 1

Bemerkungen zur Gewerkschaftspolitik der DKP

Unmittelbar nach dem Abbruch des größten Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik stellte der Parteivorstand der DKP in einer Erklärung vom 8.5.92 (noch vor der 2. Urabstimmung) unter anderem fest: "Kanzler Kohl und seine Mannschaft haben eine Niederlage erlitten... das Ergebnis ist nicht ausreichend...es ist ein politischer Streik." Diese Wertung des ersten bundesweiten Massenstreiks der Arbeiterklasse nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus stimmt mit Aussagen des 12. Gewerkschaftstags der ÖTV vom 19.-25.6.92 in Nürnberg überein, wobei dort die Kritik der Delegierten an dem von oben verfügbaren Ende des Streiks und an dem "selbstherrlichen Zentralismus" der ÖTV-Spitze eine dominierende Rolle spielte.

Kritisch und solidarisch-konstruktiv gegenüber den Gewerkschaften zu sein, das war nicht nur in der Vergangenheit, sondern ist auch heute die Haltung der 1968 konstituierten DKP. Dies reflektiert sich in dem "Standpunkt" zum Thema "DKP und Einheitsgewerkschaft heute"¹, den der Parteivorstand nach fast zweijähriger Debatte am 13./14.6.92 beschlossen hat. Danach soll im Rahmen eines "umfassenden programmatischen und organisatorischen Neuanfangs" damit begonnen werden, die Gewerkschaftspolitik zu überprüfen und neu zu definieren. Zugleich will die DKP zu der im DGB und seinen 16 Gewerkschaften anlaufenden Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm und über die dringend notwendige innergewerkschaftliche Strukturreform einen Beitrag leisten.

Zweifellos gehören die Kommunisten zu den Mitbegründern der nach 1945 entstandenen Einheitsgewerkschaft, worauf noch an anderer Stelle eingegangen wird. Abgesehen von dem Rückfall in Sektierertum in der 1956 widerrechtlich verbotenen KPD während der Zeit des kalten Krieges, kann die DKP auf positive Aspekte ihrer Gewerkschaftspolitik verweisen, obwohl auch negative Tendenzen angesprochen werden. Infolge des Mitte der 80er Jahre beginnenden Meinungsstreits innerhalb der DKP war die Gewerkschaftsfrage insofern tangiert, daß sich viele Mitglieder mit gewerkschaftlichen Funktionen von ihrer Partei abwandten. Zwangsläufig hat sich dieser Prozeß durch die größte Niederlage in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch verstärkt, wobei heute viele der Ausgetretenen in kritischer Distanz mit der DKP noch sympathisieren; nur wenige von ihnen

¹ Unsere Zeit, Zeitung der DKP, Essen, Nr. 13 vom 19.6.92. Alle Zitate aus dem "Standpunkt" beziehen sich auf diese Quelle.

haben in anderen linken Bewegungen eine neue politische Heimat gefunden.

In ihrem "Standpunkt" knüpft die DKP an das noch gültige DGB-Grundsatzprogramm von 1981 an und leitet davon ab, daß nach dem Anschluß der DDR an die BRD die "alten Besitz- und Machtverhältnisse" (wie sie bis 1945 geherrscht haben, W. P.) nunmehr in ganz Deutschland "wiederhergestellt" sind. Hervorgehoben werden Ansätze von marxistischen Positionen in der DGB-Programmatik, die auch die heutige Lage charakterisieren: "Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und ausreichendem Einkommen gegenüber."²

Daran anknüpfend wird die heutige Situation in dem Gewerkschaftspapier der DKP wie folgt eingeschätzt: "Mit der gewachsenen ökonomischen Macht des deutschen Kapitals und dem damit verbundenen Streben nach politischer Expansion als neue Weltmacht werden die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse negativ beeinflusst. Durch den Zusammenbruch und das Zerschlagen des sozialistischen Lagers in Europa und das Scheitern des realen Sozialismus in der DDR werden die sozialen Probleme verschärft. Zugleich hat sich damit das Kräfteverhältnis zum Nachteil der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verändert. Objektiv gesehen haben auch die deutschen Gewerkschaften eine schwere Niederlage erlitten."

Neue und klassische Aufgabenfelder

Angesichts der entstandenen Lage stehen die nach dem Anschluß der DDR von 8 auf 12 Millionen Mitglieder angewachsenen Gewerkschaften vor komplizierten Problemen. Bei über fünf Millionen Arbeitslosen hängen weitere Millionen Menschen um ihren Arbeitsplatz, hart erkämpfte soziale Leistungen und demokratische Rechte will das Kapital abbauen, die Kriegsgefahr ist keineswegs geringer geworden und ebenso tickt die Bombe einer drohenden Umweltkatastrophe, wodurch die Menschheit sich selbst ausrotten kann. Daß all diese Gefahren aus der kapitalistischen Produktionsweise und aus den sich verschärfenden Widersprüchen der imperialistischen Hauptmächte entspringen und mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz sich noch vergrößern, ist heute noch nicht allgemeiner Erkenntnisstand der Gewerkschaften. Jedoch sehen sich die Gewerkschaften veranlaßt, zu allen relevanten politischen Fragen im Interesse der Lohn- und Gehaltsabhängigen Stellung zu nehmen. Sie können sich nicht mehr auf die klassischen Aufgaben Lohn, Arbeitszeit, soziale Rechte be-

² Arndt u.a., DGB Programm'81, Frankfurt 1981, S. 208.

schränken, zumal sie im politischen Raum in der SPD immer weniger die Kraft sehen, die sich aktiv für Arbeitnehmerinteressen einsetzt.

Demgegenüber haben das Großkapital und seine Steigbügelhalter im staatlichen Überbau eine eindeutige Konzeption gegen die Gewerkschaften. Sie wollen jetzt den Gewerkschaften eine Niederlage bereiten und sie voll als Erfüllungsgehilfen in das System der Profitwirtschaft integrieren. Auf keinen Fall möchten sie, daß sich die DGB-Gewerkschaften zum entscheidenden Zentrum der Gegenmacht gegen die ökonomische und politische Macht des Kapitals entwickeln, wie es während des Streiks im öffentlichen Dienst im Ansatz sichtbar wurde.

Um die Pläne von Deregulierung und Aushebelung der Tarifautonomie verwirklichen zu können, spekuliert das Kapital darauf, daß sich infolge der verkrusteten Organisationsstrukturen vor allem der DGB als immer weniger handlungsfähig erweist und die Gewerkschaften bei der Organisation der wissenschaftlich-technischen Berufsgruppen, der Angestellten und der Jugendlichen große Defizite haben. Davon abgeleitet heißt es im Papier der DKP zur generellen Aufgabenstellung: "Die Wechselbeziehungen und die dialektische Einheit zwischen globalen und sozialen Fragen wird sich stärker in der gewerkschaftlichen Programmatik und Politik niederschlagen."

Diese Prognose ist zum Teil schon Realität. Allerdings spricht die DKP die globalen Fragen nur recht allgemein an und hiebt hinter den Orientierungen der meisten Gewerkschaften zurück. Besonders deutlich wird das bei der globalen Problematik der Ökologie, wie Beispiele aus den Gewerkschaften zeigen. Nahezu jede Organisation hat in jüngster Zeit spezifische Veranstaltungen zu Fragen des Umweltschutzes und der Gesundheitssicherung im Betrieb einberufen oder Aktionen gestartet. Gleich mehrere DGB-Gewerkschaften streiten sich um die Aufnahme neu entstehender Wirtschaftszweige, wie Entsorgung, Recycling, Umwelttechnik, Rekultivierung usw. in ihren Organisationsbereich und wollen dort neue Mitglieder gewinnen. Die IG Bau-Steine-Erden hat darum auf dem Gewerkschaftstag 1991 beschlossen, den Namen mit dem Zusatz "Umwelt" zu erweitern, was voraussichtlich der DGB ablehnen wird. Die Gewerkschaft NGG will einen ökologischen Tarifvertrag durchsetzen, der vorsieht, im Betrieb einen freigestellten Umweltschutzbeauftragten der Belegschaft zu herufen, er soll den gleichen Kündigungsschutz wie Betriebsräte erhalten.

Alles deutet darauf hin, daß in der Ökologiefrage auch das Kapital in den Metropolen nicht umhin kann, in diesen Bereich Milliarden zu investieren, wodurch zwangsläufig eine neue Nachfrage nach lehnender Arbeit entsteht, während sie in der industriellen Produktion infolge der sprunghaft steigenden Produktivität weiter radikal abnimmt. Erfahrungsgemäß versuchen die Unternehmer die Gewerkschaften aus neu entstehenden Betrieben herauszuhalten bzw. die Wahl von Betriebsräten zu verhindern. Darum ist die Ökologiefrage nicht nur eine Aufgabe der Programmatik,

sondern auch der praktischen Politik und kann mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze mithelfen, Arbeitslosigkeit abzubauen.

Selbstverständlich wird auch künftig die Tarifpolitik das Hauptfeld gewerkschaftlicher Arbeit bleiben. Einerseits werden die immer fortdauernden Auseinandersetzungen mit dem Kapital um den Preis der Ware Arbeitskraft, also die Lohnfrage, um die Dauer der Arbeitszeit und um die Arbeitsbedingungen auch künftig den Inhalt der Tarifpolitik bestimmen. Andererseits öffnen sich neue Möglichkeiten der Tarifpolitik, wie z.B. für Vereinbarungen über Qualifizierung und Weiterbildung, über Frauenförderung, über Einfluß auf die Produktbestimmung, über Mitbestimmung bei der Personalplanung und auch, wie schon erwähnt, tarifvertragliche Regelungen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz. Hervorgerufen durch die veränderten Kräfteverhältnisse wird es künftig schon zu einer großen Kampfaufgabe werden, die erreichten Realeinkommen zu verteidigen, wie der Streik im öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn deutlich gemacht hat.

In der Frage der Wochenarbeitszeit unterstützt die DKP die Aufgabe für alle Gewerkschaften, "die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich tarifvertraglich durchzusetzen und bei Inkrafttreten in den Betrieben auch effektiv werden zu lassen". Es fällt auf, daß die in den Diskussionsentwürfen enthaltene weitergehende Forderung nach der 30-Stunden-Woche in dem "Standpunkt" nicht mehr enthalten ist. Viele gewerkschaftliche Beschlußorgane haben diese Forderung schon erhoben und auch im Berliner Parteiprogramm der SPD ist sie enthalten. Wenn auch gegenwärtig die Verwirklichung dieses Ziels noch nicht auf der Tagesordnung steht, sollte dennoch diese Vision schon heute diskutiert werden. Dabei kann auf die Erfahrungen der IG Metall und der IG Medien zurückgegriffen werden, welche mobilisierende Wirkung in den 80er Jahren die Forderung der 35-Stunden-Woche hatte, als damit die beiden Gewerkschaften von der jahrelangen Verteidigungsposition zum Angriff übergingen.

Eine Schwerpunktaufgabe der Tarifpolitik ist es, daß sehr bald in den neuen Bundesländern gleiche Einkommen, Arbeitszeiten und Sozialleistungen wie in den alten Bundesländern durchgesetzt und alle geplanten staatlichen Eingriffe wie Bezahlung unter Tarif abgewehrt werden. Gelingt es den Gewerkschaften nicht durchzusetzen, daß nach der vom Kapital herbeigeführten Einheit der Preise die Einbeit der Löhne folgt, kommt es zu einer Nivellierung nach unten und zur Deregulierung sowie zur Beseitigung der Tarifautonomie in ganz Deutschland. Noch stärker als im Westen sind die Arbeiter und Angestellten im Osten nach dem Plattmachen der DDR-Wirtschaft durch die Eroberer von der Massenarbeitslosigkeit betroffen. Allerdings kann dieses systemimmanente Grundübel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur äußerst bedingt mit der Tarifpolitik bekämpft werden.

Auch in der Sozialpolitik können die Gewerkschaften hauptsächlich nur durch Druck auf Regierungen und Gesetzgeber etwas bewirken. Hier steht die Abwehr der geplanten vielen Verschlechterungen von Sozialleistungen im Vordergrund. Dabei dürfte die Abwehr der Wiedereinführung von unbezahlten Karenztagen im Krankheitsfalle, 1955/56 durch 16 Wochen Streik abgeschafft, eine Schlüsselrolle einnehmen. Es wäre schon für die Lebenslage der Arbeiterklasse viel erreicht, wenn der riesige Sozialabbau der letzten 20 Jahre wieder rückgängig gemacht werden könnte.

In Anlehnung an eine Marxsche Definition der Gewerkschaften³ heißt es im "Standpunkt" der DKP: "Gewerkschaften würden ihren Zweck verfehlen, wenn sie ihre Arbeit, ihre Forderungen nur auf tarifpolitische Probleme oder den tagtäglichen Kleinkrieg gegen die Willkür des Kapitals beschränken. Wie im DGB-Grundsatzprogramm von 1981 und im DGB-Aktionsprogramm von 1988 niedergelegt, sind grundlegende Reformen erforderlich, die eine Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten."

Angesprochen sind die auch nach dem Scheitern des realen Sozialismus in Europa nach wie vor oder erst recht aktuellen Reformen, wie die Mitbestimmung auf allen Ebenen, demokratische Planung und Investitionskontrolle sowie die Überführung der wirtschafts- und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum. Sicher muß nach der Diskreditierung des gewerkschaftlichen "Gemeineigentums" durch Schlamperei und Vetterwirtschaft die ganze Problematik der Reformen im Kapitalismus neu diskutiert werden, aber es käme einer Kapitulation gleich, völlig auf gesellschaftsverändernde Reformen zu verzichten. Die Lösung der oben angesprochenen globalen Probleme bedingten diese Reformen, die sich zwangsläufig gegen die kapitalistische Profitwirtschaft richten.

Erinnert wird von der DKP an die vom letzten DGB-Bundeskongreß im Mai 1990 geforderte neue Verfassung, die nach einer Volksabstimmung in Kraft treten soll. Unter anderem soll das Recht auf Arbeit, Bildung und Wohnung sowie das Verbot der Aussperrung in die neue Verfassung aufgenommen werden. Wie "ernsthaft" dieser Beschluß von einzelnen Spitzenfunktionären befolgt wird, demonstrierte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Ulf Fink. Als Landesvorsitzender der CDU in Brandenburg hat er im Mai 1992 die Bevölkerung aufgerufen, bei der Abstimmung über die neue Landesverfassung mit Nein zu votieren, weil in ihr das enthalten ist, was der DGB fordert.

Abgerundet wird die Meinung zur gewerkschaftlichen Aufgabenstellung mit einem Hinweis auf die internationale Arbeit, vor allem im Hinblick auf die kommende EG 93. Während das Kapital keine Grenzen kennt, wie die Multis zeigen, steckt die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften erst in den Kinderschuhen und ist noch immer von antikommuni-

stischen Scheuklappen belastet.⁴ Unterstützt wird die Orientierung auf die Integration der ausländischen Arbeitnehmer, welche ihr Wahlrecht einschließt, wie auch der gewerkschaftliche Kampf gegen Neonazismus, Ausländerhaß und Rassismus, wobei die antifaschistischen Traditionen hervorgehoben werden. "Niemand mehr als die Gewerkschaften ist dazu berufen, der Hetze gegen asylsuchende Flüchtlinge Einhalt zu gebieten", heißt es in dem DKP-Standpunkt.

Einheitsgewerkschaft immer neu verteidigen

Ausführlich geht das DKP-Papier auf die Entwicklung der Einheitsgewerkschaft nach dem II. Weltkrieg im Osten und Westen Deutschlands ein. Als bekannt vorausgesetzt wird, daß unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus in allen vier Besatzungszonen als Lehre aus der Zeit von vor 1933 die früheren Richtungsgewerkschaften und Berufsverbände nicht wieder geschaffen wurden, sondern von unten nach oben die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern sowie in der Emigration gehorene Idee der Einheitsgewerkschaft Wirklichkeit wurde. Faktisch entstand überall eine dreifache Einheit: ein Betrieb, eine Gewerkschaft; Arbeiter, Angestellte und Beamte gemeinsam in einer Organisation; unterschiedliche parteipolitische und weltanschauliche Richtungen in einer Gewerkschaft. Initiativ waren Frauen und Männer der ersten Stunde, Sozialdemokraten und Kommunisten, parteilose und soweit vorhanden christliche Gewerkschafter. Damit wird unterstrichen, daß in ganz Deutschland die Kommunisten zu den Mitbegründern der Einheitsgewerkschaft gehörten und mitgeholfen haben die früheren Spaltungen zu überwinden.

Während in der späteren DDR die Gründung des FDGB schon 1945 möglich war und von der sowjetischen Besatzungsmacht gefördert wurde, hinderten die westlichen Besatzungsmächte den Aufbau der Einheitsgewerkschaft, so daß der DGB erst nach der Bildung der separaten Bundesrepublik im Oktober 1949 gegründet werden konnte. Trotz der Behinderungen hatte sich der Drang nach gewerkschaftlicher Einheit durchgesetzt, jedoch wurde das ursprüngliche sozialistische Ziel, das von allen Strömungen, auch der CDU getragen wurde, unter dem Bedingungen des kalten Krieges faktisch aufgegehen. Der FDGB verwandelte sich bald zu einer Massenorganisation der 1946 gebildeten SED. (Da diese Fehlentwicklungen noch einer umfassenden geschichtlichen Aufarbeitung bedürfen und im DKP-Papier auch nur in Rudimenten angesprochen werden, erfolgen hier zum FDGB nur noch Bemerkungen im Zusammenhang mit dem Anschluß der DDR.)

Im Westen konnten mit der Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft und auch durch die Systemkonkurrenz auf sozialem Gebiet beachtliche Erfolge

⁴ Vgl. Gerd Siebert, Internationale Gewerkschaftsbewegung im Umbruch, in Z., Nr.9 vom März 1992, S. 37-48.

³ Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: MEW, Bd. 16, Berlin 1968, S. 152.

erzielt werden. Neben respektablem Reallohnsteigerungen gehören dazu die 40-Stunden- und Fünf-Tage-Woche, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, 6 Wochen Urlaub und zusätzliches Urlaubsgeld. Demgegenüber ist die Bilanz bei den geforderten Gesellschaftsreformen negativ. Infolge der kapitalistisch angewandten wissenschaftlich-technischen Revolution zeigen sich für die Arbeiterklasse ungünstige soziale Auswirkungen: Langanhaltende Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre auch in Zeiten der Hochkonjunktur, Abbau sozialer Leistungen, zeitweiliger Reallohnrückgang; immer mehr Armut entsteht in einem der reichsten Länder.

Zugleich verändert sich die Struktur der Arbeiterklasse, die Zahl der Angestellten übersteigt die der Arbeiter, das ingenieurtechnische Personal wächst. Weiter wird dazu von der DKP ausgesagt: "Erhebliche Teile der Arbeiter und Angestellten erleben jedoch auch den technischen Wandel als individuelle Qualifikations- und Aufstiegschance. Der mit dem technischen Wandel einhergehende Umbruch führt zu neuen Formen der Arbeitsorganisation und neuen Arbeitskräfte-Einsatzkonzepten... Verbunden damit erfolgen Individualisierungstendenzen im Umgang mit Arbeitsbedingungen, Entlohnungsformen, Arbeitszeit und ein Strukturwandel innerhalb der Arbeiterklasse." All diese Fragen werden sicher Gegenstand der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm sein. Jedoch werden die verschiedenen Tendenzen und Strömungen in den DGB-Gewerkschaften dazu unterschiedliche Meinungen vertreten.

Diese unterschiedlichen Tendenzen haben sich bald nach Gründung der Einheitsgewerkschaft herausgebildet bzw. verfestigt. "Bei sozialdemokratischer Dominanz in den Führungsstrukturen des DGB und seiner Gewerkschaften" entstanden nach Einschätzung der DKP im Zuge der Remilitarisierung in den 50er Jahren und der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze in den 60er Jahren die heute noch vorhandenen "zwei Grundtendenzen":

"Die eine Tendenz versteht sich als Gegenmacht zum Kapital und seinem Anhang und sieht die Notwendigkeit, ihre Forderungen gestützt auf gewerkschaftlicher Macht, gegebenenfalls auch durch Kampfmaßnahmen durchzusetzen. Der größere Teil dieser Tendenz glaubt, Verbesserungen für den Arbeitnehmer mittels Strukturereformen innerhalb des Kapitalismus zu erreichen, der kleinere Teil geht davon aus, daß er überwunden werden muß, da er nicht als Endstufe der Menschheitsentwicklung zu akzeptieren ist.

Die andere Tendenz orientiert auf Sozialpartnerschaft und Klassenharmone zwischen Kapital und Arbeit. Der Antikommunismus ist innerhalb dieser Tendenz bei einigen verantwortlichen Repräsentanten besonders stark ausgeprägt. Die Hauptvertreter dieser Tendenz waren für Remilitarisierung und für Notstandsgesetze, sie befürworteten die Gentechnologie, wollen das Nein zur Atomenergie revidieren und sind für den Investivlohn sowie für ein gemeinsam abgestimmtes Handeln mit den Unterneh-

merverbänden und der Regierung. Sie sind heute für einen 'Sozialpakt' und unterstützen gegebenenfalls eine Große Koalition.

Die Grenzen zwischen diesen Haupttendenzen sind nicht scharf zu ziehen und hängen auch vom jeweiligen politischen Kräfteverhältnis ab."

In ihrem "Standpunkt" verzichtet die DKP darauf, die beiden Grundtendenzen anhand einzelner Gewerkschaften und Personen näher zu charakterisieren. Verfestigt hatten sich die beiden Hauptströmungen im Verlauf der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die Haltung zu den Notstandsgesetzen. Während der Vorsitzende der IG Metall, der größten Gewerkschaft im DGB, Otto Brenner, mit der Mehrheit strikt dagegen war, führte der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden und spätere Bundesverteidigungsminister, Georg Leber, die Befürworter an. Unter Leber entwickelte sich die Ideologie der Sozialpartnerschaft und der vollständigen Integration der Gewerkschaften in den kapitalistischen Staat. Vergeblich bemühte sich Leber darum, daß die Ziele in Richtung Veränderung der Gesellschaft aus dem Grundsatzprogramm gestrichen werden. Faktisch sind die beiden Grundtendenzen in allen Gewerkschaften mehr oder weniger ausgeprägt vorhanden. Bislang ist in der IG Metall, der IG Medien, der Gewerkschaft HBV, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und anderen die Gegenmachtposition etwas stärker entwickelt, während bei der IG Chemie-Papier-Keramik (CPK) und der IG Bergbau und Energie (BE) die andere Tendenz vorherrscht.

Heute verkörpert der Vorsitzende der IG CPK, Hermann Rappe, eindeutig den sozialpartnerschaftlichen Kurs. Er strebt eine rechte Kurskorrektur der Gewerkschaften an und behauptet, der im Grundsatzprogramm festgeschriebene Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sei überwunden und an seine Stelle der "Grundkonsens zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und staatstragenden Parteien" getreten.⁵

Die von der IG CPK-Spitze eingeleitete Fusion mit der IG BE soll die konservativen Positionen im DGB stärken und vor allem mithelfen den Antiatomenergie-Beschluß des DGB zu revidieren. Die Vorsitzenden beider Gewerkschaften, Hermann Rappe und Hans Berger, sind zugleich MdB der SPD und gehören auch in ihrer Partei zum rechten Flügel. Beide bemühen sich, einander gegenseitig im Antikommunismus, in der Diskriminierung von Linken zu überholen. Ein Ausdruck dafür ist das in der IG CPK beschlossene Funktionsverbot für Mitglieder der DKP und der PDS. In diesem Zusammenhang wendet sich das DKP-Papier gegen Vorstände, die "ihren Gegner nicht in den Unternehmern, sondern in den linken Gewerkschaftern, den Mitgliedern der PDS, der DKP oder anderen linken Gruppen, Kommunisten, und allen, die dafür gehalten werden", sehen. "Diese neu entfachte Sozialistenhutz schwächt die Gewerkschaften

⁵ Hermann Rappe, Grundsatzreferat, zitiert in: Marxistische Blätter, Essen, Nr.6/1991, S. 87; Vgl. Werner Petschick, Rappe will rechte Kurskorrektur im DGB, ebenda, S. 86-89.

und hilft, wie schon in der Vergangenheit, nur ihren Gegnern im Kapitallager. Es widerspricht auch dem Toleranzgebot des DGB-Grundsatzprogramms. Aus der Einheitsgewerkschaft darf keine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft mit antikommunistischer Orientierung werden."

Daraus ergibt sich das Erfordernis, die Einheitsgewerkschaft immer wieder von Neuem zu verteidigen. Hierbei sollte die Definition des ehemaligen Vorstandsmitgliedes der IG Metall, Hans Preiss, aus dem Jahre 1979 beachtet werden: "Einheitsgewerkschaft ist keineswegs ein Bekenntnis zur Ideologie der Sozialpartnerschaft. Einheitsgewerkschaft das ist die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis geborene solidarische Einheit aller Gewerkschafter gegen die Willkür des Kapitals."⁶

Verhältnis von DKP und Gewerkschaften

An der Tatsache, daß die Kommunisten die Einheitsgewerkschaft auf allen Ebenen mitgeschaffen haben, knüpfte die DKP 1968 bei ihrer Konstituierung an. Als Partei der Arbeiterklasse bekennt sie sich zur parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften, unterstützt die gewerkschaftliche Einheitsliste bei Betriebs- und Personalratswahlen sowie den Jugend- und Auszubildendenvertretungen und distanziert sich von ultralinken Fehlern der KPD, insbesondere von der These 37 des Münchner Parteitags von 1951.

Damals hatte die KPD, in Überreaktion auf den Antikommunismus im kalten Krieg, "rechte Gewerkschaftsführer" der "Kriegsvorbereitung" hezigt und die Belegschaften zu Kampfmaßnahmen auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen aufgerufen. Diese These nutzten die Gewerkschaftsvorstände, den Kommunisten mit Funktionen ein Revers vorzulegen, auf dem sie unterschreiben sollten, keine Parteipolitik in den Gewerkschaften zu betreiben. Wer unterschrieb, flog aus der Partei, wer nicht unterschrieb, wurde, von Ausnahmen abgesehen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Dadurch wurde die Linke in den Gewerkschaften geschwächt und es der Adenauer-Regierung erleichtert, das Verbot der KPD in die Wege zu leiten.

Parallel zur Studentenhewegung und den September-Streiks von 1969 wuchs die Zahl von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die Mitglieder der DKP wurden. Sie selbst schätzte ihre Kraft in den Gewerkschaften wie folgt ein: "Die Arbeit von Kommunistinnen und Kommunisten in den Gewerkschaften wurde trotz weiterhin vorhandenem Antikommunismus von den Kolleginnen und Kollegen zunehmend anerkannt. So erhöhte sich zum Beispiel die Zahl der in Betriebs- und Personalräten sowie in Jugendvertretungen gewählten Genossinnen und Genossen von Wahl zu Wahl. Auch die Zahl der der DKP angehörenden ehrenamtlichen Ge-

werkschaftsfunktionäre sowie der Delegierten bei Gewerkschaftstagen stieg...Dennoch bildete die Gewerkschaftsarbeit trotz aller verbalen Erklärungen nicht den Schwerpunkt der Arbeit der Gesamtpartei. Nur ein geringer Teil des materiellen und personellen Aufwands diente der Förderung der Gewerkschaftspolitik der DKP."

Kritisch bleibt noch anzumerken, daß sich in manchen Formulierungen Überreste von Sektierertum zeigten. So wurde im Mannheimer Parteiprogramm und vielen anderen offiziellen Dokumenten stereotyp wiederholt: Für jeden Kommunisten "ist es selbstverständliche Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und für die Verwirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen".⁷ Auf die Frage, wer festlegt, welche Beschlüsse den Interessen der Arbeiterklasse dienen, gab es immer ausweichende Antworten. In dem hier kommentierten "Standpunkt" von 1992 ist diese Formulierung ebenso nicht mehr enthalten wie der früher nur von der DKP verwendete Begriff "Arbeiterkämpfe" anstelle von Streiks oder Arbeitskämpfe.

Schwerer wiegt das unkritische Verhalten zu der Gewerkschaftspolitik der herrschenden Parteien in den ehemaligen sozialistischen Staaten. Obwohl die DKP selbst ganz andere Vorstellungen von der Rolle der Gewerkschaften im Sozialismus hatte, wurde die strikte Unterordnung der Gewerkschaften als Massenorganisation der Partei in der eigenen und befreundeten Presse noch beschönigt. Diese unkritische Haltung hat die Beziehungen der Führung der DKP zu den Gewerkschaftsspitzen in der BRD belastet, auch dann, als letztere in den 70er Jahren offizielle Kontakte zum FDGB aufgenommen hatten.

Die schon angesprochene geschichtliche Aufarbeitung wird auch die Hintergründe offenlegen, warum der FDGB nach der "Wende" im Herbst 1989 nicht in der Lage war, sich selbst zu erneuern. Warum war für die 9 Millionen Mitglieder das in 40 Jahren DDR erreichte Lebensniveau bei Vollbeschäftigung, allseitiger sozialer Sicherheit und Betreuung sowie hohem Bildungsstand und kulturellen Angeboten nicht verteidigungswert? Hinweise auf den Produktivitätsrückstand und auf den gegenüber dem Westen geringeren Lebensstandard, auf mangelnde oder nur formale Demokratie, auf Reisebeschränkungen und auf das Westfernsehen sind sicher zutreffend, aber die Ursachen, für den Zusammenbruch auch des FDGB sind offenbar komplexer.

Für die Interessenvertretung der den Wolfsgesetzen des Kapitalismus ausgelieferten Werktätigen der früheren DDR wirkte es sich negativ aus, daß ihnen die verkrusteten und reformbedürftigen Strukturen des DGB einfach ühgestülpt wurden und auch manche hauptamtlichen Funktionäre aus dem Westen sich wie Kolonialoffiziere aufführten. Nirgendwo gab es eine Ver-

⁶ Hans Preiss, in: NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt, Nr.6/1979, S. 12.

⁷ Programm der DKP, beschlossen am 20.10.78 in Mannheim, Düsseldorf 1987, S. 75.

einigung von DGB-Gewerkschaften mit FDGB-Gewerkschaften, jeder Einzelne mußte seinen Übertritt individuell erklären.

Wenn jetzt die DGB-Gewerkschaften ernsthaft beginnen, das Grundsatzprogramm zu erneuern und die Strukturen des DGB und der bisher 16 Gewerkschaften zu verändern, wäre es verhängnisvoll, vorhandene anti-kapitalistische Orientierungen im bestehenden Programm (ein Kompromiß der beiden Grundtendenzen) zugunsten der von Rappe geforderten Partnerschaft mit dem Kapital über Bord zu werfen. Nur mit einer Gegenmachtstrategie, bei gleichzeitigem Abbau des Zentralismus und Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, sind die Gewerkschaften in der Lage, der Kapitalstrategie entgegenzuwirken. Darum sind die Gewerkschaften gut beraten, ihre Kapitalismuskritik zu verstärken.

Neue Strukturen erfordern, den Mitgliedern an der Basis mehr Rechte zu geben und die Allmacht der Geschäftsführenden Hauptvorstände zu beschränken. Wenn einzelne Gewerkschaften mit anderen fusionieren wollen, dann kann die Kampfkraft nur bei einer Zusammenarbeit von unten nach oben erhöht werden. Kopfgeburt unter Ausschluß der Mitgliedschaft, wie von der IG CPK und der IG BE eingeleitet, sind der falsche Weg.

Nicht von der Hand zu weisen ist die "Gefahr der Verselbständigung gewerkschaftlicher Apparate", die sich auch in Differenzen zwischen haupt- und ehrenamtlichen Funktionären zeigt. Unerwähnt bleibt das unter der Decke schwebende Problem der hohen Manager-Einkommen der Spitzenfunktionäre und die weit über den höchsten Tarifgehältern liegende Bezahlung des teilweise aufgeblähten Apparats. Die hohen Personalkosten verhindern auch, daß genügend Mittel für die Streikfonds bereitgestellt werden.

Offene Fragen dieser Art gehören bei der von den Gewerkschaften eingeleitete Diskussion auf den Tisch. Entsprechend dem Angebot des DGB, den "offenen Dialog mit Wissenschaft, Kultur und Öffentlichkeit zu ergänzen"⁸, will sich die DKP daran aktiv beteiligen. Zu begrüßen ist auch, daß die DKP in der Gewerkschaftsfrage bereit ist, mit anderen Linken zusammenzuarbeiten, unabhängig von vorhandenen Meinungsverschiedenheiten. Nachteilig wirkt es sich aus, daß die von Kommunisten und Sozialdemokraten von 1961 bis 1989 gemeinsam herausgegebene Zeitschrift "NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik" nicht mehr erscheint. Eine Publikation dieser Art wäre für die Linke in den Gewerkschaften auch bei der programmatischen und strukturellen Diskussion ein förderndes Hilfsmittel.

Dietmar Düe

Müllberge, Blechlawinen - und wo bleiben die Gewerkschaften?

Fast zwanzig Jahre ist es her, daß der DGB erstmals ein geschlossenes umweltpolitisches Programm vorgelegt hat. Nicht wenige der dort formulierten Aussagen treffen auch heute noch zu. Beispielsweise heißt es in diesem Programm: "Die Vergeudungsproduktion trägt zur Erschöpfung von Rohstoffen und zum Verbrauch von Energie bei; sie ist keine zufällige Fehlentwicklung, sondern Ausdruck des Zwangs zur Ausweitung von Absatz und Profit." Auch bezogen auf die beiden nachfolgend interessierenden gesellschaftlichen Sektoren Verkehr und Abfall wurde schon damals manches Richtungsweisende festgestellt; etwa: "Die städtischen Verkehrssysteme sind durch die ständige Ausweitung des Individualverkehrs bei gleichzeitiger Vernachlässigung eines leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs gekennzeichnet"; oder: "Bei der Abfallbeseitigung muß besonderes Gewicht auf die Wiedergewinnung von Rohstoffen gelegt werden" (vgl. DGB o.J.). Nun hat sich in den letzten zwanzig Jahren nicht nur die umweltpolitische Programmatik und Praxis der Gewerkschaften erheblich weiterentwickelt (sowohl im DGB als auch in den Einzelgewerkschaften). Auch ihr Bezugspunkt, die umwelt- und ressourcenbezogene Situation der Gesellschaft, hat sich merklich verändert - bekanntlich alles andere als zu seinem Vorteil. Der vorliegende Aufsatz will jedoch nicht diese Entwicklungen und Veränderungen untersuchen. Vielmehr soll versucht werden, die aktuelle umwelt- und ressourcenpolitische Problematik in zwei zentralen gesellschaftlichen Sektoren (Autoproduktion/Verkehr und Abfall) mit den bierauf bezogenen programmatischen und praktischen Politikansätzen derjenigen Einzelgewerkschaften zu konfrontieren, die Teile ihrer Mitgliedschaft im jeweiligen Sektor rekrutieren und insofern eine gewisse "sektorale Politikzuständigkeit" besitzen. Für die Autoproduktion (und die sich in ihrem Zusammenhang stellenden Verkehrsfragen) ist das die IG Metall, für den Abfallbereich (der hier auf die Siedlungsabfälle beschränkt wird) die ÖTV. Außerdem soll das Problem angeschnitten werden, ob nicht längst außergewerkschaftliche gesellschaftspolitische Akteure eine angemessenere und wirkungsvollere "Sektoralpolitik" betreiben und damit die Frage nach dem Stellenwert fortschrittlicher *gewerkschaftlicher* "Auto/Verkehrs- und Müllpolitik" stärker zu relativieren ist, als es die Gewerkschaften und viele sich ihnen verbunden führende Kräfte wahrhaben wollen?

Daß die Automobilproduktion bzw. der Straßenfahrzeugbau seit langem einer der gesamtwirtschaftlich bedeutsamsten Zweige ist, belegen die ein-

⁸ Die Quelle, Funktionärszeitschrift des DGB, Köln, Nr. 2/1992, S. 3.

drucksvollen Anteile an der Bruttowertschöpfung, dem Bruttoanlagevermögen und den Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe (bekanntlich ist mittlerweile jeder sechste deutsche Arbeitsplatz vom Auto abhängig). Daß das Auto (ebenfalls schon seit langem) als einer der ausschlaggebenden Faktoren (für die BRD als *der* ausschlaggebende Faktor) des Ressourcenraubbaus und der Umweltbelastung anzusehen ist, wird heute ernsthaft nicht mehr bestritten. Für das Jahr 1989 berechnete das Heidelberger Umwelt- und Prognoseinstitut (UPI) im Auftrag des "Stern" die "ökologischen und sozialen Kosten der Umweltbelastung in der Bundesrepublik Deutschland" (Alt-BRD). Ergebnis: diese Kosten beliefen sich insgesamt auf stattliche 474,4 Milliarden DM oder ein Fünftel des Bruttozialprodukts. Rund zwei Drittel dieser Kosten (knapp 300 Milliarden DM) entfallen allein auf den Verkehrssektor (bedingt durch Unfälle, Lärm, Flächenverbrauch und umweltbelastende stoffliche und gasförmige Emissionen). Laut UPI-Berechnung verursacht jeder PKW (bei zehnjähriger Lebensdauer) jahresdurchschnittlich "Öko- und Sozialkosten" von 6.150 DM. Die ungedeckten Kosten pro Liter Benzin summieren sich auf 4,65 DM. Würden diese Kosten nicht abgewälzt (auf die Allgemeinheit bzw. auf die Zukunft), hätte ein VW Golf C im Jahr 1989 82.500 DM kosten müssen (damaliger Listenpreis: 21.000 DM), und der Preis für einen Liter Benzin läge bei knapp sechs DM. "Würden die tatsächlichen Preise in Rechnung gestellt, lösten sich die meisten Umweltprobleme von selbst. Wenn ein Golf über 80.000 Mark Kosten würde, gäbe es keine Blechlawine", so UPI-Chef Dieter Teufel (vgl. Stern, Heft 1/1991, 126ff.).

Verkehr, Autoindustrie, IG Metall

Bei der Vorlage des neuen Berichts des Umweltbundesamtes für die alten und neuen Länder sprach der Bundesumweltminister Ende Mai davon, daß bei den meisten die Umweltbelastung auslösenden Faktoren zwar eine Abschwächung feststellbar sei, "nahm den Straßenverkehr jedoch ausdrücklich davon aus" (FR, 2.6.1991). Beispielsweise wurden die Bemühungen zur Verringerung der Stickstoffoxidbelastung durch Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung infolge der weiteren Zunahme des Straßenverkehrs konterkariert. 70 Prozent aller BundesbürgerInnen sind durch die Hauptquelle der Lärmbelastung - den Straßenverkehr - betroffen; 12,5 Prozent der Bevölkerung sind tagüber mittlerweile einem Lärmpegel ausgesetzt, der erhöhte Herz-Kreislaufisiken birgt. In der früheren DDR ist die Verkehrslärmbelastung durch meist schlechtere Außenwanddämmungen der Wohnungen noch größer. Im November 1990 beschloß das Bundeskabinett, die "Treibhausgas"-Emissionen (CO₂) bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent reduzieren zu wollen (gemessen am Stand von 1987). Die Automobilindustrie sicherte der Bundesregierung "ihre volle Unterstützung bei der Erreichung dieses Zieles [zu]. Sie bat sich (...) verpflichtet, ihren Beitrag zu einer Verminderung der CO₂-Emissionen des

Straßenverkehrs um mindestens 25% bis zum Jahr 2005 zu leisten" (VDA 1991,2). Das Umweltbundesamt stellt demgegenüber fest, daß die Erhöhung der verkehrsbedingten Kohlendioxidemissionen anhält (UBA 1992, 253), was angesichts steigender PKW- und LKW-Pahrleistungen, höherer Geschwindigkeiten und eines seit zehn Jahren praktisch unveränderten durchschnittlichen PKW-Kraftstoffverbrauchs (zwischen 10,5 und 10,7 Liter/100km) auch nicht weiter verwundert.

Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Im Gegenteil: Der neue Bundesverkehrswegeplan rechnet mit einem PKW-Bestandszuwachs im großen Deutschland bis zum Jahr 2010 um 25 Prozent auf über 45 Millionen Fahrzeuge (zur Zeit sind es 36 Millionen). Der motorisierte Individualverkehr - so wird prognostiziert - wird um 30 Prozent wachsen, der LKW-Verkehr soll sich gar verdoppeln. Angesichts dieser aus ökologischer Sicht düsteren Perspektiven des Verkehrssektors wenigstens auf beschäftigungspolitische Stabilität in der deutschen Automobilindustrie zu hoffen, dürfte sich als arger Trugschluß erweisen. Der Verband der Automobilindustrie sprach schon zu Jahresbeginn 1992 von einem "Nachholbedarf an Personalabbau in den hiesigen Fabriken", weil die deutschen Autofirmen in den vergangenen zehn Jahren ihre Belegschaften um rund 80.000 Beschäftigte aufgestockt hätten, "während die Wettbewerber in den anderen EG-Staaten ihr Personal um etwa 410.000 Leute reduziert hätten" (FR, 31.1.1992). Personalabbau angekündigt haben mittlerweile Opel, VW, Porsche, BMW und Daimler Benz. Bei Daimler Benz sollen es in den nächsten Jahren in den Inlandswerken 20.000 Beschäftigte "oder mehr" (FAZ, 4.6.1992) sein. Die Handlungsbedingungen der IG Metall und der Betriebsräte in den Automobilunternehmen drohen auch von dieser Seite zunehmend unter Druck zu geraten.

Stellt sich die IG Metall den ökologischen Herausforderungen, mit denen die Automobilindustrie und die Beschäftigten dieser Branche konfrontiert sind? Zur Beantwortung dieser Frage scheint es sinnvoll, zwischen der Diskussion in den Automobilbetrieben und in der IG Metall selbst zu unterscheiden. Die betriebliche Diskussion ist mehrheitlich dadurch gekennzeichnet, daß die ökologische Problematik nur sehr verhalten aufgegriffen wird. Im Vordergrund bei den Diskussionen zur "Zukunft der Automobilindustrie" stehen hier nach wie vor die sozialen Belange der Beschäftigten. So ist beispielsweise auf einem im Februar 1990 von VW-Gesamtbetriebsrat und IG Metall-Wolfsburg veranstalteten Symposium über die "Zukunft der Automobilindustrie" das Problem der Umweltbelastung und Ressourcenvergeudung durch die Produktion und die Produkte dieser Branche von den dort anwesenden Gesamtbetriebsratsvorsitzenden in ihren Referaten nicht einmal aufgegriffen worden. Einzige Ausnahme war der damalige VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzende, der am Schluß seines Vortrags die "Zukunft der Automobilindustrie" auch vor dem Hintergrund der ökologischen Herausforderungen thematisierte und die Integration des Autoverkehrs in einen Verbund mit anderen Verkehrsträgern forderte. Seine kon-

kreten Vorschläge beschäftigten sich jedoch allein mit der Produktion umweltverträglicherer Autos (vgl. Arbeit&Ökologie-Briefe, 9/1990, 6f.).

Wenn ein solches, nur sehr halbherziges Herangehen an die ökologischen Herausforderungen für die mehrheitliche betriebliche Diskussion als charakteristisch bezeichnet werden kann, darf auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß vereinzelte Ansätze eines angemessenen Aufgreifens dieser Problematik auf der betrieblichen Ebene durchaus vorhanden sind. Hierbei handelt es sich allerdings nur um einzelne oder kleine Gruppen von BetriebsrätInnen und/oder Vertrauensleuten, die dann jedoch auch oft die Verbindung zur außerbetrieblichen Umweltbewegung suchen. So kam beispielsweise anlässlich der letztjährigen Internationalen Automobilausstellung eine gemeinsame Initiative von BetriebsrätInnen und Vertrauensleuten des VW-Werks Kassel und Greenpeace zustande. In einem zusammen erstellten Flugblatt, das auch im Betrieb verteilt wurde, sind der Autoboom angeprangert und der Sinn der Autoproduktion radikal hinterfragt worden. Das Erwähnen solch verdienstvoller Initiativen darf jedoch nicht den Blick dafür trüben, daß es sich hierbei um Ausnahmen der betrieblichen Diskussion in der Automobilindustrie handelt.

Die Debatte um das Auto innerhalb der IG Metall hat vor allem im Jahr 1990 eine neue Dynamik erfahren. Hatte der zweite Vorsitzende der IG Metall auf einer Automobilkonferenz in Ingolstadt im Juni 1989 in seinem dortigen Referat, das den Anspruch formulierte, "die Position der IG Metall" wiederzugeben, seine Forderung nach mehr Sicherheit und Umweltverträglichkeit des zukünftigen Autos noch mit der Feststellung verknüpft: "Damit sind wir nicht gegen schnelle und starke Autos" (Zwickel 1989), so stellte der IG Metall-Vorsitzende Steinkühler einen Beitrag in "natur" ein halbes Jahr später unter das Motto: "Umlenken, bevor es zu spät ist" (Steinkühler 1990). Auch die IG Metall-Zeitschrift "Der Gewerkschafter" griff die Auto-Umwelt-Problematik in ihrem Juniheft 1990 als Schwerpunktthema auf und hob die breite innergewerkschaftliche Debatte auf ein neues Niveau, indem vor allem die umwelt- und ressourcenbezogenen Probleme des autodominierten Verkehrssystems breit angesprochen wurden. Diese Vorstellungen flossen in die im gleichen Jahr erschienene umfangreiche programmatische Schrift "Auto, Umwelt und Verkehr" ein (vgl. IG Metall o.J.). In diesem Positionspapier, das von verschiedenen Organisationen und Initiativen der Umweltbewegung kritisch, aber durchaus wohlwollend aufgenommen wurde (vgl. die Stellungnahmen in der Sonderbeilage zu IDV 36), beschreibt die IG Metall detailliert ihre Vorstellungen und Forderungen in bezug auf die ökologischen Herausforderungen der Autogesellschaft. Obwohl diese Schrift einen deutlichen Fortschritt in der innergewerkschaftlichen Auto-/Verkehrsdebatte markiert, bleibt sie in entscheidenden Punkten hinter den entsprechenden Forderungen aus der Umweltbewegung zurück (Verkehrsvermeidung, Verzicht auf Straßenbau, Reduzierung des Fahrzeugbestands, Geschwindigkeitsbeschränkungen). Im November 1990 schließlich veranstaltete die IG Metall erstmals ge-

meinsam mit dem Deutschen Naturschutzring eine verkehrspolitische Konferenz ("Auto, Umwelt und Verkehr: Umsteuern, bevor es zu spät ist"). Neben programmatischen Gemeinsamkeiten (Richtungswechsel zugunsten des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsverminderung durch veränderte Siedlungspolitik, ökologische und sicherheitstechnische Optimierung der Fahrzeuge und des Fahrverhaltens) wurden weiterhin bestehende Unterschiede deutlich (grundlegende Zurückdrängung des Autos, Ausmaß der Mineralölsteuererhöhung und der Geschwindigkeitsreduzierung). Die Diskussionen widerspiegelten außerdem die Positionsunterschiede in der Gewerkschaftsbewegung selbst: Noch stärker, als es die IG Metall in ihrem Positionspapier formuliert, setzten die anwesenden Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der deutschen Automobilunternehmen auf ökologische *Verbesserungen am Auto*, statt auf den von der Umweltbewegung favorisierten *Verzicht aufs Auto* (vgl. Arbeit&Ökologie-Briefe, 24/1990, 3f.).

Resümierend kann bislang festgehalten werden: Sowohl in der betrieblichen als auch in der innergewerkschaftlichen Debatte in der IG Metall zu Auto und Verkehr sind vor allem seit Beginn der neunziger Jahre wichtige Impulse erkennbar, sich der ökologischen Herausforderung zu stellen. Wird jedoch als Meßlatte das Einsichts- und Forderungsniveau der im Verkehrsbereich engagierten außergewerkschaftlichen Akteure angelegt, werden erhebliche Defizite deutlich. Negativ schlägt darüber hinaus zu Buche, daß die betriebliche Ebene noch stärker hinterberhinkt (Ausnahmen bestätigen die Regel). Dies dürfte ein entscheidendes Hemmnis einer problemadäquaten gewerkschaftlichen *Praxis* im gesellschaftlichen Politikfeld Auto und Verkehr sein und bleiben.

Müll, Privatisierung der Entsorgung und ÖTV

Das zweite hier anzusprechende Problemfeld ist der Abfallsektor. Bei den Abfällen kann unterschieden werden zwischen dem Hausmüll und den hausmüllähnlichen Abfällen ("Siedlungsabfälle"), den Abfällen aus dem produzierenden Gewerbe und den Sonderabfällen inklusive der krankenhausspezifischen Sonderabfälle. Die Siedlungsabfälle sind diejenigen Abfälle, die durch die kommunale Abfallentsorgung erfaßt werden (Abfälle aus den Haushaltungen; hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die mit dem Hausmüll zusammen entsorgt werden können; Sperrmüll; städtische Abfälle wie Markt- und Kehricht). Die Abfälle aus dem produzierenden Gewerbe stammen vornehmlich aus gewerblichen Betrieben und sind in der Regel deswegen von der kommunalen Müllabfuhr ausgeschlossen, weil sie entweder aufgrund ihrer Art oder ihrer Menge nicht zusammen mit den Siedlungsabfällen entsorgt werden dürfen (z.B. produktionsspezifische Abfälle wie Metallabfälle oder Formsand; Bauschutt). Die Entsorgung dieser Abfälle ist Aufgabe des Abfallerzeugers (Abfallbesitzers). Die Sonderabfälle aus wirtschaftlichen Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen, die sich teilweise mit den Produktionsabfällen überschneiden, sind

ebenfalls von der kommunalen Entsorgung ausgeschlossen. Außerdem sind für ihre Entsorgung besondere Anforderungen per Gesetz vorgegeben (der Sache nach handelt es sich um besonders gefährliche Ahfälle) (vgl. SRU 1991, 52).

In der BRD fielen im Jahr 1987 insgesamt rund 243 Millionen Tonnen Ahfall an. Davon waren etwa 27 Millionen Tonnen Hausmüll und hausmüllähnliche Ahfälle, 104 Millionen Tonnen Abfälle aus der Produktion (davon allein 70 Millionen Tonnen Bergematerial des Bergbaus, die jedoch dort wieder verbraucht werden; 2,2 Millionen Tonnen waren besonders gefährliche Abfälle), 3,4 Millionen Tonnen Klärschlamm und 108 Millionen Tonnen Bauschutt und Erdaushub. Die besondere Problematik im Ahfallsektor ist einerseits ein Mengenproblem: Trotz verstärkter Verwertungsanstrengungen wird die Hausmüllmenge weiter steigen (in der BRD waren es 1987 375 kg je Einwohner; in der ehemaligen DDR lag der entsprechende Wert 1988 bei nur 175 kg, jedoch sei die "Hausmüll-Union", wie im Juni das Umweltministerium verlauten ließ, bereits vollzogen - die neuen Länder hätten den "Weststandard" von 375 kg fast erreicht [Handelshlatt, 10.6.1992]), die Abfälle des produzierenden Gewerbes bleiben auf hohem Niveau (Bauschutt und Erdaushub ebenfalls) und die zu entsorgende Klärschlammmenge wird durch neue Anforderungen an die Abwasserreinigung zukünftig weiter wachsen. Andererseits sorgt die zunehmende (bzw. zunehmend erst als solche erkannte) Schadstoff-Fracht in den Abfällen aus Industrie und Haushalten für immer neue Schwierigkeiten (vgl. SRU 1991, 150ff.). Der Ahfallsektor ist damit ein Feld, auf dem die durch die kapitalistisch-industrielle Produktions- und Lebensweise hervorgerufene Umweltbelastung und Ressourcenvergeudung besonders augenfällig ist. Im hier gegebenen Kontext, wo es um die Abfallpolitik der ÖTV geht, erfolgt eine sachliche Konzentration auf den Problembereich, der vorangehend mit dem Begriff der Siedlungsabfälle umschrieben worden ist. Dieser wichtige Ausschnitt aus der gesamten Abfallthematik hat für die ÖTV deswegen besondere Relevanz, weil damit ein bedeutendes Rekrutierungsfeld für Gewerkschaftsmitglieder (die kommunale Müllentsorgung) herührt wird. An dieser Stelle sei jedoch außerdem darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften bemüht sind, die Ahfall- und Schadstoffproblematik auch auf der betrieblichen Ebene als konkretes Handlungsfeld zu erschließen. Der Aktion "Tatort Betrieb" des IG Metall-Bezirks Baden-Württemberg kommt dabei ein herausragender Stellenwert zu (vgl. die Rezension zu Leisewitz/Pickshaus in diesem Heft).

Anders als im Verkehrssektor, wo trotz immer länger werdender Staus munter weiter drauflosproduziert und -gefahren wird, ist im Abfallbereich aufgrund akuter Entsorgungsengpässe und eines zukünftig nicht auszu-schließenden Entsorgungsnotstands ein Zustand eingetreten, der die Entscheidungsbefugten zum Handeln nötigt. Ein hohes "weiter so" ist kaum mehr möglich. Schon 1972 erhielt die BRD ein Abfallgesetz, das sich jedoch als *Ahfallbeseitigungsgesetz* nicht mit den Fragen der *Ahfallvermei-*

dung und *Abfallverwertung* auseinandersetzte. Mit der vierten Novelle dieses Gesetzes im Jahr 1986 (AbfG) änderte sich dieser Zustand grundlegend: Die Vermeidung und Verwertung von Abfällen steht im Gesetz nun an erster Stelle, wobei es zu Vermeidungsmaßnahmen allerdings besonderer Verordnungen nach § 14 AbfG bedarf. Diese gibt es bisher kaum. Auch die im folgenden behandelte Verpackungsverordnung hat, trotz des anderslautenden Titels, kaum etwas mit Vermeidung zu tun. Daß das Vermeidungsgebot zwar gut gemeint ist, in der Praxis aber viel zu wenig Wirkung entfaltet, wird auch hierdurch deutlich. Mit der Reststoffvermeidungspflicht bestimmter Anlagenbetreiber nach dem Bundesimmissionschutzgesetz (§ 5) ließe sich zwar einiges machen (auch im Rahmen betrieblicher Gewerkschaftsarbeit), aber sie wird bislang fast nicht praktiziert. Das ebenfalls nur eingeschränkt vorhandene Verwertungsgebot nach dem AbfG hat den Pferdefuß, daß ihm auch durch Müllverbrennung entsprochen werden kann. Allerdings hat vor allem die Schadstoffproblematik bei der Müllverbrennung die Akzeptanz für solche Anlagen in der Bevölkerung dermaßen gesenkt, daß Neuanlagen kaum noch durchsetzbar scheinen. In der BRD sind zur Zeit 48 Hausmüllverbrennungsanlagen in Betrieb, in denen jährlich knapp neun Millionen Tonnen Abfälle verbrannt werden. Bereits seit 1977 hat die Verbrennung im Kontext der öffentlichen Abfallentsorgung anteilmäßig kaum mehr zugenommen (SRU 1991, 386f.). Ob der für die alten Bundesländer geplante Ausbau bestehender und die Errichtung zusätzlicher 20 bis 30 MVA wirklich durchsetzbar sein wird, darf begründet bezweifelt werden. Da auch bei der Abfalldeponierung die Kapazitätsgrenzen absehbar sind, ist angesichts wachsender Müllberge akuter Handlungsbedarf angezeigt.

Wenn die Vermeidung nicht richtig greift und die Abfallentsorgung über Deponierung und Verbrennung nicht ausreichend sichergestellt werden kann, bietet sich die stoffliche Abfallverwertung als ein weiterer Ausweg an (daß *Müllexporte* auch bei den Siedlungsabfällen als zusätzlicher Entsorgungsstrang fungieren, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt). Vor allem in dieser Hinsicht sind die abfallwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der BRD neuerdings merklich in Bewegung geraten. Durch den Erlaß der Verpackungsverordnung (VerpackV) im Sommer 1991 wurde, wie auch die ÖTV-Hessen schreibt, "ein neues Zeitalter in der kommunalen Abfallwirtschaft ein(ge)läutet" (Dürk 1991, 4). Ähnliche Verordnungen sollen künftig auch für Druckerzeugnisse, Elektronikschrott, Batterien, Arzneimittel, Altfahrzeuge und Bauschutt gelten. Mit der VerpackV ist ein erheblicher Teil des Siedlungsabfalls der öffentlichen Abfallentsorgung entzogen und einem privatwirtschaftlichen Entsorgungsstrang zugeordnet worden, der unter der Bezeichnung "Duales System Deutschland" (DSD) im Entstehen begriffen ist und die stoffliche Verwertung der Verpackungsabfälle zur Aufgabe hat. Finanziert wird dieses System faktisch durch eine Erhöhung der Müllgebühren: Die VerbraucherInnen entrichten beim Kauf von Produkten mit dem "Grünen Punkt" einen (oft kaum bemerkten)

Preisaufschlag (ein Dreipersonenhaushalt bezahlt im Jahr etwa 195 DM "geheime Müllgebühr" zusätzlich; vgl. Kommunale Briefe für Ökologie, 14/1991, 8). Die auf diese Weise eingenommenen Gelder sollen für die Schaffung der erforderlichen Infrastruktur und der Anlagen zur stofflichen Verwertung der "Grüne-Punkt-Verpackungen" verwendet werden. Eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) prophezeit der Abfallbranche rosige Zeiten: In Westeuropa werde sie in den nächsten zehn Jahren ihre Beschäftigtenzahl von gegenwärtig 3,5 Millionen verdoppeln. "Diesen Aufschwung erklärt die UN-Organisation mit einer Vielzahl von neuen Umweltgesetzen, einer Zunahme des Mülls sowie Strukturanpassungen in der Industrie an die Umweltvorgaben" (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, 8.4.1992). Durch das DSD sollen in Deutschland zunächst 18.000 Arbeitsplätze neu entstehen. Wenn dies aus beschäftigungspolitischer Sicht einerseits begrüßt werden kann, so muß andererseits angemerkt werden, daß hier ein Wirtschaftszweig in einer Größenordnung zu entstehen droht, die aus ökologischer Sicht unsinnig ist. Vorrangig wäre der weitgehende Verzicht auf Verpackungen bzw. der verstärkte Einsatz von Mehrwegsystemen und nicht die Verpackungsverwertung. Dies hätte den ökologisch begrüßenswerten Effekt, daß auch die verschwenderisch aufgeblähte Verpackungsindustrie abspecken müßte (in der BRD ist sie die sechststärkste Branche mit 40 Milliarden DM Jahresumsatz und 500.000 Beschäftigten; vgl. Kirbach 1992) - fraglos auch zu Lasten der dort vorhandenen Arbeitsplätze.

Bereits Mitte der achtziger Jahre hat die ÖTV im Vorfeld zur vierten Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes aus dem Jahr 1972 eine ausführliche programmatische Schrift mit dem Titel "Umweltschonende und rohstoffsichernde Abfallwirtschaft" vorgelegt (vgl. ÖTV 1985). Die darin aufgestellte Forderung nach einer öffentlichen und öffentlich kontrollierten Organisation der Abfallwirtschaft wird mit inhaltlichen Gestaltungsvorschlägen zu einer "ganzheitlich orientierten" bzw. "integralen" Abfallwirtschaft verbunden. Diese müsse "künftig Abfallvermeidung, sinnvolle Formen der Abfallsammlung, Verwertung, Weiterverwendung oder Wiederverwendung als Rohstoff, bis hin zu umweltverträglichen Formen der Ablagerung von unvermeidbaren Reststoffen umfassen" (ebda., 5). Die ÖTV greift hier wichtige Impulse der fortschrittlichen Abfallwirtschaftsdiskussion aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre auf und gibt gleichzeitig selbst eigene, sinnvolle Anregungen. Hervorzuheben ist vor allem die besondere Gewichtung der Abfallvermeidung, die einerseits als Bestandteil der damaligen Neuorientierung in den abfallwirtschaftlichen Regelungen des Bundes (Abfallgesetz 1986) gewürdigt und andererseits durch eigene Umsetzungsvorschläge konkretisiert wird (vgl. ebda., 33). Fünf Jahre später erscheinen im Rahmen der Gewerkschaftsinitiative "Zukunft durch öffentliche Dienste" die "Entscheidungshilfen der Gewerkschaft ÖTV zur Organisation der kommunalen Abfallwirtschaft" (vgl. ÖTV 1990). Im wesentlichen handelt es sich hierbei um eine Aktualisierung und Fortschrei-

bung der Vorstellungen aus dem Jahr 1985, wobei jedoch in bestimmten Bereichen eine verstärkte Handlungsorientierung für die kommunale Abfallwirtschaft erreicht wird (insbesondere im Abschnitt "Eckpunkte eines kommunalen Abfallwirtschaftskonzeptes"). Auch in dieser Broschüre wird, wie schon in der Schrift aus dem Jahr 1985, ein in der Öffentlichkeit seit langem heiß diskutiertes Problemfeld der Abfallpolitik offen angesprochen: die Müllverbrennung. Dabei werden die mit dieser Entsorgungstechnologie verbundenen Probleme keineswegs verschwiegen (Entstehung hochgefährlicher Verbindungen wie bestimmter Dioxine und Furane; thermodynamische Mobilisierung von Schwermetallen; Zielkonflikt zwischen Abfallvermeidung und stofflicher Verwertung einerseits und der Verbrennung andererseits), allerdings werden Anlagen zur Restmüllentsorgung als unverzichtbar bezeichnet und die Müllverbrennung unter bestimmten Voraussetzungen akzeptiert (nach Ausschöpfung der Vermeidungs- und stofflichen Verwertungsmöglichkeiten sowie der Einhaltung des Standes der Technik bei den MVA's; vgl. ebda., 17ff.). Daß die ÖTV hier im Konflikt zwischen ökologischer Ausrichtung ihrer Abfallwirtschaftsprogrammatik und den Arbeitsplätzen bei den MVA's zugunsten der letztgenannten votiert, ist offenkundig.

Überraschen muß die weitgehende Funkstille seitens der ÖTV angesichts der neuerdings durch den Bundesgesetzgeber ausgelösten Dynamik in der deutschen Abfallbranche. Die durch die VerpackV initiierte Einrichtung eines privatwirtschaftlichen Entsorgungsstrangs (DSD) wurde bereits erwähnt. Hierdurch werden maßgebliche Bereiche der traditionellen kommunalen Abfallwirtschaft privatisiert, wobei der Privatwirtschaft Vorrang vor der öffentlichen Abfallwirtschaft eingeräumt wird. "Die Verwertungswege und -quoten sind nicht mehr in öffentliche Abfallwirtschaftskonzepte zu integrieren. Damit wird den Kommunen eines ihrer zentralen Gestaltungsfelder - nämlich die Getrenntsammlung und Verwertung - aus der Hand genommen und dem Diktat des DSD unterworfen" (Huter u.a. 1992, 85). Die alte Forderung der ÖTV nach Abwehr weiterer Privatisierung öffentlicher Dienste wird durch die aktuelle Entwicklung im Abfallsektor bereits überrollt, ohne daß von gewerkschaftlicher Seite hierauf angemessen reagiert wird. In der ÖTV-Hauptverwaltung soll zwar eine Broschüre zur Verpackungsverordnung in Arbeit sein, bislang (bis Anfang Juli 1992) ist sie noch nicht erschienen. Dabei ist durch die Etablierung des DSD ein traditionelles gewerkschaftliches Gegenmachtspotential betroffen: "Die klassischen Führer haben im Kräftespiel der Tarifautonomie eine wichtige Rolle gespielt. Auch an diesen gewerkschaftlichen Fundamenten rüttelt die VerpackV. Nicht nur der VKS, auch die ÖTV hat sich zu lange aus den politischen Beratungen um die duale Abfallwirtschaft herausgehalten bzw. sich nicht intensiv genug eingemischt" (Lahl 1992, 10). Neben dem DSD ist es die im Entwurf vorliegende TA Siedlungsabfall, die weitreichende Veränderungen der kommunalen Abfallwirtschaft nach sich ziehen dürfte (vgl. Projektgruppe TA Siedlungsabfall 1991). Hohe Anfor-

derungen sollen vor allem an die Entsorgungssicherung durch kommunale Abfallwirtschaftskonzepte und entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen gestellt werden. So legt der vorliegende Referentenentwurf zur TA Siedlungsabfall beispielsweise derartige Anforderungen an zu deponierende Restabfälle fest (Anteil organischer Stoffe maximal fünf Prozent bei bisherigen Hausmülldeponien), daß den Kommunen die Restmüllentsorgung nur noch durch die Müllverbrennung möglich sein wird, wenn diese Vorschläge realisiert werden. Eine Stellungnahme der ÖTV zur gegenwärtig vieldiskutierten TA Siedlungsabfall steht bislang aus.

Gewerkschaftspolitische Defizite und außergewerkschaftliche Akteure

War die ÖTV Mitte der achtziger Jahre also durchaus noch auf der Höhe der damaligen Abfallwirtschaftsdiskussion, so fallen gegenwärtig vor allem die Defizite auf. Eine Erklärung für diese Entwicklung kann hier nicht gegeben werden. Skepsis scheint angebracht, wenn darauf spekuliert wird, daß es sich nur um ein vorübergehendes Formtief der ÖTV handele. Auf den in entscheidenden Punkten bereits vollzogenen grundlegenden Wandel in der deutschen Abfallandschaft wird sie ohnehin nur noch reagieren können. Bei wichtigen jetzt auf der Tagesordnung stehenden Problemen im Abfallsektor (die Müllverbrennungsproblematik vor dem Hintergrund der kommenden TA Siedlungsabfall und der zwar Wachstum, Arbeitsplätze und Gewinne bescherende, ökologisch aber unsinnige Ausbau einer übermäßigen Abfallverwertungsindustrie) steckt die ÖTV außerdem im klassischen Dilemma gewerkschaftlicher Umweltpolitik: Sollen angesichts anhaltender Beschäftigungsprobleme ökologisch unverträgliche Arbeitsplätze wirklich aufgegeben werden? Vielleicht erklärt dies zum Teil die Funkstille in der Müllpolitik seitens der ÖTV. Die Tatsache, daß die ÖTV unlängst recycelbare Mitgliedsausweise eingeführt hat, wird die Defizite in ihrer Abfallwirtschaftsprogrammatik und -politik kaum kompensieren können.

Auch im Zusammenhang mit der Auto-Umwelt-Verkehrs-Debatte in der IG Metall und in den Automobilbetrieben sind vorangehend die Defizite bezogen auf die ökologischen Herausforderungen in diesem Sektor deutlich geworden. Der sich verdunkelnde beschäftigungspolitische Horizont in der deutschen Automobilindustrie dürfte einer Aufarbeitung dieser Defizite nicht gerade förderlich sein. In den betrieblichen Auseinandersetzungen werden Fragen der Arbeitsplatzsicherung wieder in den Vordergrund rücken und die notwendige Diskussion um Verkehrsvermeidung sowie Verminderung und Umstellung der Autoproduktion wohl überlagern. Andererseits kann nicht übersehen werden, daß außergewerkschaftliche Akteure in den beiden hier betrachteten Problemfeldern sowohl konzeptionell wie auch praktisch die aktuellen Fragen aufgreifen und im Sinn ökologisch vernünftiger und sozial verantwortlicher Gestaltungsvorschläge bearbeiten. So liegt beispielsweise mit den ausgereiften Vorschlägen zur

"Verkehrswende" ein richtungweisendes Konzept für die Verkehrswirtschaft insgesamt vor (vgl. Hesse/Lucas 1990), und die Problematisierung einer "feministischen Verkehrspolitik" zeigt, welche zukunftsorientierten Fragestellungen in diesem Sektor noch aufgeworfen werden können (vgl. Spitzner 1991). Darüber hinaus koordiniert und initiiert beispielsweise der "Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V. (UMKEHR)" seit Jahren vielfältige verkehrspolitische Aktivitäten vor Ort. Ähnliches gilt für die Abfallpolitik. So hat die Töpfersche Verpackungsverordnung eine fundierte Kritik etwa durch das Öko-Institut Darmstadt erfahren (dokumentiert in FR, 13.3.1991), die mittlerweile bundesweit agierende Bürgeraktion "Das bessere Müllkonzept" engagiert sich für eine vernünftige Müllpolitik und neben anderen empfiehlt der BUND den Städten und Landkreisen, das DSD zu boykottieren, um sich die Mittel für eine zukunftsgerechte Gestaltung der kommunalen Abfallwirtschaft nicht aus der Hand nehmen zu lassen.

Solange der Konflikt zwischen "Ökonomie und Ökologie" noch in dem Sinn lösbar erschien, daß der Ökologie durch vermehrte Investitionen und Beschäftigungsausweitung in aus umweltpolitischer Sicht vernachlässigte Felder Rechnung getragen werden könne (Stichwort: "Qualitatives Wachstum"), war es für die Gewerkschaften fraglos leichter, entsprechende Vorschläge zu entwickeln und sich für ihre Umsetzung zu engagieren. Zunehmend wird jedoch deutlich, daß nicht mehr nur eine *Umlenkung* wirtschaftlicher Aktivitäten, sondern vor allem eine bestimmte *Einschränkung* derselben auf breiter Front erforderlich ist, um die ökologischen Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu lösen: Eine Einschränkung nämlich vor allem der volkswirtschaftlichen Stoff- und Energieumsätze sowie des Produktvolumens und der Produktpalette. Wollen sich die Gewerkschaften der schwierigen Aufgabe stellen, sowohl die unmittelbaren Interessen der abhängig Beschäftigten wirkungsvoll zu vertreten als auch die gesellschaftliche Zukunft sinnvoll mitzugestalten, werden sie u.a. nicht daran vorbeikommen, die hiermit verbundene Aufgabe weiterer Arbeitszeitverkürzung neu zu durchdenken und wieder prioritär zu gewichten. Dabei sollte auch vorbehaltlos darüber nachgedacht werden, ob es nicht angeraten ist, für die höheren Lohn- und Gehaltsgruppen (zumal in den alten Bundesländern) auf einen Einkommensausgleich bei weiterer Arbeitszeitverkürzung zu verzichten. Die Phantasielosigkeit der diesjährigen Tarifrunde (beispielsweise mußte die "soziale Komponente" bei der ÖTV-Lohnforderung von den Arbeitgebern 'eingefordert' werden!) hat jedenfalls gezeigt, daß ein bloßes "weiter so" die Gewerkschaften nicht in die gesellschaftspolitische Offensive, sondern allenfalls in die Sackgasse eines "ADAC für Arbeitnehmer" (Gärtner 1985, 56) führen kann.

Literatur:

DGB o.J.: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Umweltprogramm des DGB, o.O., o.J. (1974).

Dürk 1991: B. Dürk, Besser vermeiden als im Dreck ersticken, in: ÖTV Hessen Aktuell, 4/1991, Frankfurt/Main, S. 4f.

Gärtner 1985: E. Gärtner, Gewerkschaften und Ökologie, Frankfurt/Main.

Huter u.a. 1992: O. Huter/A. Wiebe/U. Lahl, Kommune und Abfallentsorgung, in: WSI Mitteilungen, 2/1992, S. 81-88.

IDV 36: Sonderbeilage zum Informationsdienst Verkehr (IDV), herausgegeben vom Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V., IDV 36, Februar 1991, Berlin.

IG Metall o.J.: IG Metall (Hrsg.), Auto, Umwelt und Verkehr, Schriftenreihe der IG Metall Nr. 122, Frankfurt/Main o.J. (1990).

Kirbach 1992: R. Kirbach, Big Business Müll, in: Die Zeit Nr. 15, 3. April 1992.

Lahl 1992: U. Lahl, Kommunale Handlungsspielräume nach Einführung der Dualen Abfallwirtschaft, Referat auf der Tagung "Präventive Abfallpolitik" des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung am 19.2.1992 (Typoskript).

Hesse/Lucas 1990: M. Hesse/R. Lucas, Verkehrswende, Schriftenreihe des IÖW 39/90, Berlin/Wuppertal.

ÖTV 1985: Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV (Hrsg.), Umweltschonende und rohstoffsichernde Abfallwirtschaft (Qualitatives Wachstum 1), Stuttgart.

ÖTV 1990: Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV (Hrsg.), Entscheidungshilfen der Gewerkschaft ÖTV zur Organisation der kommunalen Abfallwirtschaft, Stuttgart.

Projektgruppe TA Siedlungsabfall 1991: Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Abfallgesetz (TA Siedlungsabfall), Technische Anleitung zur Vermeidung, Verwertung, Behandlung und sonstigen Entsorgung von Siedlungsabfällen, Entwurf des BMUNR vom 22.11.1991.

Spitzner 1991: M. Spitzner, Emanzipation vom Auto - Wie kann das Recht der Frauen auf eine soziale, ökologische und feministische Verkehrswende umgesetzt werden? in: B. Heidebreder/M. Hesse (Hrsg.), Verkehrswende, Dokumentation des Workshops am 6./7.11.1990 in Bochum, Bochum, S. 35-44.

SRU 1991: Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Abfallwirtschaft, Sondergutachten September 1990, Stuttgart.

Steinkühler 1990: F. Steinkühler, Umlenken, bevor es zu spät ist, in: natur, 1/1990, S. 46f.

UBA 1992: Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt 1990/91, Berlin.

VDA 1991: Verband der Automobilindustrie, VDA-Pressedienst Nr.9, 24.04.1991, "Strategien zur Senkung der CO₂-Emissionen".

Zwickel 1989: K. Zwickel, Automobilindustrie. Krisenbranche von morgen? Die Position der IG Metall, Referat auf der Automobilkonferenz am 15. Juni 1989 in Ingolstadt (Typoskript).

André Leisewitz/Klaus Pickshaus

Öko-Diskurs und betriebliche Realität - Ansatzpunkte für eine arbeitsökologische Politik der Gewerkschaften

Ist die Umweltfrage für die Gewerkschaften out? Bedeutet die "Renaissance" der sozialen Frage zugleich das Ende des eben erst hegemonen gewerkschaftlichen Umweltengagements? Viele Argumente gehen offen oder unausgesprochen in diese Richtung. Es fällt zudem auf, daß in linken Gewerkschaftskonzeptionen die Probleme der Ökologisierung der Arbeit, der reproduktiven Nutzung von Naturpotentialen und einer rationalen Gestaltung der Mensch-Biosphäre-Beziehung¹ - die kürzlich noch unter dem Stichwort sozialökologischer Umhau diskutiert wurden - eher am Rande thematisiert werden.² Wir halten dies aus verschiedenen Gründen für kurzsichtig: wegen der Bedeutung der Öko-Frage³ und wegen der real längst im Gange befindlichen Auseinandersetzung um "Öko-Hegemonie" auf der betrieblichen Ebene, die unter Stichworten wie "Öko-Management" von Unternehmerseite geführt wird.

Zur Skepsis gibt auch die Behandlung der Umweltfrage durch die Gewerkschaften selbst Anlaß. Trotz inzwischen recht vielfältiger Initiativen auf diesem Gebiet⁴ wird ein für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik strategisches Feld, von dessen Besetzung auch die zukünftige Gestaltungskraft der Gewerkschaften abhängen wird, von ihnen höchstens reaktiv und weitgehend zufällig bearbeitet.

Angesichts der unbestreitbaren Tatsache wachsender sozialer Belastungen und des zunehmenden Gewichts sozialer Konflikte scheint uns die Frage wichtig zu sein, wie unter diesen Bedingungen gewerkschaftliche Umweltpolitik entwickelt werden kann und wo erfolgversprechende Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Bemühungen auszumachen sind, Kompetenz in Umweltfragen zu entwickeln und Rückhalt für eine eigenständige Umweltpolitik bei Betriebsräten und in den Belegschaften zu gewinnen. Da sich Politik, die an Interessen vorbeigeht, nach einem alten Wort noch stets

¹ Vgl. Karl Hermann Tjaden, Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik von Mensch und Natur, Marburg 1990.

² Vgl. beispielsweise den Beitrag von Frank Deppe in diesem Heft sowie Forum Gewerkschaften (Hrsg.), Angst vor dem Individuum?, Hamburg 1992.

³ Vgl. dazu den Beitrag von Dietmar Düe in diesem Heft.

⁴ Vgl. als Übersicht: André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Auf der Suche nach einem neuen Politikansatz: Gewerkschaften und Umweltpolitik im Betrieb, in: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, September 1992.

blamiert hat, werden im folgenden Veränderungen in Bedürfnisstrukturen und Wertorientierungen mit Blick auf Umweltprobleme und soziale Fragen anhand einiger neuerer Untersuchungen auf ihre Tragfähigkeit hin untersucht: Welche Rolle spielen öffentliche Umweltdiskussion und betriebliche Auseinandersetzung für Umweltbewußtsein bei Arbeitern? Für die Herausbildung von handlungsrelevantem ökologischem Problembewußtsein kommt offenbar der betrieblichen Auseinandersetzung eine wichtige Bedeutung zu. Wie können Gewerkschaften am "Tatort Betrieb" eingreifen und wo sind Essentials einer arbeitsökologischen Politik zu vermuten?

1. Ökofrage - soziale Frage: Veränderungen bei den Wertorientierungen

Aufschluß über Veränderungen in den Wertorientierungen in den 80er Jahren hatte u.a. das infas-Forschungsprojekt "Wandel des politischen Bewußtseins von Arbeitnehmern" gebracht. Bei der Frage nach dem Stellenwert der Lebensbereiche standen generell die materiellen Existenzbedingungen im Vordergrund. "Gesund sein" war mit 75 Prozent der am häufigsten genannte Wert, "Sicherheit des Arbeitsplatzes" (60 Prozent), "gutes Einkommen" (57 Prozent) u.a. folgten danach. Erhalt der Umwelt ("unzerstörte Natur") stand in der Rangfolge auf Platz sechs (38 Prozent).⁵

Die Frage nach Zielvorstellungen für die Zukunft läßt demgegenüber stärker Veränderungswünsche erkennen; Bedürfnisse, die größere Bedeutung erlangt haben und daran gemessen nicht oder nur ungenügend befriedigt werden, sollten hier stärker hervortreten. Das Ziel "mehr Schutz für die natürliche Umwelt" hatte bei dieser Fragestellung mit 71 Prozent absolute Präferenz.⁶ Erst danach folgten soziale Forderungen wie "größere soziale Gerechtigkeit" (67 Prozent) oder "mehr soziale Gleichheit" (54 Prozent). Zusammengefaßt heißt es hinsichtlich der Bedürfnisse, bei denen besonders auf Veränderungen gedrängt wird: "Jenseits aller Orientierungen an unterschiedlichen gesellschaftsgestaltenden Zielpräferenzen ist der Schutz der natürlichen Umwelt inzwischen zur wichtigsten Forderung der Arbeitnehmer geworden. Die Grundstimmung ist also, die Modernisierung muß nach den Kriterien der sozialen und ökologischen Verträglichkeit gesteuert werden."⁷

Diese Grundtendenz tritt auch in anderen Untersuchungen zutage. Die Ergebnisse sprechen gegen die These vom Bedeutungsverlust der sozialen Probleme für die Lebenseinstellung, von der Abwertung der Arbeits- und

⁵ Walter Bertl/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider, *Arbeitnehmerbewußtsein im Wandel - Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft*, Frankfurt/M. - New York 1989, S. 118 ff.

⁶ Ebd., S. 135 ff.

⁷ Richard Stöss/Reinhard Schneider/Menno Smid, *Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft*, Frankfurt/M. - New York 1989, S. 94.

Berufssphäre und dem Verlust ihrer prägenden Bedeutung für gesellschaftliches Bewußtsein.⁸ Sie belegen aber zugleich, daß sich bei den Lohnabhängigen im Verständnis ihrer "materiellen Existenzbedingungen" wesentliche Veränderungen und eine Neugewichtung von Bedürfnissen vollzogen haben.

Dies gilt auch für Ostdeutschland. Aus inzwischen zugänglichen Untersuchungsdaten ist ersichtlich, daß im Laufe der 80er Jahre in der DDR das Bedürfnis nach einer intakten Umwelt einen hohen Stellenwert gewonnen hatte (1984 auf Platz sechs in der Rangskala der bei Arbeitern und Angestellten erfragten Wertorientierungen, 1988 auf Platz zwei - nach "Frieden").⁹ Die restriktive Informationspolitik der DDR-Führung in Sachen Umwelt und der fehlende Spielraum für Basis-Aktivitäten bei gleichzeitiger Zurücknahme der Bürgerinitiativen-Bewegung in Westdeutschland führte hier zu einem enormen Stau an unbefriedigten Wünschen und Erwartungen mit politischen Erosions-Folgen. Die Diskrepanz zwischen Bedürfnis und Zufriedenheit mit dem status quo sowie der Beurteilung von Möglichkeiten für ein bedürfnisgerechtes Verhalten war nach Maßgabe dieser Untersuchungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auf keinem Gebiet so groß wie im Umweltbereich.¹⁰

Der Vergleich der Erhebung von 1988 in der DDR mit einer neuen Untersuchung von 1991 widerspiegelt den Zusammenbruch des Systems sozialer Sicherung und dadurch ausgelöste Verschiebungen in den Wertorientierungen. Während 1988 Umwelt, Gesundheit und Freizeit einen Komplex mit hoher Bedeutung darstellten, rückten 1991 "Sicherheit" (mit ganz neuem Bedeutungshintergrund) und "Arbeit" vor "Umwelt" und "Gesundheit".¹¹

Die "spezifische Distanz" von Arbeitern zu ökologischen Themen, die in Untersuchungen der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre für die Bundesrepublik konstatiert worden war¹², ist heute nicht mehr gegeben.

⁸ So als Zentralthese vor allem bei Jürgen Hoffmann/Reiner Hoffmann/Ulrich Mückenberger/Dietrich Lange (Hrsg.), *Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt*, Köln 1990. Vgl. kritisch dazu Forum Gewerkschaften (Hrsg.), *Angst vor dem Individuum?*, a.a.O.

⁹ Roland Maier, *Zu einigen Beziehungen zwischen Umweltbewußtsein, Umweltverhalten und Umweltgestaltung*, in: *Umweltbewußtsein, Umweltverhalten und Umweltgestaltung (Soziologie und Sozialpolitik, Symposien und Kolloquien XI)*, Berlin 1990, S. 69 ff.

¹⁰ Vgl. ebenso Heinz-Jürgen Lindner, *Umweltbewußtsein und Aktivität - Zur Stellung des Bedürfnisses nach einer sauberen und intakten Umwelt in der Bedürfnisstruktur*, ebd., S. 106 ff.

¹¹ Ulrich Kausmann, *Umweltbewußtsein in Ostdeutschland - ein Forschungsansatz zur Sekundäranalyse empirischer Untersuchungen*. Vortrag bei der BdWi-Tagung "Umweltsanierung in den neuen Bundesländern", Berlin 1991, Manuskript, S. 3. Vgl. auch: Thomas Gerlinger, *Die Wahrnehmung und Interpretation von Umweltproblemen im Bewußtsein der neuen Bundesbürger bzw. von Arbeitern in den neuen Bundesländern*, Manuskript, Marburg 1991.

¹² Vgl. z.B. Hans-Joachim Fietkau, *Bedingungen ökologischen Handelns. Gesellschaftliche Aufgaben der Umweltpsychologie*, Weinheim/Basel 1984, S. 72 ff.

Von Heine und Mautz 1985/86 durchgeführte Befragungen ließen deutlich werden, daß die ökologische Sensibilisierung der Gesellschaft bei den Facharbeitern durchgeschlagen hatte; ein qualitativer Unterschied zum Rest der Bevölkerung war hier nicht (mehr) festzustellen.¹³ Eine Studie von Bogun, Osterland und Warsewa bestätigt diesen allgemeinen Sachverhalt.¹⁴

Das Resultat der jüngsten Untersuchungen steht jedoch nicht unbedingt im Widerspruch zu den früheren Befragungsergebnissen. Es deutet eher darauf hin, daß die neuen Umweltrisiken von verschiedenen sozialen Gruppen in unterschiedlicher Weise erfahren und verarbeitet werden, und daß sich hinter der allgemeinen Verschiebung im Ensemble der Bedürfnisse und Wertorientierungen eine im einzelnen durchaus unterschiedliche Konkurrenz und Gewichtung von Bedürfnissen und Werten verbirgt. Gerade dies dürfte aber über die Ebene allgemeiner Einstellungen hinaus für die Verdichtung von Bedürfnissen zu handlungsleitenden Interessen und praktischem Verhalten - und damit für die gewerkschaftliche Praxis - von Bedeutung sein.

2. "Ökologische Sensibilisierung" und "Umweltkompetenz" - zwei Ebenen

Ökologische Belange sind auf der "Werteskala" von Industriearbeitern nach oben gerückt; im einzelnen ist die Variationsbreite ihrer Einstellungen jedoch groß.

Bogun, Osterland und Warsewa konstatieren vier Einstellungstypen:

- Die "defensiven Industrieloyalen" (ein Viertel der Befragten). Meist ältere Industriearbeiter, die ökologische Probleme nicht zur Kenntnis bzw. nicht ernst nehmen, hierüber auch wenig wissen und keine betrieblichen oder außerbetrieblichen Erfahrungen im Umgang mit Gefahrstoffen bzw. Umweltrisiken haben, die diese Einstellung infrage stellen könnten.

- "Sensibilisierte Arbeitsplatzverteidiger" (ein Fünftel der Befragten). Die Umweltprobleme werden zur Kenntnis genommen; oft liegen betriebliche Erfahrungen mit Gefahrstoffen vor. Diese Arbeiter stellen maßvolle ökologische Ansprüche und halten Umweltprobleme für technisch lösbar. In der Abwägung erweisen sich das Arbeitsplatzargument, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens etc. jedoch als gewichtiger.

- "Perspektivlose Zukunftsskeptiker" (etwa ein Drittel aller Befragten). Die Arbeiter dieser Gruppe spüren ein "diffuses Unbehagen", sie sind ratlos, empfinden ein "Gefühl der Bedrohung". Sie sehen sich weniger durch all-

¹³ Hartwig Heine/Rüdiger Mautz unter Mitarbeit von Michael Schumann, Industriearbeiter contra Umweltschutz? Frankfurt/M. - New York 1989.

¹⁴ Roland Bogun/Martin Osterland/Günter Warsewa. "Was ist überhaupt noch sicher auf dieser Welt?" Arbeit und Umwelt im Risikobewußtsein von Industriearbeitern, Berlin 1990.

gemeine Umweltbelastungen, mehr durch Großunfälle bedroht. Unter ihnen finden sich "keine Arbeiter, die an ihrem Arbeitsplatz Erfahrungen und Kompetenzen im Umgang mit gefährlichen Stoffen erworben haben".¹⁵

- "Engagierte Wachstumskritiker" (ein knappes Viertel der Befragten). Arbeiter mit beachtlicher Umweltkompetenz, meist mit Erfahrungen im Umgang mit Gefahrstoffen. Eine umweltkritische Einstellung wird ihrerseits auch von den Gewerkschaften verlangt.

Bei den hier skizzierten Einstellungstypen sind zwei Unterscheidungsmerkmale von besonderem Interesse. An einer Minderheit ist der *öffentliche Öko-Diskurs* vorbeigegangen. Von der Mehrheit werden demgegenüber "Umweltprobleme ... durchaus als existent anerkannt und haben im Laufe eines sozialen Lernprozesses zu deutlichen Veränderungen in den Einstellungen zur Industrie geführt".¹⁶ Bei dieser Mehrheit spielt für die unterschiedlichen Einstellungen eine wesentliche Rolle, ob *eigene, berufliche Erfahrungen* mit Gefahrstoffen und Umweltrisiken vorliegen oder nicht. Wer solche Erfahrungen bei der Arbeit nicht hat, verfügt i.d.R. auch nicht über eigene Bewertungsmaßstäbe für Umweltprobleme und neigt entweder dazu, die allgemeine Diskussion darüber zu verdrängen bzw. nicht wahrzunehmen, oder er reagiert (die "perspektivlosen Zukunftsskeptiker") ratlos, mit "ambivalenten und widersprüchlichen Einstellungen". Bemerkenswert ist auch, daß diejenigen Arbeiter, die durch eigene Erfahrungen geprägte umweltkritische Einstellungen entwickelt haben, in der zitierten Untersuchung zusammengenommen immer noch eine Minderheit darstellten.

Die Unterschiede lassen noch etwas anderes erkennen: *Allgemeine Wertorientierungen*, die ein generell gewachsenes "Umweltbedürfnis" zum Ausdruck bringen, entstehen offenbar auf der *Ebene des gesellschaftlichen Öko-Diskurses*, in Auseinandersetzung mit allgemein wahrgenommenen Umweltrisiken. Daraus ergeben sich aber noch keine eigenen Bewertungsmaßstäbe und keine "Umweltkompetenz". Ein solches *ökologisches Problembewußtsein* entsteht erst auf der Ebene eigener, bei den Arbeitern in erster Linie arbeitsvermittelter sozialer Erfahrungen mit Umweltproblemen.¹⁷ Solche Erfahrungen ergeben sich z.B. im beruflichen Umgang mit Arbeitsschutz- und Ökoprotektoren, bei der Diskussion darüber in Betrieb und Aus-/Fortbildung, durch den Umgang mit solchen Problemen seitens der Vorgesetzten und der Unternehmensleitung ("ökologische Un-

¹⁵ Roland Bogun/Günter Warsewa, Regionaler Strukturwandel und Bewußtsein von ökologischen Risiken bei Industriearbeitern, in: J. Hoffmann/H. Matthies/U. Mückenberger (Hrsg.), Der Betrieb als Ort ökologischer Politik - am Beispiel einer Stoffgruppe, Münster 1992, S. 127.

¹⁶ Ebd., S. 128/129.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 131.

ternehmenskultur") oder über die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Materialien, Diskussionen und Interessenvertretung.

Die Bedeutung dieser beiden verschiedenen Ebenen für die Herausbildung allgemeiner Wertorientierungen ("ökologische Sensibilisierung") und arbeitsvermittelter Umweltkompetenz läßt sich auch anhand der Untersuchung von Heine/Mautz nachvollziehen. Sie sehen in den eigenen beruflichen Erfahrungen der von ihnen befragten Arbeiter eine wesentliche Quelle ihres ökologischen Problembewußtseins im Sinne erfahrungsbe gründeter und handlungsorientierender Einstellungen zu konkreten Umweltproblemen.¹⁸

Es gehört zu den wesentlichen Ergebnissen aller Untersuchungen, daß die Verknüpfung zwischen öffentlicher Umweltdiskussion und betrieblichen Erfahrungen offenbar eine entscheidende Rolle für die Herausbildung von ökologischem Problembewußtsein und Handlungskompetenz spielt. Dies zeigte sich auch bei eigenen Untersuchungen zu auslösenden Momenten und Erfolgsbedingungen der IG-Metall-Aktion "Tatort Betrieb".¹⁹

3. Vermittlungen zwischen Ökodiskurs und betrieblichen Erfahrungen

Weder führt die ökologische Sensibilisierung durch die öffentliche Umweltdiskussion automatisch zu einer entsprechenden Bewältigung betrieblicher Erfahrungen mit Risiken der Arbeitsumwelt, noch bewirkt der betriebliche Umgang mit Gefahrstoffen und Umweltbelastungen von sich aus neue Einstellungen und ökologische Handlungsimpulse. Fehlen betriebliche Erfahrungen, so kann sich ökologische Beurteilungskompetenz nicht oder nur schwer herausbilden; fehlt dagegen die ökologische Sensibilisierung, werden Gefahrstoffe und Umweltrisiken auf der betrieblichen Ebene als solche nicht wahr- und als normal hingenommen. So könnte man, sicher stark vereinfacht und schematisiert, den Zusammenhang zwischen Öko-Sensibilisierung und Erfahrungen in der Arbeitswelt charakterisieren.

Beim "Transfer" der ökologischen Sensibilisierung auf die betriebliche Erfahrungswelt - den Bereich, von dem die meisten Umweltbelastungen ausgehen und der in hohem Maße gesundheitsbelastend ist²⁰ - müssen die Risiken der Arbeitsumwelt überhaupt erst als solche entdeckt werden. Im Fall von "Tatort Betrieb" betraf dies gesundheits- und umweltbelastende Metallreinigungsmittel, die in der öffentlichen Gesundheits- und Umweltdiskussion längst problematisiert worden waren und die nun als allgemein

¹⁸ Rüdiger Mautz, Rezeption und Verarbeitung des Umweltthemas durch Industriefacharbeiter, in: J. Hoffmann/H. Matthies/U. Mückenberger (Hrsg.), a.a.O., S. 137.

¹⁹ André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Ökologische Spurensuche im Betrieb. Tatort Betrieb - Erfahrungen einer Aktion der IG Metall, Frankfurt/M. 1992.

²⁰ Vgl. dies., Ökologie und Betrieb: Handlungsmöglichkeiten und Widersprüche gewerkschaftlicher Politik, in: dies. (Hrsg.), Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage, Frankfurt/M. 1990, S. 159 ff.

übliche Arbeitsstoffe (bei sehr viel höheren Verbrauchsmengen, Grenz- und Expositionswerten) auch auf der betrieblichen Ebene thematisiert werden konnten.²¹

Vor dem Hintergrund wachsender Prägekraft außerbetrieblicher Sozialisationsinstanzen und sozialer Erfahrungen sowie beruflicher Fachausbildung kommt dieser Transfer zwar durchaus individuell-spontan zustande, erlangt aber unter den Restriktionen des betrieblichen Alltags und bei eingefahrenen gewerkschaftlichen Strukturen keine Breitenwirkung. Skepsis ökologisch sensibilisierter (jüngerer) Mitglieder gegenüber den Gewerkschaften und das Ausweichen auf andere Handlungsfelder außerhalb des Betriebs sind die oft berichteten Folgen. Die Aktion "Tatort Betrieb", die seit 1988 in Baden-Württemberg mit beachtlichem organisatorischem Aufwand der IG Metall betrieben wird, konnte sich auf eine Vielfalt solcher spontanen Ansätze und lokaler Initiativen stützen. Sie stellt jedoch - und dies ist ihre eigentliche Erfolgsvoraussetzung - den ersten Versuch dar, diesen Transfer-Prozeß systematisch zu organisieren und damit in breitem Maße von gewerkschaftlicher Seite aus Erfahrungs- und Lernprozesse auf der betrieblichen Ebene zu organisieren, in denen ökologisches Problembewußtsein und eine entsprechende Bewertungskompetenz bei Betriebsräten, Vertrauensleuten und in den Belegschaften entstehen.

Hierbei geht es nicht nur um Erfahrungen im stofflichen Umgang mit Gefahrstoffen und Umweltrisiken im Arbeitsprozeß, sondern in erster Linie um soziale Erfahrungen: Die Art und Weise, wie dieser Umgang im Betrieb organisiert wird, welche Verhaltensmaßregeln und Arbeitsvorschriften dabei eine Rolle spielen (und ob sie eingehalten werden), die "Sicherheits-" und "Öko-Kultur" des Betriebes, die Erfahrung, daß gesundheits- und umweltförderliche Verbesserungen möglich sind, die Wahrnehmung der Diskrepanzen von außerbetrieblichem und betrieblichem Gesundheits- und Umweltschutz, von Öko-Image und Betriebsrealität usw. Es geht also um den bewußten Umgang mit ökologischen und Gesundheitsrisiken und darum, den allgemein-gesellschaftlichen Ökodiskurs auf der Ebene des Betriebs und der Arbeitsprozesse zu konkretisieren. In diese sozialen Erfahrungsprozesse gehen unterschiedliche Interessen ein; sie werden zudem i.d.R. unterschiedlich von Unternehmern und Gewerkschaften strukturiert.

4. Arbeitsplatz - Gesundheit - Umwelt: Was tun im Konfliktfall?

"Die 'ökologische Frage' rangiert in allen Meinungsbefragungen seit den achtziger Jahren an höchster Stelle, sogar noch vor Arbeitslosigkeit."²²

²¹ Zu diesem "Transfer" und den Mechanismen der Umbewertung von Stoffen vgl. A. Leisewitz/K. Pickshaus, Ökologische Spurensuche im Betrieb, a.a.O., S. 37 ff.

²² Ulrich Beck, Jenseits der Versicherungsgrenze, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.7.1992.

Diese Ansicht ist in ihrer Allgemeinheit nicht haltbar. Darauf batten bereits die eingangs zitierten Befragungsergebnisse verwiesen, bei denen sich zeigte, daß die hohe Wertpräferenz für Umweltbelange sich insbesondere auf das Bedürfnis bezieht, daß sich hier etwas ändern und ihnen gesellschaftlich ein größerer Stellenwert eingeräumt werden müsse. Das heißt nicht, daß damit andere Wertorientierungen automatisch an Gewicht verlieren. Fragt man nun nach der relativen Bedeutung verschiedener Wertorientierungen, wenn sie praktisch, unter Handlungsgesichtspunkten, in Konkurrenz geraten, so zeichnet sich in den einzelnen Untersuchungen bei allen Differenzierungen doch ein recht einheitliches Bild ab.

Die Untersuchung von Heine und Mautz ergab, daß bei gesichertem Arbeitsplatz dem Umweltschutz eine vergleichsweise größere Bedeutung als der Arbeitsplatzsicherheit zugemessen wird. Doch meinten dieselben Arbeiter, daß ihr Urteil bei Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes durchaus anders ausfallen könnte.²³

Offenbar sind entscheidende Differenzierungsfaktoren in diesem Zusammenhang die potentielle Gefährdung der eigenen Reproduktionsgrundlagen und die Zeitperspektive: Wer Angst um den eigenen Arbeitsplatz hat und zum Abwägen zwischen aktuellen sozialen und zukünftigen Umwelt-Risiken gezwungen wird, bei dem ist der allgemeine Wert Umweltsicherung schwächer und weniger bestimmend ausgeprägt. Diese Gewichtung gilt für die aktuelle Entscheidungssituation: Hier wird "den Umweltproblemen ... ein deutlich geringerer Stellenwert beigemessen als der Arbeitsmarktentwicklung".²⁴ Anders in der Zukunftsoption, bei der die Erwartung positiver Arbeitsmarkteffekte hinter Befürchtungen zusätzlicher ökologischer Risiken zurücktritt. Der Stellenwert von Arbeitsplatz- und Umweltschutzinteressen verändert sich also mit der Zeitperspektive.

Die unterschiedliche Gewichtung von miteinander in Konkurrenz stehenden Bedürfnissen hängt aber nicht nur von ihrer Dringlichkeit, sondern auch von Handlungsmöglichkeiten und Realisierungschancen ab. Das zeigt der Vergleich von Umwelt und Gesundheit als Handlungsmotive. Eindeutige Erfolgsbedingung von "Tatort Betrieb" war die arbeitsökologische Thematisierung von gefahrstoffbedingten Gesundheitsbelastungen im Betrieb. Wo praktikable Alternativen präsentiert werden konnten, hatte dieser Mobilisierungsansatz Erfolgchancen. Zugleich hot sich die Möglichkeit, im Sinne einer "inneren Dynamik" auch betriebliche Umweltbelastungen zu thematisieren.²⁵ Heine/Mautz fanden bei den von ihnen befragten Chemiarbeitern anders als im Bereich des Umweltschutzes beim Gesundheitsschutz "überschießendes Verhalten".²⁶ Die Arbeiter sahen hier

²³ R. Mautz, a.a.O., S. 136.

²⁴ R. Bogun/G. Warszewa, a.a.O., S. 128.

²⁵ A. Leisewitz/K. Pickshaus, *Ökologische Spurensuche im Betrieb*, a.a.O., S. 43 ff., 57 ff.

²⁶ R. Mautz, a.a.O., S. 139 f. Gesundheitsbelastungen werden jedoch in Kauf genommen, wenn der Arbeitsplatz gefährdet ist.

einen eigenen Handlungsspielraum, während sie beim Umweltschutz das Gefühl hatten, im Vergleich zur Unternehmensleitung selbst wenig bewirken zu können. Daher blieb, anders als in Gesundheitsfragen, die Bedeutung ihrer öko-kritischen Haltung für das Umweltschutzhandeln im Betrieb begrenzt. Gerade hier ist aber ein "Einsatzort" gewerkschaftlicher Politik: im Aufzeigen eigenständiger Handlungsmöglichkeiten und Alternativen für Betriebsräte und Belegschaften.

Die Sache ist also komplizierter, als dies die oben zitierte Beck'sche Formulierung nahelegt. Lohnabhängigkeit, Zwang zur Sicherung der eigenen Reproduktionsgrundlagen und damit die notgedrungenerweise kurzfristigere soziale Interessenperspektive haben, wenn die Wertorientierungen durch die sozialen Verhältnisse in Konkurrenz gebracht werden, größeres Gewicht als die längerfristige Interessenperspektive Umweltsicherung.²⁷

Bei den Arbeitern mit ökologischem Problembewußtsein herrscht meistens die Auffassung vor, daß die ökologischen Risiken technisch zu bewältigen sind: durch Verfahrensänderungen, Umweltschutztechnologien, mehr Kontrollen etc.²⁸ Die Kritik konzentriert sich auf Produktionsverfahren, nicht auf Produkte (Produktlinie). Angesichts der zwangsläufigen, gegen die soziale Abhängigkeit nur schwer aufzubrechenden Bindung an Arbeitsplatz und Betrieb als Existenzgrundlage und damit auch an das im Betrieb bergestellte Produkt dürfte für eine auf ökologischen Umbau zielende Gewerkschaftspolitik hier die härteste Nuß zu knacken sein. Vermutlich klaffen hier Ökosensibilisierung, ökologisches Problembewußtsein und Handlungsbereitschaft am weitesten auseinander.²⁹ Die Erfahrungen mit "Tatort Betrieb" lassen jedoch dort Zugänge zu einer "ökologischen Produktpolitik" erkennen, wo Handlungsmöglichkeiten auf der Unternehmensebene ausgemacht werden können. Drohende Betriebsschließungen waren in einzelnen Fällen Ausgangspunkt für die Entwicklung ökologischer Produktalternativen (Öko-Konversion). Der "Zukunfts-Wert" Umwelt ließ sich hier mit dem "kurzfristigen" Interesse an Arbeitsplatzverlust verknüpfen.³⁰

Qualifizierte, im Umgang mit Gefabr- und Umweltschadstoffen erfahrene Arbeiter, die nicht von akuten Existenz-(Arbeitsplatz-)Sorgen bedroht sind, entwickeln, so könnte man die Ergebnisse zusammenfassen, eine durchaus umweltkritische Einstellung auch zum eigenen Betrieb und Unternehmen. Überall dort, wo das gewachsene Umweltbewußtsein von Ar-

²⁷ Ein Gedanke, den Jürgen Hoffmann und Ulrich Mückenberger zu Recht betonen. Vgl. dies., *Ökologiekrisis als Problem gewerkschaftlicher Politik*, in: J. Hoffmann/H. Matties/U. Mückenberger, *Der Betrieb als Ort ökologischer Politik*, a.a.O., S. 9 ff.

²⁸ Vgl. R. Mautz, a.a.O., S. 137; R. Bogun/G. Warszewa, a.a.O., S. 127.

²⁹ Hierzu verspricht die im Auftrag der IG Metall von Heilmuth Lange u.a. in verschiedenen Konzernbetrieben der Automobilindustrie durchgeführte Untersuchung zum Umweltbewußtsein näheren Aufschluß.

³⁰ Vgl. A. Leisewitz/K. Pickshaus, *Ökologische Spurensuche im Betrieb*, a.a.O., S. 48 ff.

beitern nicht direkt in Konkurrenz zu unmittelbar existenzsichernden Handlungsanforderungen (Arbeitsplatz- und Einkommensfrage) gerät, wird es auch in Zukunft ein an Bedeutung gewinnendes und aktivierbares Handlungsmotiv darstellen. Die Stabilität einer Bewegung wie "Tatort Betrieb" auch in Perioden aktiver Tarifpolitik zeigt das. Angesichts der Segmentierung des Arbeitsmarktes werden ökologische Probleme in den von Arbeitslosigkeit nicht unmittelbar berührten "intakten" Bereichen der Wirtschaft insofern - selbst bei quantitativer Ausweitung der Arbeitslosigkeit - betriebspolitisch eher an Bedeutung gewinnen. Das gilt für den Betriebsalltag vermutlich selbst bei stärkerem Greifen des von Unternehmern und Verbänden propagierten Drucks auf Löhne und Gehälter, solange nicht akute Reproduktionsprobleme bei den Beschäftigten in den Vordergrund treten.

Ökologisches Problembewußtsein in den Belegschaften setzt dabei, wo es entwickelt ist, auf Ausweitung von Kontrolle und gesetzlichen Regelungen, und - entsprechende Handlungsmöglichkeiten vorausgesetzt - eigenes Eingreifen. Es steht insofern in Verbindung mit dem generell konstatierten und an Bedeutung gewinnenden Mitentscheidungsbedürfnis.³¹ Das kontrastiert sowohl zu marktradikalen, auf Einschränkung gesellschaftlicher Kontrolle abzielenden politischen Konzepten, wie zu dem Bemühen, Mitentscheidung und Mitbestimmung von Gewerkschaften und Belegschaften auf der betrieblichen und Unternehmensebene möglichst abzublocken.

5. Ökologische Unternehmenspolitik - Gestaltungschance für die Gewerkschaften?

Der allgemeine gesellschaftliche Öko-Diskurs wirkt in verschiedener Weise auf die Unternehmenspolitik:

Als Reaktion auf veränderte Marktbedürfnisse, die ökologische Ansprüche an die Produkte und zum Teil auch an die Gesamtpolitik des Unternehmens widerspiegeln, übernehmen Unternehmen Elemente eines Öko-Managements. Insgesamt ist es eine geringe Anzahl, und noch geringer ist die Zahl derjenigen Unternehmen, die bereit sind, ihren gesamten Betriebsablauf einer Öko-Bilanzierung zu unterziehen und ein ständiges Öko-Controlling in der Unternehmensleitung einzuführen.

Eine breitere und institutionalisierte Form, mit der die gesellschaftliche Umweltdiskussion in die Unternehmen transferiert wird, sind die Umweltbeauftragten. Sie sind ein Ergebnis gesetzlicher Umweltschutzbestimmungen (Immissionsschutz, Gewässerschutz und Abfall), allerdings von der Unternehmensleitung direkt abhängig und mit wenig Kompetenzen ausge-

³¹ Vgl. bereits infas, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, Düsseldorf o.J. (1987). Die These, Ökologie und Demokratie gehörten zusammen, wird auch insofern zu recht vertreten.

stattet.³² Dennoch repräsentieren sie in gewisser Weise den gesellschaftlichen Anspruch auf einen rationelleren Umgang mit Umwelt und Ressourcen auf der Ebene der Unternehmen, wo sie u.a. die Einhaltung von diesbezüglichen Gesetzen und Vorschriften zu überwachen haben.

In der Strategie der Unternehmen spielt Umweltschutz allerdings eine nachgeordnete Rolle; gegenüber den staatlichen Auflagen wird in der Regel mit Verzögerungs- und Unterlaufungstaktiken reagiert. Fortschritte auf Unternehmensebene werden sich dennoch in erster Linie durch die staatliche Umweltpolitik ergeben - also durch Gesetze und Verordnungen, die (zumindest formal) gleiche Konkurrenzbedingungen der Unternehmen schaffen -, sowie durch den sich in vielfältiger Form artikulierenden öffentlichen Umweltdruck. Auf die durch die Sandoz-Katastrophe 1986 ausgelöste schwere Imageschädigung reagierte die Chemieindustrie schon ein Jahr später mit einer gemeinsam mit der IG Chemie abgeschlossenen Vereinbarung, in deren Gefolge zahlreiche Betriebsvereinbarungen mit erweiterten Informationsrechten und (von den Interessen der Chemie-Unternehmen bestimmten) Bildungsangeboten im Umweltschutz durchgesetzt wurden.

Die im Rahmen von Öko-Management-Konzepten zu beobachtenden Qualifikations- und Motivationsstrategien der Unternehmen, mit denen die Vermeidung von Gesundheits- und Umweltrisiken durch entsprechendes Belegschaftsverhalten bewirkt werden soll³³, reagieren ebenso wie die Institution der Umweltbeauftragten auf ein objektives Erfordernis: die Notwendigkeit eines sachgerechten, qualifizierten, umsichtigen und verantwortungsbewußten Umgangs der Beschäftigten mit Gefahrstoffen und betrieblichen Umweltrisiken, eben um diese zu beherrschen. Umweltpolitische Skandale wie die erwähnte Sandoz-Katastrophe verstärken diesen Druck.

Ähnlich wie bei der technologischen und arbeitsorganisatorischen Modernisierung bewegen sich die Einzelkapitale bei einer solchen ökologischen Unternehmenspolitik in einem Widerspruch: Sie sind in wachsendem Maße auf die lebendige Arbeit, d.h. die Aktivität, Motivation, Qualifikation, Kreativität und das verantwortliche Handeln der Beschäftigten angewiesen. Und zugleich zielen ihre Lösungen auf die alleinige Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz der Unternehmensführungen in Ökofragen ("Umweltschutz als Chefsache"), also die Abwehr jeder realen Mitentscheidungs- und Mitbestimmungsmöglichkeit von Belegschaften und ihren Interessenvertretungen. Die Unternehmer sehen sich dabei durch die derzeitigen Umweltgesetze und die restriktiven Bestimmungen des Betriebs-

³² Vgl. A. Leisewitz/K. Pickshaus, Auf der Suche nach einem neuen Politikansatz, a.a.O.

³³ Vgl. ebenda sowie Waidemar Hopfenbeck, Umweltorientiertes Management und Marketing, Landsberg/Lech 1990 und Lutz Wicke u.a., Betriebliche Umweltökonomie, München 1992.

verfassungsgesetzes, das nur begrenzte umweltpolitische Mitbestimmungsrechte bietet, bestärkt.

Für die Gewerkschaften liegen in diesem Widerspruch Ansatzpunkte für eine eigenständige betriebsökologische Gestaltungspolitik. Die auch künftig zu erwartende Ausweitung von Unternehmensstrukturen, die umweltpolitischen Erfordernissen Rechnung tragen, schafft praktische Einflußzonen für aktive Belegschaftsgruppen und Interessenvertretungen sowie die Gewerkschaften. Auch wenn in der Prioritätenliste gewerkschaftlicher Handlungsfelder klassische Schutzaufgaben der Einkommens- und Beschäftigungssicherung wieder an Bedeutung gewonnen haben, wäre es fatal, diese Gestaltungschancen zu verpassen.

Eine ökologische Erweiterung der Mitbestimmung gehört zum heutigen Konsens der gewerkschaftlichen Vorstellungen. Bietet dies allerdings auch die Chance zu neuen betriebspolitischen Kompromissen durch eine solche Erweiterung der Mitbestimmung, "die es den Arbeitnehmern und Interessenvertretern erlaubt, den betrieblichen Umweltschutz voranzutreiben, ohne immer wieder in Konflikt mit den bestehenden Machtbeziehungen zu geraten"?³⁴ Wenn dies kein Plädoyer für eine Selbstbeschränkung der Forderungen sein soll, so widersprechen die bisherigen Erfahrungen einer solchen Perspektive. Zu den umkämpften Feldern werden in erster Linie zählen, inwieweit über Informations-, Betätigungs- und Qualifikationsmöglichkeiten der Beschäftigten hinaus reale Mitbestimmungsrechte über umweltpolitische Unternehmensentscheidungen durchsetzbar sind sowie die Frage, ob der Status der Umweltbeauftragten unabhängiger von der Unternehmensführung gestaltbar ist. Der Konflikt mit den bestehenden Machtbeziehungen im Unternehmen entsteht spätestens dann, wenn Mitbestimmung in Produkt- und Investitionsfragen das Direktionsrecht des Unternehmers tangiert.

Tatsächliche Kompromiß- und Konsenschancen im Betrieb, die vielfach durch Belegschaften und deren Interessenvertretungen gar nicht ausgenutzt werden, ergehen sich vor allem dort, wo Unternehmen gesellschaftlich gesetztem und verallgemeinerten Zwang zu Umweltmaßnahmen ausgesetzt sind, deren Vollzug eingefordert werden muß. Verschärfte Entsorgungshemmungen erleichterten es beispielsweise der IG Metall mit ihrer Aktion "Tatort Betrieb", betriebliche Umstellungen der Reinigungsverfahren von chlorierten Lösemitteln auf wäßrige Systeme erheblich zu beschleunigen. Um solche ungenutzten Spielräume auszunutzen und um zugleich auf neue Strukturen einer ökologischen Unternehmensführung Einfluß zu nehmen, ist allerdings ein gewerkschaftliches Konzept erforderlich, das den Beschäftigten konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigt und

³⁴ Ulf Fink, Rede auf der Tagung der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema "Betrieblicher Umweltschutz und Mitbestimmung", Bad Homburg, 5.12.1991.

durch breite Mobilisierung Durchsetzungskraft gewinnt. Gestaltung setzt auch hier Gegenmachtfähigkeit voraus.

6. Arbeitsökologischer Ansatz und betriebliche Handlungsfähigkeit

Gewerkschaftliche Umweltpolitik, die etwas bewegen will - in den Köpfen der eigenen Mitglieder und in den Belegschaften einerseits, in Auseinandersetzung mit den an Kapitalverwertung und Externalisierung von Umweltbelastungen interessierten Unternehmen andererseits - muß der betrieblichen Ebene besonderes Augenmerk schenken. Von daher gewinnt ein Handlungsansatz wie "Tatort Betrieb" seine besondere Bedeutung als Versuch, ökologisches Problembewußtsein unter Gewerkschaftsfunktionären und Belegschaftsmitgliedern von einem Standpunkt aus zu entwickeln, der die individuellen Gesundheits- und die gesellschaftlichen Interessen an Umwelterhalt miteinander zu verbinden sucht. Diesen Ansatz fassen wir unter Arbeitsökologie. Für den "Transfer" neuer ökologischer Wertorientierungen zur Ebene der betrieblichen Erfahrungen spielt der Umgang mit Gefahrstoffen als "Schnittstelle" zwischen Umweltbelastungen und Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz eine zentrale Rolle. Das Ziel einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Produktions- und Arbeitsprozesses wird dann am ehesten von den Beschäftigten unterstützt, wenn die positiven Folgen für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sichtbar werden.

Hierdurch bieten sich nicht nur erweiterte Handlungsspielräume auf Basis des Betriebsverfassungsgesetzes, die im Gesundheitsschutz eindeutig gegeben sind, sondern in einer solchen Verknüpfung liegt auch der entscheidende Mobilisierungsfaktor. Die Eigenaktivität und den Kompetenzzuwachs der Beschäftigten zu fördern, schafft überhaupt erst Voraussetzungen, um in der Auseinandersetzung um betrieblichen Umweltschutz Gegenmachtpositionen aufzubauen und Einbindungsstrategien der Unternehmer zu begegnen.

Ein solches arbeitsökologisches Konzept ist insofern auch keineswegs ausserhalb des betrieblichen Sozialantagonismus angesiedelt. Gerade an der Frage von realen Handlungsspielräumen der Beschäftigten im betrieblichen Arbeitsalltag wird dies sichtbar: Eine stärkere Beteiligung von Beschäftigten im Gesundheits- wie im Umweltschutz wird in der Regel durch die immer stärkere Verdichtung der Poren des Arbeitstages und Leistungsintensivierung blockiert. In einer Befragung von Betriebsräten zu Gesundheitsbelastungen in der Druckindustrie, die eine hohe Sensibilität gegenüber Gesundheits- und Umweltrisiken bestätigt, werden Faktoren wie "Zeitdruck" und "psychische Belastungen" immer in enger Kombination mit weiteren Belastungsmomenten wie Lärm und Gefahrstoffe genannt.³⁵

³⁵ Andreas Stautz, Gesundheitsschutz als Unternehmensziel - wie geduldig ist Papier? in: Karin Roth/Reinhard Sanders (Hrsg.), Ökologische Reform der Unternehmen, Köln 1992 (im Erscheinen).

Der Kampf um Zeit und abgesicherte Beteiligungsmöglichkeiten während der Arbeitszeit, der unmittelbar gegen das Kapitalinteresse an einer intensiveren Nutzung der Arbeitskraft gerichtet ist, wird deshalb zur Schlüsselfrage, um eine Handlungsfähigkeit von relevanten Belegschaftsteilen überhaupt zu sichern.

Eindeutig definierte und einklagbare Rechte der Information, Qualifikation, Mitwirkung und Mitbestimmung sowie eigene Handlungsspielräume während der Arbeitszeit gehören deshalb zu den Essentials eines arbeitsökologischen Konzeptes. Betriebsvereinbarungen und tarifvertragliche Regelungen, die solche Rechte im Gesundheits- wie im Umweltschutz kombinieren, erweisen sich als die gegenwärtig geeignetsten Durchsetzungsinstrumente.

Wollen die Gewerkschaften diesen Anforderungen gerecht werden, ergeben sich mehrere Folgerungen:

* Die Politisierung des Gesundheitsschutzbemas führt zu einem starken Wandel des klassischen gewerkschaftlichen Arbeitsschutzbereichs, der sich in vielen Fällen als Träger arbeitsökologischer Aktionen erwies. Neue Kompetenzen, die die ökologischen Fragestellungen einschließen und Demokratisierungsimpulse vermitteln, werden das neue Profil prägen.

* Beim Neuaufbau betrieblicher Umweltstrukturen, wie der Institution der Umweltbeauftragten oder der Bildung von Umweltausschüssen, sollte die enge Verknüpfung mit den Arbeitsschutzstrukturen gesucht werden, um die vorhandenen Qualifikationen zusammenzuführen und präventive Gesundheits- und Umweltschutzziele gemeinsam zu erarbeiten.

* Erweist sich schon der gewerkschaftliche Gesundheitsschutzbereich vielfach gegenüber den neuen Anforderungen personell und qualifikatorisch als überfordert, so steckt der Aufbau einer eigenen gewerkschaftlichen Infrastruktur für Umweltpolitik noch völlig in den Kinderschuhen und wird zumeist in seiner strategischen Bedeutung nicht erkannt. Gerade in diesem Sektor würde es sich anbieten, den gewachsenen Aufgaben nicht nur oder in erster Linie durch die reine Erweiterung des hauptamtlichen Apparates der Gewerkschaften, sondern durch die Entwicklung einer peripheren Infrastruktur, die sich auf Kooperation mit umweltorientierten Forschungsgruppen und ökologischen Projekten stützt, gerecht zu werden.

Alexander Rager

Wege aus der Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit

Die Probleme, die sich bei diesem Thema auftun, sind äußerst vielschichtig und komplex. Deswegen sollen sie nur skizzenhaft und stichwortartig aufgeführt werden.

Es geht hier nicht darum, Schuldige ausfindig zu machen, sondern Strukturen und Zusammenhänge aufzuzeigen. Eine grundsätzliche - allerdings auch oberflächliche - Einschätzung der "Gewerkschaftsarbeit" ist unabdingbar, um Lösungsmöglichkeiten aufzeigen zu können. Dabei wird sich zeigen, daß es sich um eine bei der Jugendarbeit extrem zu Tage tretende Krise der Gewerkschaften handelt, die alle Bereiche betrifft. Sowohl die Schwierigkeiten als auch die Lösung der Probleme können deswegen nur im Gesamtzusammenhang gesehen werden.

Die Jugendlichen und ihr gesellschaftliches Umfeld

Ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen

Anders als noch vor 20 Jahren hat das "Jungsein" eine meist gut ausgestattete ökonomische Basis. Die meisten Jugendlichen sind heute nicht mehr dazu gezwungen, zum allgemeinen Familieneinkommen mit beizutragen, sondern können in bestimmten Bereichen autonome Entscheidungen treffen. Dies ist auch bei der Berufswahl sowie der Frage eines Studiums so. Der Anteil der Jugendlichen, die eine qualifizierte Berufsausbildung oder gar ein Studium durchlaufen, ist gestiegen (in der alten BRD gab es bereits mehr Studenten als Auszubildende.) Der Einstieg ins Erwerbsleben findet wesentlich später und auf einer qualifizierteren Basis als früher statt.

Viele Jugendliche haben dadurch mehr Möglichkeiten, ihren individuellen Lebensstil zu finden.

Gesellschaftlich findet der Wandel hin zu einer intensiveren Produktion statt. Das heißt, viele Arbeitnehmer haben begrenzte betriebliche Mitgestaltungsfunktionen, müssen wesentlich flexibler als in der Vergangenheit reagieren können, und werden dazu auch ausgebildet. Neue Ausbildungsmethoden und Formen sind nur ein Beispiel dafür.

Bewußtsein Jugendlicher/Wertewandel

Dies hat Einfluß auf die Entwicklung einzelner Charaktere, und formt das "Bewußtsein" Jugendlicher mit. Der "Wertewandel", der in vielen Studien (SOFI) beschrieben wird, besteht zuerst in einer wesentlich individuelleren

Gestaltung des eigenen Lebens in seiner gesamten Bandbreite. Jugendlichen kann dabei grundsätzlich nicht unterstellt werden, nur freizeitorientiert zu denken und zu handeln. Im Gegenteil - gerade in der heutigen Zeit gibt es viele Jugendliche, die sehr wohl gesellschaftliche Probleme kennen, und gewisse Zusammenhänge registrieren - aber diese "Kenntnis" beruht meist auf einer gefühlsmäßigen Einschätzung. Viele Jugendliche sind bereit, sich für ihre Interessen einzusetzen, oder vermeintliche Mißstände zu beseitigen. In der Frage der Ökologie wird ein solches Handeln sehr deutlich. Meist führen diese "eigenen" Einschätzungen aber nur zu persönlichen Handlungsansätzen, statt zu kollektiven Lösungen.

Kritischere Herangehensweise/geänderter Lebensmittelpunkt Jugendlicher

Der Automatismus, mit dem vergangene Generationen in die Gewerkschaften kamen, ist vorbei. Zwei wesentliche Dinge haben sich verändert. Erstens hat sich der unmittelbare Lebensmittelpunkt aus der Arbeit herausverlagert. Gearbeitet wird nur noch, um sich anschließend "ausleben" zu können. Das bedeutet aber auch, daß Jugendliche nur noch sehr begrenzt für betriebliches Engagement (Jugendvertretung) zu gewinnen sind. Diesen "Stress" wollen sich viele nicht antun.

Zweitens müssen alle politischen Handlungen hinterfragbar sein. Für die Jugendlichen muß es begründbar sein und einen konkret erlebbaren Sinn ergeben, in der Gewerkschaft zu sein.

Formen der gewerkschaftlichen Arbeit sind für Jugendliche unattraktiv

Formaler Ablauf ohne tatsächliche politische Kompetenzen

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit ist traditionell das Mittel zur Nachwuchsgewinnung. Diesem Anspruch, den die Gesamtorganisation an die Jugendarbeit stellt, haben sich alle anderen Belange zunächst unterzuordnen. In vielen Bereichen zählt nur, daß "der Organisationsgrad stimmt". Politische Überzeugungsarbeit kommt erst nach der erfolgten Aufnahme - wenn überhaupt.

Genauso schwierig gestaltet sich dann die tatsächliche politische Einflußnahme. Durch das Antragswesen und die Vorstände verlieren die Jugendlichen ihr eigentliches Problem aus den Augen. Die Zeitdimensionen zwischen Problemerkennntnis und Aktivitäten sind zu groß. Alles erscheint den Jugendlichen durchformalisiert. Die meisten Jugendlichen (und nicht nur sie) empfinden Ausschußsitzungen als das "Ätzendste", was es gibt. In politischen Fragen streiten die Jugendlichen den Gewerkschaften die Kompetenz ab.

Machtstrukturen innerhalb der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften weisen Machtstrukturen auf, die oft zu politischen und vor allem personellen Entscheidungen außerhalb der offiziellen Gremien führen. Geschäftsführende Vorstände erheben für sich den Anspruch, eine Vordenkerrolle innezuhaben. Vor allem sind hier personelle Entscheidungen und Aktivitäten gemeint. Viele Wahlen in gewerkschaftlichen Gremien sind deswegen formal zwar demokratisch, da aber zu Beginn von Konferenzen feststehen soll, wer was wann macht, führt das real zu regelrechten Grabenkämpfen hinter der Front.

Je mehr Informationsvorsprung der Vorsitzende hat, desto besser gelingt es ihm auch, seine Macht zu erhalten. Wer setzt schon gerne politische Gegner oder unangenehme Leute als seine Konkurrenten ein? Der Kampf um die Informationen (in Gremien) führt deswegen oft zu "Multifunktionären". Gremien werden direkt an die Informationen der Vorsitzenden gebunden.

Von der Beschlußlage zum Ablauf der konkreten Arbeit

Historisch gewachsen und strukturell bedingt gibt es für einzelne Mitglieder/Jugendliche wenig Möglichkeiten, auf den Willensbildungsprozeß (der schlicht Beschlußlage genannt wird) direkten Einfluß zu nehmen.

Allenfalls über Anträge auf örtlicher Ebene können Meinungen eingebracht werden. Der weitere Werdegang aber entzieht sich völlig dem/der AntragstellerIn.

Auf Kongressen sind diejenigen, die die "Beschlüsse in der Arbeit umsetzen sollen" vertreten. Damit sind automatisch freigestellte Betriebsräte und gewerkschaftliche FunktionsträgerInnen gemeint, die eine gewisse Mindestanforderung erfüllen - meist jahrelange, treue Mitarbeit.

Die Jugend (wie auch die Frauen) sind in allen wesentlichen Gremien unterrepräsentiert. Auf Gewerkschaftstagen spiegelt sich überhaupt nicht die Mitgliedschaft wieder, und wer denkt schon an einen 20jährigen im Hauptvorstand einer Gewerkschaft. Die Verantwortung - oft für viele tausend Mitglieder - ist sicher groß. Für viele aber ist die Organisation zum Selbstzweck geworden. In Positionen, mit denen Einfluß verbunden ist, kommt man nur durch dauerhafte Einbindung, oft über Jahre hinweg. Die Konsequenz sind viele Ämter/Posten und Termine. Den meisten Jugendlichen ist dieser Weg inzwischen zu lang und zu beschwerlich.

Die Gewerkschaften haben keine politische Anziehungskraft auf Jugendliche

Utopien und Alternativen fehlen

Aus der historischen Entwicklung heraus haben die Gewerkschaften meist Zielvorstellungen und Grundsatzprogramme eines anderen gerechteren Gesellschaftssystems. Dies steht im völligen Widerspruch zur existierenden

kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die "Tagespolitik" der Gewerkschaften kann diesen Anspruch nicht verwirklichen, da zuerst die unmittelbaren - meist betrieblichen - Probleme zu lösen sind. Zu den anderen großen Problemen der Zeit wurde lange versäumt, überhaupt Stellung zu nehmen, geschweige denn Alternativen zu bieten. Die Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung sind nur ein Ausdruck dafür. Der Verteilungskampf wird immer härter und die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken zur Wand. Große Erfolge außerhalb der Tarifpolitik gibt es zu Zeiten der Wende nicht mehr.

Der politische Kampf der Gewerkschaften hat sich durch die Anerkennung der parlamentarischen Demokratie meist auf verbale Proteste begrenzt. Die "Basis" scheint diese Politik durch ihr Wahlverhalten zu bestätigen.

Proteste und vor allem die sinnvollen Alternativvorschläge erreichen die "normalen" Mitglieder aber gar nicht. Die Angst, gegen die breite Öffentlichkeit aufzutreten und damit Stimmverluste bei Personalrats- oder Betriebsratswahlen zu riskieren, lähmt vielerorts die Aktivitäten der Organe und Funktionäre der Gewerkschaften. Diese Politik erfolgt also "vermeintlich" im klaren Mitgliederauftrag.

Innengewerkschaftliche Kritik und Wahlverhalten Jugendlicher

Innengewerkschaftliche Kritik ist unterbelichtet. Wenn in den Augen Jugendlicher die Gewerkschaft "Scheiße gebaut" hat, wollen sie darüber reden. Gegenüber wortgewandten Funktionären besteht aber keine Chance, daß mit dieser Kritik sachlich umgegangen wird. Viele Diskussionsveranstaltungen gleichen deswegen eher einem "auf Linie bringen", denn einem sachlichen Dialog. Funktionäre kommen noch leichter in den Verdacht des Nestbeschmutzers, wenn sie Kritik üben.

Politische Auseinandersetzung wird dann nicht mehr betrieben. Für Jugendliche stellt sich das dann so dar: "Das ist ja dasselbe wie bei den Parteien." Das Wahlverhalten, das deutlich zu machen scheint, daß die Mitglieder die Gewerkschaften für alles verantwortlich machen, aber am nächsten Tag die Konservativen wählen, wird oft als Grund angeführt, keine Kritik zu üben. Denn Schuld sind immer die Gegner.

Jugendliche aber hatten in der Regel noch gar nicht Gelegenheit, über gewerkschaftliche Bildungsarbeit Forderungen, Probleme ihrer Durchsetzung und die Notwendigkeit eigenständigen Handelns kennenzulernen. Das betrifft auch - und vor allem - Wahlen.

Der rapide angestiegene Teil der jugendlichen Nichtwähler erkennt lediglich, daß es allein mit dem Wahlzettel eben nicht getan ist. Nichtwählen ist ihr Ausdruck des Protestes.

Zusammenfassung

Insgesamt ist also festzustellen, daß Jugendliche sich immer weniger mit den Gewerkschaften identifizieren, und es auch kein "natürliches" Hinein-

wachsen (vom Vater zum Sohn) mehr gibt. Es sinkt auch die Bereitschaft, fest gebunden zu werden, und damit gibt es weniger Einflußmöglichkeiten. Diejenigen, die übrigbleiben, ersticken in Arbeit, und werden vollkommen überlastet. Diese Frustration führt ebenfalls zur zuerst inneren und dann äußeren Quittierung der Arbeit. Vor allem gibt es immer weniger Möglichkeit, politisch an die Arbeit heranzugehen, politischen Überblick und damit Ideale zu haben. Gerade der Verlust politischer Erkenntnis und alternativer Entwürfe ist verheerend für die Nachwuchsgewinnung der Gewerkschaften. Andere gesellschaftliche Gruppen (Frauen, Studenten, Angestellte usw.) finden überhaupt keinen Zugang zu den Gewerkschaften.

Versuch von Lösungsansätzen

Die Jugendlichen, die sich hier erkennen lassen, sind eigentlich der Typ von Mensch, den die Gewerkschaften immer gewollt haben. Sie laufen nicht blind hinterher, fragen nach, und müssen von etwas überzeugt werden. Dementsprechend ist auch ihre kritische Distanz zu den Gewerkschaften positiv und sollte respektiert werden. Neue Formen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit können nur auf dieser Grundlage aufbauen.

Die folgenden Vorschläge bieten keine Patentlösung, sondern sind Diskussionsansätze, wie sie innerhalb der Gewerkschaftsjugend bestehen. Die relativ ausführliche Analyse sollte aufzeigen, wie es in Zukunft nicht mehr weitergehen kann.

Letztlich kann nur eine Änderung der gesamten Gewerkschaftsarbeit eine Lösung bringen, weshalb es auch so schwierig ist, Vorschläge allein zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit zu machen.

Alle Vorschläge sind nur Ideen, die gemeinsam und solidarisch diskutiert werden sollen.

Projektgruppenarbeit

Im Rahmen einer Projektgruppe soll mit Gleichgesinnten versucht werden, vorhandene Probleme zu lösen. Dabei soll möglichst viel eigener Spielraum zur Gestaltung, einschließlich finanzieller Unabhängigkeit, gewährleistet werden. Ziel ist auch, so wenig formalistisch wie möglich zu arbeiten, und die Jugendlichen nicht starr (in Form von Ausschußmitgliedern etc.) an die Organisation zu binden.

Wichtig dabei ist, den Zusammenhang gesellschaftlicher Verhältnisse zum Problem herzustellen, und so Willensbildung zu betreiben.

Funktionieren können diese Projektgruppen nur, wenn ihnen genügend politischer Spielraum (z.B. Positionsbeschreibungen für die Organisation) gegeben wird.

Gleichzeitig muß die Gremienarbeit auf das unumgängliche Maß eingeschränkt werden.

Dezentralisierung

Gewerkschaftliche Auseinandersetzungen und Erfolge waren immer auf der Grundlage kollektiven Handelns zu erreichen. Dies war und ist auch in der Zukunft wichtig.

Der Zentralismus aber, der sich in den Gewerkschaften entwickelt hat, muß aufgelöst werden. In den unumgänglichen Bereichen ist nach wie vor zentral koordiniert zu handeln. In allen anderen Bereichen aber ist über Rahmenvereinbarungen dafür zu sorgen, daß vor Ort die Möglichkeit der Ausgestaltung nach Interessenlagen und Ansatzpunkten der Beschäftigten bzw. Mitglieder besteht. Die Sach- und Fachkompetenz der eigenen Mitglieder muß genutzt werden.

Überschaubarkeit und Hinterfragbarkeit der Vorgänge kann so am ehesten garantiert werden.

Insbesondere für Jugendliche kann das den Anreiz hilden, persönlich aktiv zu werden, denn sie können *sich selbst* einbringen. Es werden sich Ideen, Phantasien oder Beispiele ergeben, die eine insgesamt vielfältigere und interessantere Arbeit, aber auch Handlungskompetenzen zur Folge haben. Die Zeiten, in denen eine Veranstaltung einfach nur schön sein mußte, sind vorbei.

Hauptamtliche Unterstützung/Vorstände

Ein völlig neues Rollenverständnis müssen die hauptamtlichen Beschäftigten und Vorstände entwickeln.

Ein Sekretär muß momentan alles und vor allem alles besser wissen. Dadurch wird die Zentralisation auf "Kompetenzverwaltungen" vorangetrieben. Das Gegenteil aber ist notwendig. An möglichst vielen Orten müssen Ansprechpartner sitzen, die eine Moderatorenrolle übernehmen, Tips geben und dafür sorgen, daß nötigenfalls an den richtigen Stellen das Fachwissen abgefragt werden kann.

Die Vorstände dürfen nicht mehr die alleinige Kompetenz erhalten, und der selbsternannte Status der "Avantgarde" ist aufzugehen. Sie sollen sinnvoll koordinierend eingreifen, statt Entscheidungen vorherzubestimmen. Ein Sprecher/Innenrat in diesem Zusammenhang ist nicht verkehrt.

Die Jugend hat in jedem Fall entsprechend ihrem Anteil Einflußmöglichkeiten und Freiräume in der Arbeit zu haben.

Die Attraktivität von entsprechend jugendfreundlich ausgestalteten Räumen und Gewerkschaftshäusern ist dabei keinesfalls zu unterschätzen.

Diskussionsplattform/Bündnispolitik

Insgesamt muß die Entwicklung in eine Richtung gehen, die einer Plattform verschiedenster politischer Diskussionsansätze gleicht.

Jugendliche sehen immer mehr ihr Leben außerhalb des Betriebes, und wollen dies auch hewußt gestalten. Die Arbeit selbst wird dabei nur als Mittel zur Existenzsicherung gesehen, nicht als Sozialisationsort. Die damit

verbundene inhaltliche Änderung muß sich in der gewerkschaftlichen Politik und Auseinandersetzung widerspiegeln und die Möglichkeit bieten, Probleme außerhalb des Betriebes zu diskutieren. Hierin besteht geradezu die große Chance, z.B. über Wohnungsprobleme u.ä. Interessenten und engagierte Jugendliche anzusprechen.

Ein weiterer wichtiger Stellenwert ist der Bündnispolitik beizumessen. Mit allen Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Gesellschaft zu verbessern, muß prinzipiell zusammengearbeitet, diskutiert und gestritten werden, ohne das Eigeninteresse in den Vordergrund zu stellen.

Die innergewerkschaftlichen Kommunikations- und Informationswege erfordern mehr Offenheit, und vor allem mehr Spontaneität und Kreativität, sowie den Austausch örtlicher Erfahrungen und Anregungen.

Gewerkschaftspolitik muß mit den Mitgliedern und nicht für sie gemacht werden.

Arbeit, Leben und Ökologie/Global denken - lokal handeln

Mit organisatorischen Änderungen allein ist es nicht getan. Inhaltlich ist eine neue Schwerpunktsetzung notwendig. Gerade Jugendliche wollen hinterfragen, wissen und eigene Positionen mit einbringen.

Da die Gewerkschaften Themen außerhalb ihres eigentlichen Aufgabenbereiches nie so gut lösen können wie die entsprechenden Gruppen, (also z.B. Greenpeace, Amnesty International) müssen sie ihr klassisches Thema neu bestimmen und ausgestalten. Gerade hier aber besteht die große Chance der Gewerkschaften. Denn gerade in der kapitalistischen Produktion liegen ja die größten Probleme und Widersprüche dieser Gesellschaft. Ob die globale Umweltverschmutzung, die absolute Ausbeutung der "Entwicklungsländer" oder die sich immer mehr zuspitzende Krise in den entwickelten kapitalistischen Staaten - die Ursache der Probleme ist im Betrieb, am Arbeitsplatz der Kolleginnen und Kollegen zu finden.

Auf der örtlichen Ebene müssen diese Probleme konkret, erfahrbar und verständlich gemacht werden. Die entsprechende gewerkschaftliche Zielvorstellung ist daran zu messen.

Unter dem Stichwort "Global denken - lokal handeln" verbirgt sich also der unmittelbare Ansatz der Gewerkschaften, die vielfältigen Interessen - insbesondere der Jugendlichen - außerhalb der Arbeit einzufangen, auszugestalten und mit ihren Interessen in Einklang zu bringen.

Nicht mehr der Betrieb, die Gesellschaft steht im Mittelpunkt des sozialen Lebens Jugendlicher, die jedoch wieder im Betrieb ihren Ausgangspunkt findet.

Utopien denken und diskutieren/Bildungsarbeit

Aus diesem Grund spielt Bildungsarbeit für die zukünftigen Auseinandersetzungen eine wesentlich größere Rolle. Noch viel mehr als in der Vergangenheit gibt es zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit keine Alter-

native. Sie muß der zentrale Schwerpunkt gewerkschaftlicher Jugendarbeit sein. Nur hier kann das tägliche Erlebnis in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen gebracht werden. Nur hier können neue Ideen geboren und Utopien gedacht werden. Und nur hier haben die Gewerkschaften wieder Gelegenheit, ihre Grundsatzprogramme mit Leben zu erfüllen und zu neuen Diskussionen zu kommen, die in die Gesellschaft ausstrahlen.

Das Ziel gewerkschaftlicher Bildungsarbeit müssen handelnde Subjekte dieser Gesellschaft - und nicht nur der Gewerkschaften - sein.

Dabei soll auch überlegt werden, welche Formen denn am besten geeignet sind. Zielgruppenorientierte Lebrgänge für spezielle Gruppen gewerkschaftlich Organisierter sollten dabei stärker berücksichtigt werden.

Raum für gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb

Ein letzter Aspekt neuer Formen der Gewerkschafts-/Jugendarbeit ist der Anspruch, die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb und nicht in der Freizeit durchzuführen. Dazu ist die Diskussion zur Aufwertung entsprechender örtlicher Gewerkschaftsgremien zu führen. Tarifverträge mit Zeitkontingenten für betriebliche Gewerkschaftsarbeit wären dafür unabdingbar. Das könnte von den Betriebs- und Personalräten - als gewerkschaftlichen Funktionsträgern - als Konkurrenz gesehen werden. Die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen müssen aber selbst in Erscheinung treten, und nicht in Form von Betriebs- und Personalräten.

Dazu gehört auch eine entsprechende inhaltliche Erweiterung der Aufgaben, weshalb eine inhaltliche Ausgestaltung der Tarifpolitik unbedingt notwendig ist. Mit entsprechenden Zeitkontingenten sollte es möglich sein, gewerkschaftliche Probleme während der Arbeitszeit zu lösen.

Letztendlich soll dies auch mit dazu beitragen, daß Gewerkschaftsarbeit wieder Spaß macht. Das ist wohl nicht der letzte Grund.

Emil Stohl

Werftenkrise - Strukturkrise - Systemkrise

Da wächst zusammen, was nicht zusammen paßt

Am 21. Mai 1992 wurde die Meldung verbreitet, daß die EG grünes Licht für die Stützung der ostdeutschen Werften gegeben hätte. Man fragt sich: Ist das der wohlwollende Abschluß der krisenhaften Entwicklung im deutschen Schiffbau, eine Hilfe für das Überleben der Region Mecklenburg/Vorpommerns? Sieht man sich die Bedingungen einmal näher an, registriert man, daß 40 % der Schiffbaukapazität abgebaut werden soll, braucht man kein Propbet zu sein, um zu erkennen, daß damit der ostdeutsche Schiffbau endgültig zum Sterben verurteilt ist. Gleichzeitig wirft diese EG-Verordnung einige Fragen auf und macht Antworten darauf noch brisanter.

1. Leitet die EG-Entscheidung eine neue Werftenkrise ein, wie sie vor einem halben Jahr die Gemüter bewegt hatte?
2. Ist diese administrative Entscheidung der EG das Paßstück zur sozialistischen Planwirtschaft, und steht sie daher nicht im Widerspruch zur Marktwirtschaft?

Um die erste Fragestellung zu beantworten, sollte man die sogenannte Werftenkrise näher betrachten. Handelt es sich hier nicht um die Wirtschaftskrise eines deutschen Industriezweiges? Um darauf eine Antwort zu finden, muß man den historischen Blick öffnen.

Der deutsche Schiffbau war mit Beginn unseres Jahrhunderts traditionell gewachsen, Standorte wie Danzig, Stettin, Lübeck und Bremen waren weltbekannt und sicherten dem Handelskapital die "deutsche Zukunft auf dem Meer". Daneben existierten an der Küste und im Binnenland viele kleine Werften für Fischerei-, Küsten- und Flußschiffe. Sie sicherten die Reparatur und den Neubau für diesen Verkehrsbereich.

Nach dem II. Weltkrieg und der danach folgenden politischen Entwicklung änderte sich, wie in vielen Bereichen, auch die Struktur des deutschen Schiffbaus. Die Verluste an Wasserfahrzeugen im Verlaufe des Krieges hatten erhebliche Defizite an diesen Fahrzeugen zur Folge. Einen außerordentlich großen Bedarf hatte die Sowjetunion. Die Umsiedlung vieler Deutscher aus den Ostgebieten und aus der CSR stellte die Verantwortlichen vor die Aufgabe, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Was lag näher, als dieses entstandene Defizit dazu zu nutzen. So entstanden an der Ostseeküste in der 2. Hälfte der vierziger Jahre einige Werftstandorte. Dazu gehörten: die Peenewerft Wolgast, die Volkswerft Stralsund, die Neptun- und

Warnowwerft, die Mathias-Thesen-Werft Wismar und die Elbwerft in Boizenburg.

Am 27. April 1946 wurden auf Anordnung des Marineministeriums der UdSSR in Wismar ein Reparaturstützpunkt geschaffen. Bereits am 26. April 1946 trafen, aus Stettin kommend, 13 Fachleute mit drei defekten Drehbänken und einigem notwendigen Material in Wismar ein. Schon Ende 1946 zählte die Belegschaft 698 Personen. Der erste Auftrag kam, wie die erste Anordnung auch, aus der SU. Die Hochseeschiffe "ILJA REPIN" und danach die "IWAN SUSANIN" waren die ersten großen Reparaturaufgaben der jungen Belegschaft. 1949 hatte die Werft schon eine Belegschaftsstärke von 4.670 Personen. Sie blieb aber trotzdem eine Reparaturwerft. Ähnlich vollzog sich die Entwicklung an den anderen Werftstandorten. In der Volkswerft Stralsund wurden beispielsweise Kutter für Küstenfischerei gebaut und in der Staatswerft, am gleichen Standort, Reparaturen an Hochseeschiffen durchgeführt. Als, bedingt durch die Politik Adenauers, "lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb", die deutsche Spaltung mit der Währungsreform vollzogen wurde, mußten auch längerfristige Entscheidungen für die Wirtschaftsentwicklung getroffen werden. Der erste Bauabschnitt des Ausbaus der Werft fiel in die Zeit August 1950. Schon am Vorabend des 1. Mai 1952 erfolgte die Kiellegung für das erste Neubauprojekt in Wismar.

Diese Entwicklung lief nicht konfliktlos, sie wurde begleitet von inneren und äußeren Störungen. Von Seiten der Herrschenden der BRD wurde die Bewegung an der Ostseeküste argwöhnisch und mißtrauisch verfolgt. Dem Argwohn folgten Störungen mit erheblichen Auswirkungen. Der Stahl-schiffbau bedurfte, naturgemäß, großer Mengen an Stahlplatten und anderer hochwertiger Erzeugnisse. Bedingt durch die strukturelle Entwicklung der deutschen Industrie waren solche Materialien in der DDR nicht vorhanden. Sie wurden aus der BRD bezogen. Anfang der 50er Jahre wurden die Lieferungen erheblich eingeschränkt, zum Teil sogar überhaupt eingestellt. Flüssigkeit für die Kühlanlagen, vor allem für die Fischereifahrzeuge, wurden nicht mehr geliefert und mußten illegal über die "innerdeutsche Grenze" beschafft werden. Was durch die Gesetzmäßigkeiten des Konkurrenzkampfes nicht verhindert werden konnte, wurde jetzt mittels staatlicher Restriktionen vollzogen. Die DDR-Regierung ihrerseits reagierte mit der Politik der "Unabhängigmachung" darauf. Kurzfristige und langfristige Wirtschaftsvereinbarungen mit der SU waren die Folge. Sie sicherten den ostdeutschen Werften Arbeit und volle Auftragsbücher. Damit nabelte sich auch die ostdeutsche Werftindustrie von der gesamtdeutschen Wirtschaft weitgehend ab. Es entstand in 40 Jahren ein leistungsfähiger Schiffbau an der Ostseeküste. Allein die Mathias-Thesen-Werft baute in den 43 Jahren (bis 1989) 289 Hochseeschiffe in 27 Typen für Auftraggeber aus 14 Ländern. Darunter Spezialschiffe des Typs "POLAR", "KRISTALL", "RO/RO SCHIFFE" und Eisenbahngüterfähren. Zu den Kunden der Werft zählten Reedereien aus Schweden, Norwegen, Finnland, Frankreich, Griechen-

land, Hongkong, Panama und aus der BRD. Hauptabnehmer war für alle Werften ohne Zweifel die SU. Auch das Argument überzeugt nicht, wenn behauptet wird, der Schiffbau sei zu teuer gewesen und die Schiffe seiren zu billig verkauft worden. Weiterführende Untersuchungen würden beweisen, daß das durchaus nicht nur ein Merkmal des ostdeutschen Schiffbaus war. Wie auch immer, die ostdeutschen Werften waren ein ernsthafter Konkurrent im europäischen und internationalen Schiffbau.

Mit der Vereinnahmung der DDR durch die BRD sah sich die deutsche Werftindustrie, wie andere Wirtschaftszweige auch, vor neue Probleme gestellt, wie sie sich aus dem Wirkungsmechanismus der Marktwirtschaft ergeben. Die ostdeutsche Werftindustrie sah ihre Überlebenschance in der Schaffung einer Verbundlösung aller Werften und der bedeutendsten Zulieferer. Das wissenschaftliche Potential war vorhanden, die Konzeption für das computergesteuerte und bedienungsarme Schiff mit einer Antriebsmaschine mit geringstem Energieverbrauch. Die Schiffselektronik und Antriebsmaschinen konnten selbst hergestellt werden. Modernen Lösungen standen fortan, weder Wirtschaftsbeschränkungen, noch Sperrlisten im Wege. Auf dem internationalen, jetzt nicht mehr durch den RGW eingegengten Markt, wäre ein Kräftemessen möglich gewesen. Doch offensichtlich wurde die Gefahr erkannt. Da der Absatzmarkt im Osten für lange Zeit nicht mehr belieferbar sein wird, mußte ein lästiger Konkurrent rechtzeitig ausgeschaltet werden.

Die sogenannte Werftenkrise ist somit keine ostdeutsche Erscheinung, sondern eine tiefe Strukturkrise der deutschen und europäischen Werftindustrie, die durch Konkurrenzunternehmen aus dem fernen Osten (Japan usw.) weiter verschärft wird.

Um eine Antwort auf die zweite Frage zu finden, möchte ich einige Betrachtungen zum Zusammenspiel der Gesetzmäßigkeiten der Produktion und des Marktes anstellen. Die EG-Entscheidung steht keineswegs im Widerspruch zum freien Spiel der Kräfte in der Marktwirtschaft, sie ist eigentlich eine logische Folge dieses Spiels. Immer dort und dann, wo Produktion und Markt in Widerspruch geraten, muß der Staat als Regulierungsmechanismus eingreifen, muß die Wirkungen abfangen und die Risiken von der Wirtschaft abhalten. Im Falle der Werften fiel diese Aufgabe der Treuhand zu, die damit ihren Privatisierungsauftrag erledigen sollte. Eine Verbundlösung, das erkannte sie schnell, hätte zu keiner Privatisierung geführt, bestenfalls zu einem Konzern, der die Interessen der Werftindustrie in anderen europäischen Ländern bedroht hätte. Es hat somit den Anschein, als würde sich die Treuhand der Mittel und Methoden der sozialistischen Planwirtschaft bedienen. Das ist natürlich falsch. Sozialistische Planwirtschaft orientiert sich am Ziel der Produktion im Sozialismus, der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft. Dabei hat sie die effektive Nutzung des Leistungsvermögens der Volkswirtschaft zu sichern. (Wenn auch am DDR-Beispiel diese Aufgabe negativ belegt ist, kann man

kaum eine andere Aufgabe formulieren.) Planwirtschaft im Kapitalismus orientiert sich am jeweiligen Ziel der Produktion und an der Sicherung eines maximal möglichen Profits, unter den jeweiligen Bedingungen. (Ein deutlicher Beleg dafür ist die Umstellung der Friedenswirtschaft auf die Kriegswirtschaft vor Beginn des II. Weltkrieges und während des Krieges.) Eingriffe des Staates in unserem Fall sollen den zerstörerischen Wirkungen der Überproduktion rechtzeitig entgegen gestellt werden. Sie sollen dem Prozeß der Konzentration der Produktion und des Kapitals in europäischen Grenzen dienlich sein.

Die überhastete deutsche Einheit macht nicht nur im Schiffbau deutlich, daß hier zwei antagonistische Wirtschaftsstrukturen zusammenwachsen sollten, denen unterschiedliche ökonomische Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen. Wächst aber etwas zusammen, was nicht zusammen paßt, kann bestenfalls eine Mißbildung zustande kommen. Das mußte verhindert werden. Die vereinnabmte Wirtschaft mußte der okkupierenden weichen, oder besser, mußte ihren Interessen geopfert werden. Es ist weltweit bekannt, welche politischen und sozialen Folgen das hat. Namhafte Politiker und Wirtschaftswissenschaftler haben davor gewarnt, haben in Gutachten das Desaster vorausgesagt. Jede Verniedlichung heute, "es war nicht vorauszu sehen, wie teuer die Einheit wird", oder gar andere Entschuldigungen, zeugen von arroganter Ignoranz und politischem Abenteuerertum. Ein Merkmal großdeutscher Politik? Man kann darin aber auch einen Denkansatz sehen, daß Wirtschaftsentwicklung in unserer Zeit und erst recht in der Zukunft gesetzmäßig eine Planwirtschaft erfordert mit dem Ziel, das Leistungsvermögen der Wirtschaft zum Wohl und Nutzen der Gesellschaft zur Wirkung zu bringen.

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bricht im einheitlichen Deutschland neu auf

Die ökonomischen Kämpfe der Werktätigen im wiedervereinigten Deutschland sind eine Bestätigung dafür, daß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in neuen Dimensionen aufgebrochen ist. Ganz gewiß wird er auch von den weltweiten Volksbewegungen in den USA wie auch in der SU beeinflusst. Es sind meines Dafürhaltens nur einige wenige Gesichtspunkte, die ich vor diesem Hintergrund, anhand der Werftkrise, behandeln möchte.

1. Das politische Signal von der Ostseeküste

Der Kampf der Wismarer Werftarbeiter mit der Besetzung der Werft sollte die Regierenden zwingen, politische Entscheidungen zu treffen, die Verbundlösung zu unterstützen oder zumindest die Werftstandorte zu erhalten. Diesem Kampf schlossen sich die Rostocker Werftarbeiter an. Es

ging weder um höhere Löhne, noch um ein gutes Weihnachtsgeld, sondern um IHREN Betrieb. Das zu DDR-Zeiten wenig ausgeprägte Eigentümerbewußtsein wurde wach, sie haben die Werft nicht verlassen, sie haben sie besetzt! Während dieses Kampfes wurde so manchem Ingenieur, Meister und Arbeiter erst richtig bewußt, was ihm mit SEINER WERFT verloren gehen soll. Die ersten Erfahrungen mit der Marktwirtschaft sagen ihnen, daß andere Betriebe für einen Symbolpreis (1,- DM) verhöckert wurden. Geduldig hatten sie das sogenannte "Abspecken" ertragen, sie hatten eingesehen, daß viele "unproduktive Bereiche" durch die Werft getragen wurden. Doch plötzlich war die nackte Existenz durch die Politik in Gefahr geraten, und die wollten sie verteidigen. Sie dachten dabei nicht nur an sich und ihre Familien, auch an die Stadt und deren weiteres Schicksal. Die Gewerkschaften setzten sich an die Spitze des Kampfes, organisierten mit ihrer Kraft und den Erfahrungen aus ökonomischen Kämpfen den Widerstand. Politische Parteien von links bis rechts, Politiker von der Bonner Regierung bis zur Stadtverwaltung hatten plötzlich ein Herz für die Werftarbeiter, buhlten um ihre Gunst. Es war nicht schwer zu erkennen, daß dieser Widerstand sich leicht zu einem flächendeckenden Aufstand ausweiten konnte. In Sympathiekundgebungen bekundeten Werktätige aus ganz Deutschland ihre Solidarität. Leider konnte sich keine starke politische Kraft finden, die diesen Kampf hätte konsequent zu Ende führen können. Die große Bereitschaft der Gewerkschaften wurde mißbraucht, die Verbundlösung wurde nicht erreicht, Zusicherungen wurden gegeben, aber weder das Schicksal der Rostocker Werften, noch der Stralsunder Werft wurde klar definiert. Wie das Durcheinander gegenwärtig zeigt, wurde das strategische Ziel der Treuhänder erreicht, das Monopolkapital befriedet. Die unverschämte Forderung der EG, 40 % der Werftkapazität sterben zu lassen, setzt nur eine Gnadenfrist, die die Kampfbereitschaft zermürben soll, um den Werften im Osten Sterbehilfe zu geben.

2. Der unsichtbare Widerpart DDR ist verloren gegangen

Während der Maikundgebung in Stuttgart hoh die Rednerin der ÖTV die Arbeitskämpfe der Wismarer Werftarbeiter hervor. Auch der Festredner einer linken Partei (deren es viele, zur Freude des Kapitals viel zu viele gibt) würdigte in warmen Worten den Kampf der Werftarbeiter. Kulturgruppen der Linken besangen in spontan entstandenen Liedern in Stuttgart und Regensburg, diesen Kampf. Das Signal ist angekommen und reiht sich in die Kämpfe der Gegenwart würdig ein. Der Widerstand gegen den Versuch, ein Lohndiktat zu verhängen, hat zum Erfolg geführt. Dieser Angriff auf die Tarifautonomie ist ein deutliches Zeichen dafür, wie die neu entstandenen politischen Bedingungen für das Kapital genutzt werden sollen. Als die DDR noch existierte, saß sie bei den verschiedensten Arbeitskämpfen unsichtbar mit am Verhandlungstisch. Dieser andere deutsche

Staat mußte immer ein bißchen besser sein als die marode DDR. Kritiker des imperialistischen Systems wurden immer mit der Aufforderung mundtot gemacht: "Geh doch rüber ins gelobte Land!" Die Methode war weder neu noch originell, denn schon seit der Oktoberrevolution gehörte sie zu dem Arsenal des Antikommunismus. Auch die DDR mußte in ständiger ökonomischer und geistiger Auseinandersetzung mit dem Gesellschaftssystem der BRD leben. Leider hat sie es nicht vermocht, diesen Widerspruch zwischen den Systemen zu nutzen, um die Lebenskraft des Sozialismus praktisch zu beweisen. Die BRD tat ihrerseits alles, um die Schwächen in den Massenmedien auszuschlachten. Großzügigkeiten im Reiseverkehr wurden zur Spionage und Sabotage genutzt, alles um den "armen Brüdern und Schwestern zu helfen." (Bei der geforderten Geschichtsaufarbeitung sollte man nicht vergessen, wieviele Intelligenzler aus der DDR abgeworben wurden. Die wirtschaftliche Schädigung war enorm. Rechnet man nur die Kosten für die Ausbildung mit 800.000 DM, billiger wird die Ausbildung eines Diplomingenieurs auch in Bayern nicht zu haben sein, ist es nur eine Milchmädchenrechnung, nachzuweisen, daß eine Abwerbungssumme von 20.000 DM und weniger, recht lukrativ ist. Außerdem hat diese Kraft auch noch den Vorteil, daß sie deutsch spricht.) Heute aber gibt es diesen Kampf der Gegensätze nicht mehr, und damit geht eine wichtige Triebkraft im Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt verloren. Die berechnete Forderung der Gewerkschaften nach gleichen Löhnen in Ost und West, für gleiche Arbeitszeit hüben wie drüben, können diesen Verlust an Fortschritt genausowenig ausgleichen wie die Maßhalte-Appelle der Regierenden.

3. Der Irrglaube der Wirtschaft, nur wirtschaftliche Maßstäbe gelten zu lassen

Wie oft hört man heute, daß Städte und Gemeinden kein Geld hätten. Krankenhäuser werden geschlossen, Ferien- und Erholungsheime rechnen sich nicht mehr, Kinderferienlager können durch die Betriebe nicht mehr getragen werden, Kulturhäuser müssen Kneipen weichen und, und ... Bei Denkenden und Nachdenkenden stellt sich die Frage, wie marode muß ein System sein, um sich solch einen Luxus leisten zu können? Um im Werftbild zu bleiben, einige Tatsachen. 1956 wurde die Betriebspoliklinik der MTW eröffnet. 13 Ärzte und drei Zahnärzte praktizierten dort, wie im gesamten Gesundheitswesen der DDR, für den Patienten kostenlos. 1956 wurde das Kulturhaus der Werft eröffnet. Die Bibliothek dieser Einrichtung verfügte über 32.000 Bände an Fach- und Sachliteratur und an Belletristik. 45.000 Ausleihen wurden im Jahr registriert. 16 Kultur- und Volkskunstgruppen hatten in diesem Haus ihr Domizil. In der Betriebsberufsschule lernten 500 Lehrlinge in 14 Berufsgruppen einen soliden Beruf. Das Lehrlingswohnheim bot ihnen eine fast kostenlose Unterkunft. Die Arbei-

terwohnungsbaugenossenschaft der Werft hatte 1989 einen Wohnungsbestand von 2.286 Wohnungen. Die Versorgungseinrichtung stellte täglich 4.800 Essenportionen in vier Preisstufen zur Verfügung, der niedrigste Preis betrug 1,- DM pro Portion für den Verbraucher. Arbeitslosigkeit kannten die Werktätigen nicht. Rentner wurden gebeten, im Rentenalter weiterzuarbeiten. In den Wintermonaten wurden Schweißer aus Landwirtschaftsbetrieben zur Werft delegiert, um bei der Planerfüllung zu helfen. Das alles rechnet sich aber in der Marktwirtschaft nicht mehr, darum "müssen wir abspecken". Damit wird ein Zustand beschrieben, der faulen Speck suggeriert, den es nur zu entfernen gilt, dann würde es schon laufen. Die Frage muß aber erlaubt sein, für wen es sich nicht rechnet? Für die Akkumulation? Für den Lohn? Für den Profit? Selbstverständlich hatte die soziale Sicherheit in der DDR nicht nur Segnungen zur Folge. Schlechte Arbeitsmoral wurde durch das Recht auf einen Arbeitsplatz bei einzelnen gefördert. Notwendige Auseinandersetzungen im Kollektiv und in der Zeitung, und sei es nur der Betriebszeitung, wurden gemieden, man wollte ja nicht anecken. Und die Arbeitsgerichte förderten diesen Prozeß auch nicht, waren praktisch wirkungslos. Den Einwand, man würde bei solchen Erinnerungen DDR-Nostalgie betreiben, möchte ich entgegen: Solange das gesellschaftliche System Kapitalismus nichts Besseres hervorbringt, darf sich niemand wundern, wenn immer mehr "Ossis" an die "gute alte Zeit" zurückdenken. Wie Meinungsumfragen ergeben haben, vertreten viele die Auffassung, "der Sozialismus war eine gute Sache, die schlecht ausgeführt wurde."

Es wäre vereinfacht, zu glauben, der Kapitalismus würde der erforderlichen Wiederherstellung der Arbeitskraft keine Aufmerksamkeit zuwenden. Natürlich gibt es auch bedeutsame Sicherungen für das Alter und die Arbeitslosigkeit. Doch die Art und Weise, wie das Kapital seine Probleme bei der Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Härten auf den Staat, den Steuerzahler umverteilt, wird vielen erst jetzt, wenn sie selbst betroffen sind, hewußt. Der Staat, der reiche (reich an Schulden, immerhin hat er schon mehr als 1 Billion DM Schulden) wird es schon richten. Fleißig wird umgeschichtet. Die Schulden hat dieser reiche Staat bei den Banken, Versicherungsgesellschaften und Konzernen, die Zinsen trägt wieder der Steuerzahler. Die Zinsknechtschaft verpflichtet ihn, die Wünsche der Mächtigen zu erfüllen. Der Staat verteilt die Lasten um, nicht nach dem Prinzip, "Der Verursacher muß zahlen!", nein auf alle. Die deutsche Einheit hat diesen Widerspruch weiter zugespitzt. Die Losung "Teilen verbindet" ist spätestens dann und durch den durchschaut, der sich die Mühe macht, die Höhe der Umsätze einzelner Konzerne zu lesen. Volkswagen erzielte von 1989 zu 1990 eine Umsatzsteigerung von 2,7 Mrd. DM, VEBa von 4,3 Mrd. DM und das ausschließlich im Inland. Die Deutsche Bank erhöhte ihre Eigenmittel im gleichen Zeitraum von 14,3 Mrd. und die Commerzbank von 6,5 auf 7,5 Mrd. DM. Immer lauter wird daher die Forderung, daß nicht die Verlierer der deutschen Einbeit, sondern die Gewinner dieses

Aktes auch die Kosten tragen sollen. Es wundert daher nicht, wenn an Stelle der Losung vom Teilen, das verbinden soll, der Kampf fruchtlos erfolgt: "Norden, Süden, Osten, Westen - wer den Kampf teilt, teilt am besten!"

Diese soziale Ungerechtigkeit, wie sie plötzlich erneut wieder sichtbar wird, fordert geradezu zum Kampf heraus. Während sich die Ossi verraten und verkauft fühlen, sieht sich der Wessi geprellt, so er nicht zu den Nutznießern der Einheit zählt.

Darum macht auch die sogenannte Werftenkrise mit aller Deutlichkeit die Krise des Gesellschaftssystems Kapitalismus sichtbar. Dieser Umstand wird von den Arbeitern, Bauern, Intelligenzleuten in den neuen Bundesländern mit den Worten umschrieben: "Wie es war, konnte es nicht bleiben, wie es ist, darf es auch nicht bleiben." Herr Thierse drückte es nach dem Koalitionsgespräch mit der CDU so aus: "Herr Waigel muß in einem anderen Deutschland leben."

Es zeigt sich, alte überkommene Denkschemata werden zu Hemmnissen beim gesellschaftlichen Fortschritt, führen zu keinen Lösungen. Gibt es eine Partei in Deutschland, die eine Lösung zur Hand hat, die Erfolg haben könnte? Welche Partei in diesem Land auch die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte, Lösungen sind nicht in Sicht. Es sei denn, es bildet sich eine Partei der Nichtwähler. Die Zeit ist reif für eine Koalition der Vernunft, ohne Parteien, mit Personen, die Veränderungen wollen. Die materielle geistige und technische Entwicklung in unserer Zeit macht es möglich, Anzeichen in der praktischen Politik gibt es dafür, darum rückt diese Frage von der Utopie in den Rang praktischer Politik.

Z auch für die Zukunft sichern!

Redaktion und Vertrieb danken allen, die durch ihr Abonnement, durch Spenden und andere Formen der Unterstützung die Herausgabe der Zeitschrift ermöglichen.

Z braucht auch in Zukunft Ihr Engagement! Sichern Sie durch Spenden, Abo-Werbung und Geschenkabonnements auch weiterhin unser Projekt.

Unsere Bankverbindung:

Forum Marxistische Erneuerung e.V.; Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02), Konto-Nr. 34 595

Z-Redaktion und Vertrieb - Kölner Str. 66 - 6000 Frankfurt/M. 1

Gert Hautsch

Adler: Zehn Jahre Kampf gegen die Schließung des Werkes

Der Konflikt um die Adler-Werke in Frankfurt/M. weist über das Feld des betrieblichen Kampfes hinaus

Einen Tag war er im Amt, als er 650 Beschäftigten den Arbeitsplatz vernichten wollte: Giuseppe Giacobbe, vom Mutterkonzern Olivetti als Vorstandsvorsitzender von Triumph-Adler eingesetzt, verkündete am 27.9.1991 die Schließung der Adler-Werke in Frankfurt am Main. Der "unausweichliche" Schritt erwies sich später doch als ausweichlich. Nach heftigen Protesten in der Belegschaft und der Öffentlichkeit kam am 22.10.91 ein Kompromiß zustande, der die Produktion in Frankfurt und mindestens 265 Arbeitsplätze (womöglich mehr) sichert.

Der Konflikt war nicht neu. Fast genau zehn Jahre vorher sollte schon einmal der Betrieb geschlossen werden. Auch damals retteten ihn Proteste und Widerstand. Ein Vergleich der beiden Konflikte erlaubt Rückschlüsse auf Veränderungen in den politischen und sozialen Strukturen sowohl im Betrieb als auch in der Stadt und dürfte deshalb über den aktuellen Anlaß hinaus interessant sein.

Neu an den Auseinandersetzungen 1991 war vor allem eines: Die politischen Gremien der Stadt Frankfurt setzten gezielt und öffentlich ihre planungsrechtlichen Möglichkeiten ein, um den Olivetti-Konzern unter Druck zu setzen und eine Revision der Vorstandsentscheidung zu erzwingen.

Ein alter Konflikt

Anfang der achtziger Jahre gehörte die Triumph-Adler (TA) AG zum VW-Konzern, der das Unternehmen 1980 von Grundig gekauft hatte. Im Sommer 1981 arbeiteten 2700 Arbeiter und Angestellte im Werk in der Kleyerstraße. Adler war ein Frankfurter Traditionsbetrieb (gegründet kurz vor der Jahrhundertwende) und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Stadt und besonders im Stadtteil Gallus. Die Schließungsabsicht wirkte wie ein Schock, zumal fast gleichzeitig die Metallgesellschaft verkündete, daß sie die Vereinigten Deutschen Metallwerke (VDM) in Frankfurt-Heddernheim mit 1600 Beschäftigten zumachen wolle.

Weder die Gewerkschaft noch der Betriebsrat waren 1981 auf eine solche Situation vorbereitet. Die hessische IG Metall hatte seit dem mißglückten Streik 1951 keinen Arbeitskampf mehr geführt, und die Frankfurter Verwaltungsstelle galt als Musterbeispiel sozialpartnerschaftlicher Vetterwirtschaft. Der Betriebsrat bei Adler war in zwei unversöhnliche Lager gespalten: eine sozialpartnerschaftlich orientierte Mehrheit, gestützt auf die

(meist deutschen) Facharbeiter und Angestellten, sowie eine Ausländerliste, deren Klientel die (meist nichtdeutschen) An- und Ungelernten bildeten.¹

Was den Konflikt 1981 so rasch verschärfte, war zweierlei: *Erstens* wurde durch die Schließungsabsicht sozialpartnerschaftlichen Einstellungen die Grundlage entzogen. Erst als VW einen Kompromiß anbot, gewannen Vorstellungen wieder an Boden, daß man doch am besten einvernehmlich mit der Unternehmensleitung etwas erreichen könne.

Zweitens gab es ein stark politisiertes Klima in der Stadt Frankfurt (1981 erreichte die Bewegung gegen die Startbahn West ihren Höhepunkt) und - damit zusammenhängend - ein schlagkräftiges Netzwerk linker Organisationen, das in den Betrieb hineinwirkte, Solidarität organisierte und den Betriebsrat und die IG Metall zu einer schärferen Gangart drängte.

Eine Reihe von Protestaktionen fanden im und vorm Betrieb sowie beim schon erwähnten VDM-Werk statt (dort gab es sogar eine tagelange Torblockade). Den Höhepunkt bildete eine Kundgebung auf dem Römerberg, die die IG Metall zusammen mit den Kirchenleitungen organisiert hatte. Dort sprach vor 6000 Teilnehmern u.a. der CDU-Oberbürgermeister Wallmann. Einen Tag später gab der VW-Konzern nach: Das Werk blieb erhalten, wurde aber von 2700 auf 1000 Beschäftigte verkleinert.

Schon 1981 war von Beobachtern vermutet worden, daß ein wichtiger Grund für die beabsichtigte Schließung von TA der Verkauf des Grundstücks war. Das knapp 100 000 qm große Gelände lag in einer Gegend, die damals von den Stadtplanern aufgewertet wurde. Das Adler-Gelände war dadurch zu einem "Filetstück" geworden, und schon die nackte kapitalistische Logik gebot es, hieraus Geld zu machen. (Ganz in der Nähe waren z.B. 1990 beim Verkauf des Telenorma-Geländes 2 200 DM pro Quadratmeter erzielt worden.) Seit 1981 war es nur noch eine Frage der Zeit, wann der nächste Versuch gestartet werden würde, das Werk zu schließen und das Grundstück zu verkaufen. Das galt um so mehr, nachdem 1986 VW die TA AG (mit Werken in Berlin, Nürnberg, Schwandorf und Frankfurt) an Olivetti verkauft hatte - einen ausländischen Konzern, für den politische Rücksichten (die bei VW 1981 auch eine Rolle gespielt hatten) weniger Gewicht haben würden.

Der Stadtteil Gallus und die "Metropole Frankfurt"

Der Kampf um das Adler-Werk hatte für die IG Metall 1981 ebenso wie 1991 symbolische Bedeutung. Es war zwar im Lauf der Jahre auf einen Bruchteil der ursprünglichen Belegschaft verkleinert worden (1971 : 3500 Besch., 1981: 2700, 1986: 1230, 1991: 650), hatte aber seinen Charakter als

Frankfurter Traditionsbetrieb und seine Ausstrahlung weit über sich selbst hinaus behalten. Ein Grund dafür ist die Lage mitten in einem alten Frankfurter Arbeiterviertel, dem Gallus. In diesem Gebiet westlich des Hauptbahnhofs lag und liegt eine Reihe von bedeutenden Metall- und anderen Industriebetrieben. Neben Triump-Adler waren es u.a. Siemens, Grundig, Messer Griesheim, Teves, Telenorma, Societätsdruckerei, Braun und Opel.

Der Stadtteil bat eine intakte Infrastruktur und eine große Zahl von vergleichsweise günstigen Wohnungen behalten. Das Gallusviertel ist ein Wohngebiet für Arbeiter und kleinere Angestellte. Viele von ihnen haben ihren Arbeitsplatz im eigenen Stadtteil oder in der Nähe.

Als im März 1977 die CDU im Frankfurter Römer die Macht übernahm, bedeutete das eine Wende in der Stadtentwicklungspolitik. Zwar hatten auch die vorangegangenen SPD-Magistrate Frankfurt als "Finanzhauptstadt" der Republik gefördert, aber es wurde dabei die industrielle Basis der Stadt nicht vernachlässigt. Die Politik hatte diesbezüglich Kompromißcharakter.²

Nach 1977 wurde der Slogan von der "Mainmetropole" wörtlich genommen. Frankfurt als Standort des westdeutschen Finanzkapitals (mit u.a. der Bundesbank und den Zentralen der drei Großbanken) sollte in die vorderste Reihe der internationalen Finanzmetropolen rücken. New York und London, Zürich und Tokio wurden die Vorbilder.

1984 hatte das Architekturbüro Speer im Auftrag des CDU-Magistrats ein Konzept ("Speer-Plan") vorgestellt, das die Weiterentwicklung Frankfurts im genannten Sinne gewährleisten sollte.³ Die Diagnose besagte, daß die Frankfurter City zu eng sei, um den Bedarf an gehobenem Büroraum zu decken. Als Therapie wurden drei wirtschaftliche Entwicklungssachsen für den Neubau von Verwaltungs- und Dienstleistungsbetrieben bestimmt. Dafür wurden "ehemalige Industriezonen, die ihre ursprüngliche Funktion verloren haben"⁴, ausgesucht. Die wichtigste derartige Achse lief entlang der Mainzer Landstraße, d.h. durch das Gallus.

1988 nannte der damalige Planungsdezernent Küppers u.a. folgende Projekte für diese Gegend⁵:

- Neubau der Commerzbank-Hauptverwaltung
- Neubau eines weiteren Bankhochhauses

² Vgl. Stracke, Ernst: Stadtzerstörung und Stadtkampf in Frankfurt am Main, Köln 1980, S. 25 ff., 162 ff.

³ Büro Speerplan: Entwicklungskonzeption für die City Frankfurt, Frankfurt/M. o.J. Federführend war bei diesem Plan übrigens der heutige (SPD-)Baudezernent Protzmann.

⁴ So umschrieb das HANDELSBLATT das Frankfurter Stadtentwicklungskonzept (Bildtext in einer Sonderbeilage "Metropole Frankfurt", 9.11.1988, S. B 13).

⁵ Hans Küppers: Die neue Hochhaus-Generation auf der Westschiene sichert den Büroraumbedarf gerade für vier Jahre, in ebenda, S. B 14.

¹ Vgl. hierzu Hautsch, G. und Semmler, B.: Betriebsbesetzung: Reihe Soziale Bewegungen, Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 13, Frankfurt/M. 1983, S. 25 ff.

- Neubau des Deutschen Fachverlags
- Neuhaus der Societätsdruckerei.

Geplant wurde der vierspurige Ausbau der Mainzer Landstraße ("in 12 Minuten zum Flughafen"), des Hemmerichswegs und des Hafentunnels mit Anschluß an die Autohahn. Ausdrücklich wurde die wirtschaftliche Zukunft Frankfurts im Bereich von Handel, Dienstleistungen und Finanzwesen gesehen. Industrielle Arbeitsplätze galten als perspektivlos; ihr Wegfall sollte dadurch zu verschmerzen sein, daß neue Arbeitsplätze in den "Zukunftsbranchen" entstehen.

Diese Erwartungen waren trügerisch. Das wird von der aktuellen Entwicklung bestätigt: 1984 bis 1990 sank in Frankfurt die Zahl der gewerhlichen Arbeitsplätze um 3,9 Prozent (bundesweit stieg sie um 7,9 Prozent); die Zahl im Dienstleistungsbereich stieg dagegen kaum mehr als bundesweit: 22,6 zu 20,7 Prozent.⁶ Die bedrohliche Entwicklung geht auch aus einer Studie hervor, die gemeinsam von der Städtischen Wirtschaftsförderung und der IG Metall in Auftrag gegeben und im Juni 1992 veröffentlicht wurde. Danach werden sich "die sozialen Gegensätze in der Stadt verschärfen, wenn es nicht gelingt, den Trend zu immer mehr Dienstleistung zu Lasten industrieller Arbeitsplätze zu bremsen."⁷

Damit wird eigentlich nur bestätigt, was Kritiker des Metropolen-Konzepts schon in den siebziger Jahren befürchtet hatten. Im Vergleich zu Riesenstädten wie New York, Paris oder London ist Frankfurt mit seinen 600 000 Einwohnern viel schlechter in der Lage, die Belastungen einer internationalen Finanzmetropole zu tragen. Die Region war schon vorher ökologisch und verkehrsmäßig extrem belastet und wirtschaftlich labil. Die von der städtischen Politik gewünschte Entwicklung mußte die Situation noch verschärfen:

- Neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich sind nicht einfach gegen gewerhliche austauschbar. Folge: Entlassene Industriearbeiter müssen sich oft im Umland etwas anderes suchen. Sie erhöhen (sollten sie eine neue Stelle finden) die Zahl der Berufspendler. Das gleiche gilt für diejenigen Beschäftigten, deren Betriebe nach draußen verlagert werden. In beiden Fällen verschlechtern sich die Lebensverhältnisse für die Betroffenen.
- Das Personal für neue Dienstleistungsarbeitsplätze ist in der Stadt nur zum Teil zu finden; es kommt oft von außerhalb. Nur ein Drittel aller Bankangestellten, EDV-Fachleute, leitenden Angestellten und Ingenieure, die in Frankfurt arbeiten, wohnen auch dort; bei den Bau-, Metall- und Hilfsarbeitern sind es immerhin zwei Drittel. Derzeit kommen täglich 250 000 Berufspendler nach Frankfurt, davon 40 Prozent mit Wegen von

mehr als 45 Minuten. Über zwei Drittel fahren mit dem Auto.⁸ Diese Ströme werden anschwellen.

- Die Folgen beider Tendenzen sind absehbar. *Erstens* ist eine weitere Verschärfung der Verkehrsprobleme in der Stadt zu erwarten, zumal beim öffentlichen Personennahverkehr unzureichende Vorkehrungen für ein höheres Fahrgastaufkommen geschaffen werden. *Zweitens* wird ein Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt stattfinden. Besserverdienende Beschäftigte im Dienstleistungsbereich werden die Arbeiter und Angestellten überbieten.

- Die Förderung von Dienstleistungs- und Handelsbetrieben entzieht dem verarbeitenden Gewerbe buchstäblich den Boden unter den Füßen, weil die Grundstückspreise zu hoch werden. Fabriken werden geschlossen oder verlagert, kleinere Gewerbetreibende durch Mieterhöhungen ruiniert. Die Folge wird - neben der Vernichtung von Arbeitsplätzen und selbständigen Existenzen - die Zerstörung gewachsener Lebenszusammenhänge sein. Ein Stadtteil wie z.B. das Gallus wird, wenn ein Großteil der Betriebe verschwunden ist, auch seinen sozialen Zusammenhalt verlieren.

- Frankfurt begibt sich in Abhängigkeit vom nationalen und internationalen Finanzkapital. Je geringer die Bedeutung von Industrie und Handwerk im Wirtschaftsleben ist, desto erpreßbarer wird die Stadt (z.B. bei Baugenehmigungen oder allgemein der Schaffung eines "günstigen Klimas"), desto unsicherer wird die finanzielle Basis städtischer Politik. Es ist kein Zufall, daß der Stadtkämmerer Frankfurts im Frühjahr 1992 ein Finanzierungsdefizit von 200 Millionen im Verwaltungshaushalt meldete. Ursache waren rückläufige Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Kurzfristig mußten für das laufende Jahr Einsparungen von 20 Millionen beschlossen werden.

Was das Gallusviertel betrifft, sind die Auswirkungen der genannten Entwicklungen augenfällig. Die Bodenpreise an der Mainzer Landstraße und der Kleyerstraße stiegen. Dem Preisdruck fielen Kleinbetriebe zum Opfer, die die Mieten nicht bezahlen konnten. Für die Industriebetriebe wurde es profitabler, ihre Standorte im Gallus aufzugeben und entweder wegzuziehen oder gleich ganz zuzumachen.

Die Liste der Firmen, die diesen Standort schon verlassen haben, ist ansehnlich: Messer Griesheim hat ein Werk geschlossen und das zweite ist gefährdet, Telenorma hat wichtige Produktionen verlagert und will dies fortsetzen, Opel will seine Niederlassung ebenso schließen wie Teves, und ob Siemens bleibt, ist fraglich.

⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau, 3.2.92.

⁷ Vgl. Frankfurter Rundschau, 11.6.1992.

⁸ Jordan, Jörg: Eine Region, die auf Platz 1 in Europa gesetzt wurde, in Frankfurter Rundschau, 9.5.1992.

Die Adler-Belegschaft nach 1981

Die kommunal- und arbeitsmarktpolitischen Zusammenhänge waren auch der Adler-Belegschaft nicht verborgen geblieben. Sie war 1991 nicht mehr dieselbe wie zehn Jahre vorher. Dazu trugen vor allem zwei Entwicklungen bei, die sich gegenseitig bedingten: Zum einen gelang es, die politische Spaltung im Betriebsrat und in der Belegschaft zu überwinden, zum anderen wurden in mehreren Kämpfen Erfahrungen gesammelt.

Die Ereignisse von 1981 hatten gezeigt, daß kollektive Gegenwehr Erfolge bringen kann. Gleichzeitig waren die Gräben zwischen den Belegschaftsgruppen schmaler geworden, denn gemeinsamer Kampf verbindet, besonders wenn er ein positives Ende findet. Als kurz danach der Betriebsratsvorsitzende Stein Personalchef im Adlerwerk wurde, war der Weg frei für einen personellen Neuanfang im Betriebsrat. Die Annäherung erfolgte von beiden Seiten: Der neue Vorsitzende Göndöcz setzte auf Zusammenarbeit, Vertreter der Ausländerliste gingen darauf ein (viele ihrer Exponenten wurden allerdings auch aus dem Betrieb entlassen, vergrault oder ausgezahlt). In diese Zeit fällt auch ein personeller Wechsel in der Frankfurter Verwaltungsstelle der IG Metall: Der neue Erste Bevollmächtigte Bierbaum stand für eine stärker aktionsorientierte Politik.

Ein wichtiges Ereignis war der Tarifkonflikt um die 35-Stunden-Woche 1984. Damals war Hessen neben Nordwürttemberg/Nordbaden Streikgebiet, und Adler war einer der wichtigen Betriebe. Vom 21.5. bis zum 4.7. wurde gestreikt, vom 30.5. an ausgesperrt. Die Vertreter von Adler in der gewerkschaftlichen Streikleitung hatten darauf bestanden, daß auch die Angestellten zum Streik aufgerufen werden, was auch geschah. Das erwies sich auch noch 1991 als wichtig: Am Kampf gegen die Stilllegung beteiligten sich die Angestellten genauso wie ihre Kollegen aus der Produktion.

Bei der Betriebsratswahl 1987 kandidierte nur noch eine (gewerkschaftliche) Liste. Im neu gewählten Betriebsrat gab es zwar anfangs noch persönliche Spannungen und politische Differenzen, aber keine Opposition mehr. Die politische Spaltung war überwunden. Das war für die anstehenden Konflikte bedeutsam, denn für aufmerksame Beobachter mehrten sich damals die Indizien dafür, daß die Pläne zur Arbeitsplatzvernichtung und Werksschließung nicht endgültig vom Tisch waren.

Auf den Betriebsversammlungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde die mögliche Spekulation mit dem Grundstück immer wieder angesprochen. Anfangs beharrte nur der heutige Betriebsratsvorsitzende Reinger auf diesem Thema und rief wütende Dementis hervor. Noch drei Monate bevor die ersten 40 000 qm für 100 Millionen verkauft wurden (Ende 1990), hatte die Geschäftsleitung solche Vermutungen scharf zurückgewiesen und sogar mit juristischen Schritten gedroht. Als sie dann doch verkaufte, verlor sie stark an Glaubwürdigkeit. An der Demonstration gegen den Verkauf beteiligte sich die Belegschaft fast

vollständig. Auf das, was dann bald kommen sollte, war die Belegschaft zumindest moralisch schon vorbereitet.

Olivetti braucht Geld

Als am 26.9.1991 der Vorstandsvorsitzende Giacobbe auf einer Aufsichtsratssitzung hekanntgab, daß das Werk Frankfurt bis Ende 1993 geschlossen werden solle, hatte er es mit einer relativ kampferfahrenen und -entschlossenen Belegschaft und mit einer ähnlich orientierten Interessenvertretung zu tun. Deren Reaktion, sowie der Widerhall im politischen Raum der Stadt waren dann ausschlaggebend dafür, daß die Beschäftigten einen relativen Erfolg erzielen konnten.

Der Betriebsrat erklärte noch am gleichen Tag, daß er die Argumentation des Vorstands (Verluste, Perspektivlosigkeit der Schreihmaschinenproduktion) nicht akzeptiere und entschlossen sei, den Produktionsstandort zu verteidigen. Gleich für den folgenden Tag (einen Freitag) wurde eine Betriebsratsversammlung einherufen. Das erwies sich als sehr wichtig, denn damit wurde verhindert, daß die Belegschaft mit der Information über die Schließung verunsichert und resigniert ins Wochenende ging. Stattdessen wurde entschlossener Widerstand angekündigt, und es wurde schon damals deutlich gemacht, daß der Kampf um die Arbeitsplätze gleichzeitig auch für einen guten Sozialplan geführt wird. Diese Orientierung zahlte sich aus: Während des Konflikts wurde nie ernsthaft gefordert, Schluß zu machen und auf hohe Abfindungen zu hoffen. Weil ein guter Sozialplan zum schließlich ausgehandelten Kompromiß gehörte, gah es hinterher auch bei denen, die nicht hleiben konnten, keine Unzufriedenheit mit dem Betriebsrat.

Auf der ersten Betriebsversammlung nach Verkündung der Stilllegungsabsicht traten auch der Verwaltungsstellenleiter der IG Metall, der Oberhürgermeister, der Umwelt- und der Planungsdezernent der Stadt Frankfurt auf. Alle verurteilten das Vorhaben der Konzernleitung und unterstützten den Kampf der Belegschaft um die Arbeitsplätze.

Was auf dieser Versammlung bereits vermutet wurde, bestätigte drei Tage später das Vorstandsmitglied Scholz: Grund für die Einstellung der Produktion sei der Finanzbedarf von Olivetti. Es müßten Verluste in anderen Geschäftsbereichen ausgeglichen werden. Kurz vorher hatte die Muttergesellschaft erstmals in ihrer Geschichte deutliche Verluste gemeldet.

Die Reaktion der Belegschaft war eindeutig: In den ersten zwei Wochen wurde fast die Hälfte der Zeit nicht gearbeitet. Stattdessen fanden Betriebsversammlungen im Saal, auf dem Hof, auf der Straße und vor dem Frankfurter Rathaus statt. Betriebsrat und IG Metall entwickelten ein Alternativkonzept, um nachzuweisen, daß der Standort Frankfurt rentabel betrieben werden kann. Die Geschäftsleitung hatte dem inhaltlich nichts entgegenzusetzen.

Neu am Verlauf des Konflikts war die Rolle der politischen Gremien der Stadt. Die Stadtverordnetenversammlung faßte am 2.10. einen Beschluß, in dem angedroht wurde, daß mit Hilfe der kommunalen Planungsinstrumente die Spekulation mit dem Grundstück verhindert wird. Es bestehe die Möglichkeit, das Gelände für eine ausschließliche Nutzung zum Industriebetrieb, Wohnungs- oder gar Sozialwohnungsbau festzulegen und die Büronutzung damit zu verbieten. Der Wert des Grundstücks wäre stark gefallen. Dieser Beschluß wurde von SPD und Grünen gefaßt und von der CDU ausdrücklich mitgetragen.

Der Widerstand der Belegschaft und der kommunalen Gremien wurde gestärkt durch eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit (besonders der lokalen Presse), sowie im Stadtteil Gallus (Pfarrer, Schulklassen, politische Gruppen). Anders als 1981 gab es allerdings kaum Unterstützung aus dem linken politischen Spektrum - vermutlich deshalb, weil dieses als faßbare Struktur kaum noch existiert. Deshalb fand wohl auch die Solidaritätsbewegung "Adler bleibt" nur wenig Resonanz.

Beschäftigte aus anderen Betrieben - auch in der Metallindustrie - unterstützten den Kampf ihrer Kollegen spärlich, und wenn, dann begriffen sie ihn meist als Kampf um einen guten Sozialplan. Daß es möglich sein könnte, den Betrieb zu retten, schien den wenigsten vorstellbar.⁹

Am 22.10. beschloß der Aufsichtsrat von Triumph-Adler, den Punkt Betriebsschließung in Frankfurt von der Tagesordnung abzusetzen. Damit war der Weg zu einem Kompromiß offen. Hierzu trug auch eine einfallreiche Aktion der Belegschaft bei: Etwa hundert Beschäftigte nahmen sich am 22.10. Urlaub, fuhren nach München und drohten damit, nicht nur zur Aufsichtsratssitzung zu kommen, sondern auch den Olivetti-Stand auf der Computermesse "Systems" aufzusuchen. Die vorbereiteten Flugblätter ("Rettet Olivetti!", "Kauft Olivetti-Produkte!") sollen bei der Geschäftsführung panikartige Reaktionen ausgelöst haben.

Die Konsequenz aus der Entscheidung, das Werk nicht zu schließen, war die Suche nach Möglichkeiten, die lukrative Verwertung des Grundstücks zu sichern; dazu mußte den Forderungen der Belegschaft entgegengekommen werden, der wichtigste Punkt war dabei die Erhaltung des Standorts Frankfurt für eine aussichtsreiche Produktion. Das wurde erreicht. Frankfurt wird in den Kreislauf der Produkte integriert, die für die nächsten Jahre strategisch wichtig sind: Laptops und Notebooks. Das schafft eine Basis, auf der sogar ein erneuter Ausbau der Produktion denkbar bleibt. Es wurde vereinbart, daß Werksleitung und Betriebsrat eine Kommission bilden, die neue Produkte entwickeln soll. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe sollen Bestandteil der Unternehmensplanung werden - ein

⁹ Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Triumph-Adler, Lothar Reininger, in Sozialistisches Forum März/April 1992; abgedr. in Frankfurter Info Nr. 10, Frankfurt/M. 13.5.1992, S. 2.

bemerkenswertes Ergebnis. Entgegen der Absicht des Unternehmens wird in Frankfurt auch weiterhin ausgebildet.¹⁰

Der Preis für diese Zugeständnisse ist hoch. Die Belegschaft wird halbiert (auf unter 300), das Werk wird an einen neuen Standort (allerdings in der Nähe) verlagert. Das Adler-Gelände konnte verkauft werden, denn die Stadt leistete keinen Widerstand mehr dagegen. Inzwischen ist der Verkaufspreis bekannt: 245,7 Millionen DM. Insofern sind die Auswirkungen für das Gallusviertel zwiespältig. Der Industriebetrieb Adler bleibt (verkleinert) erhalten, gleichzeitig wird ein Verwaltungskomplex geschaffen, der die Strukturveränderungen beschleunigen wird. Ob die Adler-Belegschaft am neuen Standort an ihre alten Traditionen wird anknüpfen können, bleibt abzuwarten.

Abzuwarten bleibt auch, ob das politisch gezielte Engagement des Frankfurter Magistrats eine Kurskorrektur in der Stadtentwicklungspolitik markiert. Sicher ist nicht zu erwarten, daß die Orientierung auf eine internationale Finanz- und Dienstleistungsmetropole aufgegeben wird (dagegen spricht schon das intensive Bemühen um die Europäische Zentralbank). Es wäre aber ein Erfolg, wenn erkannt und in Politik umgesetzt würde, daß das verarbeitende Gewerbe wichtig für die Stadt ist und dort gehalten werden muß. Die schon erwähnte Studie, die zusammen mit der IG Metall in Auftrag gegeben wurde und die Sorge über den Verlust gewerblicher Arbeitsplätze bekundet (Fußnote 7), könnte in diese Richtung deuten.

¹⁰ Bierbaum, Heinz: Der Kampf um Triumph-Adler, in: Sozialismus, Heft 12/91, S. 45 f.

Holger Artus

Probleme der IG Medien aus betrieblicher Sicht

Im September 1992 findet der 2. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Medien statt. Er wird vor großen innergewerkschaftlichen Problemen wie der Organisation als Mediengewerkschaft selber stehen. Die Probleme der selbständig arbeitenden Fachgruppen bzw. die Integration der Verbände der Gewerkschaft Kunst haben im Vorfeld viele Fragen aufgeworfen. Zur Diskussion steht auch eine Organisationsreform (Fachgruppe Verlage und Agenturen).

Die Führung der IG Medien ist bemüht, einen Ausweg aus der sich abzeichnenden Krise in der Gewerkschaftspolitik und -organisation zu finden. Kernstück ist dabei die Tarifpolitik. Völlig ausgeklammert wird in diesen Diskussionsangeboten die Medienpolitik, ihre zukünftige Entwicklung, die Rolle und Bedeutung der Informationstechnologie im nationalen wie internationalen Rahmen für diesen Bereich.

Gleichzeitig hat Detlef Hensche in der Mitgliederzeitschrift der IG Medien Forum 21/22-91 den Versuch unternommen, antikapitalistische Positionen der IG Medien mehr der Opportunität anzupassen. "Vermutlich ist es angesichts verbreiteter Unsicherheit ratsam, sich bei der Suche nach zukunftsweisenden Visionen auf wenige Fixpunkte zu beschränken. Noch plausibler ist die Vermutung, daß geschlossene Gegenmodelle, erst recht wenn sie (schein-)wissenschaftlich daher kommen, zum Scheitern verurteilt sind." Es ist bezeichnend, daß die von ihm geforderte Utopiefähigkeit gerade beim Mediensektor völlig unerwähnt bleibt, wo sie doch eine so zentrale Rolle bei zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen spielen wird.

Veränderungen in der Medienlandschaft

Wie sich die Medienindustrie unseres Landes entwickelt und wie sie als Teil der Tele-Kommunikationsindustrie die technischen Möglichkeiten dieser Industrie nutzen wird, wird wesentlichen Einfluß auf die Formulierung der gesamten Politik der IG Medien haben. Die Information (als Ware) und ihre Verarbeitung wird bzw. hat eine völlig neue Qualität erhalten. Gesellschaftspolitisch ergeben sich daraus viele neue Probleme. Die Auseinandersetzungen um eine demokratische Informationsordnung stellen die zentrale Aufgabe neben der Frage der Verhinderung von Kriegen und Sicherung des Friedens, der natürlichen Lebensbedingungen und jener der Unterdrückung der Dritten Welt dar. Hieraus ergeben sich durchaus reale Ansatzpunkte in der Tarifpolitik.

Der Niedergang der DDR hat für die Medienindustrie der BRD und Europas eine völlig neue Situation hervorgebracht. Im Ergebnis haben sich die Medienkonzerne der BRD in ihren Profilen angeglichen. Aus (fast) nur Zeitschriftenkonzernen sind Zeitungs- und Zeitschriftenbetriebe geworden. Der Konkurrenzkampf ist zum bestimmenden Moment geworden. Die Investitionen der großen fünf Verlage (Springer, Bauer, Burda, Gruner + Jahr, WAZ Gruppe) in der DDR gehen in die Milliarden. Bei dem Medienkrieg in der DDR geht es um nicht weniger als die zukünftige Marktsituation in unserem Lande und der Stellung der bundesdeutschen Medienkonzerne in Europa. Durch die Einführung von Privatfernsehen und -funk hat sich das Profil der Medienbetriebe vom Druck zu elektronischen Medien verändert. In den Vorstandsetagen haben sich die Konservativen eingenistet. Das "Springer-Gespenst" verdeckt heute die Wirklichkeit.

Die Kooperation verschiedener Medienkonzerne mit ausländischen Medienkonzernen spricht für das mögliche Herangehen an das Schlachtfeld Europa. Auch wenn die Strategien unterschiedliche Ausgangspunkte haben, so sind sie an West- und Osteuropa ausgerichtet. Mit Sicherheit wird sich das Profil der Medienkonzerne in Zukunft noch weiter dynamisch verändern. Dies betrifft insbesondere die Zusammenarbeit mit der Computerindustrie bzw. einzelnen Bereichen dieses bedeutenden Industriezweiges.

Andererseits hat sich an den Grundkonzepten der Medienindustrie wenig geändert. Da ist der Konkurrenzkampf um den Werhekuchen und die LeserInnen der Zeitungen und Zeitschriften. Bezeichnend ist, daß es einerseits auf dem Spezialzeitschriften-Markt eine wachsende Anzahl von Titeln gibt, während auf den Zeitungsmarkt die Titel abnehmen. Die Verteilung der Werbeausgaben wird sich zwischen den einzelnen Medien weiter verändern. Der Hauptsektor wird nach wie vor die Werbung in der Tagespresse sein, gefolgt von den Zeitschriften und den elektronischen Medien. Ganz wesentlich in diesem Konkurrenzkampf um die Verteilung der Werbeeinnahmen wird die Senkung der Betriebskosten und die weltweite Nutzung neuer Technologie sein. Der Konkurrenzvorsprung zwischen den Medienkonzernen wird durch die Technik bestimmt. Ihr Einsatz, ihre Konzeptionierung wird wesentlich die Konkurrenzbedingungen bestimmen. In dieser Auseinandersetzung werden noch manche Zeitschriftentitel ins Trudeln kommen und eingestellt werden. Die Medienkonzentration wird weiter zunehmen und die Situation der öffentlich-rechtlichen Medien wird sich weiter verschlechtern. Der Konkurrenzkampf um die Programme, Medieninhalte und Nutzungsrechte (z.B. Verschwinden der ARD-Sportschau aus dem 1. Programm oder der 2. Kanal von RTL) wird zu einem wichtigen Feld dieser Auseinandersetzung zwischen den Privaten untereinander und den öffentlich-rechtlichen und Privaten insgesamt. Die internationale Medienkonzentration wird sich weiter vollziehen und seine Auswirkungen auf die gesamte Medienindustrie unseres Landes haben.

Mit fortschreitenden Informationstechnologien wird sich in den Printmedien der Konkurrenzkampf ebenfalls verschärfen. Die Kommunikationstechnologie wird zu einer nationalen und internationalen Vernetzung einerseits der Geschäftskommunikation und andererseits völlig neuartiger integrierter Redaktion-, Produktions- und Anzeigen-Systeme führen. Nicht umsonst sind alle Medienbetriebe in Hamburg mit irgendwelchen Neubauten beschäftigt. So G+J, so der Springer Verlag und der SPIEGEL. Der Neubau von G+J in Hamburg z.B. ist vollständig mit Glasfaser ausgelegt. Der Heinrich Bauer Verlag wird innerhalb seines Verlagsgebäudes völlig umgekrempelt, um die Technik besser nutzen zu können. Die internationale Kommunikation ist bei den Verlagen erst im Ausbau begriffen.

Strukturreform der IG Medien

Der Gewerkschaftstag der IG Medien wird sich u.a. mit einer Änderung bzw. inneren Strukturreform befassen müssen. Es soll eine neue Fachgruppe Verlage und Agenturen entstehen. Diese Reform kam von aussen - durch die HBV, deren Buchverlage der IG Medien angegliedert werden sollen. Eine Zuordnung der HBV Mitglieder aus dem Bereich der Buchverlage zur Personengruppe Angestellte wurde von diesem abgelehnt. Sie forderten eine Fachgruppe Buchverlage in der IG Medien. Aus diesen Vorstellungen ergab sich dann der Vorschlag, die Fachgruppe Druckindustrie und Verlage (im Grunde die ehemaligen Berufsgruppen Druck, Druckformherstellung und Grafische Hilfskräfte) um die Angestellten aus Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagen sowie Werbeagenturen zu erweitern und eine eigene neue Fachgruppe zu bilden.

Dieser organisatorische Schritt ist längst überfällig gewesen. Dies ergibt sich einmal aus der Stellung der Verlage in der Medienindustrie selber. Die Kommunikations- und Informationstechnologie hat die Arbeits- und Tätigkeitsfelder dieser Angestellten grundlegend geändert. Sie sind denen der Druckindustrie ähnlich, sprich digitalisiert. Arbeitstätigkeiten verlagern sich zunehmend in diesen Bereich. Die Konzentration auf das "Büro 2.000" und die dort beschäftigten Menschen eröffnet Chancen, daß die IG Medien sich hier Ansehen und Autorität verschaffen kann. Und andererseits verursacht die Medienkonzentration in diesem Bereich für die nächsten Jahre einen weiter sich vollziehenden innerbetrieblichen Wandel. Senkung der Betriebskosten "Personaleinsatz" einerseits, hochwertiger Technologieinsatz und Qualifizierung der Beschäftigten andererseits. Dabei wird es wahrscheinlich sein, daß auf Grund der Spezifik der Medienindustrie die Anzahl der Angestellten weiter zunehmen wird.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad insbesondere in den Großverlagen mit überwiegend Angestellten ist im Verhältnis zur Druckindustrie gering und damit tarifpolitisch unerheblich. Wenn es um gewerkschaftliche Fragen geht, treffen sich die zu Angestellten gewordenen ehemaligen Set-

zer oder Drucker und geben den Ton an. Die gewerkschaftlichen Versammlungen spiegeln weder nach den Beschäftigtengruppen noch nach dem Alter das typische Profil der Mehrheit der Verlagsangestellten wider.

Der Widerstand gegen diese neue Fachgruppe Verlage und Agenturen orientiert sich an dem "Problem" der Angestellten. So gibt es die Befürchtung, daß die bisherige übergreifende Angestelltenarbeit der Angestellten der Druckindustrie, der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und der Papierverarbeitung auf der Strecke bleibt. Allen unterschiedlichen Motiven zu Grund liegt, daß einem eine Personengruppe Angestellte am Herzen liegt.

Bei der Angestelltenarbeit handelt es sich doch in Wirklichkeit darum, daß wir uns mit einer Gruppen von Menschen in der Industrie, der Branche, dem Zweig, Betrieb, der Abteilung usw. beschäftigen. In diesem Sinne ist Angestelltenarbeit ein Teil unseres wachsenden Problembewußtsein der Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Doch wir wollen keine Tarifverträge für Angestellte, JournalistInnen, Druckeibesetzte etc. auf lange Sicht. Dies würde doch bedeuten, an der Aufspaltung der Belegschaft fest zu halten. Die Medienindustrie ist längst kein reines Printunternehmen mehr. Die großen und dominierenden Zeitungs- und Zeitschriften-Konzerne haben ihren Charakter mit den elektronischen Medien verändert. Mit diesen Entwicklungen werden sich die arbeitsrechtlichen und tarifrechtlichen Bedingungen der Beschäftigten weiter verändern. Bereits heute haben wir in einem Betrieb Angestellte, die nach unterschiedlichen Tarifverträgen bezahlt werden, für die kein Tarifvertrag gilt oder andere arbeitsrechtliche Bedingungen vorherrschen, auch wenn es wenige sind. Angestelltenarbeit heißt also in erster Linie betriebliche Gewerkschaftsarbeit bzw. Betriebsgruppenarbeit.

Die Widerstände orientieren sich aber nicht nur an dem Festhalten der Personengruppe Angestellte. Die Widerstände liegen auch bei denen, die sich für die neue Fachgruppe aussprechen. Sie wollen eine einfache Umbenennung. Bezeichnenderweise hieß diese Fachgruppe zuerst Fachgruppe Verlage/Angestellte. Ihr inhaltliches Gerüst ist das Abstützen der bisherigen Tarifpolitik "Einkommen" begleitet von kleinen Verbesserungen (Kontrapunkt 16/91, U. Meyer) der Manteltarifverträge.

Zukünftige Tarifpolitik

Die Abteilung Tarifpolitik der IG Medien hat zu Beginn dieses Jahres eine Broschüre "Chancen '99" veröffentlicht. In ihr geht es um die Schwerpunkte der Tarifpolitik der 90er Jahre. Hier wird der Versuch unternommen, der wechselhaften Tarifpolitik der letzten Jahre eine längerfristige Perspektive zu geben. Es wird versucht, die neuen Gestaltungsfelder zu benennen und die inhaltlichen Strukturen zu bestimmen: Gesundheitsschutz und Arbeitsumwelt, Schichtarbeit und die Folgen, Mitbestimmung und Beteiligung bei der Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen, berufliche Qualifizierung, Frauengleichstellung, ungeschützte Arbeitsverhält-

nisse, Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Partnerschaft, Fragen zukünftiger Entgeltpolitik, Arbeitszeitgestaltung und Zeitsouveränität, Demokratie und Beteiligung im Betrieb sind der Inhalt. Im Kern geht es um eine neue Einkommens-, Arbeitszeit- und Betriebspolitik. Die Tarifpolitik muß sich den technischen Veränderungen anpassen, den Wünschen und Vorstellungen der Beschäftigten Rechnungen tragen und die Wirklichkeiten in den Betrieben berücksichtigen. Dabei wird aber immer wieder der Spagat unternommen, gesellschaftliche Probleme in einen betrieblichen Lösungsansatz zu pressen.

Die "Radikalität" der Vorstellungen zur zukünftigen Konzeption steht in Diskrepanz zur betrieblichen Wirklichkeit einerseits und den nicht zu Ende gedachten Erfahrungen in einigen Punkten der "neuen" Tarifpolitik andererseits.

Die Tatsache, daß "die modernen 'Krankheitserreger' in der Arbeit unsichtbar geworden" sind, führt zu der Erkenntnis, daß "wir mitbestimmen (möchten) über den Einsatz von Arbeitsstoffen, Arbeitsverfahren, Arbeitsgeräten und Materialien." Selbstverständlich wird das "tarifvertraglich verankerte Leistungsverweigerungsrecht" aufgeführt. Auf der Basis bestehender Gesetze und Verordnungen gibt es kein Leistungsverweigerungsrecht gegen die modernen "Erreger". Es ist z.B. der Streß oder das Gefühl von Kranksein durch den Arbeitsprozeß. Was nützt der PC, wenn er "drogenabhängig" macht? Das Büro und seine "Erreger" sind von der Verweigerung ausgeschlossen. Es müssen - um bei der Realität zu bleiben - die Gesetze und Verordnungen der Konservativen geändert werden.

Aber auch bei der sogenannten "Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Partnerschaft" werden die Sachen auf den Kopf gestellt. Den "Zeitinteressen der Beschäftigten mit Kindern (soll) tariflicher Vorrang eingeräumt werden." So wird auch die Idee formuliert, daß sich die Betriebe "an der Finanzierung von kommunalen oder anderen Kinderbetreuungseinrichtungen beteiligen" sollen. Sie bekämen im Gegenzug "ein Anrecht auf eine bestimmte Anzahl von Betreuungsplätzen für Kinder ihrer Beschäftigten." Wie hat es doch die GEW formuliert: Die Unternehmer haben hier nichts zu suchen. Die Unternehmer sollen zahlen. Es sind nicht "ihre" Kinder, sondern die Kinder der Gemeinde oder der Stadt. Die Betreuung ist in vielerlei Hinsicht in erster Linie ein gesellschaftliches Problem.

Beim Umweltschutz erdrücken einen die Probleme: Welche Beschäftigten nehmen heute die Rechte nach individueller oder kollektiver Beschwerde bei gesundheitlichen Bedenken, wie im Manteltarifvertrag vorgesehen, wahr? Wer leistet da denn unbezahlte Überstunden, wer überläßt seiner Partnerin den Sonntag mit den Kindern, weil er arbeiten geben will? Gerade bei diesen Aspekten stoßen wir auf die massenhaften Gegner von Umweltschutz und Vereinbarkeitsvorstellungen, auf uns selber. Um die Frage von Bewußtseinsarbeit werden wir nicht umhin kommen.

Warum sprechen wir nur über Rüstungskonversion, aber nicht über Zeitungs- und Zeitschriftenkonversion? Dann dürfte es um eine Masse von Arbeitsplätzen gehen. Vor dieser Radikalität des Herangebens schweigt man sich z.Zt. noch aus.

Wenn sich die Inhalte der IG Medien verändern, muß sich auch ihre Organisation ändern. Ihr hierarchischer Aufbau muß in eine demokratische Organisation verwandelt werden, die basisdemokratisch und zentral organisiert ist. Wir verstehen uns als Mitgliederverband. Die Stützen der IG Medien sind die Betriebsgruppen und Ortsvereine. Die jetzige Konstruktion Betriebsgruppe ist ein formales Gebilde ohne Basis in den Betrieben. Die "Aktiven auf Zeit" hat es immer gegeben. Es gibt höchst Aktive, die einmal keine Zeit oder weniger Zeit haben. Die operativen Fähigkeiten müssen sich auf die Betriebe konzentrieren. Die Rechtsberatung der Mitglieder ist neu zu organisieren. Die parteipolitische/sozialdemokratische Beeinflussung der Organisation muß einem breiten Pluralismus aller Strömungen der demokratischen und sozialen Bewegungen Platz machen. Die Konzernarbeit der Gewerkschaften auf unterster Ebene bekommt einen entsprechenden Stellenwert. Ein Netzwerk unterschiedlicher inhaltlicher und organisatorischer Formationen auf betrieblich/örtlicher Ebene und die Auseinandersetzung um eine alternative Medienindustrie werden dabei Eckpunkte sein müssen. Die Organisation muß hier Qualifikation und Fachwissen den im Konzern wirkenden GewerkschafterInnen zur Verfügung stellen.

Die IG Medien muß weder links noch radikal werden, aber sie muß sich den realen Ausgangsbedingungen für ihre Wirkungsweise stellen. Im Prinzip geht es bei den sich abzeichnenden politischen, technischen und sozialen Entwicklungen um die Autonomie der IG Medien. Wird sie Sozialpartner der Medienunternehmer, stützt sie sozialdemokratische Regierungspolitik (bei verbalem Protest zu der einen oder anderen Maßnahme) oder verzichtet sie auf eine gesellschaftspolitische Strategie (die immer wieder auf Gewerkschaftstagen angeschnitten wird, aber ohne Konsequenzen bleibt). Es gilt, die Frage der Mitbestimmung und Demokratie in den Betrieben zum Mittelpunkt der Tarifpolitik zu machen. Es geht darum, daß wir auch fähig werden, notfalls Entwicklungen zu blockieren (und dazu müssen erstmal die Mitglieder sensibilisiert werden). Die großen (und erfolgreichen) Massenbewegungen wie z.B. die AKW- und Friedensbewegung sind von einem NEIN ausgegangen und haben Denken und Handeln der Menschen verändert.

Roland Haas

Zur Tarifaueinandersetzung im Bankgewerbe

Die Tarifaueinandersetzung im Bankgewerbe war geprägt von einer Reihe widersprüchlicher Elemente. Der bedeutendste Widerspruch betrifft das Ergebnis in Relation zur Bewegung: Die bisher größte Streikbewegung im Bankgewerbe überhaupt steht einem keineswegs berauschenden materiellen Ergebnis gegenüber. 5,4 % und 650.- DM sind kein Reallohnausgleich: Zur Inflationsrate (deren offizielle Höhe sowieso mit einer gewissen Skepsis betrachtet werden kann) müssen Steuern und Sozialabgaben gerechnet werden, um die Inflationsrate überhaupt netto zu realisieren. Mit diesem Ergebnis werden die Bankangestellten schon gar nicht an den Spitzengewinnen der letzten Jahre beteiligt. Die 66% Ja-Stimmen der HBV-Mitglieder drücken weniger Zustimmung zum Verhandlungsergebnis aus, als Realismus in Bezug auf die Möglichkeit der Fortsetzung des Streiks. Die Luft war 'raus. Übrigens haben Arbeitgeber, Presse und DAG-Verhandlungsführung den Verhandlungsstand des Spitzengesprächs nicht ungeschickt und medienwirksam zum Ergebnis gemacht. Dazu waren sie natürlich nicht autorisiert. Autorisiert hierzu waren nur die großen Tarifkommissionen von DAG und HBV.

Dennoch ist festzustellen, daß die Strategie von Unternehmerverbänden und Bundesregierung eine für die Gesamtwirtschaft beabsichtigte tarifpolitische Wende durch Niederkämpfen des gewerkschaftlich schwach organisierten Bankenbereichs einzuläuten, gescheitert ist. Das war nur möglich, weil neben den Gewerkschaftsmitgliedern viele unorganisierte Beschäftigte an den Aktionen und Streiks teilgenommen haben.

Mobilisiert hatte die Empörung über die (im Verhältnis zu den Gewinnen ganz unverschämte) Verweigerungshaltung der Arbeitgeber.

Diese Streikbereitschaft von nichtorganisierten Angestellten (!) ist neu. Sie verdient für weitere Streikämpfe, - inöglicherweise auch in anderen Branchen - ausgewertet zu werden: Möglicherweise stecken hier Potentiale und Reserven, von deren Umfang sich die Gewerkschaften noch keine Rechenschaft abgegeben haben. Neu ist auch eine unverkennbare Sympathie von Teilen des Managements: Der Widerstand der "Leitenden" gegen Streikaktionen war schwach.

Neu für viele an den Aktionen beteiligte Kolleginnen und Kollegen war auch die Lust am Kampf: Streiken wurde nicht nur als berechtigt empfunden, sondern machte auch Spaß. Der Solidaritätseffekt wurde - für fast alle erstmals - wahrgenommen und würde gern wiederholt werden. Diese Stimmung bewirkte eine Reihe von Gewerkschaftseintritten.

Diese Streikbewegung hatte allerdings auch unübersehbare Schwächen: Noch viel zu wenige Banker sind gewerkschaftlich organisiert, noch viel zu wenig Gewerkschaftsmitglieder sind engagiert, noch zu wenig Engagierte sind auf Streik vorbereitet.

Oft meinten Streikbeteiligte: "Alle Banken in der Bundesrepublik müßten gleichzeitig eine Woche lang streiken". Mit einem solchen Druck wäre das Ergebnis auch in die Reallohnzuwachszone von 6 oder 7 Prozent zu steigern gewesen. Aber ehrlicherweise muß gesagt werden: Die HBV hätte das (noch) nicht gekonnt! Wir hatten nicht genügend Kolleginnen und Kollegen, die als Streikposten mithelfen konnten, morgens um fünf oder sechs Uhr die ersten Schichten von Rechenzentrum, Poststelle und Zahlungsverkehr in der Streikfront zu halten. Für Frankfurt alleine wären über 1000 Streikposten notwendig gewesen, die möglichst selbst wissen, was zu tun und zu organisieren ist. Eine kleine Gewerkschaft, wie die HBV, hat natürlich keine Möglichkeit, mit den wenigen Gewerkschaftsangestellten das zu bewältigen. Haupt- und ehrenamtliche Funktionäre haben das machbare geleistet, sich gegenseitig unterstützt.

Die HBV ist dabei, hier noch vieles zu verbessern: Schulungen zu Fragen von Streikrecht, Notdienst, Rechten der Streikposten, sind geplant. Einzelne Fachgruppen "Banken" führen Wochendseminare zur Auswertung der Tarifrunde durch. Mit Streik-Videos sollen Streikauswertungen eingeleitet und neue Streikformen diskutiert werden. Die Tarifkommissionen bereiten die Tarifrunde 1993 vor. Im Mittelpunkt soll die Arbeitszeitverkürzung stehen. Es setzt sich die Auffassung durch, daß Aktionen eine Notwendigkeit in jeder Tarifrunde sein werden. Nur dadurch kann sich die Gewerkschaft stärken, den Nichtorganisierten eine Motivation zum Mitkämpfen vermitteln und die "Leistungsfunktionsträger" zu einer zumindest passiven Unterstützung (z.B. durch Krankmeldungen, Gleitzeitanspruchnahme) veranlassen.

War der Streik für die Banker erfolgreich? Die organisatorischen Potenzen wurden voll ausgenutzt. Banken in allen Landesteilen konnten einbezogen werden. Die ökonomischen Verluste mögen in Anbetracht der enormen Bankengewinne für die Arbeitgeber (noch) nicht dramatisch gewesen sein, meßbarer, als zugegeben wurde, waren sie aber schon. Neue Angestellten-schichten wurden in die Kämpfe einbezogen. Sie haben selbst und die HBV mit ihnen bat neue Erfahrungen gemacht. Selbst bis in die leitenden Angestelltenschichten hatten diese Kämpfe Auswirkungen (aktive und passive Streikbeteiligung!) Diese neuen Erfahrungen sind vielleicht das langfristig wichtigste an der Banken-Tarifrunde 1992. Sie müssen weitergegeben werden, innerhalb des DGB und darüber hinaus. Das Wissen darum, daß Streiks bei den Banken möglich sind, bat entscheidend zum neuen Selbstbewußsein von Bankangestellten und HBV beigetragen.

Harald Werner

Von der Einförmigkeit des Kollektivs zur Einsamkeit der Individuen

Der Wandel subjektiver Vergesellschaftungsformen in politischen Organisationen und seine aktuellen Probleme¹

Im Zusammenhang mit den sich verändernden Vergesellschaftungsprozessen der entwickelten kapitalistischen Länder, sind die traditionellen Arbeiterorganisationen in eine schon länger anhaltende Krise geraten. Unabhängig davon, daß die Ursachen dafür vielschichtiger Natur sind, spielt im Rahmen dieses Ursachegefüges die Tendenz zunehmender Individualisierung eine nicht unbedeutende Rolle. Die Abneigung gegenüber zentralistisch geleiteten Organisationen ist immer dort am stärksten, wo sich Menschen zusammenfinden, deren Arbeitstätigkeit und Lebensführung ein hohes Maß individueller Handlungsfähigkeit voraussetzt, die durch Aus- und Weiterbildung einen größer werdenden Teil ihres Lebens außerhalb der Arbeitszeit zubringen und nicht mehr einem dauerhaften sozialen Milieu zugerechnet werden können. Bei ihnen ist die Entkopplung von Arbeit und Freizeit ebenso weit fortgeschritten wie die Flexibilität der Lebensstile, so daß die Möglichkeit zwischen Alternativen zu wählen, zu einer Grundkonstante ihres Bedürfnissystems wird, was sich dann andererseits als konstante Abneigung gegen konstante Einbindungen ausdrückt.

Doch was wir hier als Individualisierung beobachten, ist zunächst wenig mehr als ein gewisses Maß an Diversifikation der bestehenden Individualitätsformen. Zwar werden von den Individuen immer mehr subjektive Anstrengungen verlangt, sich den verschiedenen gesellschaftlichen Teilprozessen anzupassen und die dabei auftretenden Freiheitsgrade haben auch erheblich zugenommen, aber es ist eine halbierte Individualisierung, die viele in individuelle Hilflosigkeit stürzt. Die zunehmende Diversifikation subjektiver Vergesellschaftungsmöglichkeiten hat einen hohen Preis, für die Individuen ebenso wie für die Gesellschaft.

Ersten glaube ich deshalb, daß wir es bei der Krise der klassischen Arbeiterorganisationen nicht nur mit einem Widerspruch zwischen kollektivistischer Organisationsstruktur und sich zunehmend individualisierenden Subjekten zu tun haben, sondern mit Problemen, die aus der balbierten oder deformierten Individualisierung entstehen. Zweitens neige ich zu der Auffassung, daß die Entgegensetzung von traditionellem Kol-

lektivismus in der Arbeiterbewegung und postmodernen Individualisierungstendenzen einer realhistorischen Überprüfung nicht standhält. Ich will versuchen, diese Einwendung durch einige vorläufige Thesen zu untermauern.

Erste These:

Die gängige Vorstellung, daß die Arbeiterbewegung in erster Linie deshalb eine kollektivistische Organisationsform annahm, weil die Klasse durch den stummen Zwang der Verhältnisse formiert wurde, halte ich für fragwürdig. Die kapitalistische Produktionsweise hat nicht nur den Bourgeois als Individuum hervorgebracht, sondern als seinen Gegenpart auch den doppelt freien Lohnarbeiter, der erst Individuum werden mußte, um danach im kollektiven Zwang unterzugehen. Doch während der Kapitaleigner seine individuelle Handlungsfähigkeit mit allen erdenklichen Mitteln behaupten mußte, um seine Existenz zu sichern, mußte der Arbeiter seine Individualität überwinden, um handlungsfähig zu werden. Das heißt jedoch nicht, daß der Individualisierungsschub, der Millionen Menschen aus der gleichermaßen einförmigen wie auch statussicheren Dorfarmut in die Unwägbarkeit des wurzellosen Fabrikarbeiterlebens schleuderte, nur eine unterschiedslose Masse hervorbrachte.

Die Möglichkeiten des subjektiven Scheiterns, der subjektiv nicht gelungenen Anpassung an die Vergesellschaftungszwänge waren ungeheuer groß, wovon nicht nur die zahllosen Zwangseinrichtungen zeugen, sondern auch das Heer der neuen Armen, das die ursprüngliche Akkumulation hervorbrachte. Die Übriggebliebenen hatten ein Maß subjektiver Vergesellschaftungsfähigkeit gezeigt, wie es bisher von noch keiner ausgebeuteten Klasse verlangt wurde. Ich möchte deshalb die Hypothese wagen, daß die subjektiven Vergesellschaftungsprozesse der jungen Arbeiterklasse äußerst vielfältig waren, daß die politisch aktiven Handwerksgehlen und Manufakturarbeiter ausgesprochen individuelle, ja antiautoritäre Persönlichkeitsmerkmale hervorbrachten und der damalige Individualisierungsschub heutigen Erscheinungen nicht nachsteht.

Betrachtet man die Werte des utopischen Handwerkerkommunismus, die Lebensweise sowie die Kampf- und Organisationsformen der jungen Arbeiterbewegung, dann erinnert dies mehr an unsere heutigen Autonomen, als an die Parteien der II. Internationale.

Meiner Meinung nach hat die marxistische Forschung die Entstehung des Proletariats erstens zu wenig von ihrer subjektiven Seite her betrachtet und dort, wo sie es ausdrücklich tat, das Ergebnis für den Prozeß genommen. Tatsächlich liegen aber zwischen der Emigration der Dorfarmut sowie dem Zerfall des Zunftwesens auf der einen und der Entstehung von Arbeiterfamilien oder Arbeitersiedlungen auf der anderen Seite, mehrere Genera-

¹ Es handelt sich bei diesem Text um einen weiteren Beitrag der Diskussion einer IMSF-Arbeitsgruppe über subjektive Vergesellschaftung. Vgl. die Beiträge von J.H. von Heiseler und J. Mische in Z 10 (Juni 1992), S. 118 - 137.

tionen.² Der verheiratete, seßhafte und einer regelmäßigen Arbeit nachgehende Fabrikarbeiter aber wurde erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Normaltyp seiner Klasse.

Zweite These:

Die einseitige Betonung des Kollektivs und die Herabwürdigung des Individuums, wie auch die dementsprechenden Organisationsformen, entsprechen nicht nur den Vergesellschaftungsformen der entwickelten Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sie haben auch subjektive Ursachen. Indem die marxistische Arbeiterbewegung das "Heer der Industriearbeiter" und die "disziplinierten Parteisoldaten" gewissermaßen zur Idealfigur des historischen Subjekts stilisierte, verlor sie den Blick für das kreative Individuum und identifizierte es entweder mit dem bürgerlichen Individualismus oder auf der Gegenseite mit anarchistischer Politik und Theorie. Und da es auch bei den Klassikern nicht an glorifizierenden Bemerkungen über die erzieherische Seite des Fabriksystems fehlte, wurde der stumme, vergesellschaftende Zwang zu einem positiven Moment verklärt, das die Arbeiterklasse gegenüber der individualistischen Bourgeoisie angeblich ebenso auszeichnete wie gegenüber der anarchischen Spontaneität des rohen Handwerkerkommunismus oder des Anarchismus.³

Obne die Realität des stummen Zwangs zu leugnen, der am Ende des 19. und über weite Strecken auch im 20. Jahrhundert die Arbeiterklasse in eine kollektivistische Arbeits- und Lebensweise preßte, fällt doch auf, daß die Idealisierung dieses Vergesellschaftungsmodus, in den Arbeiterorganisation zu einem Moment des subjektiven Faktors wurde, das weit über seine materiellen Bedingungen hinauswirkte. Die Arbeiterorganisationen konservierten ein kollektivistisches Persönlichkeitsideal, das wahrscheinlich weder mit der ganzen Buntheit des realen Arbeiterlebens übereinstimmte, noch mit dem Grundansatz des Marxschen Denkens.

Dritte These:

Die falsche Vorstellung über das Verhältnis von Individuum und Kollektiv, oder was nur ein andere Seite des Problems ist, das fehlerhafte Verständnis des Verhältnisses von objektiver und subjektiver Vergesellschaftung,

² Vergl. dazu die Studie von Hartmut Zwahr, "Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse", Berlin 1978 und Michael Vester, "Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß", Frankfurt/M. 1970.

³ Aufschlußreich dafür ist der Aufsatz von Engels "Von der Autorität", der zwar die historische Bedingtheit des industriellen Zwangs beschreibt, dennoch nicht frei von Idealisierungen ist und sich im Verständnis seiner Zeitgenossen wohl auch in erster Linie als Kampfschrift gegen antiautoritäre Kleinbürger liest. MEW 18, S.305.

bat viele Seiten der sozialistischen und kommunistischen Politik geprägt und ist auf ebenso vielfache Weise gescheitert.

Die Geringschätzung des Individuums und die Unterschätzung jener produktiven Momente, die daraus erwachsen, daß sich Menschen subjektiv, also aus eigenem Willen, in gesellschaftliche Verhältnisse einbinden, hat sich bereits in der II. Internationale ausgebildet. Wer die Wurzeln dafür erst im Aufbau der Sowjetunion, in Lenins Partei neuen Typs oder in der kommunistischen Internationale sucht, vergißt, daß das große Vorbild Lenins die deutsche Sozialdemokratie war. Sieht man einmal von Rosa Luxemburg und einigen anderen Linken ab, so war die deutsche Sozialdemokratie nicht nur zentralistisch organisiert und staatsfixiert, sie war auch überaus autoritär.

Was sich jedoch durch sozialdemokratische Politik niemals als umfassender Vergesellschaftungsmodus herausbilden konnte, weil es dafür an gesellschaftlicher Macht mangelte, wurde beim Aufbau des Sozialismus als Gesellschaftssystem mit voller Stringenz zur Realität. Indem Vergesellschaftung als zentral geleiteter Prozeß gedacht und organisiert wurde, reduzierte sich die subjektive Vergesellschaftung der Individuen auf nachholende Aneignung und das unausrottbar Individuelle war, wenn es schon nicht als Abweichung gebrandmarkt oder verfolgt wurde, eine vernachlässigenswerte Besonderheit im Allgemeinen.⁴ Das Individuum war Ergebnis, nicht Voraussetzung des Kollektivs.

Aus dem falschen Verständnis von Individuum und Kollektiv folgt zwangsläufig eine fehlerhafte Gesellschaftskonzeption, ein Entwurf, in dem die Gesellschaft nicht als freie Assoziation freier Individuen gedacht wird, sondern als unterschiedslose Gemeinschaft. Sie beraubt die Individuen nicht nur ihrer Unverwechselbarkeit, sondern negiert auch ihre subjektiven Anstrengungen zum Hervorbringen von Gesellschaft.⁵ Denn wenn subjektive Vergesellschaftung mehr ist, als das individuelle Bemühen der Einzelnen, sich an die objektiven gesellschaftlichen Prozesse anzugleichen, dann bringen sie selbst Gesellschaft hervor und das Ergebnis ist anders als der zentrale Gesellschaftsplan. Mit einer solchen Sichtweise konnte sich der reale Sozialismus nicht abfinden, er mußte sie in die Schublade des subjektiven Idealismus verweisen.

Die Beschränkung subjektiver Vergesellschaftungsmöglichkeiten hat dem realen Sozialismus nicht nur individuelle Freiheitsrechte vorenthalten, sondern auch gesellschaftliche Triebkräfte.⁶ Sein Scheitern hat nicht nur öko-

⁴ Vergl. dazu Igor Kon, "Psychologie der sozialen Trägheitskraft", in: Marxistische Blätter 5-88, S.98f. Fortgesetzt in Heft 6-88.

⁵ Zum Unterschied von Gesellschaft und Gemeinschaft vergl. Peter Ruben, "Ende des 'rohen' Kommunismus", in Sozialismus 3-90, S.19.

⁶ Kon schreibt dazu: "Wenn ich meine Individualität nicht realisieren kann, und wenn alles, was ich mache, genauso erfolgreich auch ein anderer machen kann - unersetzliche Menschen gibt es bei uns nicht! -, warum muß ich mich dann überhaupt bemühen?", a.a.O., S.99.

nomische oder politische Gründe, sondern all diese Gründe verbinden sich zwangsläufig mit dem falschen Verständnis von Individuum und Gesellschaft, mit jenem Irrtum, der die subjektive Vergesellschaftung lediglich als Anpassung an objektive Notwendigkeiten versteht.

Vierte These:

Die Fehler des Kollektivismus - und nicht nur die beim Aufbau des realen Sozialismus, sondern auch die in den Organisationen der Arbeiterbewegung - können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vergesellschaftung durch Kollektive erstens Realität und zweitens nicht ohne Vorteile für das Individuum ist.

Realität war und ist, daß die Handlungsfähigkeit von Kollektiven dem Individuum Sicherheit, Identität und eine über das individuelle Vermögen hinausgehende Bedürfnisbefriedigung sichert. Und dies weitgehend unabhängig davon, ob der Einzelne in den kollektiven Zusammenhalt hineingeboren oder hineingezwungen wird, oder ob er subjektiv herbeigeführt wird. Die unterschiedliche Formierung von Kollektiven ist zwar für den Charakter des Kollektivs entscheidend und auch für die Handlungsfähigkeit der Einzelnen, aber ihr Nutzen steht nicht zur Debatte.

Wer das bestreitet und im bindungslosen Individuum das Ideal des sich selbstverwirklichenden Menschen sieht, macht den gleichen Fehler wie der Kollektivismus: Er übersieht den Doppelcharakter des Menschen als individuelles Gemeinschaftswesen. Während der Kollektivismus das Individuelle einseitig aus dem gesellschaftlichen Gewordensein ableitet, kehrt sein Gegenteil zu einem Menschenbild zurück, das den Menschen zur Monade macht und glaubt, die höchste Vervollkommenung des Individuums durch einen Zustand vollständiger Bindungslosigkeit erreichen zu können. Dieser von Nietzsche hefruchtete Begriff der individuellen Selbstfindung verleugnet den Doppelcharakter des Menschen als individuelles Gemeinschaftswesen und geht über die empirische Realität hinweg.

Die von ihren Klassen- und anderen sozialen Bindungen befreiten Individuen stehen heute einer Realität gegenüber, die sie aufs Neue vernechtet, ohne sie für den Verlust der kollektiven Sicherheiten mit neuen Tröstungen zu versehen. Denn mit dem Wegfall der sozialen Bindungskräfte und der Emanzipation von den Traditionen und Eingrenzungen sozialer Herkunft geht den Individuen etwas verloren, was sie erst zu Individuen macht: der Bezug zum anderen Menschen. Ohne die normative Zustimmung anderer Subjekte kann der Einzelne weder Ich-Identität noch Selbstbewußtsein entwickeln.

⁷ Zur Kritik an den damit einhergehenden Sozialtheorien der Postmoderne vergl. Axel Honneth, "Anerkennung und Differenz", in: *Initial-7*, S.669f.

Die historisch eingespielten Anerkennungsmuster werden zusammen mit den Bindungen zerstört, aus denen das Individuum befreit wird. Die Sozialtheorien der Postmoderne leugnen diesen Verlust und idealisieren ein Individuum, das sich, losgelöst von allen sozialen Traditionen und Zwängen, spielerisch selbst verwirklicht. Es wählt sich seine Rollen, Werte und Lebensweisen in ständiger Selbstinszenierung und läßt endgültig alles hinter sich, was das Ich äußeren Zwängen unterwirft.

Um zur Realität zurückzukehren reicht es aus, die soziale Wirklichkeit einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Die spielerische Selbstverwirklichung schrumpft merklich zusammen, wenn man die Räume ausmisst, in denen sie stattfindet. Die sozialökonomischen Variablen determinieren zwar nicht mehr den Inhalt der Lebensweise, aber die Grenzen, innerhalb derer sie realisiert werden kann.

Doch diese zutiefst materialistische Entzauberung der spielerischen Selbstverwirklichung ist hier nicht so sehr von Belang, als vielmehr die Frage, ob diese Individualisierungstendenz mit einem höheren Maß subjektiver Vergesellschaftung verbunden ist. Oder konkreter gefragt: Sind die aus ihren alten Bindungen befreiten Individuen in einem höheren Maße in der Lage, aus subjektivem Antrieb heraus gesellschaftliche Beziehungen einzugehen? Zunächst mag man geneigt sein, dies zu bejahen, weil sich die relative Ungebundenheit und die Differenz zu tradierten Lebensstilen ebenso sinnlich erfahren läßt, wie die Vielgestaltigkeit der realisierten Formen. Aber da der Mensch keine Monade ist, weil sein Selbst aus dem Bezug zum Anderen entsteht, stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Herkunft der realisierten Individualitätsformen. Zum einen ist weder theoretisch noch empirisch zu leugnen, daß die möglichen Individualitätsformen einen ökonomischen, durch die Austauschbeziehungen begrenzten Möglichkeitsraum haben. Zum anderen aber sind auch die in diesem Rahmen möglichen Lebensformen keine spielerischen Selbsterfindungen, sondern Stereotype, die aus den Bausteinen der Medienwelt zusammengesetzt sind. Die Individuen, die sich früher in ihrem sozialen Kontext spiegelten, im Wechsel zwischen tradierten Anerkennungsformen und subjektiver Gestaltung ihre Eigenschaften ausbildeten und sich kommunizierend vergesellschafteten, spiegeln heute eine Kunstwelt wider, die die ästhetischen Eliten für sie entwerfen und die sich der Alltagsüberprüfung weitgehend entzieht.⁸

Das angeblich spielerische Moment in der subjektiven Realisierung von Lebensweisen erweist sich bei näherer Betrachtung als gnadenlose Entzerrung des Alltagslebens. War es früher die Familie, das soziale Milieu oder das Arbeitskollektiv, die als sinnstiftende und wertsetzende Instanz auftraten, so tritt nach der "Auflösung des Sozialen" das weltumspannende

⁸ Axel Honneth a.a.O.: "...die kulturellen Leistungen, ob nun Rockkonzerte, Fußball oder Kunstwerke werden dem direkten Kommunikationszusammenhang partizipierender Laien entzogen und den vereinzelt Subjekten als Objekt einer bloß noch passiven Betrachtung zugleich näher gebracht."

Netz der elektronischen Medien an ihre Stelle. Befreit von den Fesseln der sozialen Prägung, verfängt sich das Individuum im Netzwerk einer Bilder- und Informationswelt, deren Realitätsgehalt nicht mehr überprüfbar ist, das keine Rückkopplung zuläßt, die Subjekte zu stummen Empfängern macht und sich nur im Gespräch mit sich selbst befindet.

Die immer buntere und scheinbar spielerischere Realisierung unterschiedlicher Lebensformen wird zu einem dauerhaften Bedürfnis, das eine umso größere Dynamik entwickelt und desto raffinierter gestaltet werden muß, je unbefriedigter die Bedürfnisse der Individuen nach wirklicher Handlungsfähigkeit bleiben. Da die realen Probleme dieser Welt auch den buntesten Bildervorhang durchdringen, muß er umso abwechslungsreicher gestaltet werden, je drängender die Probleme werden.

Aus aus diesem Dilemma deformierter Individualisierung bieten sich den Einzelnen verschiedene Fluchtwege an: Der Weg nach vorne, in immer raffinierteren Konsum, schrillere Abwechslung und ausgefallenerer Kostümierungen oder der Weg zurück ins archaisch Einfache. Beide sind mit dem Verlust an Handlungsfähigkeit verbunden und führen in entgegengesetzte Formen der Vereinzelung. Doch die Auflösung des Sozialen bleibt eine Realität, ist nicht zurückholbar und bat auch längst schon eine Vision entstehen lassen, nämlich die nach wirklicher subjektiver Handlungsfähigkeit, nach realer Wahlfreiheit und individueller Selbstverwirklichung.

Fünfte These:

Dieses erweiterte Bedürfnis nach individueller Handlungsfähigkeit, wie auch die Deformierungen der subjektiven Vergesellschaftung, produzieren für die Linke eine höchst widersprüchliche Situation. Auf der einen Seite entwickeln die Menschen Bedürfnisse, die objektiv an der gesellschaftlichen Wirklichkeit scheitern, auf der anderen Seite wird aber genau dieses Scheitern ästhetisch verarbeitet, als gesellschaftlicher Normalfall zum Stoff unzähliger Bildergeschichten gemacht und damit seiner gesellschaftlichen Dimension beraubt. Das Ende aller Utopien, aller Metaerzählungen ist in den ästhetischen Gestaltungen des Zeitgeistes längst zur Banalität verkommen. Der Held der 90er Jahre hat keine Ideale mehr und wo er sie sich leistet, wird er zur tragisch-komischen Figur. Er ist Sieger über die Realität, weil er sie erträgt: gelassen, illusionslos und kreativ. Das Chaos ist normal, zuweilen komisch und auf jeden Fall auszuhalten, wenn man es cool nimmt. Und da subjektive Vergesellschaftung in dieser medialen Welt nichts anderes heißt, als spielerisch in die eine oder andere Rolle zu schlüpfen, wiederholen Millionen vereinzelter Individuen in immer schnellerer Folge die ihnen vorgegaukelten Möglichkeitsformen sozialer Existenz.

Gesellschaftliche Kollektive, die diese sinnstiftende Scheinrealität durchbrechen und umfassende Gegenöffentlichkeiten konstituieren könnten, sind nicht in Sicht. Die bindende Kraft sozialer Bewegungen hat nur partielle Wirkung und wird von den sinn- und wertstiftenden Instanzen permanent unterlaufen, indem sie die Themen oppositioneller Bewegungen ästhetisch überformen, sie sogar sinnlich eindrucksvoller gestalten, aber durch die beziehungslose Einreihung in die allgemeine Reizüberflutung gleichzeitig entschärfen. Die Macht der elektronischen Netze stützt sich nicht mehr, wie die alten Formen der Gegenaufklärung, auf Verschweigen, nicht mehr und erst recht nicht auf Gegenpropaganda, sondern auf Integration, repressive Toleranz und Beliebigkeit.

So besteht das erste Problem sozialer Bewegungen - und zwar weit vor ihren Problemen als entfremdete Organisation - in ihrem realen Verlust an Wirklichkeitsinterpretation. Gegenöffentlichkeiten, die sich im sozialen Kontext der Klassen nur deshalb herausbilden konnten, weil der soziale Verkehr nicht nur mit Anpassungszwang, sondern auch mit Selbstreflexion verbunden war, sind unter vereinzelt Individuen auf die alte Weise nicht mehr herstellbar. Und zwar nicht nur deshalb, weil sie nicht gegen die allgegenwärtigen Wirklichkeitskonstrukteure am Ende der Datennetze ankommen können, sondern weil sich die Individuen gegen alle Vergesellschaftungsformen wehren, die ihre subjektive Handlungsfähigkeit real oder scheinbar einschränken.

Die "mütterliche Wärme des Vorurteils"⁹, das in leichtfertiger Sprachwahl manche kommunistischen Theoretiker als Klasseninstinkt bezeichneten, bat seine Unschuld vor aller Welt verloren und Individuen, die, wenn auch nur scheinbar, gelernt haben, daß mensch sich seines eigenen Verstandes bedienen muß, um in dieser Welt zurecht zu kommen, sind durch keinerlei Organisationsform mehr an fundamentalistische Gegenideologien zu binden. Im Gegenteil: Da die totale Medienfreiheit die Wahl des Mediums zum höchsten Ausdruck der Freiheit gemacht hat und die Variabilität der Lebensstile nicht nur als Höchstmaß der Toleranz gepriesen, sondern so auch empfunden wird, macht sich jede Organisation verdächtig, die sich als autorisiertes Medium oder als Architekt einer bestimmten Lebensform anbietet.

All diese Vorbehalte gegen Organisationen sind vernünftig und es ließen sich auch leicht Alternativen finden, bei denen das Bedürfnis nach subjektiv bewußter Vergesellschaftung in eine neue organisatorische Form findet. Es ist auch vorstellbar, daß sich Individuen auf die kollektiven Anforderungen einer Organisation einlassen, wenn diese Anforderungen mit einem nachträglichen Gewinn an individueller Handlungsfähigkeit verbunden

⁹ Diesen Begriff verwendet Alain Finkielkraut in seinem Essay "Die Niederlage des Denkens", Reinbek bei Hamburg 1989, S.29f.

sind. Doch all diese Überlegungen bleiben im schlechten Sinne abstrakt, wenn sie von den konkreten Individuen absehen. Denn diese Individuen, deren Bedürfnis nach individueller Handlungsfähigkeit ebenso stark entwickelt ist, wie es durch die Realität kapitalistischer Vergesellschaftung in einem Zustand permanenten Unbefriedigtseins gehalten wird, haben den Kampf um ihre Individualität zu einem Grundbedürfnis gemacht. Sie scheuen die Einförmigkeit eines jeden kollektiven Zusammenhangs und verheiben dennoch in einem Zustand individueller Einsamkeit.

Die dauernd wechselnden Anforderungen des Arbeits- und Privatlebens machen sie zu Feinden jeglicher Festlegung und sie befinden sich ständig auf der Flucht, aus der Angst, vom Zeitgeist auf einem verlassenem Eiland überrascht zu werden. In einer Welt der fließenden Werte, ereilt sie die Angst, nicht auf dem Laufenden zu sein und jeder macht sich verdächtig, der sie in diesem Fluß an etwas binden möchte.

Der ständige Wechsel der Werte und Normen, der Lebensstile und des Zwangs kreativ zu sein, läßt keine Stattsicherheit zu. Die aber ist Voraussetzung für das souveräne Eingehen von Beziehungen und für die partielle Abgabe individuellen Ungehundenseins an ein Kollektiv.

Alle Organisationen, von den traditionell überformten Gewerkschaften und linken Parteien, bis hin zu den Zusammenschlüssen neuer sozialer Bewegungen, kranken an dieser mangelnden Souveränität von Individuen, ihrer ständigen Flucht vor festen Bindungen und der übersteigerten Sensibilität gegenüber individueller Vereinnahmung. Die Erfahrungen sprechen kaum dafür, daß dem mit organisatorischen Erfindungen begegnet werden kann. Es scheint, als wenn die Erneuerung der radikalen Kritik des Bestehenden genau an dem Vergesellschaftungsmechanismus ansetzen muß, der die Individuen nicht mehr nur der Früchte ihrer Arbeitstätigkeit, sondern ihrer subjektiven Handlungsfähigkeit beraubt. Wie die Armen nur zur Preisgabe ihrer letzten Habseligkeiten zu bewegen waren, wenn das einsichtigerweise zur Enteignung ihrer Enteigner notwendig war, werden die um ihre individuelle Handlungsfähigkeit bangenden Menschen nur auf einen Teil ihrer armseligen Autonomie verzichten, wenn das für einen gesellschaftlichen Entwurf geschieht, der die individuelle Autonomie zum Kernpunkt seiner Vergesellschaftungsutopie macht.

Wirtschaftsdemokratie & Eigentumsordnung

Alte Antworten neu befragt

- * Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung
- * Wirtschaftsdemokratie - eine Antwort auf die Eigentumsfrage?
- * Neue betriebliche Beteiligungsformen
- * Steuerungsmöglichkeiten und -grenzen des modernen Kapitalismus
- * Gibt es ein demokratisches Potential der neuen Technik
- * Auf der Suche nach einem neuen Demokratietyp

Bremen

19. und 20. September

Referate, Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen von und mit: Henning Adler, Joachim Bischoff, Manfred Bobke, Hermann Bömer, Horst Dietzel, Gregor Gysi, Jörg Miehe, Jakob Moneta, Lothar Peter, Heinz Petrak, Jan Prieue, Ursula Schumm-Garling, Konrad Siegel, Harald Werner u.a.

.....
Anmeldung und Anfragen an:

**PDS/Linke Liste Landesverband
Niedersachsen/Bremen,**

Herderstraße 35, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421-704810

oder:

**AG Gewerkschaftspolitik beim Parteivorstand der
PDS, Kleine Alexanderstraße 28, O-1020 Berlin,**

Tel.: 030-2315403

Abkoppelung und Aufklärung

Hiermit möchte ich auf Christoph Spehrs Artikel "'Westliche' Kultur und 'multikulturelle' Weltgesellschaft" in Z 10 eingehen. Er ist vor einem Jahr bereits in SPW erschienen und auch diese Zeitung hatte mich um eine Replik gebeten, da Spehr von folgendem Zitat aus meinem zuvor in SPW veröffentlichtem Artikel "Die Internationalisierung der Zivilgesellschaft" ausging: "Allen romantischen Vorstellungen zum Trotz sind die Länder der Dritten Welt dazu verdammt, die Herausforderungen der Industrialisierung anzunehmen, wodurch sie auf Dauer nicht umhin kommen, auch gewisse neue, für die Industrialisierung notwendige Überbauten zu entwickeln, wie zum Beispiel einen mit dem Arbeitsrhythmus enhergehenden Lebensrhythmus... Bei der Entwicklung von modern funktionierenden Industrienationen verwandeln sie sich (die traditionellen Überbauten) jedoch größtenteils in Hindernisse...kann der Einfluß, der über Film und Fernsehen auf die Entwicklung eines neuen Bildes der Frau transportiert wird, nicht nur negativ gesehen werden. Er fördert das anzustrebende Resultat zwar nicht auf direktem Wege, sondern eher über den Umweg von Konsumwünschen, in Bezug auf das Freizeitverhalten, Mode, Reisen, usw. Diese Wünsche können jedoch viele junge Mädchen in die Welt der Arbeit führen." Da Spehrs Position - die radikale Ablehnung von allem, was aus dem Westen kam

und kommt - keine isolierte, sondern eine in der Linken mittlerweile sehr weitverbreitete ist, möchte ich hier noch ausführlicher antworten. Das Loslösen einiger ihn offenbar besonders ärgernder Sätze aus dem Kontext verdeckt, daß es in meinem Artikel um die Analyse der Gewalt ging, die von den kulturellen Elementen der westlichen Zivilgesellschaft auf die Drittweltländer ausgeht und ich keineswegs für eine undifferenzierte Übernahme der westlichen Industriegesellschaft plädiert habe. Allerdings sehe ich die Existenz des westlichen Medienschirms als quasi objektive heutige Kampfbedingung an, auf die die Drittweltländer bislang vor allem durch die totalitäre Unterdrückung eigener kultureller Entwicklungen nicht adäquat reagiert haben. Des weiteren glaube ich nicht an die Entwicklungsperspektive einer hundertprozentigen Abkoppelung. Das hat nichts damit zutun, autonome Produktionsprojekte zu unterstützen, wo sie denn möglich sind. Da, wo sich aber die Abkoppelung ganzer Länder und Weltregionen auf Grund der Verschuldung bereits vollzogen hat, sehe ich derzeit nur Agonie. Meine Differenz zu Spehr liegt also nur darin, daß wir in verschiedenem Ausmaß und vielleicht auch für verschiedene Formen der Abkoppelung sind. Hier lohnt es sich freilich, zu diskutieren.

Widerspruch melde ich zu Spehrs - ebenfalls bei vielen Linken vorhandenen - Idealisierung der vorkolonialen Verhältnisse an. Er tut so, als hätte es bei nichteuropäischen Völkern keine Sklaverei und keinen

Völkermord gegeben. In der Tat ist relativ unbekannt, daß zum Beispiel der Islam Rassismus und Sklaverei zwar verbietet, faktisch aber doch weitgehend zugelassen hat. Ob es Spehr paßt oder nicht - erst die Kolonialmächte haben im islamischen Raum die Sklaverei abgeschafft - und das freilich schleppend und unentschieden. Auch haben erst die Kolonialmächte die Gleichstellung der Juden durchgesetzt, die zugunsten des 'Teile-und-Herrscher-Prinzips' freilich gleich als Privilegierung der Juden gegenüber den Moslems konzipiert wurde. Zuvor durften Juden, ganz wie im europäischen Mittelalter, auch im arabischen Raum kein Land besitzen und nur die Berufe ausüben, die im Islam gesellschaftlich verpönt waren wie das Goldschmiedehandwerk und der Geldverleih. Zahlte die jüdische Gemeinde ihre Steuern nicht pünktlich, waren Todesstrafen, bzw. auch mal Pogrome angesagt. Nur in den lichten Momenten islamischer 'Aufklärung' sind Juden auch mal Minister geworden. Der Kolonialismus hat die unterworfenen Völker nicht nur daran gehindert, sich die hellen Seiten ihrer Geschichte anzueignen, er hat sie auch von den dunklen Seiten abgeschnitten. Es ist für ihre Selbstfindung von allergrößtem Interesse, daß sie sich vom Mythos ihrer natürlichen Friedfertigkeit frei machen. So hat die mexikanische Archäologie erst in den letzten zwei Jahrzehnten belegt, daß die Maja-Kultur infolge einer ökologischen Krise zu einer Kultur des organisierten Kannibalismus ausartete. Demnach sind es nicht

nur die überlegenen Waffen der Spanier gewesen, die die Eroberung möglich machten, sondern auch die politische Zerrissenheit der Indianer selbst. Alle diese Erkenntnisse ändern nichts daran, daß Spehr mit einer anderen Behauptung recht hat - nämlich daß die westlich-kapitalistische Welt *heutzutage* die Hauptquelle von Gewalt in der Welt ist. Es ist aber ein verbreiteter Irrtum, daß mit der Ausschaltung dieser Quelle von Gewalt die Gewalt bereits verschwinden würde. Damit gesellschaftliche Konflikte in Zukunft nicht mehr vorrangig gewaltsondern vorrangig dialogförmig ausgetragen werden, sind Überlegungen viel differenzierterer Art erforderlich und zwar von Seiten aller Völker. Das bedeutet: Ausbreitung hzw. Stärkung von Zivilgesellschaft. Auch Spehrs reduktionistischem Begriff der Aufklärung kann ich nicht zustimmen. Der vom Westen ausgegangene Kolonialismus ist keineswegs die notwendige Folge der Aufklärung gewesen und das "Geschwätz von der Zivilgesellschaft" ist keineswegs immer der lügnische Überbau der heute vom Westen ausgehenden Gewalt. Die spanische Conquista war nicht von der Aufklärung inspiriert und hürgerlich-kapitalistische Verhältnisse sind auch ohne Zivilgesellschaft möglich, nämlich im Faschismus. Wenn sich in Europa des 19. Jahrhunderts - schwächliche - Zivilgesellschaften ausgeildet haben, dann waren es keine Geschenke der Bourgeoisie an die Arbeiter. Umgekehrt - das allgemeine

Wahlrecht und die Medienfreiheit wurde der Bourgeoisie in mehreren Revolutionen von den Unterschichten abgerungen. Wenn diese ihre schwächlichen zivilgesellschaftlichen Erungenschaften nicht verteidigen, werden sie leicht wieder beschnitten oder ganz zurückgenommen - auch heute sind wir den faschistischen Gefahren keineswegs entronnen.

Wenn in den ehemaligen Kolonialländern Zivilgesellschaften entstehen, sind sie nicht überall - wie oft in Lateinamerika - künstliche Kreationen der USA. In Afrika hat der Kolonialismus sich gerade dadurch ausgezeichnet, daß er die Ureinwohner aus der Zivilgesellschaft systematisch ausschloß. Sie bekamen erst in der letzten Phase der Kolonisierung volle Bürgerrechte. Daß heute bei manchen Völkern Afrikas der Wunsch auftaucht, theokratisch-totalitäre Traditionen zu überwinden und endlich Systeme kontrollierbarer und absetzbarer Regierungen zu entwickeln, sollte nicht als eurozentristische Marotte denunziert werden.

Nun zum Abkoppelungsproblem. Zweifellos richtig ist es, auf die desaströsen Auswirkungen mechanisch vom Westen übernommener Hochtechnologien hinzuweisen. Als ich 1977 in das algerische Sidi Bel Abbes zog, hatte ich Gelegenheit, aus der Nähe den Aufbau eines gigantischen Industrieunternehmens zu beobachten. Mein algerischer Ehemann hatte den Posten eines Personaldirektors in diesem von der Bundesrepublik errichteten größten Landmaschinenwerk von Nordafrika übernommen.

Weder von der Größe noch vom technischen Standard her hatte der Betrieb ein Pendant in Deutschland selbst - er war also in jeder Hinsicht Versuchslabor. Seine zukünftigen Kapazitäten waren auf mindestens 24 verschiedene Landmaschinentypen in einem Umfang geplant, daß nicht nur der algerische Markt abgedeckt, sondern auch Export in andere afrikanische Länder möglich werden sollte. Der technische Leiter des Projekts - ein bereits bejahrter Herr aus dem Württembergischen - verkörperte den Begriff der 'deutschen Wertarbeit'. Aber er war nicht nur stolz auf seine Arbeit. Er war weitsichtig genug, sich ihrer auch zu schämen. Vor uns gab er zu verstehen, daß das Werk nie funktionieren würde. Der Betrieb war ein Palast aus Licht und Glas. Bis zu den Kristallgläsern und zum Stahlbesteck in der Kantine war alles aus der Bundesrepublik importiert. Das Geschirr, aber auch die Seife und die Handtücher in den Waschräumen verschwanden in Windeseile. Die Fabrikleitung beschloß, diese Dinge immer wieder neu zu beschaffen und zu hoffen, daß irgendwann der Punkt erreicht wäre, an dem alle Arbeiter sich mit Geschirr und Wäsche eingedeckt hätten: Die Petrodollars machten eine solche Großzügigkeit damals noch möglich. Schwerer wog offensichtlich, daß die gleichzeitig errichteten Neubauwohnungen in Sidi Bel Abbes nur für die Kader, die Führungskräfte reichten. Die Arbeiter lebten wie eh und je weiter in ihren Höhlen. Der Kontrast zwischen dem beinahe steril-bygienischen

Arbeitsplatz und den eigenen Lebensbedingungen war zu gewaltig. Eines Morgens fand man einen Kollegen, der sich nachts vor dem Fabriktor aufgehängt hatte. Er war nicht der letzte.

Als der Betrieb fertig war, konnte er schließlich nur zwei Typen von Landmaschinen herstellen und war weit davon entfernt, die Bedürfnisse des algerischen Marktes befriedigen zu können. Er ist freilich vertragsgerecht bezahlt worden. Die Bundesrepublik hat an ihm nicht schlecht verdient. Daß die Berieselungsmaschine am 1. Mai durch die Straßen von Sidi Bel Abbes Parfüm versprengte, war sicher eine schöne Idee - zu größerer Arbeitsproduktivität hat sie nicht beigetragen. Das hing freilich auch damit zusammen, daß es an einer adäquaten Facharbeiterausbildung mangelte und daß - obwohl Hochtechnologietransfer aus dem Westen zum nationalen Programm erhoben war - zugleich das Französische in der Schule zugunsten des literarischen Hocharabisch systematisch reduziert wurde.

Damals kam mir schnell die Erkenntnis, das dieser Hochtechnologietransfer in die Dritte Welt ein verhängnisvoller Irrweg war, der keine organische Entwicklung in Gang bringen konnte. Neue Techniken werden psychosozial offensichtlich nur dann akzeptiert und schöpferisch verwandt, wenn die Menschen sofortige und direkte Vorteile daraus ziehen können. Diese Erkenntnis hätte aufmerksamen Lesern freilich schon der 1961 verstorbene Frantz Fanon mit seinen Essays über die Akzeptanz

des Radios und der modernen Medizin bei den Algeriern vermitteln können. Auch Wohlhabende hatten sich jahrzehntelang nicht für den als frivol empfundenen französischen Rundfunk interessiert. Von Algeriern wurden erst dann massenhaft Radios gekauft, als die Revolution 1954 begonnen hatte, und insbesondere dann, als die Befreiungsfront einen eigenen Sender einrichtete. Und erst das häufige Sterben von Moudjahidines durch Tetanus und Blutvergiftung ehnete der europäischen Medizin den Weg. (Die Effizienz der entsprechenden Medikamente wurde um so deutlicher, weil die Kolonialmacht ihren freien Vertrieb seit dem Aufbrechen der Kämpfe verbot - wie übrigens auch den Verkauf von Radiobatterien).

Ich gebe Spehr also durchaus recht, wenn er einer weitgehenden Ahkoppelung und lokalen Autonomie der technologisch-ökonomischen Entwicklung in der Dritten Welt das Wort redet. Und zu dieser technisch-ökonomischen Ahkoppelung gehören zweifellos auch eigene Weltanschauungen und Wertesysteme. Da eine hundertprozentige Ahkoppelung nicht möglich ist, wird es freilich auch kein hundertprozentig ahgekoppeltes Wertesystem mehr geben können. Genau das wollten meine Ausführungen zum Import bestimmter - nämlich der konsumorientierten - Elemente der westlichen Zivilgesellschaft suggerieren. Je weniger Technisierung, umso notwendiger wird eine - von Spehr offensichtlich sehr verachtete - Ausbildung eines rigiden Arbeits-

ethos nötig und zwar auch und gerade in den Gesellschaften, die es historisch nicht könnten oder aufgrund sozialistischer Überindustrialisierung verloren haben (wie z.B. Algerien). Wer sich sieben Kinder leistet (algerischer Durchschnitt pro Frau), wird nicht umhin kommen, eine dazu passende Produktionsstruktur zu schaffen (die perspektivisch auf die Anzahl der potentiellen Enkel hindeuten müßte) oder sich doch zu einer rationalen Geburtenkontrolle entschließen müssen. Am günstigsten wäre es, wenn beide Wege gleichzeitig beschritten werden könnten. Alles andere ist Romantik. Unabdingbar scheint mir freilich die eigenständige zivilgesellschaftliche Entwicklung der kulturellen und politischen Strukturen im Süden, d.h. die Errichtung von Assoziations- und Medienfreiheit. Sowohl der hemmungslose Technologietransfer als auch Kulturtransfer vom Westen in die Dritte Welt hatten nämlich durchaus etwas mit den dort bestehenden totalitären politischen Systemen zu tun, deren Funktionäre sich leicht von West oder Ost korrumpieren ließen, ohne der geringsten gesellschaftlichen Kontrolle zu unterliegen. Wenn ich von einer 'eigenständigen zivilgesellschaftlichen Entwicklung' spreche, ist nicht die Kopie des englischen Ober- und Unterhauses gemeint, sondern nur ein Grundprinzip der wählbaren und kontrollierbaren Regierung sowie der Installierung des Rechtes auf Differenz, d.h. die volle Anerkennung aller Minderheitenrechte bis hin zum Recht auf staatliche Abspaltung.

Ökonomische Abkoppelung kann nicht generellen Verzicht auf rationale und auch wissenschaftliche Durchdringung aller Lebenssphären heißen. Nicht nur, weil die Basis der traditionellen Landwirtschaft in den meisten Weltgegenden sozial und technisch vom Kolonialismus zerstört worden ist, sondern auch aus demographischen Gründen ist die Projizierung einer ökologisch und handarbeitlich betriebenen Landwirtschaft für das Gros der Drittweltländer illusorisch: Wo es bereits heute zu solcher Abkoppelung gekommen ist, reicht die Produktion höchstens zur Selbstversorgung der Bauern, den Slumgürteln der Städte droht die Auslagerung. Geburtenkontrolle und Technisierung von Lebensmittelproduktion sollten und können freilich auch nur auf der Basis eigener - mehr oder weniger 'abgekoppelter' - sozio-medizinischer und technischer Entwicklung in Gang kommen. Aber auch hierfür sind die politischen Voraussetzungen nicht zu unterschätzen: Der Ostblock ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß die Menschen dort die teilweise reale technologische Abkoppelung nicht hingenommen haben. Ihre Überwindung war der einzige Konsens, der zwischen der Bevölkerung und den Machthabern geherrscht hat - selbst Gorbatschow hat noch geglaubt, die Probleme der Sowjetunion mit der Abschaffung der COCOM-Liste bewältigen zu können. Und ein iranischer Freund hat mir erst neulich versichert, daß die Sucht nach westlichen Konsumgütern im Iran nie größer war, seit sie nicht mehr

vorhanden, d.b. gesellschaftlich geächtet und nur noch über den Schwarzmarkt zu erreichen sind.

Es scheint mir politisch naiv, Abkoppelung und Autonomie ganz ohne nationale und internationale Vernetzungen zu denken. Ohne eine Wirtschaftspolitik, die den gesamten demographisch explodierenden hungernden Massen - denen zumeist gar kein landwirtschaftlich nutzbarer Boden mehr zur Verfügung steht - eine Lebensperspektive vermittelt, werden die abgekoppelten Inseln von diesen sofort überrannt werden. Ehe sich Wirtschaftsflüchtlinge aus den verdorrten Steppen und den Slumgürteln der großen Städte auf den Weg in die Festung Europa machen, liegt es näher, sich zunächst mal bei den zumeist nur scheinbar noch prosperierenden Inseln der eigenen Landsleute zu bedienen. Genau hier liegen schon heute die Konfliktkeime nicht nur in der ehemaligen Dritten, sondern auch in der Zweiten Welt: Autonomiebestrebungen haben insbesondere die reicheren, prosperierenden Teile ehemaliger Staatengebilde. Sie glauben, sich gegen die ärmeren Teile schützen, 'abkoppeln' zu müssen. Könnte die Idee der totalen Abkoppelung nicht auch eine eurozentristische sein? Ist es nicht ein heimlicher eurozentristischer Wunsch, daß sich die ärmeren Länder und Regionen freiwillig abkoppeln (am besten auch noch aus unserem Gedächtnis) und uns damit unserer Mitverantwortung entheben würden? Um eine - auf ökonomischen Ausgleich zielende - wirklich neue Weltwirtschaftsord-

nung kommen wir bei Strafe des allgemeinen Untergangs nicht herum. Diese - der im Gefolge des Golfkrieges befestigten alten Ordnung diametral entgegengesetzte - Ordnung hätte zunächst die Bildung neuer politischer und wirtschaftlicher Bündnisse des Südens zur Voraussetzung, um endlich den Austausch von Rohstoffen und Produkten zwischen den armen Ländern selbst möglich zu machen. Der Erneuerung und Neuerichtung solcher Bündnisse steht freilich die Verschuldung des Südens entgegen - womit jedes einzelne Land direkt an den Norden gebunden bleibt. Eine radikale und gleichzeitige Entschuldung ganzer Weltregionen wäre die erste, wenn auch bei weitem nicht letzte Forderung, die an die Regierungen des Nordens zu stellen wäre. Hinzu käme, daß die dringend erforderliche größere wirtschaftliche Autonomie des Südens ihr Pendant in größerer Wirtschaftsautonomie des Nordens finden muß. Statt rücksichtsloser Ausbeutung fremder Rohstoff- und Arbeitskräfte reserven müßten wir in kurzer Zeit eine totale Recyclingwirtschaft entwickeln. Wie solche gigantischen Umbauprojekte - die auch im günstigsten Falle nicht nur den Oberschichten erhebliche Einbußen an Lebensstandard abverlangen würden - politisch durchgesetzt werden sollen, ohne auf die Traditionen von Aufklärung und Vernunftdenken zurückzugreifen, ist mir unklar. Wir sollten uns auch hüten, die 'Aufklärung' bistorisch auf eine Tradition des europäischen 18. Jahrhunderts zu beschränken. Das

Zentrum von Aufgeklärtheit, Toleranz und Wissenschaft lag wenige Jahrhunderte zuvor bekanntlich in der islamischen Kultur und gerade daran haben die auf den menschlichen Universalismus zielenden bedeutendsten Aufklärer des 18. Jahrhunderts angeknüpft. (Auch die Anthropologie und die Lehre der gemeinsamen Abstammung aller Menschen vom Affen ist ein Kind der Aufklärung). Wer Aufklärung pauschal verwirft - weil sie trotz jahrhundertelanger Versuche angeblich historisch nichts gebracht hätte - hängt offensichtlich immer noch der Vorstellung an, daß sich zivilisatorische Leistungen biologisch-genetisch festschreiben lassen müßten, sonst seien sie gleich gar nichts wert. Es ist wirklich erwiesen, daß sie sich biologisch nicht festschreiben lassen und daß wir nicht nur bei Naturkatastrophen, sondern schon bei geringfügigen Bedrohungen unseres Lebensstandards innerhalb weniger Minuten leicht wieder zu gefährlichen Halbaffen werden können. Es gibt aber keine Alternative, als Toleranz und Aufklärung jeder Generation immer wieder neu und möglichst umfassender anzuerziehen. Darin besteht die verfluchte 'Dialektik der Aufklärung'.

Wenn ich mit Positionen der Spehrschen konfrontiert bin, sehe ich freilich wenig Chancen, den jetzigen gegenaufklärerischen und weltzerstörerischen Trend umzukehren. Wer es freilich nicht versucht, hat das Weltenende schon vorprogrammiert. Nachdem die Gefahr eines einmaligen weltweiten Atomdesasters gebannt scheint,

wird die Tücke des Untergangs freilich nicht in der Gnade eines plötzlichen allgemeinen black outs bestehen, sondern in einem jahrzehntelangem Hinqualen von immer häufiger werdenden lokalen Katastrophen, die dann ihrerseits weltweite katastrophische Vernetzungen herstellen.

Sabine Kebir

Notiz zu Castro

In dem Auszug aus der Rede Fidel Castros, der in Z Nr. 9 abgedruckt ist, finden sich entwicklungstheoretische und entwicklungspolitische Aussagen, die über den Anlaß der Rede hinausreichen und deren allgemeine Bedeutung festgehalten werden sollte. Es geht einmal um ein Problem der Theorie der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen agrarischen und industriellen Ländern, nämlich darum, ob diese Arbeitsteilung wegen komparativer Kostenunterschiede unter den jeweils gegebenen Produktionsvoraussetzungen für beide Länder vorteilhaft ist oder ob der darauf aufbauende Warenaustausch eine Übertragung von Teilen des Produktionswerts der geringer produktiven Volkswirtschaft an die produktivere Volkswirtschaft beinhaltet, insofern also nicht vorteilhaft ist. Castro führt aus, daß der Verschlechterung der terms of trade Cubas mit Industrieländern, die Ausdruck jener Wertübertragung ist, im Fall des Handels mit der UdSSR durch ein Gleitpreiskommen entgegengewirkt wurde, und er betont ferner, daß der Preis, den die UdSSR für cubanischen

Zucker zahlte, über dem Weltmarktpreis lag, aber immer noch geringer war als die Kosten von in der UdSSR produziertem Zucker.

Das bedeutet für das genannte theoretische Problem, daß es sich in der Praxis der Wirtschaftsbeziehungen Cuba-UdSSR als ein Scheinproblem erwiesen hat, denn komparative Vorteile und Wertteiltransfer schließen sich nicht aus, sondern beruhen, was an sich auch theoretisch schon gezeigt wurde, auf der Verschiedenheit der Produktivkraft der gesamtgesellschaftlichen Arbeit in den beteiligten Volkswirtschaften. Außerdem berührt Castro bei der Schilderung des genannten Sachverhalts aber auch ein - ebenfalls keineswegs neues, aber immer wieder aufzugreifendes - entwicklungspolitisches Konzept, nämlich das der internationalen Umverteilung von Wert durch vertragliche Preisstützungen für arme Länder zum Zweck der Diversifikation der Produktionsstruktur, wobei die bisherigen inhaltlichen Zielsetzungen Cubas in dieser Hinsicht durchaus strittig sind. Es kommt hier aber auf den Grundgedanken an, die durch den Austausch von Rohstoffen gegen Industriewaren (aufgrund komparativer Kostenunterschiede) fixierten kolonialen Produktionsstrukturen mittels der Zusatzerträge aus vertraglichen Preisstützungen (entgegen der Verschlechterung der terms of trade) vernünftiger zu gestalten, was durch denselben Mechanismus auch für die industriellen Produktionsstrukturen bewirkt werden kann.

Nach Castros viel beachteter Rede auf dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro erscheint es nicht mehr als abwegig, die von ihm angesprochenen Strukturkonversionen auch mit ökologisch orientierten Veränderungen in Verbindung zu bringen. Es herrscht in der ressourcen- und umweltpolitischen Diskussion weitgehend Einigkeit darüber, daß Rohstoffsteuern - mehr als Emissionssteuern - ein wesentliches Mittel zum erforderlichen Umbau der Industrieproduktion sein können, da sie dahin wirken, den Ressourcenverbrauch zu bremsen, den Stoff- und Energieumsatz der gesellschaftlichen Produktion zu verringern und die stoffliche Verwertung von Reststoffen zu fördern. (Vgl. auch den Aufsatz von D. Düe in diesem Heft). Das Aufkommen aus solchen Steuern kann und muß - im Sinne der allgemeinen Forderung der unterentwickelten Länder, Umweltschutz und Entwicklung miteinander zu verbinden (vgl. hierzu den Aufsatz von A. Leisewitz in Z Nr. 10) - zur gezielten Aufstockung der Exporterträge von rohstoff erzeugenden Volkswirtschaften zwecks Förderung ihrer nachhaltigen Entwicklung verwendet werden, sofern es sich nicht um schadenstiftende Rohstoffexporte handelt. Würden solche Steuern einerseits entsprechend der ökologischen Bedeutung der Rohstoffe differenziert erhoben werden (eher Überflüssiges wird besonders teuer) und andererseits entsprechend der ökonomischen Bedürftigkeit der Rohstoff erzeugungsländer differenziert verwendet werden (Ölscheichs scheiden als Empfänger

ger aus), was selbstverständlich eine politische Kontrolle dieses Mechanismus und der einzu-richtenden Fonds erfordert, so würden damit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Es wäre sicher unrealistisch zu erwarten, daß z. B. die Regierungsparteien in der BRD eine solche Forderung sich zu eigen machen und umsetzen würden, aber es kann nicht schaden, die Mittel jedenfalls zu bedenken, mit denen es in die richtige Richtung gehen könnte.

Karl Hermann Tjaden

Wider den Wohlstandschauvinismus einer besseren Welt.

Betrachtung eines Jugendlichen

"Die Idee ist tot. Endlich!" schreibt Adam Michnik über den Kommunismus und hofft gleichzeitig auf ein geeintes Europa, geprägt von Toleranz und Pluralismus. Doch in was für einer Gesellschaft leben wir? Ist das, was da kürzlich über die totalitäre Pseudoalternative gesiegt hat, wirklich das aufklärerische Ideal, der moralische Garten Edens?

Machen wir uns nichts vor - der Mensch bedarf der Aufklärung nicht minder als 1784, als Kant den *homo sapiens* (wie zynisch!) zum Ausgang aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit aufforderte.

Mag sein, daß unsere Staatsform dem größtmöglichen Teil der Bevölkerung den größtmöglichen Reichtum verschafft. Zugehen,

äußerlich sind wir reich - doch unsere Seele ist allzu oft arm.

Werfen wir doch einen Blick auf die Freiheit. Wahrlich, äußerlich sind wir frei, wie es nur wenigen Generationen vor uns vergönnt war - doch wie arm ist es um unsere intellektuelle Freiheit, um unsere innere Freiheit bestellt. Wir konsumieren, lehen unseren tollwütigen Warenfetischismus aus, genießen, was wir uns in ach so harter Knochenarbeit geschaffen haben - und werden dabei fett und schläfrig. Die ausgelebten Bedürfnisse, die zahlreichen Sauf- und Freßorgien schaffen eine Selbstgerechtigkeit, die allzu häufig eine menschliche Natur überdeckt, die besonders unter Diktaturen oder Mißständen prächtige Blüten treibt: die kritische Brillanz unseres Verstandes, die unermüdliche Hoffnung und vor allem die Suche nach dem wahren Ideal.

Wird uns auch durch unser Grundgesetz eine fantastische äußere Freiheit zugesichert, so sind wir doch im Begriff, sie und mit ihr zusammenhängend unseren Wohlstand mit unserer ganz besonderen *inneren, individuellen, menschlichen Freiheit* zu hezahlen. Eine hohe Zechen: Wir werden nun vollends zum "Sklaven unserer Bedürfnisse" (Eugen Kogon), wie die Tiere nach dem Bauche lebend, stillen wir unsere Sekundärbedürfnisse. Doch unser Reichtum frißt uns auf: Unser göttliches inneres Metall tauschen wir gegen harte D-Mark ein, und zwar zu einem üblen Umtauschkurs. So versinken wir im primitiven, nivellierenden Strom der Gleichgültigkeit, der Masse.

Unser Leben ist eine Farce, eine Fassade. Wundervoll spiegelt es sich in unserem postmodernen Architekturverständnis wider: Da schaffen wir gigantische, goldigfunkelnde Einkaufspassagen und Wolkenkratzer, an deren Füßen die Ausgestoßenen unserer Gesellschaft, die Glücklosen, die Schwachen um milde Gaben einer angeekelten Menge betteln. Das ist absurd, das ist grotesk! Angesichts dieses perversen Paradoxons verkommt jede Funkelfassade zur lächerlichen Selbsttäuschung, zu Oasen unserer scheinbaren Glückseligkeit.

Dort wandeln sie, die Damen und Herren Wohlstandsdemokraten, und lassen sich nieder an den Tischen der diversen Nobelcafés a la Mache. Da sitzen sie, sie, die ohne übergroßes persönliches Zutun durch die bloße Geburt in eines der wohl reichsten Länder dieser Erde automatisch dazu prädestiniert waren, sich mit Delikatessen vollzufressen und den Arbeitsschluß mit Champagner zu begießen. Bertrand Russell hat recht: "Die Menschen haben vor dem Denken mehr Angst als vor irgend etwas sonst auf der Welt - das Denken kennt keine Gnade gegenüber Privilegien, fest begründeten Institutionen und bequemen Gewohnheiten; es sieht den Menschen, ein schwaches Fleckchen, umgeben von unergründlichen Tiefen des Schweigens!"

Es ist ja so bequem, die individuelle und wohl auch kollektive Unmündigkeit hinter dem Vorhang des materiellen Reichtums zu verstecken. Es gibt andere, die für

mich denken, und was soll ich mein Leben groß hinterfragen? Ich bin glücklich, ich bin zufrieden, ich hab' ja alles. Ich, Ich, Ich. Was interessiert es mich, wo diese Mangos herkommen, die ich mir gerade so lasterhaft-geüßlich auf dem verwöhnten Gaumen zergehen lasse? Was interessiert es mich, daß sie von Sklavenhand gepflückt wurden, von farbigen Sklaven der postindustriellen Wohlstandsnationen, deren Peitsche die soziale Armutскеule ist. Doch, mein Gott, was denke ich da, ich poche ja an der Weltordnung! "Fort mit dem Denken! Zurück in den Schattenbereich des Vorurteils, damit Besitz und "Moral" nicht in Gefahr geraten!" Soziale Armutssklaven? Unsinn, ich bin kein Sklavenhalter, erst gestern habe ich doch 20 D-Mark an die Welthungerhilfe gespendet!!!

O, Prometheus, du hast den Pfad des gerechten Fortschritts längst verlassen, die aufblühende Rose deiner Wohltaten verwelkt im ätzenden Sonnenschein der Realität.

Auch unser Verhältnis zu den Nächsten sollten wir einmal kritisch prüfen. Das Ergebnis eines Experiments des Theologischen Seminars an der Princeton Universität bat ergeben, daß nur 10 % der Menschen, die in Eile sind, einem Schwerverletzten in der Straßengasse Hilfe leisten. Nur 63 % der Menschen, die nicht unter Zeitdruck stehen, helfen einem Verletzten. Was für ein Armutzeugnis für die christliche Nächstenliebe!

Doch was schweifen wir in den ohnebin schon schwer mitgenomme-

nen christlichen Glauben ab, erinnert sich ein Großteil unserer Bevölkerung der biblischen Gebote allenfalls noch am obligatorischen pseudogläubigen Besuch der Messe am Heiligen Abend.

Betrachten wir da lieber unser Verhältnis zu den vor kurzer Zeit noch so geliebten Brüdern und Schwestern in der ökologisch wie ökonomisch toten Steinzeitwüste Ostdeutschland. Die da vor zwei Jahren noch freudig-erregt die längst schon verloren geglaubte Verwandtschaft in die Arme schlossen, verdammten heute am laute- sten die schwarzen Subventions- und Steuerfresser. Und wagt ein Zoni mal zaghaft seine Kritik an den zahlreichen Mißständen der Ossi-Wessi-Gesellschaft zu erheben, so wird er allzu schnell vom jovial-drohend mit dem Geldschein winkenden Bruder ermahnt. Die Haltung von Teilen der westdeutschen Bevölkerung ist ekelerregend. Doch auch die Verhaltensweise vieler Ostdeutscher ist fatal. Unkritisch kopiert man "Moral" und Konventionen der Wessi-Mitbürger. Die eigenen Werte und Erzeugnisse werden dabei mit Schamröte auf den Abfallhaufen der Geschichte geworfen. Sieht man sich zum Beispiel die Auslage ostdeutscher Zeitungsstände an, so fällt auf, daß ostdeutsche Wochenzeitungen und Magazine die absolute Minderheit bilden. Ersetzt werden sie durch diverse SuperIllus oder Tratschmagazine. Eine Zeitschrift wie die Weltbühne erhält man allenfalls am internationalen Presseshop im Großstadtbahnhof ("Die Weltbühne? Die erscheint

doch schon seit Monaten nicht mehr, und außerdem liest die kein Mensch!").

Nein, nach dem Zusammenbruch von Sozialismus und Einheitspartei wäre ein behagliches Zurücklehnen angesichts des uns umgebenden Elends ein Manifest unseres geistigen Todes. Noch immer hat ein Satz Thomas Manns brennende Aktualität: "Wider die Selbstgerechtigkeit der besseren Welt!". Mag die Linke auch eine ideologische Niederlage erlitten haben, so ist der Sieg des rechten Wohlstandskapitalismus noch lange keine Rechtfertigung für unkritisches Schweigen!

Nico Sandfuchs

Die Schwierigkeiten mit der linken Wirtschaftspolitik

Symposium der Marx-Engels-Stiftung e.V., Wuppertal

Mit vier wissenschaftlichen Veranstaltungen setzt die Marx-Engels-Stiftung (MES), Wuppertal, 1992 ihren Tagungszyklus "Marxismus in einer sich verändernden Welt" fort. Am 17./18. Oktober 1992 steht noch das Kolloquium "Marxistisches Menschenbild - eine Utopie?" an und am 5./6. Dezember eine Tagung der AG Geschichtsforschung über die zwei deutschen Staaten in der Periode des kalten Krieges.

Das von etwa 60 Interessenten besuchte Symposium über linke Wirtschaftspolitik fand am 16./17. Mai 1992 statt und stand unter dem etwas nmständlichen Titel "Analysen und Kritiken des modernen Kapitalismus - Ist linke Wirtschaftspolitik möglich? Aktuelle Fragen zur Kritik der politischen Ökonomie im Werk von Karl Marx". Es waren sowohl die in einem Reader ahgedruckten Beiträge als auch die gehaltenen Vorträge zur Debatte gestellt. Das durchgehende Hauptproblem war, welches Selbstverständnis linke Wirtschaftspolitik entwickeln sollte und, wenn überhaupt, in welches Gesamtkonzept sie nach dem Zusammenbruch der Realsozialismus gestellt werden müsse. Von besonderem Interesse mußte dabei sein, welche Ansätze für die Stellung gegenüber der kapitalistischen Restauration im Osten vorgestellt wurden.

Mit dem Einleitungsvortrag von Wolfgang Jahn, Halle/S. ("Ist die Marxsche ökonomische Theorie für eine linke Wirtschaftspolitik aktuell?"), ging es um theoretische Selbstvergewisserung und Einordnung. Mit der Erinnerung an die Marxsche Warenanalyse (Wert als Substanz entfremdeter Arbeit) bezog Jahn Front gegen die alten und neuen Verfechter der "Warenidylle" und machte darauf aufmerksam, daß gerade aus der Spezifik der Ware Arbeitskraft die im Kapitalismus unlöshare Problematik resultiere. Aus seiner Sicht läßt auch Marx den Lösungs- und Transformationsweg in bestimmten Varianten offen, obwohl der Theoretiker immer wieder durch den revolutionären Politiker links überholt worden sei. Für entwickelte kapitalistische Länder sieht Jahn z.Z. nur den Weg einer allmählichen qualitativen Umgestaltung, was auch für die Eigentumsvergesellschaftung als Gretchenfrage gelte. Entsprechend müsse sich eine linke Wirtschaftspolitik orientieren. Gleichzeitig sei eine Fundamentalkritik als Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft als Totalität brandaktuell und unverzichtbar. Ebenfalls müßten auch schroffe Wendungen denkbar bleiben, was nicht zuletzt durch die Lehenserfahrungen der heute 60jährigen nahegelegt werde. Der Kampf um soziale Rechte und um Reformen müsse eine Einordnung in ein Gesamtkonzept finden.

Die Diskussion bewegte sich um die Interpretation des Wertgesetzes, um die unterschiedlichen Logiken von Kapital, Wert und Gebrauchswert und um die Auffassung von gesellschaftlicher Transformation in der Gegenwart. Joachim Bischoff, Hamburg, ging es darum, die Monopoltheorie als einen Ansatz zu interpretieren, der einer deformierten Auffassung des Wertgesetzes in der Arbeiterbewegung den Boden bereitet habe. Ebenfalls bestand er, in Abhebung von Jahns Betonung des fragmentarischen Charakters der Marxschen Theorie, darauf, daß die Entfaltung des Wertgesetzes bis zur Konkurrenz als geschlossene Theorie aufzufassen sei. Nach Harry Nick, Berlin, hat der Zusammenbruch des Realsozialismus unter Beweis gestellt, daß die exzessive Kapitallogik, die sich in einer entsprechenden Wachstumseffektivität manifestiere, nur vom entwickeltsten Niveau aus überwunden werden kann. Unter sozialistischen Verhältnissen könne diese Effektivität nicht überboten werden. Gegenüber den Revolutionen des 19. Jahrhunderts sieht Wolfgang Eichhorn, Berlin, heute die transitorischen Fähigkeiten des Gesellschaftsmechanismus und die auf dieser Ebene wirkenden Veränderungspotentiale.

Die Entwicklungs- oder besser Krisenprobleme auf dem Territorium der früheren DDR rückten im Referat von Klaus Steinitz, Leiter der AG Wirtschaftspolitik beim PV der PDS in Berlin ("Probleme linker Wirtschaftspolitik beim Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern"), in den Mittelpunkt. Er plädierte dafür, daß linke Wirtschaftspolitik ihren Ausgangspunkt bei den konkreten Problemen der Bevölkerung haben müsse und nicht bei abstrakt fixierten Feindbildern. Als Alternative zu den Konservativen seien substantielle Vorstellungen erforderlich. Sie habe nicht nur die Interessen der Bevölkerung aufzunehmen, sondern sich auch an der Entwicklung ihrer demokratischen Mitwirkung zu orientieren. Zwar könne gegenwärtig in den neuen BL nicht von Vertrauen der Bevölkerung in eine linke Wirtschaftspolitik gesprochen werden, es wachse aber die Kritik an der marktradikalen Variante der Entwicklung. Noch stünden auch die marxistischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler im Prozeß kritischer Selbstüberprüfung, was sich deutlich in der gegenwärtigen PDS-Programmdiskussion zeige. Dies betreffe Fragen des Eigentums und der Verfügung, den Status der Erwerbsarbeit u. a.

Heute sei die Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland tiefer als vor der Währungsunion. Die Zerstörung der DDR erfolge als De-Industrialisierung. Es blieben nur noch 1/3 der Arbeitsplätze in der Industrie und 1/4 in der Landwirtschaft übrig. Über 75 % des Werttransfers dienten rein konsumtiven Zwecken. Gleichzeitig erfolge eine gigantische Vermögensübertragung von Ost nach West. In den neuen Bundesländern (nBL) entstünde eine Filialökonomie mit besonderer Krisenanfälligkeit. Im Zentrum linker Wirtschaftspolitik in diesem Gebiet müsse heute die Arbeitslosigkeit stehen. Die Kriterien linker Wirtschaftspolitik seien aus der Einbeziehung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem zu entwickeln. Demokratisierung am Arbeitsplatz könne als eine Schwerpunktforderung aufgefaßt werden.

Linke Wirtschaftspolitik orientiere sich an konkreten Problemen, setze aber in Zielen und Methoden einen gesellschaftspolitischen Neuanfang voraus und verstehe sich als Bestandteil eines umfassenden Reformkonzepts gegen die Dominanz des Profitstrebens.

Hauptfragen der hreit gefächerten Diskussion waren die Ursachen der gegenwärtigen Entwicklung, also die Schuldfrage, der Status linker Wirtschaftspolitik für die nBL im Rahmen der BRD insgesamt und ihre Ansätze und Anlage. Unterschiedlich wurde beurteilt, ob diese Entwicklung den Interessen des Kapitals, der Logik der kapitalistischen Restauration folge oder vor allem Ergebnis der Bonner Politik und ihrer strategischen Ambitionen sei. Ekkehard Saueremann, Halle/S., hob gegenüber einer allgemeinen Kritik und Reflexion des Kapitalismus die Untersuchung der Dimension des Besonderen, der unterschiedlichen Varianten hervor. Rolf Vellay, Datteln, sieht einen neuen Morgenthau-Plan in Aktion. Die magere Investitionssumme des Privatkapitals in den nBL, 1991 nach Abzug der Subventionen ganze 13 Milliarden DM, interpretierte er im Zusammenhang mit den wachsenden parasitären Finanzanlagen im Westen. Aus der Sicht von Stefan Bollinger, Berlin, der auch im Reader einen Beitrag unter dem Titel "Deutschland, neuer 'Gründerkrach', Kohl und der Osten" vorgelegt hatte, ist die Bonner Politik auch als eine Art politischer Revanche aufzufassen, die nun in einen "Gründerkrach" eingemündet sei. Massive Einwände gegen die von Klaus Steinitz und Kollegen im Reader entwickelte Position für eine aktive Strukturpolitik in den nBL trug Jürgen Leihiger, Dresden, vor. Aus seiner Sicht ist eine besondere Strukturpolitik für den Osten überflüssig. Die Karre sitze fest. Die Fragen müßten nun vom Standpunkt der Belasteten und nicht nach der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen gestellt werden. Wenn Strukturpolitik, dann müsse sie mit übergeordneten und Fragen der Produktivkraftentwicklung verbunden werden. Demgegenüber verwies Klaus Steinitz darauf, daß noch 1/3 der Treuhandbetriebe als sanierungsfähig eingestuft seien, wobei aber diese Quote täglich schrumpfe. Die Würfel seien zwar gefallen, aber der Zug sei noch nicht abgefahren. Auch Werner Ishaner, Abgeordneter in Halle/S., verwies auf die Notwendigkeit politikfähiger Alternativkonzepte und der politischen Einschränkung der Marktwirtschaft. Die Zentralität der Beschäftigungspolitik wurde auch von Günter Rogin, PDS-Abgeordneter im Schweriner Landtag, hervorgehoben. Schließlich konnte Gerhard Speer, Dresden, auf eine Initiative der SPD, Sachsen, aufmerksam machen, 200 Treuhandbetriebe als Förderunternehmen einzustufen. Fritz Rische, Leiter des wirtschaftspolitischen AK beim PV der DKP, Düsseldorf, äußerte die Ansicht, daß es wichtig gewesen wäre, wenn die Linke insgesamt den damaligen Vorschlag der IG Metall zur Umwandlung der Treuhandanstalt in eine Weiterführungsgesellschaft bzw. eine Industrieholding unterstützt hätte. Er stellte in den Vorschlägen der Memo-Gruppe, der DKP und der PDS einen breiten Bereich von Übereinstimmungen fest, heklagte demge-

genüber jedoch, daß es nicht zur Fixierung eines linken Minimalkonsens komme.

Die "Probleme des Übergangs der ostdeutschen Landwirtschaft in die EG-Agrarwirtschaft/Ansätze einer Alternative" behandelte ein Reader-Text von Fritz Schumann, PDS-MdB aus Leipzig, der von seinem Mitarbeiter W. Jahn mit Engagement vorgetragen und vertreten wurde. In der Landwirtschaft seien die Unterschiede zwischen Ost und West gravierender als in anderen Bereichen. Auf der einen Seite dominiere der Familienbetrieb, auf der anderen Seite der Großbetrieb. Der Kahlschlag werde durch die Bonner Politik bewußt betrieben und folge ideologischen und Konkurrenzmotiven. Mit der Währungsunion seien die LPGs in eine sich vertiefende Liquiditätskrise hineingetrieben worden. Die "Entkrampfung" erfolge nun über Potentialvernichtung und Produktionssenkung. Im einzelnen gehe es um einen Preisbruch (die Bauern erhielten nur noch 50 % der früheren Preise bei pflanzlichen Produkten und 33 % bei tierischen Produkten, während die Betriebsmittelpreise nur auf 70 % gesunken seien), einen Preisverfall (die Milchpreise lägen pro Liter 10 Pfennige niedriger als in Westdeutschland), um die Nutzung der Altkredite als Druckmittel gegen die Genossenschaften durch die Treuhand, um Kapitalabfluß, ungleiche Landrückgabe u. a. Das West-Kapital greife nach dem Boden im Osten. 1/4 des Bodens unterliegen als Bundesvermögen der Regie der Treuhand. Die alten Grundbesitzer schickten sich an, ihre Güter für den symbolischen Wert von 30 % des Einheitswertes von 1935 zurückzukaufen. Jetzt sei nur noch ein Viertel der früheren Agrarproduzenten vollbeschäftigt. In nur zwei Jahren sei den ostdeutschen Bauern eine Reduzierung aufgezwungen worden, wozu man in der BRD über 30 Jahre benötigt habe. Trotzdem seien die Bonner Rechnungen nicht aufgegangen. Der Familienbetrieb sei nicht gefragt. Immer noch würden 80 % der Nutzfläche von den Nachfolgeeinrichtungen der LPGs bewirtschaftet. Heute kämpften 1530 Genossenschaften gegen die Schikanen Bonns und der Treuhand ums Überleben. Der Kampf habe sich vom Massenprotest auf der Straße auf das ökonomische Ringen um die Existenzhaltung verlagert. Im Unterschied zur Alt-BRD handele es sich nicht um Allround-, sondern um spezialisierte Bauern.

In der Diskussion wurde vor allem die Frage thematisiert, ob und inwieweit die letztgenannte Perspektive angesichts der gesamtdeutschen Agrarkrise und der derzeitigen Machtverhältnisse Erfolgchancen habe. Zumindest ist die Perspektive denkbar, daß sich in Ostdeutschland als Erbe des alten Sozialismus ein genossenschaftlicher Sektor hält, wie er z. B. in manchen Regionen Italiens (Emilia Romagna) besteht.

Im dritten Block ging es um die Blickwinkel der Marxisten aus der Alt-BRD. Heinz Jung, Weilrod/Ts., stellte Überlegungen zum Thema "Linke Wirtschaftspolitik und verunsicherte sozialistische Perspektive" vor. Aus seiner Sicht stehen Kapitalismusanalyse und Sozialismusperspektive in ei-

nem osmotischen Zusammenhang. Die verbindende Brücke seien vor allem die Vergesellschaftungsvorstellungen. In seinen letzten Phasen sei der Realsozialismus durch einen rapiden Utopieverlust gekennzeichnet gewesen. Dieser sei selbst bei Marxisten mit dem Sieg der kapitalistischen Restauration vielfach in den Gestus des antiutopischen Realismus umgeschlagen. Der Realsozialismus habe Erfahrungen zurückgelassen, die heute erst schwer zu wägen seien. Auf jeden Fall gelte heute, daß sich der Sozialismus als Komplex von Theorie, Utopie und Erfahrungen darstelle. Die aktuelle Situation nach dem crash und die Grundprobleme linker Wirtschaftspolitik versuchte Jung in einer Analyse der Tarif- und Streikbewegung '92 herauszuarbeiten. Die erfolgreiche Aktion der Arbeiterklasse habe neue Bedingungen für die Bonner Politik gesetzt. Die marxistische Linke könne in der Orientierung auf die Arbeiterklassenrealität des Westens das Gegengift gegen die von der Restauration ausgehenden Tendenzen finden. Ferner problematisierte Jung die Einstellung der Linken auf den Restaurationsprozeß im Osten. Er plädierte für eine klassendifferenzierte Haltung. Ebenfalls kann aus seiner Sicht auf eine fundamentalistische Kapitalismuskritik nicht verzichtet werden. Wer dies tue, komme gegenüber der kapitalistischen Restauration in eine schiefe Lage. Marxisten könnten ja nicht mit konservativen und anderen politischen Kräften in Wetthwerf darüber treten, wie die sozialen Konflikte zu minimieren und die Akzeptanz der kapitalistischen Marktwirtschaft zu erhöhen seien.

Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Bewertung der Sozialutopien für linke Alternativkonzeptionen. Dabei ging es auch um die Beurteilung der Utopie im Realsozialismus. Die Spanne reichte vom Plädoyer für die Orientierung an den Marxschen Frühschriften für konkrete Utopien heute (Elisabeth Bessau, Wuppertal) bis zur Betonung der romantisch-reaktionären Konsequenzen des Utopismus durch Marx (Fritz Fiehler, Hamburg). Rainer Thomas, Dortmund, thematisierte im Zusammenhang mit unterschiedlichen Entwicklungslogiken das Verhältnis von Utopie und Teleologie. Eine ähnlich hreite Spanne von Ansichten war auch in Bezug auf den Komplex Utopie im Realsozialismus präsent.

Eine konkretere Ebene der Bestimmung linker Alternativpolitik wurde im Referat von Joachim Bischoff, Hamburg, angesteuert. Im Mittelpunkt standen Analyse und Kritik des konservativen Grundtypus der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Gegenwärtig überlagere der Zusammenbruch des Realsozialismus noch die Probleme der Überakkumulation in den Metropolen. Seit der Weltwirtschaftskrise 1980/82 beschleunige sich der Übergang zu einer neuen, der postfordistischen gesellschaftlichen Betriebsweise. Mit ihr entstünden die neuen und entscheidenden Bezugspunkte linker Politik. Damit sei auch die Frage der Vormachtstellung zwischen den kapitalistischen Metropolen erneut aufgeworfen. Bischoff konstatierte das Scheitern der konservativen Einigungspolitik und stellte der Absenkung des Lebensstandards in der Alt-BRD die Alternative aktiver öffentlicher Strukturpolitik für den Osten gegenüber. In den Bonner Parteien

kündige sich eine Konstellation, unter Einbeziehung der SPD, zu einer gravierenden Neuverteilung der Lasten an. Ein kleinerer Teil der SPD-Führung halte noch am Konzept der Aufholjagd fest. Freilich müsse die Linke heute von der Realität ausgehen. Angesichts der Kräfteverhältnisse könne der Ruf nach Strukturpolitik folgenlos bleiben oder auch nur eine Abbifunktion ausüben. Aber wie auch immer: Ohne eine Führungsrolle des Staates werde es keine Trendwende geben. Zur Diskussion gestellt war ebenfalls ein Reader-Beitrag von Fred Schmid, München, zur "Internationalisierung des Kapitals am Beispiel des Siemens-Konzerns".

Schwerpunkt der Diskussion war die Einordnung der neuen postfordistischen Betriebsweise. Harry Nick, Berlin, siebt darin eine mit dem Übergang von der Manufaktur zur Fabrik vergleichbare Transformation. Fritz Krützner, Hattingen, vertrat die Ansicht, daß die neue Betriebsweise erst im Prozeß der Entbindung und für die Linke das Aufgreifen der Qualifizierungsfrage ein zentraler Ansatz sei. Für Fritz Fiehler, Hamburg, muß nun die Logik der neuen Betriebsweise für alle Bereiche durchbuchstabiert werden. Er innerte an die Periode zwischen den Weltkriegen - und die Analyse Gramscis -, in der sich aus der Ungleichzeitigkeit der Modernisierungsschübe (wirtschaftlich-technische und kulturelle Moderne) jenes Konfliktpotential ergab, auf das sich der Faschismus stützte. Auch heute habe sich die Linke zu entscheiden, ob sie sich als Linke der Modernisierung oder der Kultur- und Konsumkritik verstehen wolle. Klaus Mähler, München, warnte vor Übertreibungen in Bezug auf den neuen Produzententyp.

Auch dieses Symposium der Marx-Engels-Stiftung zeigte, daß es sich beim Zusammenwachsen der marxistischen Linken aus dem Osten und aus dem Westen um einen bei weitem noch nicht abgeschlossenen Prozeß handelt, bei dem unterschiedliche Erfahrungen und lebensweltliche Realitäten nach wie vor bedeutsam sind. Dies muß notwendigerweise auch die Akzentsetzung einer linken Wirtschaftspolitik betreffen.

Heinz Jung

Das historische Subjekt im Werk von Marx und Engels

Bericht über die 6. Tagung der AG Marx-Engels-Forschung am 13./14. Juni 1992

"Arbeiterklasse, Volksmasse, Individuum, Klassenbewußtsein, Organisations- und Bewußtseinsfrage, Systemstruktur und Subjektivität" - so war dieses Mal der Themenbereich zur Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Marx-Engels-Forschung beim IMSF abgesteckt, zu der sich alljährlich Marx-Engels-Philologen, Philosophen, Ökonomen und Sozialwissenschaftler tref-

fen. Die Leitung der Diskussion hatten die drei AG-Sprecher *Winfried Schwarz* (Hanau), *Werner Goldschmidt* (Hamburg) und *Jürgen Jungnickel* (Berlin) inne.

Den Auftakt gab *Heinz Jung* (Weilrod) mit einem Referat über die Arbeiterklasse im Marxschen und Engelsschen Frühwerk. Sein Beitrag stellte ein Plädoyer für die Wiedergewinnung der breiten Perspektive dar, die mit der "Latenz des Übergangs" in der frühen Marxschen und Engelsschen Analyse und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft verbunden ist: Wiedertzugewinnen wäre, so *Jung*, diese Latenz einer noch nicht doktrinär verkürzten Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit bürgerlicher Gesellschaft mit Bezug auf die gesamte Bandbreite emanzipatorischer und demokratischer Strömungen, aus deren Kontext heraus sich Marx und Engels der Arbeiterklasse zuwenden. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dann die Frage, inwieweit der philosophische Bezugsrahmen des Frühwerks - das dialektische Modell einer Entäußerung und Wiederaneignung des menschlichen Wesens - zur Einlösung dieses Programms noch dienlich sein kann. Am entschiedensten bestritt dies *Michael Heinrich* (Berlin), der darauf hinwies, daß der vom späteren Marx erreichte Stand der Analyse einen Rückgang auf die in den Pariser Manuskripten von Feuerbach übernommene Entfremdungsthematik ausschließt: Das durch Feuerbach aufgespannte *anthropologische* "Koordinatensystem" ermögliche nur eine "spekulative" Darstellung, die der reife Marx überwindet. Daß *Heinrich* Feuerbachs Philosophie und die Anknüpfung des jungen Marx an diese als "Metaphysik" verwarf, rief indes eine sichtlich emotionale Protestreaktion von *Ernst Theodor Mohl* (Hannover) hervor.

Michael Löbig (Hamburg) entwickelte in seinem deutlich den pessimistischen Diagnosen der Kritischen Theorie Horkheimers und Adornos folgenden Beitrag die These, daß die Marxsche Konzeption der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise durch die Arbeiterklasse als *bewußtes* Subjekt durch die reale Entwicklung der Produktivkräfte unmöglich gemacht werde: Die Organisation des Produktionsprozesses, kulminierend in den gegenwärtigen Tendenzen zur Individualisierung und Flexibilisierung, führe nicht zur Erkenntnis des historisch-gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs durch das Proletariat, sondern vereitele sie vielmehr. Die Anpassung des Proletariats an sich verändernde Produktionserfordernisse führe dazu, daß das Proletariat nicht mehr zu einem adäquaten Bewußtsein seiner selbst gelangen könne. *Löbig* behauptete, daß zu einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft eine Erkenntnis derselben als "konkrete Totalität" notwendig sei, die jedoch eine Art *humanistischer Bildung* voraussetze, die durch den Sieg eines rein instrumentellen, positivistischen Wissens gesamtgesellschaftlich verschwunden sei. Unter den Zeitgenossen von Marx habe der Reaktionär Lorenz v. Stein, der dem Proletariat mangels Bildung das "sittliche Anrecht" auf die Ausübung von Herrschaft absprach, dieses Problem viel klarer gesehen als Marx selbst. In der Diskussion erhob *Ekkehard Sauer mann* (Halle) Einwände gegen einen tradi-

tionellen, mit der Vorstellung einer Erziehung von oben einhergehenden Bildungsbegriff: Der frühe Engels habe in seinen Elberfelder Reden einen solchen noch vertreten; danach aber gehen Marx und Engels zu der Konzeption über, derzufolge, wie es in den Feuerbach-Thesen heißt, "der Erzieher selbst erzogen" und die Aneignung des Wissens im praktischen Prozeß begriffen werden muß. In diesem Sinne wandte sich auch *Fritz Fiehler* (Hamburg) gegen die Trennung von "objektiver" und "subjektiver" Seite der Lage des Proletariats. *Löbig* verteidigte indes seine Position mit der These, daß nur wissenschaftliche Erkenntnis, die er untrennbar an das Begriffspaar "Wesen"/"Erscheinung" gebunden wissen wollte, die emanzipatorisch bewußte Gestaltung der Geschichte ermögliche. Solche Erkenntnis sei heute aber nur noch wenigen Individuen zugänglich.

Hatte *Löbig* also behauptet, eine adäquate Gesellschaftserkenntnis im Marxschen Sinne sei nicht möglich ohne die "Totalitäts"-Kategorien der den Hintergrund der Marxschen Theorie bildenden philosophischen Tradition, so setzte anschließend *Manfred Lauermann* (Hannover) einen umso wirkungsvolleren Kontrast: Sein Referat stellte die funktionale Systemtheorie Niklas Luhmanns in Grundzügen dar und warf die Frage nach der "Anschlußfähigkeit" der Marxschen Theorie an Luhmanns innovatives Konzept auf, das traditionelle Begriffe wie "Subjekt" rigoros verwirft und gleichwohl ein beträchtliches kritisches Potential birgt. Als "anschlußfähige" Berührungspunkte Luhmanns mit dem Marxismus nannte *Lauermann* Luhmanns Analyse der Ökonomie - das über das Geld als "Code" gesteuerte abstrakteste aller Systeme - und der Politik - ein "selbstreferentielles System", so *Lauermann*, das "dazu eingerichtet ist, demokratische Prozesse zu verhindern"; daß die Verfahrensweisen der parlamentarischen Demokratie aus Luhmannscher Sicht "Scheinprozeduren" sind, rückt die Systemtheorie nach *Lauermann* in die Nähe einer marxistischen Kritik. Das Verdienst von Marx besteht aus Luhmannscher Perspektive darin, das gesellschaftliche Gesamtsystem als durch das Teilsystem Ökonomie gesteuertes analysiert zu haben. Heute indes, so *Lauermann*, ist ein "imaginäres Zentrum", das den Gesamtzusammenhang steuert, nicht mehr auszumachen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen bei Luhmann die Randbereiche, die aus dem Systemzusammenhang herausfallen oder gleichsam abbröckeln. *Lauermann* verwies hier auf Parallelen in der sozialwissenschaftlichen Diskussion in Frankreich, wo der Systemintegration widerstehende Randgruppen, die von deutschen Intellektuellen zumeist nur aus einer "Sozialarbeiter"-Perspektive gesehen werden, als aktive Kraft aufgefaßt werden. *Lauermann* hob hervor, daß Luhmann der Erkenntnisfähigkeit derer, die wir "Massen" nennen, mehr zutraut als der jener Gruppe, die wir "Wissenschaftler" nennen: Wahnmüdigkeit etwa ist Reflex der Einsicht in den illusorischen Charakter der parlamentarischen Prozeduren. Allerdings kritisierte *Lauermann*, daß die Frage des Bewußtseins bei Luhmann in Ermangelung eines Subjektbegriffs im Dunkel bleibt. Zur Vermittlung zwischen Luhmann und dem Marxismus könnte eine (in

Deutschland versäumte) ernsthafte Rezeption der von Louis Althusser begründeten strukturalen Lesart des Marxismus beitragen. Aus marxistischer Perspektive, so merkte *Heinz Jung* in der Diskussion an, ist indes die Frage nach einem das Gesamtsystem in privilegierter Weise steuernden Zentrum nicht beiseite zu legen - wenn man bedenkt, daß der IWF das Schicksal von Millionen Menschen bestimmt.

Überlegungen der *Sozialistischen Studiengruppen (SoSt)* zur Kritik der politischen Ökonomie und Sozialismuskonzeption stellte *Axel Otto* (Hamburg) vor: Diese müsse aus jener gewonnen werden in Anknüpfung an die Marxsche Analyse der Vergesellschaftungspotentiale des Kapitalismus. Daraus folge, so *Otto*, für den Sozialismus die Notwendigkeit einer pluralen Eigentumskonzeption. Denn die sozialistische Vergesellschaftung müsse anknüpfen an den bereits im entwickelten Kapitalismus stattfindenden Prozeß der Transformation von Privateigentum in "assoziertes Gesellschaftseigentum". Die Steuerungsinstanz des kapitalistischen Prozesses als "naturwüchsiger Regulationszusammenhang" (*Otto*) ist nach Marx die Profitrate; Aufgabe einer "modernen Sozialismuskonzeption" sei die "Aufhebung der Durchschnittsprofitrate", die eine "bedürfnisgerechte Allokation der Ressourcen" ermögliche. Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand die Kontroverse, ob es überhaupt möglich und sinnvoll sei, aus der Marxschen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise eine Sozialismuskonzeption abzuleiten.

Als letzter Referent des ersten Konferenztags trug *Martin Beyer* (Hannover) Überlegungen zur Klassentheorie und Kritik der politischen Ökonomie vor. Nach *Beyer* führt die Marxsche Fixierung auf den unmittelbaren Produktionsprozeß zur Vernachlässigung anderer gesellschaftlicher Formen der Konstitution von Klassen. Warum hat Marx das Klassenkapitel nicht zu Ende geschrieben? Offensichtlich, so *Beyer*, muß dieses Kapitel für Marx nicht von grundlegendem Interesse gewesen sein. Es kommt also darauf an, innerhalb der Kritik der politischen Ökonomie die systematischen "Einsatzstellen" für eine Klassentheorie zu suchen. Zum anderen müsse eine Reformulierung der Klassentheorie Faktoren wie staatliche Eingriffe in die Reproduktion und Einschränkung der Klassenautonomie berücksichtigen.

Die Sitzung des zweiten Konferenztags begann mit dem Vortrag von *Wolfgang Jahn* (Halle) "Zur Lehre von der Lohnarbeit im Gesamtwerk". Er betonte nachdrücklich, daß bisher nur ein Drittel des Marxschen Nachlasses veröffentlicht ist. Die bisherige Marxrezeption sei vor allem durch die "unvollendete idealtypische Darstellung" des ersten Kapital-Bandes geprägt. *Jahn* zeichnete in Abgrenzung vom "Stalinschen Lehrbuch-Markismus" den aus der Erschließung des Gesamtwerks sich ergebenden Zusammenhang nach. Dabei hob er hervor, daß für die Klassentheorie die Aspekte berücksichtigt werden müssen, die Marx im IV. bis VI. Buch des Kapitals zu entfalten plante: die Bedeutung des Staates und des Welt-

markts im Reproduktionszusammenhang. Einerseits müßten die öffentlichen Bediensteten zur Klasse der Lohnarbeiter gezählt werden; zum anderen sei es notwendig, die Arbeiterklasse im internationalen Zusammenhang aufzufassen. Dies allerdings, merkte *Heinz Jung* an, ist eine uneingelöste Option - die Arbeiterklasse als internationale Klasse sei eine normative Fiktion. Die Marxsche Auffassung des Fabrikproletariats als sozialer und kämpfender Klasse, so *Jung*, resultiert aus der Analyse der industriellen Revolution - danach erst habe Marx eine theoretische "Rationalisierung" dieser Ansicht vollzogen. Während *Jahns* Referat den Eindruck nahelegte, die Gültigkeit des Marxschen Werks in seiner unverkürzten Gestalt, jenseits der dogmatischen Entstellungen, sei unproblematisch, insistierte *Jung* in seinem Diskussionsbeitrag darauf, die Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse als Problem im Auge zu behalten.

Jürgen Jungnickel (Berlin) nahm sich der vorbereitenden Manuskripte zum "Kapital" an und schilderte die Entwicklung der Marxschen Überlegungen in den "Grundrissen" und den Manuskripten von 1861-63 und 1863-65, in denen Marx die Charakteristik des freien Lohnarbeiters herausbildet und seine "Befähigung" zur historischen Aktion untersucht. *Jungnickels* Schlußfolgerung lautete, daß eine Ableitung der Subjektivität der Arbeiterschaft allein aus der Ökonomie sich als beschränkt erweist, gleichwohl aber die ökonomische Strukturanalyse eine notwendige Bedingung ist, ohne die nichts erkannt werden kann. In der Diskussion problematisierte *Manfred Lauerermann* die bei Marx vorliegende Vermengung von konkreter und detaillierter soziologischer Analyse und stereotypen Aussagen über "den Menschen" und die "Emanzipation der Menschheit": Alles, was bei Marx als "Menschenbild" ins Spiel kommt, sei es in Gestalt bildungsbürgerlich-humanistischer Klischees, sei es in Gestalt handfester Vorurteile über bestimmte Gruppen wie "Russen" oder "Polen", sei "Schund", der hinter dem eigentlichen theoretischen Niveau bei Marx zurückbleibt und die Erkenntnis behindert; in diesem Sinne plädierte *Lauerermann* nochmals für eine nicht-humanistische Marx-Rezeption in Anlehnung an Althusser, während *Elisabeth Bessau* (Wuppertal) die anthropologisch-humanistische Perspektive der Frühschriften verteidigte. Abschließend zeigte *Werner Goldschmidt* (Hamburg) in seinen Ausführungen zur Rolle der Arbeiterklasse in der Marxschen Revolutionstheorie, daß der "historische Beruf" der Arbeiterklasse in der Marxschen Theorie nicht in der gleichen Weise wissenschaftlich behandelt und nachgewiesen wird wie die Aussagen zum geordneten ökonomischen System (z.B. die Mehrwerttheorie). *Goldschmidt* meinte, daß Marx offensichtlich politisch so sehr von der Notwendigkeit des Sieges der Arbeiterklasse überzeugt war, daß er dieser Frage nicht wirklich nachgegangen ist. *Wolfgang Jahn* stimmte ihm in der Diskussion dahingehend zu, daß die diesbezüglichen Ausführungen bei Marx eher propagandistisch motiviert gewesen seien. Diese von Marx und Engels vernachlässigte Frage muß aber, so *Goldschmidt*, "im Zentrum der Überlegungen von Marxisten heute sein".

Hennig Böke

isw

sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Analysen
Dokumentationen
Fakten & Argumente

isw-sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. wurde im Herbst 1990 gegründet. Eine Arbeits- und Forschungsgruppe von Ökonomen, Gewerkschaftern und Ingenieuren/Technikern befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Analyse der Globalisierung von Güter- und Kapitalmärkten, untersucht die Weltmarkt-Strategien transnationaler Konzerne und die Wirkungen militärisch-industrieller Komplexe. Folgen für die "Dritte Welt", die Lage der Beschäftigten in den Metropolen und die Ökologie werden untersucht. Gegenstrategien sollen diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht werden.

Im Herbst 1992 führt isw e.V. sein zweites forum durch.

Thema: EG 93 - Supermarkt / Währungsunion / Supermacht. Näheres bei isw e.V.

An isw-reports und isw-spezial sind bisher erschienen:

isw-reports (erscheinen vierteljährlich)

- isw-report 1: **Die Schicht um den Weltmarkt**, Thesen zur Globalstrategie bundesdeutscher Konzerne (Juni 1990), DM 3,- + Porto
- isw-report 5: **Krieg um Öl und \$-Ordnung**, Hintergründe, Fakten, ökonomische und ökologische Folgen des Golfkrieges (Februar 1991), DM 4,- + Porto
- isw-report 6: **Fette Jahre - magere Zeiten**, 8 Jahre Boom und Prosperität für wen? (Mai 1991), DM 4,- + Porto
- isw-report 7: **Chip, Computer, Communication** - Globalisierung, Konkurrenz u. Umbruch in der EDV- und Telekommunikations-Industrie (Juli 1991), DM 4,- + Porto
- isw-report 8: **Von der Geldmacht zur Weltmacht? Aspekte zu Ökonomie und Politik Großdeutschlands** (Oktober 1991), DM 4,- + Porto
- isw-report 9/10: **isw-forum: Globalisierung der Märkte - Strategien transnationaler Konzerne** (Dezember 1991), DM 6,- + Porto
- isw-report 11: **Der Gipfel, diese Weltwirtschaft?** - Fakten und Analysen zum Weltwirtschaftsgipfel (März 1992), DM 5,- + Porto
- isw-report 12: **Mit Energie ins Treibhaus**, Energieverbrauch und Treibhauseffekt - Technische Lösbarkeit und politökonomische Interessen (Juni 1992), DM 5,- + Porto

isw-spezial:

- isw-spezial 1: **Kapitalmacht in Deutschland** - Vermögensverteilung und wirtschaftliche Machtkonzentration (August 1991), DM 7,- + Porto
- isw-spezial 2: **Stahl-Monopoly - Der Krupp-Hoesch-Deal** (Dezember 1991), DM 4,- + Porto
- isw-spezial 3: **Siemens Bilanz- und Konzernanalyse** (April/Mai 1992), DM 4,- + Porto
- isw-spezial 4: **El Salvador / Alternatives ökonomisches Modell** (Juni 1992), DM 4,- + Porto

Ich bestelle oben angekreuzte Titel

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte senden an: isw e.V., Georg-Wopner-Str. 48, 8000 München 45
Konto: Sparda Bank München, Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Maßnahmen für menschliche Zukunft

Oskar Negt, Alexander Kluge: *Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen*, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1992, Leinen, 342 Seiten, 39,80 DM.

Der vorliegende Text ist keine systematische Abhandlung, sondern ein Spektrum von längeren oder kürzeren Interventionen und Reflexionen politischen, historischen, philosophischen, literarischen, biographischen Charakters, die von den Verfassern solo oder gemeinsam geschrieben wurden. Der Philosoph Oskar Negt und der Filmemacher, Kulturtheoretiker und Rechtsanwalt Alexander Kluge - Bauernsohn aus Ostpreußen der eine und Arztsohn aus Halberstadt der andere - gehörten seinerzeit zu den Aktivisten und Theoretikern des SDS und blieben auch danach als linke und marxistische Intellektuelle den 68er Intentionen verbunden. Ihre gegenüber dem Realsozialismus und seinen Anhängern distanzierte bis ablehnende Haltung war jedoch weder damals noch später ein Hintergrundgrund für antikapitalistische Kritik und sozialistische Optionen.

Sähe man sich gezwungen, einen gemeinsamen Nenner der Texte zu finden, dann könnte er vielleicht in der Erkundung der emanzipatorischen Möglichkeiten der Gegenwart in Verarbeitung und Entschlüsselung jenes Berges von Erfahrungen und verdinglichten Aktivitäten gesehen werden, der die

Lebenden wie ein Alp niederdrückt und die Jetztzeit zur Schädelstätte erschlagener Hoffnungen macht. Das lockere Band der 15 essayistischen Erörterungen bzw. Abschnitte ist die Gewinnung unterschiedlicher Zugänge bzw. Blickwinkel auf das Politische als auf die Gestaltung des Gemeinwesens gerichtete Aktivität. Freilich erschließt sich in der Sicht der Autoren das emanzipatorische Potential des Politischen erst, wenn und wie die Substanz Form, Maß annimmt, zum Maßverhältnis wird. Die Texte verstehen sich als Beiträge zur Besetzung des unterforderten Begriffs des Politischen durch "soziologische Phantasie" (341). Die Formen "vereinigen sich zum Politischen in emanzipatorischer Richtung dann, wenn sie ein Maß zueinander finden: Dies sind die Maßverhältnisse des Politischen." (10) Und dies gibt dem Text den Titel.

Freilich entsteht politisches Resultat auch gleichgültig gegen subjektive Autonomie und Gemeinwesen. Ihm fehlt aber "die geschichtliche Dimension der individuellen Befreiung und der vernünftigen Organisation der Gesellschaft" (10). In der Kritik dieses Typs von Politik, Ausdruck der Herrschaft der toten Arbeit, der verdinglichten Verhältnisse, wird der Versuch unternommen, ein alternatives neues Politikverständnis zu skizzieren, das auf die Freisetzung der emanzipatorischen Tendenzen der lebendigen Arbeit und damit die Selbstzeugung einer neuen Gesellschaft abzielt. In dieser Spanne bewegen sich ungeachtet der unterschiedlichen Sujets die einzelnen Essays.

Da dem Projekt dabei notwendigerweise die Deutung der jüngsten Umbrüche und die Auslotung der Situation nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa und nach dem Golfkrieg zum Gegenstand werden muß, wird die Standort- oder besser die Bewegungsbestimmung linker Politik zum aktuellen Inhalt. Dies in den mitunter äußerst subtilen Texten zu entschlüsseln, macht einen Reiz der Lektüre aus. Kant, Hegel und vor allem Marx sind die geistigen Vorgaben für die beiden Autoren gleichermaßen, wobei die Tragfähigkeit der Marxschen Theorie in ihrer Anwendung und wohl auch nicht unbeabsichtigt demonstrativ gezeigt wird. Die Waren- und Wertanalyse und besonders die Theorie des Fetischcharakters der Waren sind für sie zur Dechiffrierung auch der verdeckten und sublimen Herrschaftsverhältnisse des heutigen Kapitalismus ebenso unverzichtbar wie zum Verständnis der Schwerkraft der Geschichte und zur Erkundung jener Durchbruchstellen lebendiger Arbeit, wo das Kontinuum der Geschichte im Sinne Walter Benjamins aufgesprengt werden kann. Sie sehen also keine Gründe, von Marx und der Revolution Abschied zu nehmen.

Im folgenden Teil der Rezension seien einige Gedankengänge bzw. Argumentationen herausgegriffen und vorgestellt. Damit ist keine Wertung verbunden. Andere Leser mögen ganz andere Passagen für bemerkenswert halten. Die Auswahl ist also ausgesprochen subjektiv.

Im II. Abschnitt wird in Anlehnung an Brecht der Zusammenhang von Emanzipation und politischer Sprache erörtert. Es ist die Rede von den Begriffen als Griffen, "mit denen Dinge und Verhältnisse in Bewegung gesetzt werden". Gehen diese Griffe verloren, büßen die Begriffe ihre Wirkungsweise ein. (57) Es entsteht eine "Zwischenwelt des Streites und des Kampfes, der Enteignung und der Wiederaneignung" (58). Hinzu kommt, daß viele Begriffe der Linken ihre Unschuld verloren haben. Dies verlangt angesichts der damit eingeleiteten "Selbstentmythologisierung der Begriffe des Widerstandes", "peinlich darauf zu achten, daß mit dem erdrückenden Realitätszuwachs der politischen Sprache der Sieger nicht auf unabsehbare Zeit die Ausdrucksmöglichkeiten der Besiegten zerstört werden" (62). "Wenn Sprache und Symbole des Widerstandes und des Eigensinns keine Öffentlichkeit mehr finden, wenn Worte wie Klasse, Ausbeutung, Berufsverbote, Gewalt ...unter Kuratel gestellt werden und nur noch die Bilder der Warenästhetik die Umwelt prägen, dann ist der Zustand erreicht, in dem eine Gesellschaft die Reste ihrer politischen Kultur verloren hat." (72) Entschieden wird Stellung gegen die Realisten aus dem linken Lager bezogen, die in den Chor vom Ende des Sozialismus und der Utopie überhaupt einstimmen. Am Beispiel der faktischen Zensur von Haltungen und Gesinnungen wird gezeigt, wie die Herrschaftsverhältnisse die Psyche ergreifen und damit sich rückwirkend wieder selbst befestigen.

Der politische Umbruch im Herbst 1989 in der DDR wird zum Anlaß, den Revolutionsbegriff neu zu durchdenken. "Revolution ist nicht ein Mittel für ein bestimmtes Ziel, sondern der Prozeß selber, in dem die Menschen ihre Alltagsutopien umzusetzen versuchen." (82) "Unter Revolution wäre daher eher eine Summe von Bürgerinitiativen, ein sich zusammenfügendes Gebilde von zivilem Ungehorsam zu verstehen, als eine Klassenaktion im alten Sinne. Darin besteht vermutlich das modernen Gesellschaften angemessene Verständnis der Revolution." (82) Freilich erscheinen, wie der Rezensent meint, bezogen auf die DDR, aber auch auf die anderen Länder Osteuropas und der UdSSR, die Umbruchbewegungen und ihre Akteure in einem idealisierten Lichte, sichtet man heute die Ergebnisse. Die Fixierung am Image des Westens ist ja nur das Gegenstück zum Mangel an utopischem Überschuss oder an vorwärtsweisenden Utopien überhaupt und kündigt den Umschlag in bzw. die Entbindung der kapitalistischen Restauration und die Einstellung in den kapitalistischen Weltmarkt an. Es findet also das Gegenteil einer sozialen Rückeroberung von Raum und Zeit - als Kennzeichen sozialen Fortschritts - statt.

Besondere Beachtung verdient der IV. Abschnitt über "den durch das Kapital geschaffenen realitätsmächtigen, aber falschen Gesamtarbeiter". Hierbei geht es im Kontext Marxschen Denkens um die Herausarbeitung des Umschlages und des Revolutionssubjekts aus der Potenz der lebendigen Arbeit

und des Gesamtarbeiters und um die Skizzierung einer politischen Ökonomie der lebendigen Arbeit. Die Marxsche Kategorie des Gesamtarbeiters ist für Negt der Scheitelpunkt der politischen Ökonomie des Kapitals, weil unter der Decke des alten kapitalistischen Gesamtarbeiters ein neuer heranwächst "mit anderen Eigenschaften und neuartigen Kombinationen", dessen Sprengkraft am "fortgeschrittensten Stand der naturwissenschaftlich-technologischen Anwendung des allgemeinen Wissens" (107) aktuell werden könne. Die Geburt einer neuen Gesellschaft ist in diesem Sinne die "explosive Freisetzung von gesellschaftlich produzierter Arbeitskraft" (108).

Man kann nun schlußfolgern, daß diese Stufe in der Vergangenheit noch nicht erreicht worden war. Und dies legt auch die Untersuchung der Frage nahe, warum sich eine sozialistische Gesellschaft nicht wie die bürgerliche "als Matrize, die sich quasi selbstregulativ vervielfältigt", vorfindet (142). Demgegenüber sind die den Revolutionen zugrunde liegenden Kräfte "etwas Reales und üben beständigen Druck aus. Es ist unwahrscheinlich, daß Rudimente einer dem Raubbau entgegengesetzten politischen Verkehrsform und menschlichen Produktionsweise nicht längst entstanden sind, auch wenn wir sie zur Zeit nicht wahrnehmen." (144) Also eine durchaus optimistische Botschaft.

So sehr Negts scharfe Verurteilung des Abbruchs der sogenannten chinesischen Reform- und Demokrati-

sierungsbewegung durch die gewaltsame Unterdrückung im Sommer 1989 auch auf dem Hintergrund seines optimistischen Urteils in seinem China-Buch von 1988 verständlich ist, so bleibt doch - ebenso wie bei der Verurteilung des sogenannten Putschs vom August 1991 in Moskau - die gesamtgesellschaftliche und auch die globale Dimension der Ereignisse sowie die Ambivalenz und Funktionalisierung dieser Bewegungen die ausgeblendete Interpretationslücke. Bedauerlich auch, daß er, wie der Großteil der Zeitgenossen, den medienproduzierten Hetzschablonen, z.B. von den "Kindervernichtungsstätten in Rumänien" (159) aufsitzt. Dabei ignoriert er keineswegs, daß der Gewaltgebrauch nicht auf jene Hemisphären beschränkt war, sondern auch in unseren Breiten, wenn auch subtiler, vermittelt und geheim, beheimatet ist. Dies zeigt sich ja dann in aller Brutalität im Golfkrieg, dem die Erörterungen des VII. Abschnitts gewidmet sind. Dabei spart er für die "Bellizisten" aus dem linken Lager nicht mit kritischen Worten.

Der Golfkrieg ist wohl auch für Alexander Kluge der Anlaß, die Herausbildung der Vorkriegs- und Kriegssituation von 1914 zu untersuchen. Dabei machen die Bezüge zu Clausewitz Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Gegenwart deutlich. Sein besonderes Interesse gilt der Wechselwirkung von psychologischer Konditionierung und den Mächten der toten Arbeit beim Hintreiben auf die Kriegssituation: "Eine so aufgeblähte, aus stillgelegter Erwartung bestehende Ge-

genwart hat das Potential in sich, Vergangenheit und Zukunft gewaltsam zu zerstören. Diese Zerstörung beginnt im Bewußtsein. Sie endet als öffentlich geduldeter Zerstörungsprozeß, den wir Krieg nennen." (219)

Aufschlußreich für die Haltung Oskar Negts ist der biographisch geprägte X. Abschnitt, wo das widerständige Denken auch aus den Generationenerfahrungen erklärbar wird - Negt ist Jahrgang 1934 - und die Option für den Sozialismus mit aus der sozialdemokratischen Familientradition hervorgeht. So ist nach 1989 das Erschrecken über die historische Wiederholung von 1871 und 1933, daß "die Wiedervereinigung Deutschlands als Sieg über den Sozialismus gefeiert wird" (255), nur zu verständlich, obwohl es nicht Oskar Negts Sozialismus war, den die Geschichte hervorgebracht hatte - in Ostdeutschland eine Spätgeburt, wie es Heiner Müller kürzlich ausdrückte, in letzter Minute und mit fremdem Bajonett der Mutter aus dem kranken Leib geschnitten.

Das Gefühl des Neuanfangs ("So viel Anfang war nie", Hölderlin) teilt er im Herbst 1989 mit der Mehrheit der Linken und die Ahnung der tatsächlich entbundenen Realität stellt sich erst später ein. Er plädiert dafür, auch die Anfänge der DDR und die Impulse, die sie schufen, nicht zu vergessen, darunter vor allem den Antifaschismus und die Optionen der Brecht, Mayer, Bloch usw. "So erscheint es mir sinnvoll, den Befreiungs- und Glücksversprechen der gesellschaftlichen Anfänge und den Spu-

ren ihrer Brechungen nachzugehen. Ein Sozialismus, der sich selbst bei seiner Idee nimmt, müßte heute auf Parolenplunder und Fortschrittsposen verzichten und sich ganz auf die Schwerkraft der Bedürfnisse und Interessen der Menschen in ihrem Alltag einlassen, um sehen und hören zu lernen, um die Arbeit an den liegengelassenen und verdrängten Anfängen aufzunehmen." (258) Aher angesichts der Trümmer des Sozialismus habe Skepsis gute Gründe, Trotzdem: "der Wahrheitsgehalt im Begriff Sozialismus ist nicht getilgt; er ist, wie Bloch gesagt hat, unabgegolten" (260).

Im XI. Abschnitt "Marx im Jahre 1991" zieht Oskar Negt die Analogie zum wegen geistiger Jugendverführung angeklagten und zum Schierlingsbecher verurteilten Sokrates. Alles, "was immer wir in der gegenwärtigen Situation über ihn", den "Wahrheitssucher unseres Zeitalters" (264), "schreiben, trägt Züge einer Verteidigungsrede im philosophischen Sinne". (268) "Doch nicht brutale, offene Vertreibung ist gegenwärtig das Problem, sondern die Gewalt der Feingriffe, die lautlose Expatriierung des Gedachten, also auch die Einschwörung auf den Denkverzicht." (269/70)

Aus der Sicht von Oskar Negt ist für den Theorietypus des Denkens von Karl Marx "die innere geschichtliche Spannung von Wahrheits- und Wirklichkeitsgehalt konstitutiv" und auf ihn ließen sich weder die Marx-Töter noch die pathetischen Verteidigungsredner noch die Verabschiedungslogiker ernsthaft ein. (270) Und was die

Bedeutung betrifft, so gilt nach wie vor: "Die geistige Situation des 20. Jahrhunderts ist wesentlich von Reaktionen auf die von Marx ausgehenden politischen und intellektuellen Herausforderungen bestimmt." (271) Aus der Sicht des Rezensenten völlig zutreffend und nicht mit der Historisierung von Marx aufzuheben, entschlüsselt Negt die Spannung zwischen "Wahrheits- und Wirklichkeitsgehalt" wie folgt: "In ihrem Wesensgehalt eine geschichtliche Theorie, drängt sie mit Macht über die fertige Welt hinaus; sie beansprucht, Medium der sozialen Emanzipation und Gehurtshelfer einer neuen Gesellschaft zu sein. Das ist einer der Gründe dafür, daß bei aller Konsequenz des Denkens, die ihren Wahrheitsanspruch auszeichnet, theoretische Schlüssigkeit kein Selbstzweck dieser Theorie ist." (272)

Nun ist mit dem Realsozialismus eine Wirklichkeit zusammengehrochen, die sich auf Marx bezog. "Zieht sie den Wahrheitsanspruch mit in den Ahgrund? Darüber ist nur schwer ein Urteil zu fällen." (275) Negt spricht sich für eine moralische Haltung aus, die für alles, was im Namen von Marx getan bzw. angerichtet wurde, die "kollektive Haftung" übernimmt. "Am Anfang einer neuen Lektüre von Marx stünde dann eine moralische Entscheidung, keine der intellektuellen Originalität." (275) Ein geschichtliches Verhalten bedinge, sich über die erfüllten und die unerfüllten Programme im Marxschen Denken klar zu werden. "Erfüllt ist das Programm einer Kapital-Ana-

lyse. Unerfüllt ist das Programm der Subjekt-Konstitution, der Moral und der Menschenrechte." (278) Und schließlich legt Oskar Negt nahe, die "großartige Analyse des Fetischcharakters der Ware" auch auf die Arbeiterklasse selbst anzuwenden. (281/82) Generell meint er, daß mit einem "neuen Studium der Schriften Bertolt Brechts, der materialistische Dialektik in Zeiten der Not...wie kein anderer begriffen hat, ...eine Erneuerung des Marxismus eher denkbar ist als in wissenschaftlichen Aufrechnungen" (283).

In der "Nachbemerkung" findet sich ein schöner Satz, mit dem die Verfasser nochmals ausdrücken, welchen Zielen sie wohl auch mit diesem Buch zuzuarbeiten bestrebt waren: "Die menschliche Geschichte beginnt an dem Punkt, an dem die Menschen das, was sie träumen, was sie wollen und denken, ohne Verzerrung und Brechung durch die Gewaltmassen der Geschichte in Wirklichkeit umsetzen können." (341)

Heinz Jun

Die Hochzeit der Arbeiterklasse

Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 5: Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1992, 890 S., Ln., DM 118,-

Als im Deutschen Reich nach 1871 die Schlote so richtig zu rauchen begannen, und das "Imperiale Zeit-

alter" (Hobsbawm) anbrach, wußte der Prolet noch von seiner Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse. Auch der Revolutionär des späten 19. Jahrhunderts kannte sein Subjekt: Die gemeinsame Not der Arbeiter und deren hemmungslose Ausbeutung durch skrupellose Produktionsmittelbesitzer führten angesichts der politischen und gesellschaftlichen Ausgrenzung durch den Wilhelminischen Staat zum Zusammenschluß in Organisationen der Arbeiterbewegung, die politisch wie sozial die herrschenden Verhältnisse in der Gesellschaft und der Produktion verändern wollten - radikal oder in kleinen Schritten.

Das ist alles richtig, bedarf aber nach Ansicht der neuesten Überblicksdarstellung zur Geschichte der Arbeiterklasse im Deutschen Kaiserreich mannigfacher Ergänzung. Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde, Verfasser einer Vielzahl einschlägiger Veröffentlichungen, haben im Rahmen der großangelegten elfbändigen "Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts" den derzeitigen Forschungsstand kompetent, prägnant und übersichtlich zusammengefaßt. Der nun vorliegende erste von vier Bänden, die allein der Zeit von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gewidmet sind, behandelt die Existenzweisen der Arbeiterklasse während der Hochindustrialisierung und des beginnenden Imperialismus; die Geschichte der Arbeiterbewegung

mußte den Folgebänden vorbehalten bleiben.

Wegen der Materialfülle wie auch der Abgewogenheit des Urteils ist es geradezu unmöglich, eine halbwegs angemessene Zusammenfassung des Buchinhaltes anzubieten. So viel vorweg: Die Autoren haben ein unverzichtbares und zuverlässiges Standardwerk vorgelegt. Das von einer beindruckenden Lektüre zeugende Ergebnis dokumentiert zugleich den eminenten Erkenntnisgewinn seit dem Beginn der 70er Jahre.

Die gut 850 Seiten Text führen zunächst in die Geschichte des Kaiserreiches ein, dessen wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Strukturen die weitere Ausgestaltung der Arbeiterklasse wesentlich präformierten. Den Mittelpunkt des Buches bildet eine Gesamtschau auf eine soziale Klasse, deren konstitutive Homogenität, das spezifische Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nicht über die vielschichtige interne Struktur hinwegsehen lassen sollte. Das bedauerlicherweise sparsam bebilderte Buch entzieht sich jeglicher ökonomischer Verengung. Die Autoren verwenden stattdessen - dem Einfluß Pierre Bourdieus geschuldet - einen erweiterten Klassenbegriff, der auch nach der Herkunft, der inneren Schichtung und den Lebensgewohnheiten der Arbeiterklasse fragt.

Dem Arbeiterwohnen und der spezifischen Lebensgemeinschaft der Arbeiterfamilie werden dabei tendenziell höhere Bedeutung zugesprochen als den klassischen Kon-

flikten in den Betrieben über Entlohnungsfragen oder Arbeitsbedingungen. Viel eher haben die proletarischen "Erfahrungswelten" oder das "Arbeitermilieu" dazu geführt, daß ungeachtet der unterschiedlichen Bedingungen und Formen der Lohnarbeit in Industrie und Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft Leben und Arbeit der lohnabhängigen Gesellschaftsgruppe als gemeinsames Klassenschicksal gedeutet wurde, was entscheidend zur scharfen Frontstellung gegen das Besitzbürgertum beitrug.

Das Buch stellt heraus, daß die Existenzform des Lohnarbeiters während des Kaiserreiches zur "Regelexistenz" wurde (783), wie insgesamt der Beobachtungszeitraum durch die endgültige Etablierung und Ausgestaltung vorher begründeter Entwicklungen hervorsticht. So veränderte der Prozeß der Urbanisierung das Leben der Arbeiter grundsätzlich, sowohl hinsichtlich der sozialen und industriellen Erfahrungen wie auch der Lebensformen. Wenngleich alte innergesellschaftliche Scheidelinien als handlungsleitende Erfahrungsdimension noch präsent blieben, wurden innerhalb der Arbeiterklasse neue Differenzierungen immer wichtiger (784). Die neue Industriearbeit schuf den wichtigsten "Innovationspol der gesamten Gesellschaft" (785), der die Rhythmen und Zyklen des Daseins neu gliederte und die Einrichtungen der sekundären Sozialisation wandelte (786).

Die stark differierenden Lebens- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Arbeiter resultierten ganz

wesentlich aus der wechselhaften Entwicklung der Arbeitsmärkte, als deren wichtigste Folge die Autoren die hohe Mobilität der Bevölkerung, die Nah- und Fernwanderung sowie die außerordentliche Belegschaftsfluktuation nennen. Die Lohnarbeit selbst veränderte ihren Charakter: Verstetigung wie auch Technisierung der Produktion zwangen die Beschäftigten einerseits unter die Herrschaft des Maschinen- und Schichttaktes, schufen aber andererseits eine größer werdende Schicht von qualifizierten Facharbeitern, die im betrieblichen Alltag Freiräume erhalten oder sogar ausbauen konnten. Die Einkommen der Arbeiterhaushalte stiegen bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges sogar deutlich an und das bessere Auskommen führte u.a. zur vermehrten Eheschließung von Arbeitern.

Die Kinderzahl dieser Arbeiterfamilien differierte stark - neben sozialen sind hierbei auch konfessionelle Faktoren zu berücksichtigen -, allerdings prägten die demographische Tendenz der sinkenden Kinderzahl dem häuslichen wie auch gesellschaftlichen Dasein der deutschen Arbeiterschaft ihren Stempel auf. Die hohe Geburtenziffer in den ersten Jahren der Hochindustrialisierung führte nämlich zur "Verjugendlichung" der Arbeiterklasse und zum Heranwachsen einer Arbeitergeneration, die bis zum Ersten Weltkrieg vornehmlich günstige konjunkturelle Zeiten erlebt hatte und deshalb von einem erfahrungsgesättigten Zukunftsoptimismus geprägt war. Gleichwohl entstand mit der steigenden

Lebenserwartung auch das spezifische Problem der Altersarmut. Die Autoren übersehen keineswegs, daß auch weiterhin Daseinsrisiken, wie Arbeitslosigkeit und Berufsunfähigkeit, darüber hinaus Krankheiten, etwa die Tuberkulose und der Alkoholismus, fortwirkten und eine ausgeprägte soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod konstituierten.

Das Buch zeichnet - in höherem Maße als bisher für das Kaiserreich üblich - ein Bild des dynamischen Gesellschaftswandels und der Verbesserung der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Ritter und Tenfelde konstatieren eine relative Annäherung der Einkommen sowie der Bildungs- und Werteorientierungen an die Verhältnisse der Angestelltenschaft bzw. der kleinen Beamten. Zumindest fehlte den sozialen Gegensätzen meistens die existenzbedrohende Dimension - zugleich erwähnt das Buch die exorbitanten Arbeitsunfallraten, beispielsweise des Bergbaus oder auch die Armutserkrankungen. Vielleicht sollte an dieser Stelle eine grundsätzliche Kritik ansetzen. Da die Gesamtdarstellung möglichst alle Entwicklungstendenzen, also von der Bitterkeit der Arbeiterexistenz bis zur "Verbürgerlichung" des Facharbeitermilieus, auffangen will, fehlt dem Urteil bisweilen ein letztes Maß an Gewichtung.

Außerdem neigen die Autoren dazu, das Maß der wirtschaftlichen Emanzipation und gesellschaftlichen Integration der Arbeiter zu überzeichnen. Die verbesserte soziale Situation der Arbeiter als In-

diz eines beginnenden Interessenausgleichs zwischen Unternehmern und Arbeitern auszugeben, erscheint denn doch problematisch. Die "negative Integration" (Groh) der Arbeiter allein dem Staat und der Gesellschaft anzulasten und hierdurch das Bürgertum aus der sozialen Verantwortung zu entlassen, enttäuscht konzeptionell. Wenn beispielsweise diagnostiziert wird, daß allein die "gesellschaftliche und politische Überhöhung eines an sich 'nur' wirtschaftlich herausgebildeten Klassengegensatzes" (3) Arbeiter und Arbeiterbewegung aneinandergekettet hätten, wodurch das Vordringen der Sozialdemokratie in andere soziale Schichten erschwert worden sei, dann scheint allzu auffällig das Motiv der historischen Legitimation des reformorientierten Volkspartei-Konzeptes der SPD auf.

Daß diese Publikation über die Hochzeit der deutschen Arbeiterklasse erscheint, nachdem das Proletariat die Ehe mit der bürgerlichen Gesellschaft eingegangen ist, offenbart das deutsche Dilemma: Die gestiegenen Kenntnisse treffen auf ein merklich nachlassendes Interesse an der Arbeitergeschichte.

Manfred Grieger

Richtige Analysen sind oft halbe Antworten...

Frank Deppe, Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt 92 - Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa. Mit Beiträgen von Thomas Castens, Frank Deppe, Michael Felder, Ralf Göbler, Dietrich Heider,

Antonis Karaminas, Eva Lavon, Thorsten Schulten und Klaus-Peter Weiner. VSA-Verlag, Hamburg 1991, 32,80 DM, 280 Seiten

Mit dem Vorwort enthält das Buch insgesamt 10 Beiträge von Mitarbeitern der Marburger Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), davon sieben mit Kurzanalysen bzw. Zusammenfassungen von Analysen aus 7 EG-Länder zu den Arbeitsbeziehungen. Die 40 Seiten Anmerkungen mit insgesamt 1104 Quellenangaben lassen ahnen, welch umfangreicher Stoff hier zu bewältigen war und hieten ein gutes Reservoir für weitere Vertiefungen der Probleme.

Das kurze Vorwort der Herausgeber sollte sehr genau zur Kenntnis genommen werden. Es enthält wesentliche Gedanken und Hinweise zum Verständnis der folgenden Beiträge vom Standpunkt gewerkschaftsorientierter Positionen. Es ist von Vorteil, wenn man sich zu Beginn mit dem Begriff der "Arbeitsbeziehungen" beschäftigt, der den Untersuchungsgegenstand des Buches beschreibt und auch in der einschlägigen Literatur gängig benutzt wird.

Im Vorwort wird gesprochen von "...der Entwicklung der nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen in den 80er Jahren vor dem Hintergrund des krisenhaften Umbruchs der Produktionsstrukturen, der Technologie und der Lebensweise sowie was für die Analyse der EG-Prozesse und des Binnenmarktprojektes besonders wichtig ist mit der neuen Stufe der Internationalisierung der Produkti-

onsverhältnisse." (Hervorhebung HK)

Der (auch von Marx definierte) Begriff der Produktionsverhältnisse wird in allen folgenden Beiträgen nicht mehr erwähnt. Die Definition des Begriffes der Arbeitsbeziehungen auf den Seiten 27 bis 30 im Beitrag von F. Deppe läßt die Feststellung zu, daß der Begriff der Arbeitsbeziehungen den Marxschen Begriff der Produktionsverhältnisse einschließt, ebenso wie Teile der sog. Überbaubeziehungen in Wechselwirkung zu den Produktionsverhältnissen. Diese Wechselwirkung wurde auch von Marx als wichtiges Kriterium erkannt, indem er einerseits die besondere objektive Rolle der Produktivkraft ("Stand der Technik") für die Veränderungen der Produktionsverhältnisse betonte, von denen die Überbaubeziehungen abgeleitet werden, andererseits jedoch die Einwirkungen der Überbaubeziehungen auf die Entwicklung der technischen Basis und die Produktionsverhältnisse thematisiert werden. In der profitorientierten kapitalistischen Gesellschaft gilt daher das Gesetz, daß die Veränderung der Produktionsverhältnisse der Veränderung der Produktivkräfte folgt. Sie durch bewußte Entwicklung der Produktivkräfte einzubolen bzw. zu überholen, das heißt eine vorausschauende Investitionspolitik vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt (eine Voraussetzung für die Lösung z.B. aller sog. globalen Probleme, siehe Rio-Gipfel) scheidet einstweilen an den Grenzen des kapitalistischen Systems. Diese Selbstverständigung über den an-

gewandten Begriff der Arbeitsbeziehungen läßt denn auch die äußerst komplizierten Zusammenhänge der europäischen Integration besser verstehen, wie sie in diesem Buch, besonders in den analytischen Beiträgen zu den 7 EG-Ländern, dargelegt werden. (Es handelt sich um die Arbeitsbeziehungen in Deutschland, England, Frankreich, Italien, Irland, Spanien, Griechenland).

Die sieben Analysebeiträge (von Thomas Castens, Michael Felder, Ralf Göbler, Dietrich Heider, Antonis Karaminas, Eva Lavon und Thorsten Schulten) sind wesentlich eine zusammenfassende, konzentrierte Darlegung bereits bekannter Analysen. Wichtig ist aber, daß sie hier vergleichbare Kriterien für die Arbeitsbeziehungen verwenden und so die Erkennung verallgemeinernder Tendenzen und Differenzen für übergreifende Probleme, globale Strategien, Perspektiven usw. ermöglichen.

Einige Beispiele sollen hier kurz erwähnt werden, um zu zeigen, daß ohne richtige Analysen auch keine richtigen Entscheidungen in taktischen, strategischen und programmatischen Fragen möglich sind.

P. Deppe zeigt die zwei Grundlinien auf, die den Entscheidungsrahmen für die verschiedenen Europakonzeptionen abgeben. Die Frage lautet: "Deregulierung oder Re-Regulierung?"

Kurzfassung: Das "auf Dezentralisierung gerichtete Konzept, das eine Flankierung der Binnenmarktliberalisierung durch sozialpolitische Maßnahmen strikt ab-

lehnt, spricht sich zugleich dafür aus, daß die unterschiedlichen Sozialsysteme in den einzelnen Ländern dem freien Wettbewerb ausgesetzt und auf ein Minimum beschränkt werden." (S.21) "Für die politischen Akteure, die eine (solche) Politik der Re-Regulation, damit auch einen Ausbau der sozialpolitischen Regelungskompetenzen auf der EG-Ebene für notwendig halten, kommt freilich ein normativ zentralistisches Konzept, das auf die gesamte Gemeinschaft einen einheitlichen Handlungsrahmen anwendet, ebenso wenig in Frage." (S. 23)

Die Ursache für die "Defizite der gewerkschaftlichen Institutionen auf der europäischen Ebene" sieht K. P. Weinert u.a. darin, daß im Unterschied zu dem strategischen Vorlauf der Internationalisierung des Kapitals "der westeuropäische Integrationsprozeß von den nationalen Interessen und den nationalen Integrationsstrategien und damit auch von dem jeweiligen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit geprägt" wird.(S. 249)

Zusammenfassend sagt K. P. Weinert: "Wenn diese Prognosen richtig sind, dann liegt es vor allem an den europäischen Gewerkschaften, ob es zum sozialen Dumping oder zum sozialen Fortschritt kommt." (S. 266) In der Tat geht es hier um Weichenstellungen für die Zukunft nicht nur Europas.

Schon im Vorwort wird auf die Problematik der Autoren verwiesen, bis zum Abschluß des Buches etwa Mitte 1990 ständig den Entwicklungsstand fort- bzw. umzu-

schreiben, insbesondere durch den realen Zusammenbruch des nicht-realen Sozialismus, sowie durch die Geschwindigkeit der Integrationsentwicklung selbst bis zum Sturz von Margret Thatcher. Da in den Beiträgen die langfristigen Entwicklungstendenzen entscheidend sind, bleiben die Grundelemente des Integrationsprozesses im Wesentlichen weiterhin gültig. Allerdings müssen doch z. T. wesentliche Tendenzen neu überdacht bzw. fortgeschrieben werden, die bes. seit Maastricht an temporären, und seit dem Zusammenbruch der sog. sozialistischen Staatengemeinschaft auch an äußeren Bedingungen zu scheitern drohen bzw. neue Problemfelder schaffen.

Das Referendum in Dänemark mag dafür ebenso symptomatisch sein wie der deutsche "Wiedervereinigungsprozeß", der besonders für die ökonomisch schwächeren EG-Partner abschreckend wirken müßte. In beiden Fällen "wächst" nichts zusammen, sondern geht vieles zu Bruch, was dann erst wieder "Zusammenwachsen" muß. Das vorliegende Buch ist jedoch zugleich eine Warnung an alle, die einen Zusammenbruch der EG erwarten bzw. darauf hinarbeiten oder immer wieder auftauchende neue Schwierigkeiten überschätzen. Im Gegenteil, die Langwierigkeit und die Rückschläge auf dem Weg der europäischen Integration haben die objektiven Entwicklungstendenzen längerfristig nur bestätigt. Die Herausforderungen annehmen und die Richtung ändern, dieses Fazit der Buchautoren ist die einzig realistische Haltung.

Das Buch liefert unter Einbeziehung dieser Entwicklung reichlichen Stoff für die Erarbeitung gewerkschaftlicher und linker Gegenmacht- und Alternativkonzepte und Strategien.

Das Buch erleichtert dem Interessierten die Einarbeitung in die ganze Problematik, dem Experten die "Zwischenbilanzierung" oder Ergänzung seines Erkenntnisstandes.

Von besonderer Bedeutung für die Einordnung der sieben Einzelanalysen sind die übergreifenden Beiträge von F. Deppe zu Anfang und K. P. Weinert zum Ende. Der erste Beitrag behandelt "Die Dynamik der europäischen Integration und die Arbeitsbeziehungen". Die Einstimmung auf die folgenden Beiträge setzt bereits gewisse Schwerpunkte, zeigt wesentliche Tendenzen auf und enthält viele Informationen, auch chronologischer Art. Der letzte Beitrag knüpft an den analytischen Komplex an und behandelt "nationale Arbeitsbeziehungen und transnationale Gewerkschaftspolitik im Vorfeld des Binnenmarkts 92".

Die Herausarbeitung der Rahmenbedingungen für nationales und transnationales Handeln der Gewerkschaften im Rahmen des laufenden europäischen Integrationsprozesses zeigt Notwendigkeiten und Möglichkeiten für gewerkschaftliches Handeln, für strategische und programmatische Antworten. Gewiß sind endgültige Antworten noch kaum zu geben und vorschnelle nicht zu empfehlen, aber dennoch ist das Defizit

gewerkschaftlicher und antikapitalistischer Kräfte z. Z. so gravierend, daß die erste gesicherte Antwort von den Autoren im Beitrag von K. P. Weinert so formuliert wird: "Wollen die Gewerkschaften ein gesellschaftlicher Machtfaktor bleiben, müssen sie die Herausforderungen des Binnenmarktes 92 annehmen ... Im liberalisierten Binnenmarkt müssen sie sich jedoch stärker als bisher auf die westeuropäische Integration einstellen ... Angesichts dieses 'Phänomen(s) der Antizipation' des Binnenmarktes durch die Akteure in Wirtschaft und Politik verstärkt sich die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Koordination und Kooperation auf der europäischen Ebene. Nur so kann verhindert werden, daß die Asymmetrie von internationalisierter ökonomischer Macht und nationaler gewerkschaftlicher Gegenmacht weiter zunimmt." (S. 246) Mit anderen Worten, hier stehen wir vor einem enormen Nachholbedarf, denn - so das Fazit aus allen Beiträgen - bisher läuft der europäische Integrationsprozeß ohne eine sozialpolitische Flankierung. Diese Diskrepanz vergrößert sich in dem Maße und Tempo, wie kapitalistische "Sachzwänge" (Profitkonkurrenz) den Integrationsprozeß bestimmen. Die gewerkschaftliche Rolle des "Arztes am Krankenbett" reicht hier als Zielorientierung nicht aus, allerdings dürfte "Euthanasie" ebenso falsch sein, denn was fehlt (auch in dem vorliegenden Buch) ist eine Zukunftsperspektive jenseits bisher bekannter Realitäten. Sie zu erarbeiten, erfor-

dert nicht nur eine gründliche und richtige Analyse der nationalen, europäischen und globalen Entwicklung, sondern realisierbare Schlußfolgerungen.

Sicher gibt es auch in diesem Buch, besonders in den erwähnten übergreifenden Beiträgen von F. Deppe und K. P. Weinert, zahlreiche Ansatzpunkte für programmatische und strategische Diskussionen (wenngleich das Wort "Sozialismus", sicher aus Gründen der Mißverständlichkeit, nicht benutzt wird), aber entscheidend für alternative Entwicklungen hiebt der programmatische Standort auf dem Boden antikapitalistischer, antifaschistischer, demokratischer Positionen, um aus diesem scheinbaren Chaos widersprechender Tendenzen eine bestimmte Richtung zu beeinflussen und zu bestimmen.

Das Buch liefert einen interessanten und wichtigen Beitrag für die Lösung dieser historischen Aufgabe.

Hermann Krüger

Gewerkschaftspolitische Konsequenzen des Postfordismus

Forum Gewerkschaften (Hrg.), Angst vor dem Individuum? Modernisierung-Demokratisierung-Zeitsouveränität. Herausforderungen einer neuen Epoche, VSA-Verlag, Hamburg 1992, 112 Seiten, 14,80 DM.

Es handelt sich bei der vorliegenden Broschüre um den gelungenen Versuch, einen Gesamtansatz linker Gewerkschaftspolitik, die sich

emanzipatorischen sozialistischen Zielen verpflichtet weiß, theoretisch, analytisch und politisch zu entwickeln. Die Herausgeber, verantwortlich für das "Forum Gewerkschaften" in der Zeitschrift "Sozialismus", bürgen für die Gewerkschafts- und Realitätsnähe der Argumente, Fragestellungen und Vorschläge. Zu Recht können sie sich als Gegenpol jener Richtung verstehen, die, auf der These vom "Ende der Arheitsgesellschaft" fußend, Gewerkschaftspolitik jenseits der Erwerbsarbeit zu konzipieren bestrebt ist (so die Autoren von "Jenseits der Beschlußlage").

Wie schon der Titel signalisiert, rücken die Autoren die neuen Momente sozialer Veränderungen in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen. Aus ihrer Sicht ist vor allem die Gestaltung der Individualisierung, synonym gebraucht mit Individualitätentfaltung, das Terrain, das die Gewerkschaften und die Linke den Konservativen und den Unternehmern streitig machen müßten. Freilich hätte man sich gewünscht, daß der Komplex Individualisierung sowohl auf seinen philosophischen und historischen Hintergrund, als auch in Richtung auf Interessensbildung, neue Kollektivstrukturen und organisationspolitische Umsetzung ausgeleuchtet worden wäre. So bleiben die Aussagen zur Individualisierung in vieler Hinsicht zu formelhaft.

Das theoretische Interpretationsraster liefert das von den SÖST-Autoren andernorts entwickelte Konzept des Übergangs zu einer neuen postfordistischen "gesellschaftlichen Betriebsweise". Dieses wird nun für

die Felder zukunftsbestimmender Gewerkschaftspolitik durchbuchstabiert. Der Kernprozeß ist bei aller Vielfalt der Technologie und Arbeitsorganisation die Umwälzung zu "flexibel automatisierten und komplex vernetzten Produktionsprozessen unter Einsatz hochqualifizierter Menschen" (25). Demgegenüber sind die derzeitigen Systeme der Arbeitsorganisation, der Tarifverträge usw. noch immer vom Taylorismus geprägt. Bei der Darstellung der nun entstehenden Situation variiert in verschiedenen Passagen die Akzentsetzung: Von der Möglichkeit eines Gestaltungskonsensus für die Fertigungs- und Arbeitsstrukturen (29) bis zur Dominanz kapitalistisch erzwungener Leistungsverdichtung ("Der 'Epochenwandel' in der gesellschaftlichen Betriebsweise bleibt also in der kapitalistischen Produktionsweise beschränkt. Produktivitätssteigerung findet vor allem in der Intensivierung der Arbeit ihren Ausdruck." 35). Bei den Umwälzungsprozessen muß aus der Sicht der Autoren immer beachtet werden, daß sie von einer Verschärfung der Verteilungskämpfe begleitet sind und sein werden.

Der Übergang zur postfordistischen Betriebsweise hat nicht nur auf den Betrieb und die unmittelbare Produktion bezogene Dimensionen. Er verlangt vielmehr einen erneuerten und neukonditionierten Sozialstaat. Dabei wird die Neugestaltung des Dienstleistungssektors ("Resultat und Voraussetzung zugleich für eine neue Stufe der gesellschaftlichen Produktion") die "zentrale Aufgabe in diesem Um-

bruchprozeß" (45). Zum einen ist für die große Masse der Lohnabhängigen Individualisierung als emanzipativer Prozeß ohne sozialstaatliche Sicherung nicht möglich, zum anderen muß aber das Sozialsystem von den neuen Bedürfnissen und den neuen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgehen und seinen bürokratisch-etatistischen Charakter abstreifen.

Angesichts der neuen Realitäten bedürfte das "Gesamtset gewerkschaftlichen Handelns" der Erneuerung (65). Hierzu werden für die Hauptbereiche Vorschläge entwickelt. Dabei waltet das Bemühen, Defensivpositionen zu überwinden und gewerkschaftliche Gestaltungspotenz zum Tragen zu bringen. So etwa bei der Durchsetzung selbstregulierter Gruppenarbeit, neuer Leistungskompromisse usw. Die Bedingungen der Neugestaltung der Arbeit werden hier also konkret. "Demokratische Betriebspolitik heißt, die Betriebe zu Orten der demokratischen Entscheidung über Produktionsprogramm und Produktionsverfahren zu entwickeln, damit die Produktionspolitik im Sinne gesellschaftlicher Diskussion zugänglich wird." (77) Freilich bleibt es ein Problem, mit welchen Macht- und Verwertungsverhältnissen so skizzierte Alternativen konfrontiert sind. Weit in die Zukunft greifende Formulierungen wie etwa: "Welchen Charakter der Markt hat, wieweit er den Gesetzen der Profitmaximierung und wieweit er gesellschaftlicher Steuerung unterliegt, darüber entscheidet der gewerkschaftliche Kampf um das 'Was', 'Wie' und 'für Wen' der Pro-

duktion" (81), erscheinen kaum geeignet, die aktuelle Lücke zwischen Realität und Alternative zu überbrücken bzw. diese, wie es gleichfalls für notwendig erachtet wird, vom Stigma wirklichkeitsfremden Utopismus zu befreien.

Eine "gewerkschaftliche Reformalternative" verstehen die Verfasser als ein Gesamtkonzept, das dem vernetzten Charakter von Betriebsweise und Gesellschaftsstruktur Rechnung trägt. Hierbei muß eine aktualisierte Schutzfunktion "von einer auf die Begrenzung des Leistungsdrucks ausgerichteten Politik zur aktiven Gestaltung neuer gruppenbezogener Leistungs-kompromisse" (87) kommen und in "für sie unerprobtes Terrain eindringen, das traditionell dem Management vorbehalten ist: die Festlegung von Leistung und Produktivität" (87). Es komme nun darauf an, "den Fuß in die Tür der Kommando-Brücke zu bekommen" (88). "Die Art der Regulierung ist der Streit ums Ganze." (88)

Vehement wenden sie sich gegen ein Ausspielen des Arbeitsgestaltungsansatzes mit der Arbeitslosigkeit und den "prekären Arbeitsverhältnissen".

"Normalarbeitsverhältnis' ist Ausdruck für den historisch erkämpften Wert der Ware Arbeitskraft und damit zugleich die Basis des gesamten sozialstaatlichen Überbaus; in ihm faßt sich das historisch erreichte Niveau tariflicher und gesetzlicher Regulierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zusammen." (90) Aus der Kritik der kapitalistischen Verwertung erwachse eine Gestaltungspolitik, die

als soziales Gegenprinzip gegen die Logik der Kapitalverwertung aufgefaßt werden könne.

Im Hintergrund des Streits um die Zentralität von Erwerbsarbeit bzw. das Ende der Arbeitsgesellschaft sehen sie Fragen der Interessen, der Solidarität, des Charakters von Gewerkschaften, der Zielsetzung gesellschaftlicher Umgestaltung u.a. Aus ihrer Sicht geht es um eine "Neukonturierung der Zentralität der Arbeit" (97), die durch Intellektualisierung, Pluralisierung der Lebensstile usw. bestimmt wird. Die Vorstellungen von herrschaftsfreier und selbstreflexiver Kommunikation und Individualitätsentwicklung, die sich von Arbeit und Gesellschaft abkoppeln, könnten nur dann entstehen, wenn man den Realkapitalismus ausblende. Gleiches gelte in diesem Zusammenhang auch für die Umdefinition der Gewerkschaften aus Organisationen kollektiver Interessenvertretung in "Diskursorganisationen" (95 ff.).

Bleibe anzumerken, daß sich ein Schlußabschnitt speziell mit Fragen der erforderlichen innergewerkschaftlichen Umgestaltung und Reform beschäftigt. Insgesamt: Eine Broschüre, die den Prozeß der Einstellung der Gewerkschaftspolitik und der Linken auf die Bedingungen des Postfordismus zu befördern geeignet ist und dabei die neuen und alten Essentials theoretisch und politisch ins rechte Licht rückt.

Heinz Jung

Wider die Erwerbsarbeit

Harald Werner, *Mythos und Realität der Erwerbsarbeit. Reihe Podium Progressiv, Nr.10, PDS/LiLi Rheinland-Pfalz, Mainz 1992, 80 Seiten, 9.- DM.*

Die vorliegende Broschüre verdient Interesse, weil sie gegen den marxistischen 'main stream' die Thesen vom Ende der Arbeitsgesellschaft positiv aufgreift, Konturen einer Gesellschaft jenseits der Erwerbsarbeit zu skizzieren sucht und Vorschläge zum Umbau des Arbeitssystems vorstellt. Im Zentrum der auch innerparteilich gemünzten Attacken des Verfassers steht die Erwerbsarbeit als Bezugspunkt linker emanzipatorischer Politik. Damit vollzieht er wesentliche Verschiebungen sozialistischer Subjekt-, Strategie- und Politikbestimmung. Zum eher traditionellen Argumentationskanon gegen Lohnarbeit bzw. entfremdete Arbeit, wie er sich in den Ansätzen schon in den archaischen Utopien des 18. Jahrhunderts findet, dann zur Grundsubstanz anarchistischer Entwürfe wird und in die Glaubenssätze des libertären Sozialismus eingeht, tritt bei Harald Werner die ökologische Komponente hinzu, d.h. die Tatsache, daß der kapitalistische Industrialismus und Konsumismus - und die ihnen entsprechenden Systeme der Arbeits- und Lebensweise - zur Destabilisierung der Biosphäre geführt haben und damit menschliche Existenz zur Disposition stellen. Enthält also auf der einen Seite Erwerbsarbeit das knechtende Potential entfremdeter Arbeit, so treibt auf der anderen Seite ihre

Ausweitung und das damit verbundene Wirtschaftswachstum die Erde dem Kollaps entgegen. So könnte in Kurzfassung die Grundargumentation des Verfassers skizziert werden; oder wie er schreibt: "Bei allem Elend, das Arbeitslosigkeit über die Menschen bringt, die permanente Ausweitung der Erwerbsarbeit bringt das größere Elend mit sich." (27) Gelänge es, den Milliarden Arbeitslosen Erwerbsarbeit zu verschaffen, "dann wäre unser Planet binnen kurzer Frist für die Menschen unbewohnbar" (8).

Freilich sind die Kausalketten Harald Werners in Frage zu stellen, weil sie aus der Sicht des Rezensenten nur die Endpunkte kurzschließen und die wesentlichen Vermittlungs- und Antriebsaggregate ausblenden. Ebenfalls kann ja auch die These entgegengehalten werden, daß nur die Umstrukturierung des Systems gesellschaftlicher Arbeit und der ökologisch und sozial sinnvolle Einsatz des vorhandenen Arbeitspotentials des Nordens und Südens - und zwar als bezahlte oder Erwerbsarbeit - eine Gleichgewichtsgesellschaft, wie sie der Verfasser propagiert, überhaupt erst möglich erscheinen läßt. Ferner müßte die ökologische Umsteuerung unter allen denkbaren politischen Bedingungen ja im Norden zuerst beginnen, was auch auf vielen Gebieten der Produktion, ganz abgesehen vom Dienstleistungs- und Reproduktionsbereich, eine Ausweitung des Volumens lebendiger Arbeit unabdingbar machte. Bedauerlicherweise fallen derartige Überlegun-

gen aus den Erörterungen der Broschüre heraus.

Wünschenswert wäre es auch gewesen, die Grundbegriffe wären mit größerer Klarheit vorgestellt worden. Das beginnt mit dem Begriff Erwerbsarbeit, der nirgends erläutert, jedoch stillschweigend mit Lohnarbeit identifiziert wird -, was zumindest unkorrekt ist. Ähnlich bei der streckenweisen Gleichsetzung von Erwerbsarbeit und produktiver Arbeit, bei der Entgegensetzung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit u.a.

Mit der Entschlüsselung des Entfremdungsbegriffs hat es auch seine Tücken. Wenn man, wie Harald Werner, aus den Pariser Manuskripten von Marx (1843) eine Entfremdungsbestimmung ableiten zu können glaubt, in der Entäußerung generell als Entfremdung aufgefaßt wird ("wenn der Mensch seine Lebenstätigkeit hergibt, um daraus Existenzmittel zu machen, leistet er entfremdete Arbeit"; 15), dann muß man Marx, wie der Autor, natürlich schelten, weil er später die Kritik auf die Lohnarbeit zentriert hat (21). Mit dieser Schelte ist der Verfasser auch an anderer Stelle nicht zimperlich, vor allem, wenn Marx- und Engels-Texte gegen seine Lesart stehen. So etwa beim Komplex Arbeiterkollektivismus, Gruppenarbeit, Erziehung (17). Die scharfe Absatzbewegung von der Orthodoxie und der Vergangenheit der Arbeiterbewegung führt beim Verfasser vielfach zu einer Scheinradikalität, die weit über das Ziel hinauschießt, etwa wenn er den Mythos vom "schwitzenden Malocher" kari-

kiert und dabei nicht merkt, wie er dem Gestus reaktionärer Arbeiterverböhner verfällt. (21) Eine sozialistisch gebliebene Intelligenz wird sich davon wohl kaum beeindruckt lassen und dem Konzept einer Intelligenz-Partei PDS, wie immer man es beurteilen mag, kann damit kaum ein Gefallen getan werden.

Auf den ersten Blick eindrucksvoll ist seine Verbindung von protestantischer Ethik und dem, was er als "asketische Verklärung der Lohnarbeit" in der Arbeiterbewegung bezeichnet. (21) Aber sie verliert ihre Überzeugungskraft, wenn man die Religionsgebiete der Arbeiterbewegung und dann des Realsozialismus in Erwägung zieht. Daß nun die protestantische Arbeitsethik den osteuropäisch-russischen Raum und dessen Arbeiterbewegung geprägt habe, kann ja kaum behauptet werden. Richtig wäre es demgegenüber gewesen, eine Verbindung zwischen der Arbeitsethik der sozialistischen Bewegung, dem Praxisverständnis von Marx und den Existenzbedingungen der Arbeiterklasse herzustellen.

Gleichwohl ist es das Verdienst des Verfassers, auf den Charakter von Lohnarbeit aufmerksam gemacht zu haben und darauf zu pochen, daß Emanzipation die Lohnarbeit hinter sich lassen muß. Er bringt damit die alte Parole von der "Befreiung der Arbeit" in zeitgenössischer Form zur Geltung. Insofern kann sein Plädoyer für einen "weiten Arbeitsbegriff", der die Formbestimmtheit der Verwertung der Ware Arbeitskraft nicht zum Maß aller Dinge erhebt, nur be-

grüßt werden. Damit sind freilich die realen Probleme nicht vom Tisch. Das weiß auch Harald Werner, wovon dann die eher moderaten Schlußabschnitte zeugen.

Der Leser fragt sich gerade hier, wo die Radikalität der Prämissen in den praktischen Vorschlägen bleibt und wie denn nun die Überleitung von Erwerbsarbeit in Freizeit/Reproduktionsarbeit ohne revolutionären Umbruch des Gesamtsystems vonstatten gehen soll. Wenn er auf der einen Seite schreibt: "Die Umsteuerung, der Umbau unserer Lebensweise kann deshalb nicht an Bewußtsein oder an Bedürfnissen ansetzen, er muß in das System selbst eingreifen" (64) und sich dann dafür ausspricht, den "Umbau von seinen asketischen Zügen zu befreien" (82), dann kommt selbst beim geneigten Leser der Eindruck auf, daß damit vor der Realität kapituliert wird. Da er auf administrative Eingriffe, Produktionsplanung und selbst auf Mehrwertsteuererhöhung (stattdessen ein Steuermix mit Verbraucherberatung) zur Neukonditionierung der Bedürfnisse verzichten zu müssen glaubt, bleibt natürlich nur die diskursive Öffentlichkeitsarbeit übrig. Ob dies nun der Weg aus der Krise der Zivilisation und der modernen Gesellschaft sein kann, darf sicher bezweifelt werden. Produktionsvermeidung dürfte so kaum durchsetzbar werden.

Man erinnert sich daran, daß der Verfasser einige Seiten zuvor den Nord-Süd-Gegensatz zum entscheidenden Widerspruch erhebt und feststellt, daß wir Bewohner des Nordens, inklusive natürlich de-

ren Arbeiterklassen, gegenüber dem Süden alle "Kapitalisten" (33) oder gar "Imperialisten" (37) seien und die "unheilige Allianz zwischen Arbeit und Kapital im Kampf gegen den Rest der Welt" (44) in der Frage des Wirtschaftswachstums bestehe. Deshalb gewinnt der Verfasser dem Kampf um das Recht auf Arbeit, die Verteidigung von Arbeitsplätzen und Industriestandorten, vor allem jetzt im Osten, nur eine Jain-Position ab, erstaunlich angesichts der Realität, mit der sich die PDS konfrontiert sieht.

Dem Rezensenten kommt in den Sinn, daß es möglicherweise ein Ansatz zur Aufdeckung der Ursachen, weshalb angeblich die Arbeit ausgeht, gewesen wäre, ginge man den realen Triebkräften nach, die in zwei Jahren bewirkt haben, daß aus einer Region mit Vollbeschäftigung ein Gebiet mit der höchsten Massenarbeitslosigkeit in der Geschichte Deutschlands wurde.

Heinz Jung

35 Stunden und kein Ende

Tom Schmid, *Das Gfrett mit der Zeit - 35 Stunden und kein Ende, Edition Fortschrittliche Wissenschaft, Wien 1991, 110 S.*

Der Kern dieser Schrift dreht sich um die auch in unserem Lande aktuelle Frage: "Wie können die Arbeits- und Lebensbedingungen arbeitender und arbeitsloser Menschen mittels gewerkschaftlicher Arbeitszeitverkürzung nachhaltig positiv beeinflusst werden?" (6)

Der Autor ist "engagierter Gewerkschafter" (ebd.). Er will vor

allem in die gewerkschaftliche Diskussion eingreifen. Es geht ihm hier insbesondere um eine neue Fragestellung: Ist die "klassische Arbeitszeitpolitik unter heutigen geänderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen überhaupt noch in der Lage, Erfolge zu erringen? Vielleicht sind heute ganz andere Strategien nötig?" (ebd.)

T. Sch. analysiert zunächst die konkrete Lage aus der Sicht eines österreichischen Gewerkschafters - und legt hier Material aus seinem Lande zugrunde. Doch die herausgearbeiteten Gesichtspunkte sind durchaus auch für die Bundesrepublik zutreffend. Das gilt insbesondere für die gewerkschaftliche Zielstellung des 12. Bundeskongresses des ÖGB (1989) für die 35-Stundenwoche. Da heißt es: "Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein wichtiger Beitrag zur Humanisierung und zur familiengerechten Gestaltung des Arbeitslebens. Heute hat die Arbeitszeitverkürzung aber eine überragende beschäftigungspolitische Bedeutung. Ohne Arbeitszeitverkürzung ist die Arbeitslosigkeit nicht zu bekämpfen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund geht daher davon aus, daß der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung in den nächsten Jahren fortzusetzen ist..." (12)

Doch leider fällt nach Ansicht des Autors die Bilanz heute "auf den ersten Blick ernüchternd aus. (14)...Die gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik ist offensichtlich ins Stocken geraten" (ebd.). Die Forderungen der Unternehmervände nach Flexibilität und Dere-

gulierung der gesamten Arbeitsverhältnisse ist dagegen im Vormarsch. Es wird wieder einmal sichtbar: "Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine Geschichte des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung" (18).

Der knappe Exkurs in die Geschichte des 1. Mai und das Kampfes um den Acht-Stunden-Tag macht das deutlich. Aber auch die Auseinandersetzungen nach 1945 sind dafür Beweis. Der Autor stellt in diesem Zusammenhang für Westeuropa angesichts des massiven Beschäftigungseinbruchs 1974 eine spürbare Zunahme des Kampfes um Arbeitszeitverkürzungen fest - auch für die Bundesrepublik. Doch, so resümiert er, "trotz mehrerer erbittert geführter Auseinandersetzungen konnte in der BRD allerdings die 35-Stundenwoche bis heute nicht durchgesetzt werden. Gegenwärtig beträgt die tarifliche Wochenarbeitszeit in der BRD (alte Länder und Westberlin) 38,4 Wochenstunden..." (22).

Nach Darlegungen über den "Streit um die 35-Stundenwoche in Österreich" und "Arbeitszeit 1991 - ein Überblick" gibt Sch. Antwort auf die wohl zur Zeit auch für unsere Verhältnisse zutreffende Frage: "Wieso kommt die 35-Stundenwoche nicht voran?" bzw. auf Österreich bezogen: "Warum tritt der ÖGB in der Arbeitszeitpolitik seit einigen Jahren auf der Stelle?" (35). Hier führt er interessantes Zahlenmaterial an. Nach einer repräsentativen EG-Umfrage zu Arbeitszeitpräferenzen "...sind nur die Hälfte der Beschäftigten mit ihrer gegenwärtigen Arbeitszeit zufrieden, 37 % würden

gerne weniger arbeiten, 9 % mehr. In den reicheren Ländern der Gemeinschaft (Dänemark, BRD, Frankreich) würden sogar mehr Beschäftigte eine Arbeitszeitverkürzung einer Einkommenserhöhung vorziehen..." (37). Auch für die Verhältnisse in unserem Land scheint mir folgende Auffassung zutreffend zu sein, "...daß die rasche Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich beute in der Bedürfnispräferenz der Beschäftigten nicht sehr weit oben steht - was die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in dieser Frage sicherlich beeinträchtigt" (37f). Die Lebensweise der Arbeiter/Angestellten wird zum anderen mehr und mehr durch die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und Flexibilisierung der Arbeitszeiten beeinflußt. Dies wiederum wirkt objektiv gewerkschaftlichen Kämpfen entgegen.

Wie also ist angesichts solcher Entwicklungen heute Gewerkschaftspolitik für Arbeitszeitverkürzung zu praktizieren?

Sch. vertritt hierzu folgenden Standpunkt: Erstens muß die Gewerkschaftspolitik generell auch Gesellschaftspolitik sein. Zweitens muß die Mitbestimmung und der Kampf darum integrierter Bestandteil der Arbeitszeitpolitik werden. "Arbeitszeitverkürzung, der Kampf um die rasche allgemeine Einführung der 35-Stundenwoche als Etappenziel, nicht als Endziel - bleibt weiter wichtig...(und steht) auf der Tagesordnung" (79).

Diese Schrift soll nach dem Wunsch des Autors zur Diskussion um gewerkschaftliche Arbeitszeitverkürzung beitragen und Ansichten zu neuen Möglichkeiten stärkerer Zeitsouveränität der Beschäftigten ins Gespräch bringen. Dieser Wunsch wird sicherlich in Erfüllung gehen. Denn "Das Gfrett mit der Zeit - 35 Stunden und kein Ende" wiederholt nicht nur schon bekannte Standpunkte bzw. Argumente. Es führt durchaus neue Gesichtspunkte in die Diskussion ein - vor allem hinsichtlich möglicher und heute mehr als zuvor notwendiger strategischer Positionen für die Gewerkschaften. Diese Schrift sollte unbedingt auch in der Bundesrepublik ihre Leser finden - vor allem in gewerkschaftlichen Kreisen.

Fritz Krause

Ökologische Spurensuche im Betrieb

André Leisewitz/Klaus Pickshaus, *Ökologische Spurensuche im Betrieb, Tatort Betrieb - Erfahrungen einer Aktion der IG Metall, mit einem Vorwort von Franz Steinkühler und Horst Schmitthener, Frankfurt/Main: Verlag der ökologischen Briefe, 1992 (Arbeit-&-Ökologie-Materialien 4), 94 Seiten, DM 24,-*

Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz: der Nachweis, daß "Ökologie" und "Ökonomie" keine Gegensätze, sondern durchaus miteinander in Einklang zu bringende Erfordernisse wirtschaftlicher Entwicklung sind, muß durch die Praxis erst noch erbracht werden. Gerade betriebliche Umweltpolitik ist

(auch wenn sie gern hochtrabend als "betriebliches Öko-Management" verkauft wird) eben immer noch kaum vorsorgende Problemvermeidung, dafür aber um so mehr nachgeschaltetes Problemhandling. Diese Feststellung gilt für die Unternehmensseite, die die betriebliche Umweltpolitik letztlich bestimmt. Sie gilt deswegen nicht für die Seite der Gewerkschaften und Betriebsbelegschaften, weil diese betriebliche Umweltpolitik bislang kaum als eigenständiges Handlungsfeld für sich entdeckt haben (Ausnahmen bestätigen die Regel).

Gerade dieses offenkundige Defizit erhöht nur den Stellenwert einer betriebsbezogenen, umweltpolitischen Kampagne, die der IG Metall-Bezirk Baden-Württemberg unter dem Titel "Tatort Betrieb" 1988/89 startete und die mittlerweile über Baden-Württemberg hinauswirkt. Die bisher gemachten Erfahrungen mit diesem Pilotunternehmen analysieren André Leisewitz und Klaus Pickshaus in ihrem (überaus lesenswerten - soviel gleich vorweg) Bericht "Ökologische Spurensuche im Betrieb". Was dieses Bändchen so lesenswert und lesbar macht, ist - abgesehen von der gesellschaftspolitischen Relevanz des untersuchten Themas - die gelungene Kombination von problembezogener Aktionsbeschreibung und gleichzeitiger Analyse und Bewertung; wobei letztgenannte immer auch einen allgemeinen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Hintergrund hat.

Die Veröffentlichung von Leisewitz/Pickshaus basiert auf einer

Studie über "Bisherige Erfahrungen der Aktion Tatort Betrieb", die der Vorstand der IG Metall im März 1991 bei den in Frankfurt/Main erscheinenden "Arbeit&Ökologie-Briefen" in Auftrag gegeben hat. Diese im August des gleichen Jahres abgeschlossene Untersuchung wurde von den Autoren zu Publikationszwecken überarbeitet und erweitert. Außerdem konnten Diskussionsergebnisse u.a. aus dem IG Metall-Vorstand und der Stuttgarter Bezirksleitung berücksichtigt werden. "Insgesamt wird mit der vorliegenden Publikation die Gesamtktion bis zu der auf der Leinfeldener Konferenz der IG Metall am 21. November 1991 vorgestellten Zwischenbilanz erfaßt" (12). Im Anhang publizierte Beiträge von den zentralen Tagungen zu "Tatort Betrieb" sowie Materialien der IG Metall-Bezirksleitung eröffnen einen weiteren Zugang zu der Aktion.

Hintergrund der Aktion "Tatort Betrieb" ist die vor allem seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch innergewerkschaftlich intensivierte umweltpolitische Debatte. (Beispielsweise hat der DGB seine energiepolitische Programmatik nach Tschernobyl grundlegend korrigiert.) Das in den letzten Jahren gewandelte Verhältnis der Gewerkschaften zur Ökologiefrage skizziert Teil 3 des Berichts. In diesen Kontext wird "Tatort Betrieb" eingeordnet, wobei einschränkend festgestellt wird, "daß es sich hierbei nach wie vor um vereinzelt Ansätze und Projekte handelt, die keineswegs schon durchgehend die gewerkschaftliche und politische

Praxis prägen" (34). Aus der Sicht des Rezensenten fällt diese Relativierung allerdings zu schwach aus. Nicht alle jüngeren gewerkschaftlichen Aktivitäten, die sich ökologisch motiviert geben, sind Ausdruck gewachsenen umweltpolitischen Problembewußtseins. So hat beispielsweise die IG Chemie 1987 zwar eine Vereinbarung mit den Chemie-Arbeitgebern über Eckpunkte für mögliche Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz abgeschlossen. Allerdings läßt der Hintergrund dieser Vereinbarung (Sandoz-Katastrophe und massiver Image-Verlust der Chemieindustrie) auch die Vermutung zu, daß die "Ökologie" hier vor allem als Vehikel berhalten soll, um die "Ökonomie" in Schwung zu halten.

Worum geht es bei "Tatort Betrieb"? Ziel der Kampagne ist, wie in Teil 2 der Untersuchung im Einzelnen dargestellt, die Vermeidung bzw. der Ersatz schädlicher Stoffe und Verfahren im Betrieb. Einleuchtend legen Leisewitz/Pickshaus am Beispiel der gesundheitsschädlichen und umweltbelastenden Reinigungs- und Lösungsmittel Perchloroethylen und Trichloroethylen dar, daß derartige Erfolge auf betrieblicher Ebene vor allem dann zu erzielen sind, wenn im Vorfeld in der außerbetrieblichen Diskussion eine entsprechende Sensibilisierung, verbunden mit öffentlichem Druck, erreicht werden konnte (Teil 4: "Wie eine Stoffgruppe angreifbar wird"). Erst die Diskussion um Per in chemischen Reinigungen habe es möglich gemacht, auch dessen Hauptverwendungsbereich (industrielle Rei-

nigung) einzubeziehen. "Die öffentliche Umbewertung von Per erleichterte mit Sicherheit die Thematisierung dieses Gefahrstoffs im Betrieb. Einmal 'angeschlagen', konnte dieser Stoff auch auf dem schwierigen Terrain der betrieblichen Auseinandersetzungen zurückgedrängt werden" (40f.).

Mit "Tatort Betrieb" wird gewerkschaftspolitisches Neuland betreten. Diese Erkenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch die Studie von Leisewitz/Pickshaus, und die in diesem Kontext aufgeworfenen Fragen und getroffenen Einschätzungen machen das Büchlein von vorn bis hinten durchgehend interessant. Den neuartigen Versuch, aktionsbezogenen Fragen des Arbeits- und Umweltschutzes miteinander zu verbinden, bezeichnen die Autoren als "arbeits-ökologischen" Ansatz. "Im Mittelpunkt stehen Gesundheitsbelastungen im Betrieb und vom Betrieb ausgehende Umweltbelastungen - beide verursacht durch die gleichen Gefahr- und Schadstoffe" (11).

Auf der betriebs- und gewerkschaftspolitischen Ebene stellen sich u.a. folgende Probleme: Wie können derartige Aktionen verstetigt werden ("die Lösung dieser Aufgabe wird für die Perspektive der Aktion Tatort Betrieb zu einer Schlüsselfrage werden" [65])? Wie kann eines der Grundprobleme aktueller Gewerkschaftspolitik (wachsende Professionalisierung und stärkere Beteiligung der Belegschaften) in diesem Kontext angegangen werden ("die sinnvolle Perspektive könnte im Kampf um 'Zeit' und Freiräume während der

Arbeitszeit sowie um kollektive und offene Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb des Betriebes liegen" (65)? "Entwickelt sich hier ein gewerkschaftsspezifischer, arbeitsökologischer Ansatz im Umgang mit Gesundheits- und Umweltzerstörung? Das wäre auch für die Umweltbewegung und -politik von großem Interesse, denn die meisten Umweltbelastungen entstehen gerade in der Arbeitswelt" (11).

Den neuen Politikansatz, der mit "Tatort Betrieb" exemplarisch praktiziert wird, charakterisieren Leisewitz/Pickshaus als einen Weg, - "der in Abgrenzung zu einer Stellvertreterpolitik den Bewegungs- und Mobilisierungsaspekt betont, - der auf eine betriebspolitische Verankerung setzt, - der den Demokratisierungsimpuls aufnimmt und die aktive Beteiligung der Beschäftigten anstrebt und

- der zugleich an der Schnittstelle von Arbeitsschutz und Umweltschutz wirkt" (69).

Sie beziehen sich hierbei auf Überlegungen, die Horst Schmitt-henner in einem Referat auf der Tagung "Gefahr-Stopp! Am Arbeitsplatz" der IG Metall, Bezirk Küste, 11. Dezember 1991 in Reinbek vorgetragen hat (dieses Referat ist im Anhang der Studie dokumentiert).

Inwieweit es mit diesem neuen Politikansatz jedoch gelingen kann, über die Ebene betrieblicher Einzelmaßnahmen hinauszukommen und den Bereich ökologischer Umbauerfordernisse der Branchen und

der Gesamtwirtschaft als gewerkschaftliches Politikfeld zu erschließen, ist offen. In Auswertung von "Tatort Betrieb" stellen Leisewitz/Pickshaus fest, daß es lediglich in Einzelfällen auch Ansätze gab, sich für eine ökologische Produkt- und Unternehmenspolitik zu engagieren (48f.). Auch wurden Kontakte zur überbetrieblichen Umweltpolitik und -bewegung kaum hergestellt (50). Als Knackpunkt einer gewerkschaftlichen Politik, die den aktuellen und zukünftigen ökologischen Herausforderungen gerecht werden will, muß allerdings nicht nur das "Wie", sondern vor allem das "Was" der Produktion bezeichnet werden: Schließlich ist es durchaus vorstellbar, beispielsweise Autos umwelt- und menschengerechter herzustellen. Viel schwieriger dürfte es demgegenüber sein, einen Verzicht auf solche Produktionen durchzusetzen.

Dietmar Dile

Gewerkschaftlicher Internationalismus

Thorsten Schulten, *Internationalismus von unten. Europäische Betriebsräte in Transnationalen Konzernen*, Verlag Arbeit & Gesellschaft (VAG), Marburg 1992, 201 Seiten, DM 25,-

Vor dem Hintergrund der globalen Interdependenzstrukturen des heutigen Kapitalismus gehört die Entwicklung eines "neuen gewerkschaftlichen Internationalismus" zu den strategischen Herausforderungen, die über den zukünftigen politischen und sozialen Einfluß der Gewerkschaften mitentscheiden.

Dabei geht es darum, die traditionelle Diskrepanz zwischen Programm und Wirklichkeit internationaler Gewerkschaftsarbeit zu überwinden und auf unterschiedlichen Ebenen handlungsfähige transnationale Kooperationsformen aufzubauen.

In der nun vorliegenden Studie über "Europäische Betriebsräte in Transnationalen Konzernen" (TNK) versucht der Marburger Politikwissenschaftler Thorsten Schulten neueren Ansätzen grenzüberschreitender gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Westeuropa nachzugehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Untersuchung der seit Ende der 80er Jahre auf europäischer Konzernebene eingerichteten Informationsausschüsse, die im Kontext veränderter politökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen analysiert werden.

Im ersten Teil der Arbeit (S. 13ff.) geht es zunächst um die Bedeutung des Binnenmarktprojekts EG '93 und die damit verbundenen internen und externen Restrukturierungsprozesse in transnationalen Konzernen. T.S. vertritt hierbei die These, "daß mit der ökonomischen Integration Westeuropas eine 'Europäisierung' der Unternehmensstrukturen einhergeht, an deren Ende die Herausbildung einer neuen 'europäischen' Kapitalform stehen könnte." (S. 10) Als Beleg dient ihm vor allem die - auf Grundlage der von der EG-Kommission herausgegebenen Wettbewerbsberichte analysierte - Konzentrationsbewegung des Kapitals, die sich im Unterschied zu früheren historischen Phasen am Ende der

80er Jahre nicht mehr vorwiegend nur im nationalen, sondern zunehmend auch im europäischen Rahmen vollzieht.

In einem zweiten Schritt (S. 53ff.) beschäftigt sich T.S. mit der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Westeuropa in den 80er Jahren und rekapituliert dabei insbesondere die Auseinandersetzung um die "soziale Dimension" des Binnenmarktprojekts. Der Verfasser weist hierbei nach, daß die Sozial- und Tarifpolitik nach wie vor fast ausschließlich durch nationale Bestimmungen determiniert wird, da durch den neuen Integrationsschub EG '93 bislang kein nennenswerter europäischer Regulierungsrahmen zur Gestaltung der Arbeitsbeziehungen entstanden ist. Gleichzeitig läßt sich jedoch eine wachsende programmatische Übereinstimmung der EGB-Gewerkschaften konstatieren, die auf die Bildung einer europäischen Sozialgesetzgebung und den Aufbau eines europäischen Tarifsystems abzielt. Ein wesentliches Ergebnis der gewerkschaftlichen Binnenmarktdebatte liegt demnach vor allem darin, daß internationale Gewerkschaftspolitik insgesamt wieder an Stellenwert gewonnen hat und sich damit die Voraussetzungen für autonome transnationale Gewerkschaftskooperation verbessert haben.

T.S. sieht diese Tendenz vor allem durch die zunehmende Einrichtung europäischer Betriebsratsstrukturen in TNK bestätigt, die zudem als eine Form des gewerkschaftlichen "Internationalismus von unten" im wohlthuenden Gegensatz zu den

klassischen und höchst ineffektiven Formen der internationalen Konferenz- und Deklarationsdiplomatie etwa des EGB oder auch der Brancheninternationalen stehen. Das Hauptkapitel dieser Studie (S. 75ff.) umfaßt daher eine detaillierte Darstellung bisher etablierter gewerkschaftlicher Kooperationsgremien in TNK. Untersucht werden zunächst die "Pilotprojekte" in den französischen Konzernen Thomson, Bull und BSN, an die sich die Analyse weiterer Vereinbarungen in der europäischen Metall-, Chemie- sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie anschließt. Vertieft werden die Probleme internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in einer Fallstudie über den Volkswagen-Konzern (S. 119ff.), zu der auch ein ausführliches Interview mit dem Präsidenten des Europäischen Volkswagen-Konzernbetriebsrates im Anhang der Arbeit dokumentiert wird (S. 185ff.).

Insgesamt existieren heute bereits in etwa 20 TNK "Europäische Betriebsräte", während in einer Vielzahl weiterer Konzerne aktuell der Aufbau entsprechender Strukturen angestrebt wird. T.S. geht davon aus, daß damit "eine Entwicklung in Gang gesetzt wurde, die mittelfristig zur Herausbildung einer neuen europäischen Regulierungsebene der Arbeitsbeziehungen in TNK führen kann." (S. 118) Dahei könnte ein "komplementäres System nationaler und internationaler Regulierungsebenen (entstehen), das auf europäischer Ebene eher 'qualitative' Aspekte behandeln würde (Fragen der Arbeitsbedin-

gungen und Arbeitsorganisation), während die 'quantitativen' Aspekte (Löhne und Sozialleistungen) weiterhin der nationalstaatlichen Ebene vorbehalten wären." (S. 156) Das Strukturproblem, das in dem nach wie vor großen sozialen Gefälle zwischen den reicheren und ärmeren EG-Ländern besteht (ganz abgesehen von den Ländern Ost- und Mitteleuropas), ließe sich auf diesem Wege allerdings nicht lösen.

T.S. geht davon aus, daß letztlich eine durchgängige und flächendeckende Einführung "Europäischer Betriebsräte" erst auf der Basis einer gesetzlichen Absicherung durch die EG möglich wird. Am Ende der Studie steht daher eine Analyse über den nunmehr 20 Jahre dauernden Versuch der EG-Kommission, eine einheitliche europäische Unternehmensverfassung durchzusetzen (S. 136ff.). Die Ansätze reichen hierbei von den ersten Entwürfen für ein "Statut einer Europäischen Aktiengesellschaft" aus den frühen 70er Jahren, über die sog. "Vredeling-Richtlinie" (1980) bis hin zu dem im Dezember 1990 von der EG-Kommission vorgelegten Entwurf zur Einrichtung "Europäischer Betriebsräte". Die massive Gegenwehr des europäischen Unternehmerlagers sowie einiger konservativer Regierungen (zuletzt insbesondere der sozialen Blockadepolitik Großbritanniens) hat bislang jedoch jede Regelung zu Fall gebracht.

Folitisch bleibt es deshalb die Aufgabe der westeuropäischen Gewerkschaften, Druck auf die nationalen Regierungen und die EG-

Kommission auszuüben, um eine gesetzliche Regelung für europäische *Interessenvertretungsstrukturen* in TNK durchzusetzen. Dabei scheint die Strategie des "Faktenschaffens", d.h. der Einrichtung "Europäischer Betriebsräte" in möglichst vielen Konzernen auch ohne gesetzliche Grundlage, derzeit der erfolgversprechendste Weg zu sein. Angesichts des wachsenden Nationalismus und Rassismus in ganz Europa bleibt zu hoffen, daß hiermit eine Basis für einen "neuen gewerkschaftlichen Internationalismus" gefunden werden kann.

Frank Deppe

Weltmacht Deutschland?

Joachim Bischoff/Michael Menard: *Weltmacht Deutschland, VSA-Verlag, Hamburg 1992, 192 S., DM 28,-*

Schlüpft der "ökonomische Riese" Deutschland aus seinem "politischen Zwergdasein"? Angesichts der gravierenden Veränderung der Weltlage ist das eine nicht unbedingte Annahme. Doch wird sie auch Wirklichkeit? Noch reagieren die politischen Kräfte in unserem Lande recht vorsichtig auf die Turbulenzen unserer Zeit. Diese und andere damit zusammenhängende Probleme untersucht "Weltmacht Deutschland". Das geschieht in den Abschnitten: (1) Vom Wirtschaftsriesen zur Hegemonialmacht; (2) Die USA - eine Nation im Niedergang; (3) Deutschland: eine europäische Hegemonialmacht?; (4) Was kommt nach dem Wohlfahrtsstaat; (5) Zivilgesellschaftlicher Sozialismus.

Zurecht stellen m.E. die Autoren anfangs fest: "Die in Europa in Mauern zementierte bipolare Weltordnung ist zerbrochen. Was folgt daraus? Was sind die neuen Konturen einer neuen Weltordnung?" (18) Sichere Prognosen sind allerdings, wie sie meinen, "nicht zu haben" (ebd.). Trotzdem - sie bieten Antworten. Deutschland, so meinen sie, ist durchaus für eine ordnungspolitische Renaissance der Nation und einer neuen Großmachtspolitik anfällig. Das "ergibt sich aus einem ganzen Bündel von Problemen, die in der nach wie vor in den kapitalistischen Metropolen vorherrschenden neokonservativen Politik nicht gelöst, sondern ökonomisch, sozial und politisch weiter zugespitzt werden. Es geht erstens um die gescheiterte Transformationspolitik in Osteuropa, zweitens um einen deutschen Vereinigungsprozeß als ökonomisches Crash- und sozialkulturelles Kolonialisierungsprogramm; und es geht drittens um das Scheitern der Neokonservativen bei ihrer primären Aufgabe: der umfassenden Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft." (9)

Diesen generellen Aussagen liegen qualifizierte Analysen zugrunde. Das geschieht als Rückblick auf die jüngste Vergangenheit. Schlußfolgerungen werden aber in erster Linie aus der gesellschaftlichen und politischen Gegenwart gezogen. Die Autoren vertreten hinsichtlich der politischen Kräfte: "Im Unterschied zur politischen Linken verfügen die neokonservativen Strömungen und Parteien in den Metropolen (des Kapitalismus - F.K.)

über eine Konzeption zur Gestaltung der neuerlichen Umwälzungsprozesse... Demgegenüber verharrte eine 'traditionalistische' Linke in einer gegenüber dem beschleunigten Strukturwandel geradezu blinden industriepolitischen Konzeption von Wirtschaftspolitik; eine sich selbst 'alternativ' dünkende Linke ignorierte wiederum, daß sozialistische Politik sich im Gefolge der kapitalistischen Entwicklung auf den Staat oder die politische Form des Gemeinwesens beziehen muß - gerade wenn sie eine zivilgesellschaftliche Konzeption verfolgt" (30). Und in diesem Zusammenhang vertreten sie weiterhin den Standpunkt: "Die Linke muß eine eigenständige Modernisierungskonzeption der Gesellschaft vertreten und darf dieses Feld nicht den Neokonservativen und rechten Populisten überlassen" (46).

Ausführlich geht das Buch auf die ökonomische und machtpolitische Lage der USA ein. Hier stellen Bischoff/Menard wirtschaftliche Schwierigkeiten fest - und auch einen Rückgang an politischem Einfluß in der Welt. Das wird qualifiziert nachgewiesen. Doch die "Erosion der Hegemonialrolle der USA eröffnet dem Wirtschaftsriesen Bundesrepublik" ... "aber nicht automatisch neue Handlungsspielräume" (99) - wobei dem vereinigten Deutschland durch "seine Schlüsselstellung in Europa Potentiale zugewachsen sind bzw. werden" (107 ff).

Die nachfolgenden Ahndlungen stießen bei mir auf besonderes Interesse. Denn sie setzen sich mit

strategischen Positionen "der Linken" auseinander - durchaus auch im Blick auf die Zukunft. Hier gehen die Autoren zunächst mit "Irrtümern" der Linken streng ins Gericht. Sie vertreten die Ansicht: "Der Streitpunkt einer modernen sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik liegt nicht in der Zielsetzung; gesellschaftliche Kontrolle oder Steuerung. Die entscheidende Frage ist, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Zwingt die gescheiterte staatssozialistische Gesellschaftskonzeption dazu, nachzudenken über praktikable Formen der radikalen Demokratisierung einer umfassenden Planung von stofflichen Größen mittels Vorgaben von gebrauchswertbezogenen Kennziffern? Muß sich eine moderne sozialistische Wirtschaftskonzeption sehr wohl auf Tausch- und Marktbeziehungen einlassen und auf dieser Grundlage Formen der gesellschaftlichen Kontrolle und Steuerung realisieren?" (139)

Hier setzen sich die Autoren auch mit dem Begriff "Zivilgesellschaft" auseinander (142ff). Sie definieren die "Zivilgesellschaft" als "eine Kategorie der modernen hürgerlichen Gesellschaft" (144), als "historisch bestimmte Kategorie" und zugleich als "Schlüsselbegriff der aktuellen politisch-theoretischen Diskussion" (ebd.). Die Autoren gelangen nach ausführlicher Erörterung des Begriffs "Zivilgesellschaft" - auch im Kontext mit Marx'schen Ansichten und den Systemen des Staatssozialismus - zu der Auffassung: "Nur durch die Rückbesinnung auf die zivilgesellschaftlichen Grundkonzeptionen kann die politische Linke

eine zukunftsorientierte Antwort auf den Zusammenbruch der staatssozialistischen Konzeptionen und die Krise der Sozialstaatskonzeption entwickeln und mehrheitsfähig machen" (159).

Das Buch enthält also eine Fülle von Aussagen zur politischen Situation heute und ihren agierenden Kräften. Gut - alle in ihm enthaltenen Prognosen "sind nicht sicher" - wie die Autoren anfangs selbst zugeben. Doch sie sind m. E. Hilfen für die politische Orientierung und gelungene Anregungen für die theoretische Diskussion bzw. Standortbestimmung der "Linken". Kritik zeichnet sich durch Sachlichkeit aus. Die Ausführungen basieren insgesamt auf fundiertem Quellenmaterial. Anmerkungen und ein Literaturverzeichnis tragen dazu bei, die wissenschaftliche Argumentation im einzelnen nachvollziehbar zu machen.

Fritz Krause

Die Linke nach dem Sieg des Westens

Peter Glotz: *Die Linke nach dem Sieg des Westens. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1992, 206 Seiten, 32,-DM*

"Ich bin kein Exzentriker. Deswegen habe ich meine Thesen sorgfältig hin und her gewendet; man möchte sich ja nicht zwischen alle Stühle setzen", schreibt Peter Glotz im Vorwort seines neuen Buches. Das ist ihm wohl gelungen. Anregungen sind genug enthalten, sich nicht auf einem bestimmten "linken" Stuhl auszuruhen. "Die Linke muß tiefgehende Enttäuschungser-

fahrungen bewältigen". (S.82) "Die Krise der Linken ist nicht in der mitteleuropäischen Revolution von 1989 entstanden". (S.87) Wenn im Osten "der gleiche ressourcenverschlingende, umweltzerstörende Wachstums- und Konsumtionstyp eingerichtet" wird wie im Westen, "dürften die ökologischen Kreisläufe endgültig zusammenbrechen". (S.92) Diese und andere analytische Ausgangsthesen sind sicher weitgehend unstrittig.

Streitbar ist der Lösungsansatz bei Glotz: "Modernisierung" sei der Schlüsselbegriff der Linken, wenn sich der Autor auch klar abgrenzt von einer blinden Exekutierung der kapitalistischen Modernisierung. Er geht drei Szenarien nach: "weitergehende Modernisierung, doppelte Modernisierung und epochaler Bruch". (S.129-132) Glotz plädiert für eine "doppelte Modernisierung", die eine gemeinsame Änderung des Westens, der Mitte und des Ostens einschließt, um einen "epochalen Bruch" zu vermeiden. Das eigentliche Problem beginnt da, wo es um die mögliche Steuerung dieses Prozesses geht und um die Menschen, die einen solchen Prozeß tatsächlich selbst tragen. Zur Analyse der unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessenlagen in Ost und West und der verschiedenen sozialen Schichten, Gruppen und Milieus in den jeweiligen Ländern oder nur in Deutschland ist nur marginal geschrieben.

Sicher: Politische und soziale Kräfte für ein solches linkes Projekt werden genannt: "sozialdemokratische und grüne Parteien, linkslibe-

rale Strömungen aus der technischen Intelligenz, der disponierenden Angestelltenschaft und der gar nicht so großen Gruppe innovativer Unternehmer, linkskatholische und christlich-soziale Traditionen, die ganze nichtkommunistische Linke... sowie all jene vielfältigen postkommunistischen Kräfte, die sich glaubhaft und endgültig vom Marxismus-Leninismus abgesetzt haben." (S.97) Glotz will "Gewerkschaften, und modernistische Kapitalfraktionen, Facharbeiter und das post-industrielle Proletariat, sozialkritische Bürgerrechtler und produktionsorientierte Dienstleistungsherufe auf eine gemeinsame Politik auf Zeit verpflichten", um kulturelle Hegemonie zu erringen. Ohne solche breiten Bündnisse auf Zeit wird es nicht gehen. Aber gerade hier bleibt der Autor in der Rolle des Rufers, ohne die verschiedenen Interessenlagen klar zu unterscheiden und die Konsequenzen für ihre Handlungsweisen deutlich zu machen. Das aber scheint eine wesentliche Voraussetzung für die sicher richtige Feststellung des Autors: Die europäische Linke wird eine bestimmende Rolle nur spielen können, wenn sie ihrer Klientel verständlich machen kann, daß die ökologische Modernisierung Osteuropas ein Überlebensinteresse der Westeuropäer ist. (S.93)

"Linkslibertär", daß ist die Parole von P. Glotz, die sich durch alle Kapitel des Buches zieht. Am deutlichsten wird das in den dazu verfaßten "Zwölf Thesen" am Schluß des Bandes formuliert. Auch hier der Gedanke: Die ökologischen, pazifistischen und feministischen

Emanzipationsbewegungen müßten mit den "linksliberalen Teilen der managerial classes, der technischen Intelligenz und der disponierenden Angestelltenschaft" in ein "konstruktives Gespräch" gebracht werden. Darüberhinaus gibt es viele interessante, streithare und weniger streitbare Thesen wie: "Die Linke muß die lebensentscheidende Bedeutung 'unternehmender Unternehmer' für jede Ökonomie auch innerlich akzeptieren", sie muß reaktive Strategien aufgeben und eine eigene Vision der ökonomischen Zukunft formulieren, "Arbeit" müsse eine Schlüsselkategorie der Linken bleiben, "die Linke muß für eine Modernisierung des Staates kämpfen" u.a.

"Linkslibertär" hedentet für Glotz "ein neues Verhältnis zum Wirtschaftsindividualismus und zur Figur des Unternehmers". Die Linke müsse den Akzent vom defensiven Arbeitnehmerschutz auf die offensive Gestaltung der Produktions- und Konsumptionsstrukturen verlagern". Und: Die Linke müsse ein paar Ladenhüter aus dem Programm nehmen wie die Idee der "gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung". Sie müsse durch eine Industrie-, Struktur- und Technologiepolitik von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften ersetzt werden. Neue Modelle einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs müßten ausgearbeitet werden. Diese Hinweise hleiben merklich nebulös und sind ebenfalls als "Ladenhüter" zu hezeichnen.

Glotz ist zuzustimmen, wenn er meint, daß die Diskussionen der neunziger Jahre sich nicht zwischen

altlinken Planungsfanatikern und neoliberalen Staatsverächtern abspielen. Aber die neuen Probleme, die er formuliert, sind teilweise auch daneben: "ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft" (geht es nicht um viel mehr? - zum Beispiel um Rücknahme von Industrie?). Oder: "Machtkämpfe um internationale Arbeitsteilung" (geht es nicht um Kämpfe über Zurückdrehen einer bestimmten internationalen Arbeitsteilung?) Oder: "Verbesserung des Krisenmanagements bei der internationalen Geldpolitik" (geht es nicht um eine Umgestaltung dieser Geldpolitik?). Die Bemerkung, daß die Probleme nationalökonomisch nicht mehr zu lösen sind, ist auch nicht mehr so neu.

Dem Thema "Krieg und Frieden" ist ein Kapitel gewidmet. Hier schlägt der Autor vor, daß Deutschland einen Weg "jenseits von Bellizismus und Pazifismus" gehen solle. Das heißt für Glotz auch, "die Beteiligung an einer wirksamen europäischen Verteidigung in Aussicht zu stellen". (S.163) Er verneint die Möglichkeit, daß ein Zusammenschluß vom Typ "Bündnis" durch ein kollektives Sicherheitssystem zu ersetzen sei. Er ist zwar gegen "out of area-Einsätze in der asymmetrischen NATO", will aber "Einheiten, die beim Katastrophenschutz, der Migrationsprävention (Was ist das praktisch? - H.D.), dem Umwelt-Monitoring oder der Nord-Süd-Hilfe besondere Erfahrungen haben". Aber, so ist zu fragen, wieso müssen das Armee-Einheiten sein?

Insgesamt ein streitbares Buch in Glotzcher Tradition.

Horst Dietzel

Antikapitalismus globalistisch

André Brie, Befreiung der Visionen. Für eine sozialistische Erneuerung. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1992, 144 Seiten, 20.-DM.

Mit dieser Publikation stellt der Verfasser, Jahrgang 1950, stellvertretender Bundesvorsitzender und Berliner Vorsitzender der PDS, seine Ansichten in einer auch dem politischen Nichtprofi zugänglichen Form vor. Sie dürften wohl auch repräsentativ für die Hauptströmung in der PDS und ihr politisch-ideologisches Profil sein.

André Brie gehört zu den führenden PDS-Politikern, die im Zuge des Umsturzes mit reformsozialistischen Vorstellungen aus der Hochschullehrerlaufbahn in die aktive Politik kamen. Sie ringen seither, hinter sich verbrannte Erde und vor sich die Betonfront der Bonner Demokraten und DDR-Plattmacher, um die politische Identität ihrer Partei und um neue Perspektiven für eine sozialistische Gesellschaft. Dabei spielt der Globalismus als eine Art Erbe des aufgeklärten Kommunismus der 80er Jahre eine zentrale Rolle. Er erhält nun freilich in der Überwindung der klassen- und systemindifferenten Irrwege des gorbatschowistischen "neuen Denkens" eine scharfe und eindeutige antikapitalistische Akzentuierung und wird in dieser Fassung zur Hauptbegründung für die Notwendigkeit des So-

zialismus. Die Lösung der globalen Probleme verlangt in dieser Sicht eine globale antikapitalistische revolutionäre Umwälzung. Die alte Lesart von Klassenzusammenarbeit und Diskurs für die Bewältigung dieser Probleme ist damit weitgehend passé, denn die Entfaltung ihrer Logik konnte nur, wie die jüngsten Erfahrungen leider eindeutig belegen, zur Zersetzung sozialistischer Positionen und überhaupt von Gegenmachtpositionen führen. Der antikapitalistische Fundamentalismus der Linksökologen hat zweifellos zur Reaktivierung der marxistischen Substanz des neuen demokratischen Sozialismus angeregt und markiert auch die Konturen neuer Bündnismöglichkeiten.

Freilich plädiert Brie auch unmißverständlich - als gebranntes Kind der Vergangenheit - dafür, bei der Analyse der Realität und der Erkundung ihrer Perspektiven alle Scheuklappen abzulegen. In dieser Realität gibt es für ihn allerdings "keinen Hinweis darauf, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Zukunft menschlicher Entwicklung gewährleisten könnte oder auch nur ihren verbrecherischen Charakter überwunden hätte" (9). Das sind nicht einfach starke Worte. Vielmehr wird das tägliche massenhafte Verbrechen des Kapitalismus an den Menschen der dritten Welt und an den kommenden Generationen an einer Vielzahl unwiderlegbarer Beispiele aufgezeigt. Die Fakten sind gut aufbereitet und heuchten das gesamte Panorama des Komplexes Ökologie, Nord-Süd, Verelendung, Rüstung usw.

Brie nimmt an verschiedenen Stellen auch kritisch Bezug ("idealistischer Charakter" des ethischen Apells, 66) zum Cluh von Rome. Als nicht gezogene Konsequenz aus dessen Prämissen sieht er die Notwendigkeit für eine "umfassende, globale soziale Revolution und einen radikalen Bruch mit bisherigen Denk- und Verhaltensweisen" (18). Aber er ist sich dessen bewußt, daß Deklaration ohne Interessen und ohne Subjekt zum hilflosen Gestus wird.

Der Bezug zur Arbeiterklasse erscheint eher vage und schemenhaft, aber gleichwohl offen für die Verarbeitung neuer Erfahrungen, wie es dem Rezensenten generell scheint, daß das innergesellschaftliche antikapitalistische Kritikpotential bei weitem noch nicht ausgelotet ist. Dies gilt vor allem auch für die Welt der Arbeit und der Gewerkschaften. (Knapp, sicher auch aus Gründen der Raumökonomie, fallen auch Analyse und Kritik der Transformation zur kapitalistischen Marktwirtschaft und zur Bonner Demokratie in den Territorien der ehemaligen DDR aus.) Die Vermutung liegt nahe, daß auch aus Gründen der wissenschaftlichen und politischen Sozialisation die nachholenden Lernprozesse noch anstehen. Die jüngsten Entwicklungen, etwa die Lohnrunde '92 oder die sich formierende Widerstandsbewegung im Osten, zeigen aber, daß sich soziale Bewegungen auf der Basis unmittelbarer Interessen bilden und eben hierdurch - und nicht durch globalistische Katastrophenszenarien - die Hebel

gegeben sind, den Gang der Dinge zu beeinflussen.

Aus einer offenen und noch unbestimmten Haltung ergibt sich freilich auch ein unbefangener Blick auf reale Widersprüche. Wenn er schreihet, daß zum einen die Interessen der Menschen gegen das Kapital vertreten werden müßten, zum anderen aber aus der Sicht der globalen Probleme auch viele Seiten dieser Interessen zu kritisieren seien, dann besteht in diesem Widerspruch tatsächlich "das hrennendste und komplizierteste Problem der politischen Erneuerung einer antikapitalistischen Bewegung" (82).

Auch André Brie hat für die Lösung dieses Problems kein Rezept. Aber er ist davon überzeugt, daß auf vorgestanzte Schablonen verzichtet werden muß, daß harmonistische Konzepte dem Widerspruchscharakter der Realität entgegenstehen und deren Komplexität das Setzen auf nur eine Seite der Widersprüche zu einem letztlich fehlschlagenden Vergewaltigungsakt macht. Hier kommt die kritische Verarbeitung des bisherigen Sozialismusversuchs zum Tragen.

Was dies betrifft, so kann festgehalten werden, daß die Phase der emotionalen Verdammung, der reinen Negation wohl zu Ende geht und der Prozeß der Negation der Negation in Gang gekommen ist. Erst dabei können auch wieder jene Züge und Ansätze des alten Sozialismus wahrgenommen werden, die weit in die Zukunft gewiesen hatten.

Zum methodischen Ansatz gehört wohl auch unbedingt die Ablehnung der "These einer grundsätzlichen Nichtreformierbarkeit dieses Sozialismustyps", ist sie doch "völlig spekulativ" und "eine eigenartige neue Form undialektischer, furchtbar vereinfachender Determiniertheit der Geschichte" (107). Schließlich ist heute eine Aufarbeitung der Vergangenheit kaum denkbar, ohne eine Beurteilung jener Periode, in der "der Exkommunist Michail Gorbatschow" (13) an der Spitze der UdSSR stand. Aus der Sicht Bries kam Gorbatschow zu spät (107), könne aber als geschichtliche Leistung verbuchen, die Tür der Geschichte wieder geöffnet zu haben. Allerdings nicht für einen neuen Sozialismus. Das sei die Tragik der heterogenen Sozialistinnen und Sozialisten, "während Gorbatschow es inzwischen versteht, sie auf billige Art in den Kolumnen der bürgerlichen Zeitungen und in bierseligen Veranstaltungen in Bayern zu vermarkten" (110). "Letztlich verkam seine Konzeption einer inneren und internationalen Umgestaltung zur Machterhaltungspolitik, die in der blinden Unterstützung des westlichen Golfkrieges und den öffentlichen Demütigungen durch Jelzin nach dem Putsch kulminierte. Gehlichen sind heute nur noch ein realitätsferner Idealismus und Appelle an die neuen Herrschenden in Rußland und die alten im Westen... Die neue Zivilisation, die Gorbatschow nach wie vor fordert, ist auf die weltweite Verwirklichung des alten westlichen Zivilisationstyps zurechtgestutzt worden." (110)

Damit ist die Transformation des Exsozialisten Gorbatschow am gleichen Punkt angelangt wie jene Rußlands.

Schwierigkeiten bereitet dem Rezensenten der Begriff der "Zivilisationskrise" bei André Brie - ein Begriff des Alles oder Nichts, der weder analytisch noch theoretisch Erkenntnisgewinn zu vermitteln vermag. Blicke anzumerken, daß das Bändchen auch informative und treffende Analysen über den Golfkrieg, den Zerfall der UdSSR bzw. die GUS und zum Schluß auch eine knappe Zusammenfassung der politischen Vorstellungen und Forderungen des Verfassers enthält.

Das Thema von André Brie war die "Befreiung der Visionen". Visionen, die Erscheinungen vor dem geistigen Auge, sind zweifellos die weniger ambitionöse Form von Utopien. Was den Sozialismus betrifft, so sind seine Anhängerinnen und Anhänger nun in der Lage, daß ihnen "der Spatz in der Hand" abhanden gekommen ist und insofern die "Taube auf dem Dach", befreit von der Bürde der Realität ("Befreit ist paradoxerweise nur die bis in die Grundfesten geschlagene Linke", 141), geschaut werden kann. Vermutlich wird André Brie diese Metapher für unangemessen halten, da er mit "dem Spatz in der Hand" seine Schwierigkeiten haben wird. Aber wie auch immer, die Erfahrung als geronnene Substanz vergangenen Lebens erscheint immer auch in der Brechung der Gegenwart und in dieser Vermittlung geht sie in unsere Perspektiven, Ziele, Visionen ein. In diesem

Sinne, und das wird an vielen Textstellen betont, ist heute die Vision eines neuen Sozialismus in der Kritik des alten Staatssozialismus und des heutigen Realkapitalismus zu gewinnen. Brie hat sicher recht, wenn er schreibt: "Aber vielleicht das schlimmste Ergebnis der staatssozialistischen Epoche ist die Tatsache, daß die sozialistische Idee gerade zu einem Zeitpunkt so tief diskreditiert ist, zu dem eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus dringender denn je geworden ist. Die kapitalistische Wirtschaftsweise bedroht das Überleben der Menschheit." (10)

"Ohne Visionen werden die Menschen wüst und leer", zitiert er den alttestamentarischen König Salomon. (19) Er kann sich auf jeden Fall zugute halten, ein Stück Reaktivierungsarbeit geleistet zu haben.

Heinz Jung

Neuer Internationalismus

Katrin Fuchs, Joachim Schuster (Hrsg.), Zwischen Nationalismus und Globalpolitik. Bausteine für einen neuen Internationalismus, spw-Verlag, Köln 1992, 168 Seiten, 19,80 DM.

Der vorliegende Sammelband enthält 13 Beiträge. Autoren und Autorinnen sind die SPD-Bundestagsabgeordnete Katrin Fuchs, Michael Müller und Günter Verheugen, bekannte Wissenschaftler wie Kurt Hübner, John Lambert, Sabine Kebir, Klaus Segbers und Immanuel Wallerstein sowie die jüngeren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Günter Burkhardt,

Edgar Göll, Corinna Hauswedell, Dietrich Heither, Hartwig Hummel, Joachim Schuster und Ulrich Wolf.

Nach der Intention von Mitherausgeberin Katrin Fuchs geht es in den Beiträgen um das Nachdenken über eine "substantielle Neugestaltung der internationalen Beziehungen in einem gravierend gewandelten Umfeld nach dem Ende des Kalten Krieges". Dies verlange "nüchterne Bestandsaufnahme und visionäre Ideen für eine zukunftsgeleitete Gestaltung der 'Weltinnenpolitik'" (7). Als Leitlinien sieht sie folgende fünf Essentials: "1. Weder der Ökologiekrise, noch den Entwicklungsproblemen ist mit einer Politik des muddling through beizukommen." "2. Die Politik muß ihre eigentliche Funktion wiedergewinnen: die möglichst autonome Gestaltung des Gemeinwesens - über soziale Partialinteressen und verselbständigte wirtschaftliche Systeme hinweg." "3. Demokratisierung ist und bleibt ein Schlüsselwort der Bewältigung der Probleme - der inneren und äußeren gleichermaßen." "4. Der alte Grundwert 'Solidarität' muß neue Bedeutung und neues Gewicht erlangen. Es kann keine Wohlstandsfestungen im 'Norden' geben, während der überwiegende Teil der Menschheit darbt und hungert." "5. Die Konfliktlösungen der Zukunft müssen die Kriterien erfüllen: zivil statt militärisch, kooperativ statt konfrontativ." (10 ff.) Die Probleme, im Koordinatensystem der neuen Weltordnung Ziele linkssozialdemokratischer Außenpolitik zu formulieren und über die

Fixierung unverbindlicher Leitlinien hinauszukommen, sind, wie bei der Linken insgesamt, unübersehbar. Vermutlich müssen übergreifende internationale Bewegungen die Ansätze erst hervortreiben. Die kritische Aufarbeitung des "neuen Denkens" der 80er Jahre kommt erst zögerlich voran. Dabei kann sich der Großteil linker Sozialdemokraten zugute halten, die Zentralität des antikapitalistisch-sozialökonomischen Ansatzes auch damals nicht vergessen zu haben.

Die Probleme zeigen sich u.a. auch in den Beiträgen, die der suchenden Erörterung eines neuen Internationalismus in der Überwindung oder Aufhebung des alten klassenorientierten gewidmet sind (Dietrich Heither/Joachim Schuster, Edgar Göll/Ulrich Wolf). Träger und Subjekte eines menschheitlich bestimmten Internationalismus haben sich aus der Kategorie Menschheit noch nicht herausgelöst. Der Begriff des neuen Internationalismus ist also noch so unspezifisch, daß er im Alltagsgeschäft auch auf Außenpolitik und internationale Aktivitäten schlechthin bezogen werden kann.

Nach einem Block von Beiträgen, die die Gesamtsituation und zentrale Globalprobleme analysieren (so Michael Müller die Notwendigkeit und die Ansätze eines sozialökologischen Umbaus, Kurt Hübner in einer sehr nüchternen Beurteilung die Weltwirtschaft, die Renaissance des Nationalstaates und nach seiner Meinung die Auflösung der 3. Welt, Corinna Hauswedell die Militärproblematik, Günter Burkhardt die Bevölkerungswande-

rungen und Sabine Kebir das neue Feindbild des Norden, den Islam), folgen Aufsätze, die sich mit den Hauptmächten der neuen Weltordnung beschäftigen.

Besonderes Interesse dürften die eigenwilligen Thesen von Immanuel Wallerstein finden. Aus seiner Sicht bedeuten Niederlage und Auflösung der UdSSR auch die Niederlage der USA (88), weil mit der Formation der Systemkonkurrenz auch die Pfeiler der hegemonialen Rolle der USA geborsten seien. "In ideologischer Hinsicht werden die USA erkennen, daß sie ohne Anti-Kommunismus nur sehr wenig bedeuten." (89) Als geopolitische Orientierung hält er eine Allianz zwischen den USA und Japan (gegen Westeuropa) für wahrscheinlich. Ferner stellt er die Prognose - und Los Angeles ist nach der Drucklegung ein bestätigendes Signal -, daß "die Vereinigten Staaten während der nächsten ein oder zwei Jahrzehnte zum Schauplatz desintegrativer Erschütterungen werden" und "einer der politischen Schlüsselkämpfe im Weltsystem der nächsten zwanzig bis dreißig Jahre der interne soziale Kampf in den USA sein wird". (92)

In weiteren Aufsätzen analysieren Hartwig Hummel Japan, John Lambert die aktuelle Entwicklung und Perspektive der EG, Klaus Segbers den Raum der ehemaligen UdSSR und Günter Verheugen die UN.

Segbers läßt keinen Zweifel daran, daß mit einer Großmacht unter den Nachfolgestaaten der UdSSR auf absehbare Zeit nicht zu rechnen

sein wird. Knapp und sehr treffend auch die Analyse des Zusammenbruchs: Trotz einer erfolgreichen Abwehr aller Versuche seit 1917, das System von außen zum Einsturz zu bringen, habe aber "die pure Existenz der westlichen Staaten" "den sowjetischen Eliten, aber auch der Gesellschaft, Maßstäbe" aufgezwungen, "die im gegebenen System nicht zu erfüllen waren. Vor diesem Hintergrund, d.b. dem von außen gesetzten und dann selbst akzeptierten Zivilisations- und Konsummodell als einzigem Horizont und als Schranke, mußte das sowjetische Modell früher oder später kollabieren." (127) Wenig wahrscheinlich sei eine Neuvernetzung der Nachfolgestaaten. Zu rechnen sei mit der Orientierung der Restrepubliken an den jeweiligen benachbarten Großräumen und deren Kraftzentren, also mit einer weiteren Desintegration.

Verheugen kommentiert in erster Linie einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom Dezember 1991 zur UN-Politik. Trotz kritischer Worte unterbleibt eine kritische Analyse der gegenwärtigen Instrumentalisierung durch die Mächte des kapitalistischen Imperialismus, vor allem durch die USA. Bedenklich muß unter diesen Umständen die Öffnung der SPD für die Beteiligung deutscher Kontingente an den Militär- und Befriedigungsaktionen der UN stimmen.

Nicht behandelt werden in dem Bändchen die Gewerkschaften und ihre internationalen Strukturen bzw. ihr Unvermögen, in der Gegenwehr auf der Höhe der heutigen Internationalisierung zu bleiben,

ebenso die Sozialistische Internationale und ihre Möglichkeiten für einen neuen Internationalismus.

Bleibe nach der Lektüre der anregenden Publikation der breite Bereich der Ühereinstimmung in Analyse, Diagnose und Prognose der internationalen Verhältnisse mit anderen linken Positionsbestimmungen festzuhalten.

Heinz Jung

Ein Dokument zur Zeitgeschichte

Jürgen Kuczynski, *Ein Linientreuer Dissident, Memoiren 1945 - 1989*, Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1992, 435 Seiten, DM 39,80

Das Leben von Jürgen Kuczynski umfaßt nun 88 Jahre, darunter die gesamte Zeitspanne der Existenz des realen Sozialismus auf deutschem Boden. Diese Jahre hat er als Wissenschaftler und Publizist aktiv mitgestaltet, und die Bedingungen seines Lebens in der DDR haben - außer natürlich seine überragende Begabung und sein unglaublicher Fleiß - ihn zu dem gemacht, was er ist: einem der bedeutenden Historiker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Wer glaubt, Jürgen Kuczynski durch seine bisherigen autobiographischen Werke schon zu kennen, wird in diesem Buch ganz neue und unerwartete Entdeckungen machen, von deren Fülle nur einige Beispiele gegeben werden können. Wer vermutete, nach lehensgefährlicher illegaler politischer Arbeit im nationalsozialistischen Berlin und politischer Leitungs- und Koordi-

nationstätigkeit in der KPD im englischen Exil hätte Jürgen Kuczynski die Wahl zwischen politisch-organisatorischer oder wissenschaftlicher Arbeit gehakt, der liest erstaunt: "Ich mußte [Ende 1945] jede Aussicht auf eine Funktion in Partei und Verwaltung aufgeben. War natürlich ganz erschlagen." (S. 20) Der Grund war eine "Kundschaftertätigkeit" bei den Amerikanern, die er "1944 mit Billigung des Moskauer Sowjetspionageapparates" (S. 18) begonnen hatte und die zu einer sowjetischen Anordnung führte, durch die er nicht Finanzminister werden konnte, wofür ihn die KPD vorgesehen hatte.

Zwar hatte er zur Zeit der Gründung der DDR neben seinen wissenschaftlichen noch zwei politische Funktionen inne, das Amt des Präsidenten der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Abgeordneter der Volkskammer, die er in der Folge jedoch verlor, die erste aus Gründen des Antisemitismus in der Sowjetunion, die zweite, als er 1958 seinen "ernstesten Zusammenstoß mit der Parteiführung" (S. 75) erlebte. Als Konsequenz dieses Zusammenstoßes, dessen Einzelheiten in den "Memoiren" nachzulesen sind, vereinbarte er mit dem Leiter der Abteilung Wissenschaften im Zentralkomitee, keine Artikel mehr zu schreiben und sich ganz auf "Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" im Umfang von 40 Bänden zu konzentrieren. Die "Partei ... meinte, daß ... sie mich, was andere Bücher betrafte, für den Rest meines Lebens

los sein würde." (S. 115) Er schaffte dieses gewaltige Werk, "zu dem es bisher in der Weltliteratur keine Parallele gibt" (S. 115), in zehn Jahren und konnte auch schon ab 1961 wieder zahllose Artikel veröffentlichen.

Der Wissenschaftler Jürgen Kuczynski ist weithin bekannt - für die Jahre 1946 - 1989 werden in den "Memoiren" 119 von ihm verfaßte Bücher aufgeführt. Weniger bekannt ist uns seine journalistische Tätigkeit, die - einschließlich von Beiträgen in Fachzeitschriften - 2498 Artikel in den Jahren 1946 - 1989 umfaßt.

Damit kommen wir zu dem spannendsten zeithistorischen Teil der "Memoiren": Die Beziehungen zwischen Erich Honecker und Jürgen Kuczynski in den Jahren 1971 - 1985. Das Kapitel ist überschrieben: "Für und wider Erich Honecker", womit die lange Phase der Zusammenarbeit und die kurze Spanne der Entfremdung gemeint sind, als sich Jürgen Kuczynski ab 1985 gleich der Masse der DDR-Bürger für Gorbatschows Phrasen begeisterte und auch öffentlich in vielfacher Weise für sie eintrat. Bis Ende 1984 hatte Jürgen Kuczynski regelmäßig Unterredungen mit Erich Honecker, 1987 ein letztes Telefongespräch. Honecker "zeigte ... einen sehr gesunden Menschenverstand - ... legte ... nicht den mindesten Wert darauf, irgendwie wegen seiner Politik belobigt zu werden." (S. 228 f) Kuczynski schrieb für Honecker von 1972 - 1987 Analysen über die Lage des Kapitalismus, die dieser - oft über mehrere Seiten gehend - in seine Reden

einbaute, wodurch die Beurteilung Kuczynskis die größte Publizität erreichte, zumal er anschließend in der Regel einen größeren Artikel unter seinem Namen zur gleichen Thematik im "Neuen Deutschland" publizieren durfte, für das Honecker verantwortlich war. Kuczynski bezeichnet Honecker als sachlich, klug und bescheiden, auch Ende 1984 noch. Honecker setzte sich für die Publikation eines umstrittenen Buches von Kuczynski ein, das er gelesen hatte und das ihn in bezug auf seine Medienpolitik angriff - was von staatsmännischer Größe zeugt, wie Kuczynski betont. Honecker hat wieder und wieder, auch noch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, "eine kritische, 'ungeschminkte' Darstellung unserer Verhältnisse verlangt" (S. 424 f.) und erhielt frisierte Berichte, wie den "Memoiren" zu entnehmen ist. Honecker bat Kuczynski stets gebolfen, wenn er ihm ein Anliegen, was ihn selbst oder sein Akademie-Institut betraf, vortrug, er hat dem großen Wissenschaftler und treuen Parteimitglied stets seine Hochachtung bewiesen, dennoch schreibt Kuczynski folgendes: Honecker war 1984 stolz darauf, daß die DDR sich im sozialistischen Lager wirtschaftlich am besten entwickelt hatte. "Ich warnte ihn nicht, daß das schon 1985 ... anders werden könne." (S. 264) Kuczynski hatte bei seinem hohen internationalen Ansehen nichts zu riskieren, wenn er offen mit Honecker gesprochen hätte. - Die kapitalistische Weltwirtschaft hat - trotz aller Krisen - bis heute mehr Stabilität gezeigt, als es die Prognosen von Kuczynski

seit dem Ende der 60er Jahre erwarten ließen, auf denen seit 1972 auch Honecker einen Teil seiner Politik aufbaute. "Mit Erich Honecker ... stand ich freundschaftlich." (S. 228) Als dieser Freund nach 1985 zunehmend allein dastand, gesellte sich Kuczynski zu denen, die seine Schwierigkeiten durch Interviews und so weiter vermehrten, denn: "Das Entscheidende bei Gorbatschow sind doch nicht irgendwelche Einzelmaßnahmen, ... sondern die Rückkehr zum Leninismus." (S. 374) Kuczynski hat sich nicht nur in dieser Einschätzung getäuscht!

Seine "Memoiren" sind anerkannter Weise vollkommen ehrlich geschrieben, so daß auch die Irrtümer der Vergangenheit neben vielen klugen und der Zeit vorausseilenden Einsichten zu finden sind. Sein Humor durchzieht dieses ganze so ernste und gewichtige Werk, auch wenn die Fülle der Namen aus Politik, Wissenschaft und Literatur (die Liebhaber der schönen Literatur werden sich besonders über die Schilderung der Erlebnisse mit Anna Seghers freuen), deren Träger intensiv oder für wenige Stunden seinen Weg kreuzten, manchmal die Lesbarkeit beeinträchtigt. Bemerkenswerter Weise findet der Leser im großen Freundes- und Bekanntenkreis von Jürgen Kuczynski, dem Autor von vierzig Bänden zur "Geschichte der Lage der Arbeiter ...", keinen einzigen in der Industrieproduktion tätigen Arbeiter. Die Arbeiter nahm auch er, wie die von ihm kritisierten Funktionäre und Politiker, nur von

ferne, das heißt auf Versammlungen und durch Briefe wahr.

Elisabeth Bessau

Buch- und Broschüreineingänge

Leider ist es uns nicht möglich, alle eingehenden Bücher, Broschüren, Zeitschriften u.ä. zu besprechen. Wir möchten Sie aber unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten und sie deshalb in dieser und den folgenden Z-Ausgaben an dieser Stelle aufführen.

Jürgen Hoffmann, Hildegard Mathies, Ulrich Mückenberger (Hrsg.), *Der Betrieb als Ort ökologischer Politik*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster i. W. 1992, 306 Seiten, DM 38,00.

Heinrich Nuhn: *August Spieß, Ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika. Opfer der Tragödie auf dem Chicagoer Haymarket 1886/1887. Mit Selbstzeugnissen und Dokumenten und einem Nachwort von Prof. Dr. P. Assion*, Verlag Jenior & Pressler, Kassel 1992, 224 Seiten, DM 20,00.

Michael Brie, Dieter Klein (Hrsg.), *Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich*, VSA-Verlag, Hamburg 1992, 340 Seiten, DM 34,80.

Gregor Gysi, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.), *Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit. Materialien einer PDS-Konferenz vom Oktober 1991*, VSA-Verlag, Hamburg 1992, 258 Seiten, DM 34,80.

André Hoffmann, *Abschied vom Kommunismus. Plädoyer für einen*

neuen sozialen Humanismus, Hrsg. KP Luxemburg, Imprimerie COPE, Luxembourg 1992, 80 Seiten, DM 10,00.

Fachschaft der Gesellschaftswissenschaften der Uni Gießen (Hrsg.), Wer soll das alles ändern? Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt, Eigenverlag, Gießen 1992, 104 Seiten, DM 10,00

Mannheimer Gesprächskreis Geschichte und Politik. Informationen, 1/1992 (Mai) (c/o Hans Hohmann, Am Keltersberg 11, 6945 Großsachsen).

Gegenstandspunkt. Politische Vierteljahresschrift, 1-92, (Redakteure sind Publizisten der früheren Marxistischen Gruppe - MG; 8000 München 40, Türkenstr. 57), 174 Seiten, DM 20,00.

Autorinnen und Autoren

Holger Artns - Hamburg, Betriebsrat in einem Druckereibetrieb

Renate Bastian - Marburg, Soziologin, Mitglied des Landesbezirksvorstandes der IG Medien Hessen

Elisabeth Bessau - Dornach (Schweiz), Volkswirtin, Schriftstellerin

Dr. Heinz Bierbaum - Frankfurt/M., 1. Bevollmächtigter des Ortsvorstandes Frankfurt/M. der IG Metall

Dr. Joachim Bischoff - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift "Sozialismus", Mitherausgeber von Z

Hennlng Böke - Frankfurt/M., Student der Philosophie

Prof. Dr. Ulrich Briefs - Posterholt (Niederlande), MdB (fraktionslos), Mitherausgeber von Z

Prof. Dr. Frank Deppe - Marburg, Hochschullehrer

Richard Detje - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift "Sozialismus"

Dr. Horst Dietzel - Berlin, Gesellschaftswissenschaftler

Dr. Dietmar Düe - Kassel, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Gesamthochschule Kassel

Manfred Grieger - Bochum, Historiker, Doktorand

Roland Haas - Oberursel, Bankangestellter, stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Banken der HBV in Frankfurt/M., Mitglied der Großen Tarifkommission der HBV

Dr. Gert Hautsch - Frankfurt/M., Schriftsetzer, Diplom-Volkswirt, Betriebsratsvorsitzender

Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Ökonom, Mitherausgeber und Redakteur von Z

Dr. Sabine Kehir - Berlin, Philosophin, Privatdozentin

Dr. Hedi Knake-Werner - Bremen, Soziologin, Mitarbeiterin der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Mitherausgeber von Z

Hermann Krüger - Frankfurt/M., Rentner

Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Biologe, Redakteur, Vorstandsmitglied des IMSF e.V.

Dr. Werner Petschik - Frankfurt/M., Mitglied des Hauptvorstandes der DJU in der IG Medien, Mitherausgeber der Zeitschrift "Marxistische Blätter"

"Nie würden wir imstande sein,
... unsere Lage zu verändern,
so lange wir gefangen blieben
in unserer Halbheit und
Entfremdung. . ."

Peter Weiss. Die Ästhetik des Widerstands

spw

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

Herausgegeben
von
Persönlichkeiten
der
sozialdemokratischen
Linken

... Deswegen, so sieht auch spw das, ist die allseitige Entwicklung der Individuen essentiell für eine Politik, die nicht dem Trend zum Ausstieg aus der politischen Utopie erliegt.

Deswegen versucht spw, alternative politische Wege aufzuzeigen - ein Angebot zur kritischen, selbstaufklärerischen Lektüre. Das konkrete Augenmerk richtet spw derzeit auf ökonomischen und sozialen Strukturwandel, "Neue Weltordnung" und SPD-Parteireform.

C spw-Probe-Abonnement

senden an: spw-Verlag

Kieler Str. 13. W-5000 Köln 80

Ich bestelle ein spw-Probe-Abo zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich nicht automatisch.

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15.- (incl. Versand).

Name, Vorname _____

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17.- (incl. Versand).

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Klaus Pickshaus - Frankfurt/M., Politologe, Redakteur des Fachdienstes "Arbeit & Ökologie-Briefe", Vorstandsmitglied des IMSF e.V.

Alexander Rager - München/Frankfurt/M., ehemaliger Vorsitzender des Ortsjugendausschusses und Bezirksjugendleiter der Deutschen Postgewerkschaft in München

Nico Sandfuchs - Hannover, Gymnasiast

Prof. Dr. Klaus Steinitz - Berlin, Ökonom, Leiter des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS

Dipl. rer. pol. Ing. oec. Emil Stoll - Wismar, früherer Schmied auf der Volkswerft Stralsund

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden - Kassel, Soziologe, Hochschullehrer

Michael Wendl - München, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Bayern

Dr. Harald Werner - Bremen, Soziologe, Mitherausgeber von Z

Vorschau

Z - Nr. 12

erscheint Anfang Dezember 1992
mit dem Schwerpunktthema

Annäherung an die Ursachen des Zusammenbruchs und Untergangs des Realsozialismus in Europa

Beiträge: Zur Gesamtsicht - Systemkonkurrenz und Strukturdefizite - Revolutionstheoretisches - Überforderte Weltmacht - Verantwortung des Gorbatschowismus - Nationalitätenfrage - Komintern - Ökonomische Effizienzschwäche - Perestroika-Defizite - Planungswidersprüche - Ungelöste Staatsfrage - Über- oder unterforderter subjektiver Faktor? - Unbewältigter Stalinismus? - u.a. Weltmarkt, IWF-Kommando und "Transformation" - Was bringt der Kapitalismus dem Osten?

Außerdem: Indische Linke nach dem Ende der UdSSR - Gramsci-Rezeption - Marxistische Linke in Finnland

MEMO-FORUM

Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Nr. 17, Mai 1991 (112 Seiten)

- Schwerpunktthema: Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie - Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung
Mit Beiträgen von *Eckhard Strabmann-Mertens, Jan Priewe, Horst Hochgreve*
- Individuelle Bewältigung von Massenarbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR (*Thomas Kiesebach*)
- Eingliederung der neuen Bundesländer in die Strukturpolitik der EG (*Gabriele Werner*)
- Gewinnentstehung im Aufschwung (*Charles Roberts*)

Nr. 18, November 1991 (96 Seiten)

- Schwerpunktthema: Soziale Lage und Sozialpolitik in den neuen Bundesländern
Mit Beiträgen von *Karsten Schmidt, Gerhard Bäcker/Johannes Steffen, Klaus Hofmann, Ursula Schröter*
- Konzepte der Treuhandanstalt für die Chemieindustrie der Region Halle/Bitterfeld (*Frank Bogtsch*)
- Probleme der Konsolidierung der Stahlindustrie in den neuen Bundesländern (*Hermann Bömer*)

Nr. 19, Juni 1992 (104 Seiten)

- Die Kosten der Liquidation ostdeutscher Kombinate - Am Beispiel eines Chemnitzer Werkzeugmaschinen-Unternehmens (*Jörg Hufschmid*)
- Treuhand: Entschlossen sanieren! Erste Versuche sind noch kein Kurswechsel (*Jan Priewe*)
- Der Gewinn - eine zentrale, aber nicht eindeutig bestimmbare Wertgröße in marktwirtschaftlichen Systemen (*Norbert Zdrowomyslaw/Klaus Kairies*)
- Die neue Debatte um Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand - Investivlöhne für die neuen Bundesländer (*Volker Offermann*)
- Programm EG '99: Ziele und Stufen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (*Rudolf Hickel*)

Einzelheft jeweils DM 4,-. Zu bestellen bzw. abonnieren bei:

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK, Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33

Podium Progressiv

Dietzel/Gehrcke/Werner (Hg.)
Brückenköpfe

Texte zur Programmdiskussion der PDS
PP 17, ca. 200 S., DM 19.80

Adler/Reindl/Werner (Hg.)
**Wirtschaftsdemokratie et
Eigentumsordnung**

PP 20, ca. 120 S., DM 13.80

Jelpke/Maurer/Schröder (Hg.)
Rassismus in Europa

PP 16, ca. 120 S., DM 13.80

Hartmut Ritzheimer
Ein trotziges Dennoch!

Orthodox-marxistische Marginalien
PP 19, ca. 100 S., DM 11.80

Jelpke/Maurer/Schröder (Hg.)
Hausordnung und Putztruppen

Der Aus- und Umbau des
Staatsicherheitsapparates
PP 15, ca. 100 S., DM 11.80

Jelpke/Maurer/Schröder (Hg.)
Die Eroberung der Akten

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz
Entstehung/Folgen. Analysen/Dokumente
PP 13, 192 S., DM 19.80

Ulla Jelpke
Zur Situation im Strafvoilzug

Eine Zwischenbilanz
PP 12, 96 S., DM 11,80

Ulrike Grötken/Jutta Nickel
Feminismus

PP 18, ca. 100 S., DM 11.80

Michael Harms
Die Linke in Rußland

PP 22, ca. 52 S., DM 7.80

Günther Fuchs/Udo Scholze
**Linke Parteien und Bewegungen
in Frankreich**

PP 24, ca. 52 S., DM 7.80

Günther Politt/Rainer Schwenke
**Linke Parteien und Bewegungen
in Schweden**

PP 21, ca. 64 S., DM 7.80

Jens Renner
**Positionen und Wandlungspro-
zesse in der linken Parteien- und
Bewegungslandschaft Italiens**

PP 23, ca. 60 S., DM 7.80

Ralph Graf
Umweltpolitik

Zwischen symbolischem Handeln,
Reparatur und Zukunftssicherung
PP 14, 64 S., DM 7,80

Harald Werner
**Mythos und Realität
der Erwerbsarbeit**

PP 10, 96 S., DM 9.-

Bestellungen an:
PDS/Linke Liste
Postfach 3346, 6500 Mainz

Neuerscheinung

DEFIZITE IM MARXSCHEN WERK

Band 4 der IMSF-Reihe Marx-Engels-Forschung
heute

Mit Beiträgen von Michael Heinrich, Wulf D. Hund,
Wolfgang Jahn, Jürgen Jungnickel, Alessandro Mazzone,
Ernst Theodor Mohl, Helmut Reichelt, Hans Jörg
Sandkühler, Peter Schafmeister, Reinhard Schweicher,
Sozialistische Studiengruppen (SoSt)

136 Seiten; 15 DM

IMSF-Forschung & Diskussion

Neuerscheinung

INTERNATIONALER KAPITALISMUS UND NEUE WELTORDNUNG

Band 10 der Reihe IMSF-Forschung und Diskussion

Mit Beiträgen von Joachim Bischoff, Dieter Boris, Michael
Brie, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Horst Heining,er,
Henning Melber, Jörg Huffschmid, Uwe Kremer, Dorothee
Piermont u.a.

140 Seiten; 15 DM

Bestellungen an IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000
Frankfurt/M. 1